Jürgens

Studien

zur

deutschen Geschichte und Politik.

Die Ursachen des Verfalls
und Untergangs des deutschen Reiches. Die Gründung
des preußischen Staats. Droysens Geschichte der preußischen
Politik. Preußens Beruf. Der preußisch-österreichische
Antagonism. Die Bundesreform.

Von

K. Jürgens.

Bremen.
Heinrich Strack.
1856.

Druck: Kißling'sche Buchdruckerei
in Osnabrück.

Inhalt.

Seite

Zur Bevorwortung.

Nach unserm Sinn und Wunsch ist zu betonen, was wir auf das Titelblatt geschrieben: Studien!

In den „Drei Walhalla-Richtgenoßen" sagt Anastasius Grün:

„Wer deutsche Größen richtend wägt und mißt,
Deß Herz sei groß und stark wie Deutschland ist,
Den Strahlenkranz des Ruhmes zu ertragen
Auch jener Größen, die ihm Wunden schlagen."

Die deutschen Größen richtend zu wägen und zu messen, soll zwar keineswegs unsre Sache sein; doch werden wir manches unmaßgebliche Urtheil über die eine und andre uns gestatten. Wir halten dafür, daß Preußen Deutschland in der Vergangenheit und Gegenwart auch Wunden geschlagen, noch mehr, es ist uns diejenige deutsche Größe, die ihm, zumal in unsern Tagen, die tiefsten Wunden geschlagen hat; doch nach unserm Standpunkte eignen und können wir das schöne Wort des Dichters in allewege uns aneignen. Unser Absehen zielt auf ein weit Anderes als auf Betrachtungen über die deutschen Großstaaten, und wenn uns unser Weg auf deren Geschichte, Zustände oder Verhalten hinführt, so bleibt uns doch gänzlich fern, für den einen oder wider den andern plaidiren zu wollen. Unser Wahrspruch ist: Nicht wider Preußen, nicht für Österreich, für Deutschland!

Der Kern und die Mehrzahl der deutschen Stämme — sagen wir die deutsche Nation — hat den Verfall und

Untergang des Reichs, des Gesammtverbandes, worin sie sich politisch vereinigt und nahezu ein Jahrtausend vereinigt geblieben, überlebt. Sie hat sich wiederum zusammengefunden in einem Gesammtverbande; allein dessen neue Form, der deutsche Bund, genügt und befriedigt so wenig und noch viel weniger als die alte in ihren besseren Zeiten; schon in ihrem ersten kurzen Lebensabschnitt galt sie für überlebt, war sie großen Erschütterungen ausgesetzt, die sie dem Untergange nahe brachten, ward für unumgänglich gehalten und unternommen, sie zu einer richtigern und größeren Wirksamkeit zu bringen, sie zu ändern und zu bessern, sie zu beseitigen und durch eine genügendere zu ersetzen.

Man ist damit so wenig zum Ziele gekommen, als mit allen Versuchen und Bemühungen dieser Art in den Zeiten des Reiches.

Allein die „deutsche Frage" beschäftigt unausgesetzt. Droysen's in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrs erschienene „Geschichte der Preußischen Politik" ist für ihre Lösung im Interesse Preußens geschrieben. Zu einem Zeichen, daß ein wahres Bedürfniß vorhanden ist, nachhaltig empfunden wird und demnach Befriedigung heischt, brachten nicht blos achtbare Stimmen in achtbaren Blättern, sondern auch politische Körperschaften die „Bundesreform" wieder in Anregung. Diese Anregungen sind augenblicklich ohne practischen Erfolg gewesen, müssen aber beim Zustande Deutschlands — und dem Verhältniß der Bundesverfassung zu ihm nothwendig wiederkehren und entweder zu einer ordnungsmäßigen Lösung der Frage oder einer abermaligen gewaltsamen Bewegung führen, es wäre denn, daß durch Stöße von Außen her an uns in unsrer gegenwärtigen Verfassung die Geschicke sich wiederholten, welche die Deutschen vor uns trafen, die den Untergang des Reiches er-

lebten, erduldeten und verschuldeten. Die neueste, soeben zu Ende gebrachte große Verwickelung hat die Schäden der deutschen Zustände abermals ins Licht gerückt. Der hergestellte Friede gestattet, die Hand an ihre Besserung zu legen. Daß dies geschehe, wäre um so nöthiger, da das Verhalten Deutschlands wiederum wie im 17. und 18. Jahrhundert den Franzosen und Russen anlockend unsre Schwächen gezeigt hat. Die Frage der Bundesreform ist für die Regierungen eine offene. Am Schluß der Dresdner Conferenzen wurde sie ausdrücklich der Bundesversammlung überwiesen. In dieser ist sie bisher nicht für geschlossen erklärt.

Es gilt, daß wir uns recht besinnen und in der Meinung gewiß und einig zu werden suchen über das, was nicht sein und was werden sollte, über die Mittel und Wege, von Jenem loszukommen und zu Diesem zu gelangen. Nicht allein, aber an erster Stelle fehlte diese Gewißheit und Einigkeit bei den früheren wie neuesten Reformversuchen und Reformanregungen. Diese zeigen, daß man auch heute noch unklar ist über Ziel und Maß, Unmögliches und Vergebliches anstrebt, selten das Richtige trifft, oft dessen kaum gedenkt, was das Nöthigste wäre und am nächsten zum Zweck führen würde. Eben auch deshalb war es vorhin und ist es jetzt so schwer, die deutsche Frage zu lösen.

Sie ist von allen Seiten zu erwägen, damit sie nicht falsch angegriffen, damit nicht versäumt werde, auf ihre Lösung zeitig zu denken.

Es werden wesentlich dieselben Ursachen sein, weshalb das Reich verfiel und unterging und weshalb nach ihm nur der Bund kam, der gleichfalls nicht leistet, was er leisten sollte, als unzulänglich erkannt und doch weder reformirt, noch durch bessere Einrichtungen ersetzt wird und nach dem

Anschein einem ähnlichen Ende entgegengeht, wie dem des Reiches, das will sagen einem Ende mit Schimpf oder auch mit Schrecken, nicht etwa in einem Neuen und Vollkommneren, sondern in rath- und aussichtsloser Auflösung.

Welch ein Gewinn läge in richtiger allgemeiner Erkenntniß des wahren Sitzes und Grundes der Krankheit, der neuen wie der alten Formen! Je weniger sie mangelt, desto weniger wird die nöthige Heilung versäumt oder verkehrt unternommen werden.

Erörterung der Ursachen vom Verfall und Untergang des deutschen Reiches hat somit nicht blos geschichtlich, sondern auch politisch, nicht blos für das Verstehen unsrer Vergangenheit, sondern auch für unser politisches Gehaben und Handeln ein erhebliches Interesse.

Jene Ursachen müssen sich aus der deutschen Geschichte ergeben und vor Augen liegen, da unsre Geschichtforschung und Geschichtschreibung das Thatsächliche umfassend aufgedeckt hat.

Allein man sieht nicht immer, was vor Augen liegt, und auch unsere gelehrten Historiker sehen bisweilen nicht, was sie vor Augen legen. Nicht daß es verborgen wäre, wodurch das Reich verfallen und zu Grunde gegangen ist: es wird aber doch nur von den Wenigsten erkannt, vielfach gänzlich verkannt.

Bei dem Versuche, den wir durchgemacht, Deutschland in eine bessere Verfassung zu bringen, bezüglich das Reich in verjüngter Gestalt wiederherzustellen, nannten sich die Urheber und Förderer des Projectes, Preußen an die Spitze zu stellen, gern die „Reichspartei.“ Zu ihren Eifrigsten zählte Professor Droysen. Über den vorliegenden ersten Theil seiner „Geschichte der preußischen Politik“ ist bemerkt*), das

---

*) Augsb. Allg. Zeitung, 1855, Beilage zu Nr. 344.

Buch gebe zuerst eine zusammenhängende und glückliche Darstellung der Bemühungen und ihres Verlaufes, welche die Reform der deutschen Verfassung bezweckten, bis auf Friedrich III., fördere die genauere Kenntniß dieser Zeiten, lasse deren Verhältnisse mehr in ihrem eigentlichen Wesen erkennen und manchen neuen Gesichtspunkt für ihre Beurtheilung gewinnen. Wir finden, daß in ihm die Ursachen des Verfalls und der Nichtwiederherstellung des Reichs Theils gut dargelegt werden, Theils sich daraus gut erkennen lassen. Aus unsrer Betrachtung aller deutschen Geschichte, aus deren Verlaufe, wie dies Buch ihn abspiegelt, ergeben sich uns indeß bei vielfacher Übereinstimmung bald etwas andere Resultate über jene Ursachen, bald möchten wir das Ergebniß doch anders fassen.

Was in Droysen's Buche aus der Geschichte des Reiches und über die Ursachen von dessen Verfall und Nichtwiederherstellung vorkommt, gehört darin jedoch nur zur Begründung und Erläuterung. Indem es eine Geschichte der preußischen Politik geben will, geht es nach seinem eigentlichen Ziele auf die Ursprünge und ersten Gründer des preußischen Staates zurück. Hierin, so wie in den dadurch bestimmten Partien über die Reichsgeschichte, däucht es uns, und zwar nach seiner eignen Darlegung der Thatsachen, die geschichtliche Wahrheit zum Theil sehr weit zu verfehlen und an deren Stelle individuelle ungeschichtliche Meinung zu setzen.

Der Grund liegt sichtlich darin, daß es eine tendenziöse Parteischrift in der Form eines Geschichtsbuches ist. Der Verfasser treibt preußische oder „kleindeutsche" Politik in einem Buche, einem historischen Quellenwerke, wie es Andre in politischen Blättern oder Flugschriften thun. Nach der Tendenz seiner zerstreuten, als Schule fortlebenden Partei schreibt er die Geschichte der preußischen Politik und

die deutsche Geschichte, soweit er sie zu seinem Zweck berührt. Er giebt losen Meinungen, losem politischem Gerede und Getriebe als Geschichtforscher und Geschichtschreiber eine solidere Grundlage.

Mag die Absicht dabei noch so fern liegen: die Geschichte muß in dem Maß verfälscht werden, als sie nach Empfindung und Vorliebe, nach vorgefaßten Urtheilen, nach Parteizwecken geschrieben wird. Die deutsche Geschichte ist und wird fortgehend, von preußenthümlich Gesinnten und Strebenden geschrieben, nicht wenig gefälscht: ein erhebliches und nicht genug beachtetes Moment. Wir halten die Tendenz der preußenthümelnden Historiographie und was daraus resultirt für falsch, gefährlich, schädlich: schädlich allen Aussichten auf eine richtige und glückliche Lösung der deutschen Frage, schädlich also Gesammtdeutschland, insbesondere Preußen selbst nach unsrer Ansicht und Überzeugung von dessen wahrer Aufgabe und wohlverstandenem eignen Interesse.

Die Bücher über die nationale Geschichte wirken durch die Vorstellungen vom Vergangenen, welche sie erzeugen, bei den mittel- oder unmittelbar aus ihnen Schöpfenden bestimmend auf die Vorstellungen vom Gegenwärtigen, insbesondere auch auf die politischen Anschauungen und Gesinnungen ein. Sie üben diesen Einfluß um so mehr und er ist ein um so nachtheiligerer, je tendenziöser sie und je mehr mit Kunst des tendenziösen Schreibens und mit falscher Tendenz sie geschrieben sind, je mehr Unselbständigkeit oder Unachtsamkeit ihnen gegenüber waltet. Wie viel achtsamer man in Frankreich, in England ist, läßt sich daraus ersehen, daß, wenn irgend ein bedeutenderes Werk zur französischen oder englischen Geschichte erscheint, sogleich auch die politischen Tagesblätter des Gegenstandes sich bemächtigen. Es geschieht um so beflissener, je mehr Tendenz gefunden werden mag. Mit welcher Aufmerksamkeit und

Bewegung auch in der politischen Welt wurde der neueste Band von Thiers Geschichte des Consulats, von Macaulay's englischer Geschichte aufgenommen, mit welchem Partei- und Wahrheitseifer, welcher Rührigkeit, ja Spürsamkeit gegen die Tendenz. Die „Geschichte der preußischen Politik" ist vom Verfasser selbst schon nach dem Vorwort in die bestimmteste und nächste Beziehung zur Politik der Gegenwart gesetzt. Sie ist ein höchst eigenthümliches, merkwürdiges, kunstvoll verhüllendes und doch auch mehr als dreistes Tendenzbuch. Unsre politischen Blätter haben fast alle von ihr geschwiegen, und jene vereinzelte Stimme*) in der Allgemeinen Zeitung schweigt von ihrer Absichtlichkeit und Absicht, giebt zum wenigsten nur leise Andeutungen über ihren tendenziösen Character und ihre Tendenz. Zum Theil steuert auch Häußer's „Deutsche Geschichte seit dem Tode Friedrich's des Großen", weit feiner jedoch, nach demselben Ziele. Wo ist es in den Blättern signalisirt? So sind die tendenziösen Geschichtsbücher als solche bei uns um so wirksamer in der Stille. Ihre Tendenz schleicht sich ein, aus den gelehrten Werken in die populären und so fort. Hier freilich handelt es sich um eine sich gern versteckende Tendenz und deren Freunden ihr unbemerktes Eindringen eben erwünscht ist. Auch werden zahlreiche Mittel aufgeboten wider ihre Signalisirung, ihre Kritik. Allein gegenüber liegt auch wieder um so mehr Interesse und Antrieb, es nicht fehlen zu lassen an Winken, Orientirung, Warnung.

Aus geschichtlichem Wahrheits- wie aus politisch-practischem Interesse machen wir zum Gegenstande dieser Erörterungen auch die erste Gründung des preußischen Staats und Droysen's Buch, das uns zuging, als wir

---

*) Neuerdings hat sich das preußische Wochenblatt ausgesprochen, worüber unten ein paar Worte.

der deutschen Frage und insbesondere den Ursachen vom Verfall und Untergange des deutschen Reiches nachsannen. Die im Obigen liegenden Andeutungen werden genugsam erklären, weshalb wir in dieser unsrer ersten Studie die in der Überschrift benannten, wol gar disparat scheinenden Gegenstände der Besprechung zusammenfassen und unsre Ansicht so erörtern, daß wir, zumal weiterhin, beistimmend oder widersprechend der „Geschichte der preußischen Politik“ folgen, soweit sie Stoff oder Anhalt für unsre Zwecke bietet.

I.

Die vornehmsten Ursachen des Verfalls und Sturzes im 13. Jahrhundert.

Das deutsche Reich begann mit großen Mitteln und Aussichten, angesehen den Umfang und die Beschaffenheit des Gebietes, die Zahl und Tüchtigkeit der zu ihm sich Vereinigenden, die stählende That, die antreibenden Zwecke der Vereinigung zu ihm, selbst die ursprüngliche Verfassung.

Es begann freilich blos als eine Völker- und Magnatenconföderation, eine lockere, mangelhaft und zum Theil sogar bedenklich organisirte Vereinigung unter einem für seinen Beruf mit nur geringen Mitteln, wie der Erfolg gezeigt hat, zu schwach ausgestatteten Oberhaupte. Die sich in den Reichsverband begaben, waren freiheitstolze und selbstwillige, händelfertige und hartköpfige Germanen, stets uneinig und eifersüchtig gegen einander gewesene, gewalt- und hadergewohnte deutsche Stämme. Ihre Einung ward begründet, als noch nicht einmal der Name eines deutschen Volkes gebräuchlich war, bei noch sehr unentwickeltem Sinne für die Deutschevolks-Einheit, noch sehr unentwickeltem deutschem Volksbewußtsein, bei sehr stark entwickeltem Hange zur Sonderung und Eigenmacht. So wie die sich Vereinigenden diese ihre Natur und Gewohnheit in das Reich mit hineinbrachten, so kam auch vom An-

beginn mit hinein die Erbschaft der vorhergegangenen Zeiten der Zerrüttung des karolingischen Staates, ein verworrener gährender Zustand, mit der Nothwendigkeit, zur Herstellung des Zusammenhalts und der Ordnung jedes der großen Stammgebiete unter einer höchsten Civil- und Militärgewalt zu vereinigen, und diese den darin Mächtigsten zu übertragen, die, gewählt vom Volke in ihren Herzogthümern, die Könige wählten, geschlossene Territorien und möglichste Unabhängigkeit erstrebten, sich nur schwer zum Gehorsam bequemten, und, ausgerüstet mit den reichlichsten Mitteln der Unbotmäßigkeit, den Königen gegenüber als eine Zwischenmacht dastanden, die den unmittelbaren Zusammenhang der letztern mit dem Volke unterbrach und in diesem den Stammesgeist nährte.

Sollte das Reich nun bestehen, gedeihen, vorwärts kommen, so mußte dazu die Natur und Gewohnheit der Reichsgenossen sich fügen, die Vereinigung enger, die Organisation und Verwaltung straffer, die oberste Gewalt stärker werden. Das monarchische Princip mußte mehr gewinnen über das föderative, oder aber, in dem Maß, als dies nicht geschah, mußte die föderale Gesinnung und Tugend zunehmen, die größere politische Klugheit und Haltung sich bilden, welche in freier und Bundesverfassung um so mehr erfordert wird, so daß um so mehr gelegen war an Selbstbeherrschung, Verträglichkeit, gutem Urtheil über die gemeinsamen Interessen, Gemeinsinnigkeit. Die Entwickelung des Reiches und Kaiserthumes vom zehnten bis zur Mitte des dreizehnten Jahrhunderts zeigt große Vorschritte zu dem Ziele neben Rückläufen. Unter einzelnen Kaisern, sowol vom Sachsen- als vom Frankenstamme, zuletzt unter den Hohenstaufen, schien das höchste Ziel nahezu erreicht zu sein, als mit den letzteren das Kaiserthum und das Reich und die Einheit, die überragende

Bedeutung der Nation in ihrer höchsten Machtentfaltung und Blüthe zusammenbrach; und zwar nicht in Folge von kriegerischen Invasionen übermächtiger Feinde, sondern, wie auch die „Geschichte der preußischen Politik“ es darstellt, von Siegen, welche das Papstthum über die Hohenstaufenmacht gewann und dazu benützte, das staufische Haus hinwegzuwerfen; uns däucht von erneuerten päpstlichen Angriffen und einheimisch-deutschen Auflehnungen, die einander gegenseitig zu einem Siege benutzten, der freilich nur dem Papstthume zu statten kam.

Wie durch das Wegwerfen des staufischen Hauses, — in dem die deutsche Krone zwar nicht erblich gewesen, aber doch der Vorzug des einmal kaiserlichen Hauses bei der Wahl gegolten — die Machtcontinuität zerstört sei, in der allein das Reich sich zusammenhalten können: dies und zuvor der Verlauf bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts wird vom Geschichtschreiber der preußischen Politik in seiner Einleitung erörtert.

Wir finden darin den Schaden berührt, doch nicht genügend bloßgelegt und zu überwiegend gesucht in Äußerlichkeiten.

Wer trägt die Schuld, wo liegen die vornehmsten Ursachen des Verfalls und Sturzes bis zu jenem Zeitraume?

Man denkt zu wenig daran, daß auch die Völker die Schmiede ihrer Schicksale sind. Zu den mehr oder minder schuldlos überwältigten gehört das deutsche nicht. Die vornehmsten, die Grundursachen des Verfalls sind bei ihm, und mehr als bei andern, in seiner Art und seinem Handeln oder Thun und Lassen unter den gegebenen Verhältnissen und vorkommenden Ereignissen, bezüglich in seiner Schuld zu finden, in Fehlern, die wir hier vorzugsweis von ihrer politischen Seite betrachten, Versäumnissen und positiven Versündigungen.

Was die Päpste thaten zum Verfall und Sturz, reicht nicht von fern zur Erklärung aus. Schon daß es ihnen gelang, weist auf noch andere und zwar auf ohnehin vor Augen liegende frühere Schuldige und nähere Ursachen im deutschen Volke und Reiche selbst, deren Beschaffenheit, Haltung und Führung hin.

Man kann nicht sagen, gar zu viel widrige Umstände oder Verhängnisse wären eingetreten. Es hat auch an den günstigsten in den ersten vier Jahrhunderten des Reiches, die wir hier vor Augen haben, nicht gefehlt. Man kann nicht sagen, gar zu beträchtliche Schwierigkeiten wären entgegengestanden. Dem deutschen Volke war auch so viel gegeben. Mit Recht wird seine Tüchtigkeit gerühmt. Es kam nur auf den Gebrauch, den Erweis an. Die Hindernisse waren groß, aber keineswegs unüberwindlich. Die größesten waren überwunden, als der Verfall eintrat, oder eigentlich sich erneuerte, der mit dem Niedergange des Reiches am Schlusse der Hohenstaufenzeit endigte. Damals noch, und wie oft vorher, wurden die besten Gelegenheiten verpaßt, die besten Einrichtungen und Zustände, zu denen man glücklich gelangt war, verdorben!

So wenig als auf übermächtige Ungunst der Verhältnisse und Ereignisse wird man die Schuld auf die Häupter wälzen und sagen können, die rechten Männer im Regiment hätten gefehlt, oder die deutschen Könige und Kaiser hätten es an sich fehlen lassen.

Es stand frei, die Tüchtigsten und Würdigsten zu wählen, und geschah es nicht, so trug das Wählen oder die nicht unabänderliche Wahlordnung, und so doch die Nation zum wenigsten die Mitschuld. Welches Land der Welt hätte mehr rechte und große Männer in seinem Regiment gesehen, als Deutschland in den ersten vierhundert Jahren des Reiches? Waren nicht auch die Könige aus dem

Fleisch und Blut der Nation? Wird nicht jedes Volk so geführt und regiert, wie es beschaffen ist und verdient, so daß es Theil hat an der Tugend und Untugend, der Weisheit und Thorheit, der Kraft und Schwäche, der Kleinheit und Größe, der Schuld und dem Verdienst seiner Obern? Wohl hängen die Schicksale, wohl hängt das Steigen und Fallen der Völker beträchtlich auch von ihren Häuptern ab, und ganz verkehrt wäre es, zuzudecken, was sie verfehlen. Je mehr wir aber fordern, daß die Völker als selbständige Persönlichkeiten angesehen und geachtet werden, und je mehr wir uns zum freien Mithandeln berechtigt und berufen halten, desto verkehrter ist auch Alles, was dahin zielt, die eigene Verantwortlichkeit und die Unterlassungs- oder Begehungssünden auf der Volksseite zu verhüllen. Wollen wir politisch handeln und richtig handeln, so muß uns die Selbsterkenntniß kommen, die Erkenntniß, wann und wie unser Volk es an sich hat fehlen lassen; so muß die schwächliche Betrachtungsweise aufhören, wonach es ihm so ergangen und Deutschland in diese Lage gebracht worden durch seine kleinen und großen Häupter oder Herren.

Freilich hat unser Reich in seinen ersten Jahrhunderten auch schwache Regenten gehabt, und die starken und großen haben auch Fehler, große Fehler begangen. Nur daß man nicht in ihnen die vornehmste Ursache des Rückganges und der Zerstörung und ihre Fehler oder derer größeste nicht darin suchen soll, daß sie, und zwar gerade die strebsamsten, kräftigsten, tüchtigsten deutschen Könige, in Römerzügen, in Kämpfen um Italien, um das Kaiserthum, ihre besten Kräfte und die der Nation verbraucht und die Gefahr gesucht hätten, worin das deutsche Staats- und Königthum umgekommen.

Dies hat — wir gehen mit Absicht näher darauf ein — eine gängige Meinung nur werden können in Zeiten

des Verfalls, wo das Gemeinschafts- und Großstaatsbewußtsein und die damit correspondirenden politischen Anschauungen und Einsichten sich verdunkelt oder verloren hatten. Sie behauptet sich noch oder verschwindet bei Wenigen oder Vielen, je nachdem deutsches Einheits-, Volks- und Großmachtsgefühl noch schlummert oder wieder erwacht ist. Wir befinden uns in dem Zwischenzustande, daß gefühlt und eingesehen, nicht gefühlt und nicht eingesehen wird, was die auswärtigen Beziehungen und deren Wahrnehmung, was Einfluß und Machtbethätigung, Ansehen, Geltung über die Grenzen hinaus, einem Lande und Volke, deren Sicherheit und Bestehen, deren Entwickelung und Wohlbefinden bedeuten.

Als 1848 unternommen wurde, Deutschland in eine bessere Verfassung zu bringen und der Ruf nach der Einheit Deutschlands so laut ertönte, war einer der vornehmsten Gesichtspunkte und Beweggründe der, daß letzteres innerlich gekräftigt werden müsse, damit es auswärts die gebührende Geltung erlange, nach Außen zu wirken vermöge. Und unablässig verlautet Klage darüber, daß der Nation diese Geltung, dies Vermögen versagt sei. Beim Eintreten der s. g. orientalischen Krisis ward vielstimmig gefordert, daß gemeinsame active deutsche Politik gemacht werde, und zu den vornehmsten Motiven gehörte, daß das auch ein Weg sei, nach den gescheiterten Versuchen der innern Reform, indem sich die Nation in einem großen Gefühl und Streben zusammenfinde und, wie zu hoffen, etwas Rechtes ausrichte, gleichfalls im Inneren zu einer besseren Ordnung der Dinge zu gelangen. Und eben so unablässig verlautete die Klage ob abermals und fortgesetzt verpaßter, aus Selbstsüchtelei und Eifersüchtelei verpaßter Gelegenheit. Der Beruf und die Nothwendigkeit für eine Nation, die nicht verkümmern und sich nicht selbst aufgeben

will, auch nach Außen einzuwirken und Macht zu entfalten, die Wechselwirkung zwischen solchem Hinausgreifen und innerlichem Erstarken und Gedeihen wurde demnach erkannt.

Doch aber nicht allgemein, nicht durchschlagend erkannt, weder Oben noch Unten. Dem Empfinden und Erkennen, dem Wollen und Thun fehlte immer noch die ausreichende Klarheit und Bestimmtheit, Energie und Beharrlichkeit, zumal die Consequenz wahrhaft nationaler uneigennütziger Gesinnung. Als Österreich 1848 um Italien, um Ungarn, um Aufrechtbleiben und Dasein kämpfte, trat grell hervor, wie Viele kaum einen Begriff davon hatten, daß es sich dabei um deutsche Interessen handle, wie wenig diese gewürdigt wurden von Andern, die für andere ihnen näher liegende bedrängte deutsche Lande und auswärtige deutsche Interessen ganz einseitig und unbillig eingenommen waren. Es gewann der Gedanke: ein einiges und wohlgeordnetes großes und starkes Deutschland auch um seiner äußeren Geltung willen, nicht. Als es nicht glücken wollte im ersten Anlauf, auf dem ersteingeschlagenen Wege, nach den erstgefaßten Ideen ihn zu verwirklichen, schlug er bald genug um in das Project Kleindeutschland, die Maxime Concentration, selbst um den Preis der Verkürzung des Gebiets, der Zertheilung der Nation, insbesondere den des Verzichtes auf das eben noch so hoch Veranschlagte. Wie schwach mußte der Blick und der Sinn für die auswärtigen gesammtdeutschen Beziehungen und Interessen und deren Wahrnehmung sein, wenn man so bald, so leicht durch Stammes- und Sondergeist, durch besondere kleinstaatliche, besondere preußische Vortheile, Gelüste, Sympathien, zum kleindeutschen Abspringen sich beirren lassen konnte. Oder wenn man Seitens der preußischen Partei aufrichtig sagte, daß man Deutschland kleiner machen wolle, damit es in der Concentration unter Preußens Führung eben Macht

gewinne und entfalte, so zeigte man sich zu der Beurtheilung der Wirklichkeiten und der Berechnung der Mittel zum Zweck doch gar zu schwach. Wie gering erwies sich die politische Einsicht, wie unfest die politische Haltung, indem man dem Stammesgeist und Haß den freiesten Lauf gab, zu nichts den Scharfsinn so sehr anstrengte, als zum Beweise der Nothwendigkeit der Trennung, Deutschland ordnen und kräftigen wollte, und den Hader, der von jeher die vornehmste Ursache der inneren Unordnungen und der Schwäche nach Außen gewesen war, — die Zwietracht in der Nation, vor Allem unter den vornehmsten Gliedern des Bundes erneute und mehrte, welche der Geschichtschreiber der preußischen Politik ganz richtig als den alten Grundschaden an einer Stelle bezeichnet, wo er zugleich ihre Beendigung das alleinige Heilungs- und Rettungsmittel nennt. Dieselbe Schwäche und Haltungslosigkeit zeigte sich in der seit 1854 immer größer gewordenen Lage und stets klein gebliebenen Politik. Es gewann auch der Gedanke einer activen gesammtdeutschen Politik in der antirussischen Sache über den der Neutralität und Passivität nicht. Vielmehr ist dieser über ihn in Vortheil gekommen, ja er hat ihn vereitelt, trotzdem vereiteln können, daß damit zugleich das Resultat einer abermaligen Zweiung Deutschlands in einer so großen Frage sich ergeben mußte. Vielfältig wollte kaum eingesehen, geradezu konnte geleugnet werden, daß deutsche Interessen unten an der Donau lägen, von Österreich vertreten würden, von ihm und von Gesammtdeutschland wahrzunehmen seien. Die Interessen Österreichs und Deutschlands fielen einmal so genau, so glücklich zusammen — um so beflissener erinnerte man an ihre Divergenz in früheren, in gewissen denkbaren Lagen oder Fällen, um so mehr strengte man sich an, eine Nichtidentität oder eine doch nur unvollkommene Identität der-

selben in der gegenwärtigen Situation zu entdecken, damit auch diese Gelegenheit nicht vorübergehe, ohne daß Mißtrauen einmüthige Politik verhindere. Man konnte auf die berufenen subtilen Distinctionen gerathen, was in der europäischen und also vorragend deutschen, in der antirussischen und klärlich noch mehr deutschen als westmächtlichen Sache deutsches und nichtdeutsches, blos europäisches oder österreichisches Interesse sei, was in den Streitpunkten gegenüber Rußland und dessen bedrohlicher Prinzipatstrebung, bekundet in Übergriffen, die man für übergreifend erklärte, den deutschen Bund oder Nord- und Mitteldeutschland angehe und was nicht. Der eine der deutschen Großstaaten, die Mehrheit der Bundesregierungen beliebte die Politik der Neutralität und Passivität, die Politik der Reichsstände, welche in den Zeiten der Entstehung des ersten und zweiten französischen Principats unter ähnlichen Ausreden und Vorschützungen abwiesen und vereitelten, daß Gesammtdeutschland in die damaligen Coalitionen eintrat und daß zur Reichssache gemacht wurde, was klärlich Reichssache war, woraus dann folgte, daß sie thatsächlich die aggressive Macht deckten und stärkten, zum Theil auch geradezu mit ihr bündelten, andere vereinzelt in den Krieg gehen, die Vorantretenden, die vorliegenden Lande ohne Beistand ließen, Verderben über das Reich bringend, dessen Theilung und Auflösung herbeiziehend.

Sichtlich ist heute der Nationalgeist nicht so verkommen, die politische Einsicht nicht so gering im deutschen Volke als in jenen Zeiten, und giebt es auch eine russische Partei, wie es in den achtziger Jahren des 17. und in den neunziger des 18. Jahrhunderts französische Parteigänger gab, giebt es auch heute wie damals gleichfalls eine — und noch besser organisirte — Schaar politisch-literarischer Söldlinge, die — selbst mit noch größerer zungendresche-

rischer „Kunst im Zungenzaum der Obrigkeit“ — jener Politik das Wort reden: so ist doch trotzdem deutlich zu ersehen, daß nun vorhanden ist, was damals fehlte, eine die letztere verurtheilende, die deutschen Interessen besser erkennende und würdigende, durch Sondergeist und Selbstsucht weniger beirrte und verdorbene öffentliche Meinung. Aber freilich mangelt ihr auch heute noch die Verbreitung, Klarheit, Bestimmtheit, Lebendigkeit und Kraft, die erforderlich gewesen wäre, damit sie volle Geltung sich verschafft hätte. Sie bekundete sich stark genug in den mittleren und kleinen Bundesstaaten, daß ein gleich undeutsches reichsverrätherisches Verhalten derselben wie das so vieler Reichsstände gegenüber Ludwig XIV. und der französischen Republik und Napoleon I. um so weniger möglich gewesen wäre; nicht stark genug, um die von Bamberg datirende Politik unmöglich zu machen. In Preußen zumal zeigte sie sich überall, in der Presse, den Kammern, den letzten Kammerwahlen zu unbestimmt, unfest und energielos, um nicht der russenfreundlichen Partei und der Regierung breiten Raum zu lassen, mit großem Scheine sagen, zum Theil auch glauben zu dürfen, die Neutralitätspolitik werde von der Volksmehrheit gebilligt oder doch nicht so entschieden mißbilligt, daß man von ihr ablassen müßte; wie ja auch (in der Kammerdebatte über den Antrag auf Einleitung einer Untersuchung der von Organen der Staatsregierung geübten Beeinflussung der Wahlen) oppositioneller Seits zugestanden ist, nicht blos Etwas (Oben), sondern Viel (auch Unten) sei faul im preußischen Staate; sehr wohl wisse man, daß die Hauptschuld am preußischen Volke liege; hätte das den Muth, den es auf den Schlachtfeldern Europas bewiesen, auch hier bewährt, so würde die Sache anders stehen.

Es wurde hundertstimmig gesagt und bitter empfunden, daß Preußen als Großmacht eine unrühmliche Rolle spiele,

seine Stellung und seinen Einfluß in Deutschland herunterbringe, seine eigensten Interessen und die deutschen im Norden und Osten wahrzunehmen versäume und schwer gefährde. Aber die Meinung war doch zu sehr versetzt mit preußischem Sondergeiste und antipathischer Eifersucht gegen Österreich. Man hatte deßhalb auch ein Auge auf besondere Vortheile Preußens beim Neutralitätssysteme und fand sich leichter darein; man dachte unlustig und mahnte nur halb willig und kräftig an Preußens Eintritt in die ihm angesonnene active gesammtdeutsche Politik, weil er so viel war, als Allianz mit Österreich, weil Preußen Österreich zu folgen schien. Ohne zu bezweifeln, daß im Nordosten außer Deutschland Preußen noch nähere und besondere Interessen und mit ihm jenes dafür einzustehen habe, begriff man doch schwer, daß es sich ebenso im Südosten mit Deutschland und Österreich verhalte. So wurde die Meinung abgeschwächt, so ließ sie es doch sehr stark auf sich eindringen, wenn Russen und Russenfreunde sagten, Österreich habe da specielle Interessen, für welche mit den deutschen Kräften einzustehen ungeboten und unräthlich sei, wenn sie die sofort nachklingende Saite des Verdachtes anschlugen, das preußenfeindliche Österreich wolle Preußen und Deutschland nur verwickeln und für sich benutzen.

Unzweifelhaft war allgemein die Eifersucht und Abneigung gegen Österreich, speciell dieser Verdacht das stärkste Motiv der preußisch-deutschen Neutralitätspolitik der Gegenwart, der Billigung und der zu energielosen Mißbilligung, welche sie erfuhr. Es ist nur das Alte, es ist in den langen Zeiträumen des späteren Reiches mit der auswärtigen deutschen Politik eben so ergangen. Die Beziehungen und Interessen Deutschlands, welche Österreich noch näher anlagen, die östlichen namentlich — und wäre es die Abwehr der handgreiflichst alle deutschen Gebiete angehenden Ge-

fahr vor den herandringenden Osmannen gewesen — wurden diesseits fast durchgängig zu wenig oder auch gar nicht erkannt und gewürdigt. Waren sie noch so kündlich vorhanden, sollten sie dennoch nur Vorwand für Österreich sein, oder man wollte sich selber und dem Reiche nicht helfen, um nicht dem Nutzen Österreichs, oder dessen Nutzen mehr als Deutschlands zu dienen. Die Kaiser hatten österreichische oder habsburgische Hausinteressen, mußten derselben warten, um sich behaupten, um das Reichsregiment führen zu können, gaben auch Anlaß zu der Beschuldigung oder dem Argwohn, ihre besonderen Interessen denen des Reiches voranzustellen und dieses nur oder doch vorwaltend für Österreich in Anspruch zu nehmen. Ob dem aber so war oder nicht war: das nichtösterreichische Deutschland hatte wenig Verständniß und Sinn für die großen auswärtigen, zumal die südöstlichen Angelegenheiten und Belangen des Reiches, zog darin unzeitig und ungehörig das Mißtrauen gegen Österreich zur Consequenz, trieb auswärtige und zumal östliche Politik wie heute und noch viel schlimmer als heute, zur eigenen schweren Gefährdung und Beschädigung. Man wählte das schlechteste Mittel zum Zwecke, indem man beschädigender oder nur gefürchteter Selbstsucht mit selbstverletzendem Egoismus entgegentrat. Man verfuhr, wie in unseren Tagen, wo die Wahrung der gesammtdeutschen, und insbesondere der norddeutschen Interessen versäumt ist, damit Österreich nicht etwa im Osten mit Deutschland oder noch mehr als Deutschland gewinne. Es war nicht blos die Folge übler Einrichtungen und Verhältnisse des Reichs, sondern auch und sehr wesentlich des im Reichsverfall verengerten Gesichtskreises und der darin nicht minder eng gewordenen Gesinnung, aus deren Schranken das jetzige Geschlecht herausstrebt, sich aber noch nicht herausgearbeitet hat. In dieser Verengerung bildete sich auch das gedachte

Urtheil über die Kämpfe unserer älteren großen Kaiser um Italien und das Kaiserthum. Wir mögen jedoch ein gutes Zeichen darin erblicken, daß es im Vorübergehen ist und daß das entgegenstehende mehr und mehr sich geltend macht.

Einzig und allein in der Wiederherstellung eines abendländischen Kaiserthums der deutschen Stämme lag die Rettung der christlichen Cultur, die Erhaltung der Selbständigkeit der germanischen und romanischen Völker gegenüber dem byzantinischen Kaiserthume, dem mächtigen Aufstreben der saracenischen Welt, dem Entstehen einer neuen Völkerwanderung der heidnischen Ungarn, Slaven, Normannen. Die Züge der deutschen Könige nach Italien, um die Kaiserkrone zu erwerben, waren eine Nothwendigkeit für Deutschland, lagen in seiner historischen Aufgabe. Die deutschen Völkerschaften würden ohne ihre Vereinigung erlegen sein; wie schwer gelang diese aber, und kaum waren die Stämme verbunden, als sie sich schon wieder trennten. Heinrich I. mußte Gewalt gebrauchen, um die sich absondernden in den Gesammtverband zu zwingen, und noch zwei große Empörungen kamen, das kaum begründete Reich zu zerreißen. Erst die ruhmreichen Kämpfe gegen die auswärtigen Feinde und der Glanz des kaiserlichen Namens sicherten endlich den Bestand des Reiches und mit ihm die Einheit des deutschen Volkes, schufen erst ein dauerndes deutsches Volksbewußtsein.

Dies Urtheil, dies Ergebniß brachte kürzlich Giesebrechts „Geschichte der deutschen Kaiserzeit.“ Dahinaus geht auch die „Geschichte der Preußischen Politik.“

Nachdem sie darüber sich verbreitet, wie vom Anbegin des Reiches die Herzogthümer in ihrer stammesartigen Zusammensetzung dem Aufkommen einer hinlänglich starken Obergewalt widerstrebt; wie die Beamtung erblich geworden

und eine feste Thronfolge nicht erreicht sei, und ein fortwährendes Wogen und Kämpfen aller Gewalten stattgefunden, worin das Königthum nie zu einem sichern in sich selbst ruhenden Bestande gelangen können; wie das Fürstenthum zugenommen und ihm gegenüber zahllose locale Gewalten entstanden, woraus denn ein mannichfaltiges Sonderleben bis in die kleinsten Kreise sich entwickelt — nachdem sie hierüber sich verbreitet, hebt sie die Bedeutung des deutschen Königthums, die practische Bedeutung des so oft als phantastisch belächelten römischen Kaiserthums und der um dasselbe gerade von den größesten Kaisern und in den glorreichsten Zeiten der Nation und des Reiches geführten Kämpfe hervor. Es ruhte dies gelockerte System staatlichen Lebens, getragen von der Stufenfolge obrigkeitlicher Befugnisse, deren Wesen es war, von der nächsthöheren Stelle übertragen zu sein, in der Idee des Königthums, in der Machtvollkommenheit der höchsten irdischen Gewalt, die Gott selbst gesetzt, Gerechtigkeit und Frieden auf Erden zu hüten. Die Wahl erneute immer wieder die Vorstellung, daß man eine höchste Gewalt über sich habe und in ihr einen Träger und Vertreter wähle zu „einem Richter über Eigen und Lehn und über jeglichen Mannes Leib“ und dem „des Reiches Gewalt und der kaiserliche Name“ gebühre. Mit dieser höchsten Macht der Christenheit überragte das Haupt deutscher Nation die erblichen Könige umher. Das Kaiserthum war der Ausdruck ihrer weltherrschenden Stellung unter den Ottonen, den Hohenstaufen, an deren Namen sich ihr, so lange sie das Gefühl ihrer Einheit bewahrte, die Vorstellung höchster nationaler Machtentfaltung knüpfte. Das Bedürfniß, die dominirende Stellung in Europa zu behaupten, in der das rings feindlich umgrenzte deutsche Land seine einzige Sicherung hatte, war das Band, welches die Nation zusammenhielt. Das deutsche Königthum mußte

mit der Kaiserkrone — und mit Italien — die völkerrechtliche Sanction der Stellung behaupten, ohne die es sich in sich selbst in eine Reihe lokaler Ohnmächtigkeiten auflöste. Nur die Kaiserkrone rechtfertigte das deutsche Königthum; doch auch nur mit der festen Kraft des Königthums war die Kaiserkrone zu halten. Die Hohenstaufenzeit war der Gipfel unserer Geschichte. In ihr stand die Kaisermacht noch hoch aufrecht in der Kraft der Idee, die sie vertrat, in der persönlichen Hoheit, die mächtige Charactere darin zur Geltung zu bringen wußten; und in Wechselwirkung damit brachten die hundert Jahre der Hohenstaufen in unermeßlicher Regsamkeit, in lebendiger Spannung und freier Arbeit aller Kräfte der Nation das mächtigste nationale Vorwärtsschreiten, die staunenswürdigsten Entwickelungen.

So die „Geschichte der Preußischen Politik", obschon sie sehr wohl weiß, daß die staufische Politik in ihren Kämpfen wider das Papstthum und um Italien mehr und mehr ihren deutschen Character daran gab.

Man kann beklagen, daß dies geschehen, wird nicht leugnen können, daß die deutschen Könige und Kaiser bis in das Jahrhundert des Verfalls bisweilen zu vorwiegend darauf dachten und zu viel Kräfte daran wendeten, das Kaiserthum zu gewinnen, fest zu halten, zu Geltung und Glanz zu bringen, das will sagen, die auswärtigen Interessen, die europäische Stellung und Bedeutung, die Machtentfaltung des Reiches nach Außen, in Italien namentlich und der anderen Weltmacht, dem Papstthume gegenüber, wahrzunehmen. Allein an sich selbst lag dies in ihrem Berufe, der nun einmal die aus dem Ursprung und Wesen, Interesse und nothwendigen Bedürfniß des Reiches, aus der geographischen und historischen Lage Deutschlands unabweislich sich ergebende Doppelaufgabe enthielt, zum deutschen Königthume die Kaiserkrone zu erwerben und wie

jenes so das Kaiserthum zu behaupten und zu führen. — Sie haben aber des Guten in der Führung des letzteren zu viel und in der des ersteren bisweilen zu wenig gethan, und darüber hat ihre Politik vom deutschen Character darangegeben oder verbunden mit dem Streben nach Erwerbung eigener Lande die Richtung genommen, kaiserliche Hauspolitik zu werden!

Es mag sein; und in der That wurden daraus nicht selten Gründe hergenommen, in ihren eigentlich kaiserlichen, den italischen und antipäpstlichen Kämpfen sie — und in der Regel zugleich das Reich und dessen auswärtige Interessen — im Stich zu lassen. Allein sie wurden auch darauf hingeleitet, wurden genöthigt, anderweit die Kräfte und Stützen zur Behauptung und Führung des deutschen Königthumes zu suchen, das mit nur schwachen Mitteln dazu ausgestattet war und in welchem sie unausgesetzten heißen Kampf zu führen hatten, bald um Mehrung und Stärkung jener Mittel, bald wider Versuche, dieselben noch mehr zu schmälern, an die lokalen Gewalten zu bringen, in Privatbesitz zu ziehen.

Diese Versuche zeigen, wie wenig es aus Fürsorge für das deutsche Königthum und Reich, deren Erhaltung in Kraft und Ordnung, deren nähere Interessen geschah, wenn die Kaiser in ihrer auswärtigen Politik schlecht oder gar nicht unterstützt wurden; jener Kampf und dessen Ausgänge weisen darauf hin, daß auch im Innern die königlichen Bemühungen um das deutsche Königthum und eine feste Ordnung in Deutschland gar zu wenig unterstützt, gar zu sehr gehemmt wurden. In dem großen Streite, der mit dem Untergange des staufischen Geschlechtes und der Zerrüttung des Reiches endigte, war Friedrich II. nicht frei von Schuld, namentlich auch durch eine zu wenig deutsche Politik sich verfehlend. Bei den päpstlichen Angriffen aber, denen die

Staufenmacht erlag, war das Verhalten der Reichsglieder das unentschuldbarste, und in ihm, das den Sieg des päpstlichen Stuhls ohne alle Frage bedingte, lag der große Schuldantheil der Nation am Sturze der Staufen, ihre größeste Selbstverschuldung beim Ruin ihres Reiches.

Freilich liegen Ursachen des Verfalles auch in dem Verhalten der Könige, nur sind sie nicht von fern die vornehmsten, und wie nur eines war das deutsche Volk an den Mißgriffen und Sünden seiner obersten Häupter mitschuldig. Dasselbe ist von der ursprünglichen Verfassung und ihren Mängeln zu sagen.

Man kann nimmermehr behaupten, sie habe den Keim des Unterganges in sich getragen und diesen durch ihre Gebrechen unausweichlich herbeigeführt. Die „Geschichte der Preußischen Politik“ sagt dies auch nicht von ihr, legt doch aber zu großes Gewicht auf die Fehlerhaftigkeit ihrer Anlage. Sie war auf keinen Fall mangelhafter, als es die Verfassungen anderer Nationen im Ursprunge waren, deren Anfänge und Vorschritte in demselben Zeitraume liegen, deren Reiche nicht untergegangen sind und sich in einem besseren Stande und Wesen befinden. Sie hatte auch große Vorzüge, war eine der Art und den Zuständen der zum Reiche sich Vereinigenden sehr anpassende, genügte dem nächsten Bedürfniß, begünstigte die freieste Entwickelung, war groß und insbesondere darauf gut angelegt, war zum wenigsten sehr fähig, dahin ausgebildet zu werden, den beiden Forderungen und Bedürfnissen, der Einheit des Ganzen und der individuellen Freiheit Genüge zu leisten. Gewährte sie nicht Selbstregiment unter einer königlichen Centralgewalt? Wäre die freie Königswahl eine für jedes Volk und an sich selbst zu ideale Institution? Wenn sie im Reiche deutscher Nation sich nicht bewährte, so war es nicht unthunlich, sie mit der der Erblichkeit der Krone zu vertauschen.

Die Verfassung bedurfte zunächst kaum mehr als der Nachhülfe einer Verstärkung der Befugnisse des Oberhaupts und eines besser geordneten Systems der Verwaltung oder aber einer Beschränkung und Berichtigung jenes Selbstregiments. Daß ein tüchtiger Geist jede Form sich dienstbar macht, daß auch eine mangelhafte mit einem tüchtigen Inhalte erfüllt werden kann, leidet noch auf die heutige, leidet viel gewisser Anwendung auf die ältere deutsche Verfassung. Doch angenommen, ihre Fehler und Mängel wären überwiegend gewesen, warum wurden sie nicht beseitigt? Mit Einem Worte, warum wurde sie in so langen Zeiträumen nicht gebessert, und wenn sie unverbesserlich war, warum blieb man bei ihr und gab sich keine andere, da man doch die ausgedehnteste Freiheit und gesetzliche Organe zur Änderung hatte und so oft zeigte, daß man auch den revolutionären Weg nicht scheue?

Das Königthum, das Fürstenthum, mit Einem Worte alle geordneten Gewalten waren weit entfernt, unbeschränkt zu sein; die Deutschen waren nicht zwar gleichberechtigt, aber auch nicht rechtlos — und nicht kraftlos, muthlos, waffenlos; — sie waren zum Theil überreich mit Rechten und Freiheiten ausgestattet, nichts weniger als ausgeschlossen von der Theilnahme an den öffentlichen Dingen, nichts weniger als ohnmächtig zum Mitwirken gegenüber der obersten Gewalt oder den örtlichen Gewalten; sie hatten den freiesten Spielraum, unter ihren Häuptern die Verfassung und Gesetzgebung zu ordnen, und man kann und darf bei dem, was darin geschah und nicht geschah, nicht ihre Unzurechnungsfähigkeit mit ihrer Unverantwortlichkeit behaupten. Freilich, das Meiste in der Entwickelung machte sich wie von selbst, je nach dem augenblicklichen Bedürfniß oder Drange, nach dem Gefühl von dem, was in den jeweiligen Umständen nöthig oder auskömmlich, nützlich oder schick-

lich, oft viel mehr nach dunkeln Trieben oder ungezähmten Leidenschaften, als nach Reflexion, am wenigsten nach Theorie und in einem unablässigen Kämpfen und Wogen der Stände, Klassen, Gewalten, sehr häufig gewaltsam; die vielen auswärtigen Kriege und noch mehr die ewigen Fehden und Empörungen, worin so viele Volkskraft an sehr unrechter Stelle sich aufzehrte, ließen wenig Zeit und Ruhe für sorgfältiges und unbeirrtes Arbeiten an der Ausbildung der inneren Verhältnisse. Aber wenn auch ein methodisch-systematisches Verfahren allerdings nicht gefordert werden darf, ein gedankenloses, unvernünftiges, verkehrtes, oder schlecht geführte Kriege, innere Parteiungen, Auflehnungen, selbstbereitete Hindernisse waren darum so wenig ohne Folgen als entschuldigt.

Die Herzogthümer bildeten die Grundlage der Vereinigung; in dem Verhältniß des Königs zu ihren Vorständen, unter welchen die Krone wechselte, lag das wesentlichste, bedenklichste, auch verhängnißvoll gewordene Moment der Verfassung. Das Nöthigste war eine stärkere Königsgewalt und ein anderes System oder doch eine bessere Gestaltung des die Schwäche der letzteren bedingenden Systemes der in den Händen so mächtiger Fürsten liegenden, dann doch auch sich zersplitternden und um so verwickelter und schwerfälliger werdenden Verwaltung. Bei einer die Unbotmäßigkeit in sich schließenden Selbständigkeit der Beamtung konnte das Königthum unmöglich seinen Beruf erfüllen; unmöglich konnten die deutschen Könige mit diesen Herzogen — nicht etwa nach neueren Begriffen, was außer Frage ist — sondern nach dem Bedürfniß ihrer Zeiten regieren. Die Schwäche des Königthumes mußte Unordnung und Gesetzesohnmacht erzeugen, sie begünstigte die Selbsthülfe und Vergewaltigung aller Art, sie gefährdete den Bestand des Reiches und alle auf ihm beruhenden Rechte und

Freiheiten, insbesondere die der Schwächeren. Um so hinderlicher für die Erreichung des Erstnöthigen, um so fehlerhafter war es, das Freiheitsinteresse der Einzelnen überwiegen zu lassen, ihre Selbständigkeit in die erste Linie zu stellen. Allein es geschah. Der Trieb der individuellen Selbständigkeit waltete so sehr vor, daß man fort und fort — auch in den Zeiten der hochnöthig erkannten Wiederaufrichtung und Besserung und der angestrengten Bemühungen um dieselbe — jede Erweiterung der königlichen Gewalt, alle Entwickelung der Verfassung nach dieser Seite hin mißliebig und mit unbegrenztem Mißtrauen ansah, abzuwenden suchte wie man konnte, umgekehrt durch jedes Mittel die eigene Gewalt zu erweitern trachtete, nicht auf die Selbsthülfe verzichten wollte, das unvernünftige Recht derselben hartnäckig behauptete, ja dessen Regelung und Einschränkung, und so auf die mannichfachste Weise selbst dem Gebrauche der unzulänglichen obersten Gewalt zur Führung des Regimentes und zur Handhabung der Gesetze widerstrebte. Die Selbsthülfe schwächte den König und das Gesetz, deren Schwäche dann wieder Anlässe und Vorwände zur Selbsthülfe gab. Diese ging naturgemäß leicht über ihre Schranken hinaus, bei der zu dem Allem hinzukommenden groben Ausartung des Selbständigkeitstriebes in Geneigtheit zu Ungesetzlichkeiten aller Art. Daraus ging der Zustand jener fast unablässigen Unruhen, Fehden und Empörungen hervor, die so viel von der zur Arbeit an der Ausbildung der inneren Verhältnisse nöthigen Zeit und Ruhe hinwegnahmen. Sehr wesentlich durch diese Unart und Sünde ward verschuldet, daß es nie zu einer rechten Reichsordnung und strafferen Einheit, einem mehren Heraustreten aus der Föderation zum monarchischen Staat, zu einem in sich selbst starken Königthume kam; sodann, daß das stets zu locker gebliebene Reich zerfiel, endlich daß auch die Volksfreiheit

zu Grunde ging und die „deutsche“ Freiheit erstand und allein übrig blieb, nämlich die Fürstenfreiheit vom Reich und Reichsgesetz und Gehorsam, als Strafe zuchtlosen Freiheitssinnes und ungeschickten selbstsüchtigen Freiheitsstrebens.

Die königliche Gewalt zu stärken, das Verwaltungssystem dem Zweck gemäß zu ändern, dazu gab es mancherlei Wege, und die sich sehr nahe darboten: Beschränkung der Gewalt der Herzoge, Auflösung oder Einziehung, Vereinigung der Herzogthümer mit der Krone. Die letzteren waren wie das Reich selbst Zusammensetzungen von Wahl und Erbe; denn ob jene frei stand, blieb man doch gern bei dem Stamme, und die Gewalt der Herzoge in ihnen war keine bestimmte und unbeschränkte, weder nach Unten noch nach Oben, so daß sie vielerlei Umwandlungen Raum ließen. Zum wenigsten, daß sie erblich wurden, hätte man verhindern, und wenn sie es werden sollten, auch die Krone erblich machen können und sollen. Man hatte diese und noch andere Wege, sich zu helfen. Allein bald dachte man nicht daran, bald verstand man es nicht, bald widerstrebte man, wenn die Hülfe gebracht wurde. Die Könige versuchten es auf die verschiedenste Weise. Man fordert nicht zu viel, wenn man sagt, alle Stände, zumal die Schwächeren oder Nichtbevorzugten, hätten sie dabei in jeder Weise aufs Kräftigste unterstützen sollen. Es war einzusehen, daß es erstnöthig sei, wurde auch bisweilen sehr wohl erkannt. Handgreifliches, immer von Neuem sich geltend machendes Bedürfniß wies darauf hin; auf das Stärkste, und wie oft durch die schmerzlichsten Erfahrungen machte seine Nichtbefriedigung sich fühlbar. Der große Schade ward aber nicht geheilt, sondern, indem er wie eine ewige, nur die Form ändernde Krankheit sich forterbte, noch vielfältig verschlimmert. Der Königsgewalt wurde von Kleinen wie Großen immer mehr abgebrochen, so daß mehr und mehr persönlich

bedeutende, ja überragende Inhaber derselben, worauf nicht zu fest gerechnet werden durfte, zu ihrer Führung erfordert, die besten und tüchtigsten Häupter zur Ergreifung von wieder verwerflichen Mitteln oder zweideutigen Stützen genöthigt wurden; das ihre Schwäche mitbedingende, die Decentralisation gar zu sehr begünstigende System des Regierens und Verwaltens ward zwar mehrfach geändert, doch nicht, mindestens nicht auf die Dauer zum Besseren umgestaltet, sondern zu seinen schlimmsten Consequenzen entwickelt. Zu diesem Gange wurden von gar zu Vielen gar zu beflissen alle Umstände, die Unmacht der minder tüchtigen, die Fehlgriffe der tüchtigeren und tüchtigsten Könige und Kaiser benutzt, zu viele Schwierigkeiten bereitete man deren Streben, in den entgegengesetzten Weg einzulenken, zu wenig Beistand und Förderung fanden selbst ihre richtigsten Maßregeln, ihre geschicktesten Griffe, ihre nöthigsten und bestgemeinten und eingeleiteten Reformversuche. So wurde das nothwendige Ziel einer an sich starken Reichsgewalt und einer guten und festen Ordnung nie erreicht; so blieb das Königthum Wahlkönigthum und schwach, während die verwaltenden hohen Beamten und Würdenträger erblich und immer übermächtiger wurden; so erwuchsen aus den Herzogthümern die Territorialsouveränitäten, woran sich nach dem Verfall im 13. Jahrhundert auch die Mangelhaftigkeit der Wiederherstellung, neuer Verfall und das Mißlingen aller Besserungsversuche in den nachfolgenden Jahrhunderten, im unsrigen der Untergang des Reiches, die Wiederaufrichtung blos im Bunde und ein so beträchtlicher Theil der Schwierigkeiten heftete, in ihm oder aus ihm heraus zu einer besseren Einrichtung zu gelangen; so blieben bis in die letzten Zeiten der Hohenstaufen das nicht wohl geordnete Reich und die durch dessen Unordnungen beschwerten und beirrten, der Stütze eines starken deutschen König-

thumes entbehrenden Kaiser, selbst die großen und größesten, der Doppelaufgabe nicht gewachsen und erlagen, das Reich in ihren Sturz hereinziehend, unter inneren Parteiungen und Zerrüttungen in Deutschland wie in Italien, in Kämpfen sowohl um große deutsche als um nichtdeutsche Interessen.

Und das Alles, weil das deutsche Volks- und Einheitsbewußtsein so schwer und nur mangelhaft sich ausbildete, der Sinn für staatliches Zusammenfassen und Halten so mühsam und unvollständig sich entwickelte, Nationalgefühl, Gemeinsinn, Patriotismus oft so schwach waren; weil — so möchten wir den Grundschaden am liebsten bezeichnen — der unmeßbare überragende Werth, das unumgängliche Bedürfniß, die Erstnothwendigkeit des Gesammtverbandes im Reich, einer starken Reichsgewalt in ihm, sorgsamer Achtung und Pflege der Reichsordnungen und Gesetze, und willigster Folgeleistung und Unterordnung unter sie um des Bestandes und der Wohlfahrt des Ganzen und der Einzelnen willen, nicht deutlich und allgemein genug erkannt wurden; oder wenn dieß der Fall war, weil man die Beschaffenheit, die Kraft, die Bedingungen der Wirksamkeit der vorhandenen Institutionen nicht richtig beurtheilte, sie zu bessern versäumte oder nicht zu bessern verstand; oder endlich weil man, zu sehr von den Trieben der angebornen Art oder der Gewöhnung, von unbändigem Freiheitssinn, Eigenwilligkeit, Eigensucht und ähnlichen Untugenden und Schwächen beherrscht, den ausreichend kräftigen Willen nicht besaß, der Erkenntniß und Einsicht gemäß zu handeln — mit Einem Worte also, weil es in einer Verfassung, worin so sehr Vieles auf die freie Zustimmung, die Einsicht, den guten Willen gestellt war, eben hieran, am genügenden Maß politischen Verstandes und patriotischer Tugend gebrach, weil politische Beschränktheit und Selbstsucht überwogen.

Dabei mag nicht verkannt werden, daß diese Mängel und Sünden preiswürdigen Begabungen, Richtungen, Tüchtigkeiten verwandt waren oder selbst entstammten, wie es denn den freiheitliebenden deutschen Stämmen gar wohl ziemte, bei ihrer Vereinigung an das Oberhaupt nicht mehr Gewalt, als dasselbe nothwendig zu bedürfen schien, geben, von ihrer Selbständigkeit nur das Nöthigste ablassen zu wollen; wie das freiheitliebende deutsche Volk ganz Recht hatte, die Volksfreiheiten und Rechte gegen Versuche, eine despotische Gewalt einzuführen, sorgfältig zu bewachen und nachdrücklich zu vertheidigen; wie dem Widerstreben gegen die Könige auch wol das Gegentheil von Unverstand, Zuchtlosigkeit oder enger Selbstsucht als Motiv zum Grunde lag; wie ehrenwerthe Überzeugungstreue und Meinungsgewissenhaftigkeit reichlich neben dem Meinungseigensinn waltete, der freilich von jeher so häufig und stark vorhanden war und es stets so sehr erschwerte, daß man sich über große Fragen einigte oder daß eine allgemeine, eine öffentliche, gemeinsames Handeln oder Durchführung des Nützlichen und Nöthigen oft allein bedingende öffentliche Meinung sich bildete.

Pfister in seiner „Geschichte der Teutschen" stellt (im fünften Bande beim Zeitraume von 1763 bis 1786) eine sehr viel Wahres enthaltende Betrachtung an. Das ist auch ein Theil der teutschen Freiheit, sagt er, daß jedem Gau, Territorium, Gemeinwesen zugestanden und freigelassen ist, nach seiner Natur und ursprünglichen Form sich auszubilden oder auch nach Belieben dabei zu verharren und in diesem innern Leben unter Kaiser und Reich selbständig zu sein. Aber das hat man oft vergessen, daß diese besondere Freiheit nur durch die allgemeine besteht, so wie diese hinwieder ihre Wurzeln behält in den selbständig gebildeten Gliedern. Eben so hat man vergessen

zu unterscheiden die Liebe zum Vaterlande und die Liebe zum Reich. Gestehen wirs offen, die letztere ist zu keiner Zeit groß gewesen.

Pfister nimmt sodann Bezug auf Vorgänge seit den Zeiten Maximilians I. und bezeichnet als Hauptursachen, warum die Reichsglieder (in diesen Zeiten) keine Neigung zu dem allgemeinen Verbande hätten haben können, während sich die Liebe zum Vaterlande auch in den ungünstigsten Perioden und in diesen oft am stärksten bewiesen, den Umstand, daß nur wenige Kaiser Enthusiasmus für ihre Regierung zu wecken vermocht, und die Beschaffenheit des Reiches.

Allein die Liebe zu diesem soll ja in keiner Zeit groß gewesen sein, und war in der That auch schon in seinen ersten vierhundert Jahren zu gering, denn man würde es sonst stärker befestigt, besser ausgestattet, ausgebildet, aufrecht erhalten, es nicht haben verfallen und zergehen lassen, so wie die Geringheit der Liebe des Reiches späterhin darin sich zeigte, daß man es nie in einer bessern Beschaffenheit, in einer anderen und glücklicheren Form, wenn solche nöthig war, wieder aufrichtete, nie das Erforderliche daran setzte, es zu conserviren, zu restauriren oder zu reformiren, nie so viel thgt für den allgemeinen Verband, als für die engeren Verbände und Sonderbildungen. In den ersten vierhundert Jahren des Reiches liegen dessen Glanzperioden, waren die größesten Kaiser im Regiment. Von jenen können die bezeichneten Ursachen der Geringheit der Liebe zu ihm doch nicht wohl gelten, es muß also allgemeinere und tiefer liegende geben, es muß sich mit der Sache so verhalten haben, daß zuerst die Bedeutung und der Werth des Gesammtverbandes, so wie die Bedingungen seiner Erhaltung und Ausbildung nicht hinreichend erkannt wurden; daß sodann und schon deßhalb zu wenig für diese geschah,

oder aber daß es an staatssinniger Reichspflege mangelte; daß hieraus eine unerwünschte üble Beschaffenheit des Reiches folgte und daß diese wiederum ein Motiv abgab, das letztere gering zu schätzen, oder seinen Ansich-Werth aus den Augen zu verlieren, ihm abgeneigt zu werden, ihm zu weigern statt zu geben, ja ihm noch mehr von dem zu nehmen was ihm gebührte, eignete, nothwendig war, und so seine mißliebige Gestalt mehr und mehr in die Ungestalt zu verkehren, die zum meisten Theile nur der Vorwand aller Gleichgültigkeit und Lieblosigkeit, Untreue und Unbotmäßigkeit war.

Wollen wir um so deutlicher erkennen, wie es die alten Deutschen trieben und wie es zuging im alten Reiche, so mögen wir nur darauf achten, wie wir es getrieben haben und wie es bei uns zugegangen ist, gleichwie man umgekehrt die letzten und gegenwärtigen Zeiten durch Betrachtung der vergangenen besser versteht. Auch in jenen hat es nicht so sehr an Liebe zum Vaterlande als zum — Bunde gefehlt. Der neue Gesammtverband war von Anfang wegen seiner Beschaffenheit wenig beliebt. Allein man mußte dem Himmel danken, aus solcher Zertheilung, Unterjochung und Schande, Zerrüttung und Zerstörung überhaupt nur zu irgend einer Vereinigung wieder gelangt zu sein, womit man von Neuem anfangen, worauf man weiter bauen konnte. Der Zustand war ein bessrer, als er in den Zeiten der Wiederherstellung und Wiederbefestigung durch Rudolf von Habsburg und den westfälischen Frieden gewesen. Man hätte den neuen, doch den wirklichen Verhältnissen anpassenden Verband schwerlich in einer viel bessern Beschaffenheit haben können, wußte im Grunde keine bessere für ihn, hatte ihn jedenfalls in keiner bessern, und was am meisten fehlte, war zuletzt doch die allerdings zu fordernde Liebe zu ihm, die in der armen Gestalt, der Miß-

gestalt, wenn man will, die Idee nicht verkennt, die schon wegen der gar wohl einzusehenden Nothwendigkeit und des Werthes einer jeglichen Vereinigung der deutschen Staaten und Völkerschaften in welcher Verfassung es auch sein mochte mit höchster Sorgfalt und Willigkeit getrachtet hätte, in aller Maße das Gesetz zu erfüllen und zum Besten anzuwenden, bezüglich die mangelhaften Formen nach dem Bedürfniß weiterzubilden oder zu bessern. Davon geschah mehr das Gegentheil. Die Folge war, daß die Beschaffenheit des Bundes sich verschlimmerte. Um ihrer willen verlor er immer mehr Liebe, Achtung, Vertrauen, und als dann eine große Gelegenheit kam, wollte man, ohne die realen Zustände ändern zu können, eine ganz neue, zu letztern nicht passende Form und stürmte gegen die bestehende mit so blinder, aller Erkenntniß der Nothwendigkeit und des Werthes des Gesammtbandes für die innern Sachen wie in völkerrechtlicher Beziehung und für die Sicherheit nach Außen und die Integrität so baren Leidenschaft und Abneigung an, daß man, wenigstens nach der Absicht und Meinung, die Verfassung, ihre Organe, den Bund selbst wegwarf, ehe man auch nur einige Sicherheit des Ersatzes hatte. Daß es nicht an Liebe des Vaterlandes, sondern des Reiches gefehlt habe, ist durchaus kein Widerspruch. Freilich gehört die Liebe des gemeinsamen politischen Bandes zur Vaterlandsliebe, doch erst zu der, von der unvollkommnen, der bloßen Heimathsliebe, die nur gemeint sein kann, und selbst noch von der ausgebildetern und höhern, der Liebe der Gesammtheit und des Gesammtwohls, zu unterscheidenden, die verbunden ist sowohl mit genügender Einsicht, was zu letzterem nöthig, als mit Opferwilligkeit und That für das allgemeine Interesse.

So fehlte es auch nicht an Liebe der allgemeinen Freiheit, aber man verstand sich nicht gut auf ihre Bedingungen;

die besondre wurde zu überwiegend geliebt und gepflegt und zu wenig ward eingesehen, daß sie nur durch die allgemeine besteht.

Franz Löher in seinem „Land und Leute in der alten und neuen Welt" schildert sehr lebendig den Character der Amerikaner in den Vereinigten Staaten, und es kommen in dieser Schilderung neben sehr abweichenden auch solche Züge vor, durch welche sie und die Deutschen, als diese im Reiche sich vereinigt hatten, einander sprechend ähnlich erscheinen. Im zweiten Band von „Land und Leute" (Kapitel: Gesellschaftliche Gegensätze) wird gesagt: „Der Grundton im Character des Amerikaners, die Saite, welche bei all seinem Thun und Denken anklingt, ist das Unabhängigkeitsgefühl. Dies arbeitet in ihm so zäh, tief und empfindlich, daß den meisten Europäern dafür das Verständniß fehlt, weil sie durch Liebe und durch Zucht von Kindesbeinen an anders gewöhnt sind. Den Amerikanern dagegen, wenn sie nach Europa kommen, ist nichts widriger, als das gebieterische Auftreten der Ältern, Dienstherren, Obrigkeiten. Sie werfen uns den Egoismus vor, der Andere nach seinem Willen zwingen will: im Grunde aber sind sie noch viel stärkere Egoisten, weil jeder sich ganz allein haben will." Der Associationsgeist, der in Amerika so unzählige weit verzweigte Einigungen hervorrufe, stehe nur scheinbar im Gegensatze zu dem Unabhängigkeitsgefühle, das die Einzelnen isolire, sie aber eben dadurch befähige, sich durch freie Verträge mit einander zu verbinden; das Geheimniß liege darin, daß in der Association jeder zuletzt doch nur wie ein Punkt für sich allein arbeite, aber weil er nur durch den Wetteifer der Gesammtheit gewinnen könne, aus Eigensucht alle seine Kräfte mitspielen lasse u. s. f.

Wir enthalten uns, in die Parallele weiter hinein zu

gehen. War aber nicht jenes egoistische Unabhängigkeitsgefühl der Grundton auch im Character der Deutschen, die Saite, die bei all ihrem Thun und Denken anklang? Es ist bei ihnen um so mehr eine Grundursache des Verfalls geworden, weil neben ihm der Sinn für staatliches Zusammenfassen nur schwach, die Bildung einer öffentlichen Meinung schwer, deren Gewalt nicht leicht groß war.

Zur mehreren Begründung und Erläuterung mag eine Überschau der Geschichte zunächst von der Gründung des Reiches bis zum Zerfall im 13. Jahrhundert dienen.

II.

Die Geschichten von der Gründung des Reiches bis zum Untergange der Hohenstaufen.

Wie schwer machten die Deutschen Konrad I. seine Aufgabe und Mühe, das Reich erst zusammenzubringen und Frieden im Innern, Sicherheit nach Außen zu schaffen, so sehr Beides fehlte und als dringendes Bedürfniß auch erkannt wurde, so deutlich die Vereinigung zum Reiche als das einzige Hülfs- und Rettungsmittel sich zeigte.

Es bewährte sich, brachte in wenigen Jahren glänzende Erfolge unter Heinrich I., der das Reich deutscher Nation so kräftig sicher stellte, ja zur ersten Macht der Christenheit erhob. Er vermochte jedoch nicht, worauf es jetzt ankam, die Einung der deutschen Völker und Fürsten auf eine feste Grundlage zu stellen und die verschiedenen Stämme und Häuser zu vermischen, ohne den Herzogen bedeutende und dem Ziel entgegenliegende Zugeständnisse zu machen und einen neuen Keim zu pflanzen zu der von Anfang so hinderlich gewesenen, fort und fort störenden Eifersucht der Hauptvölker, der Franken und Sachsen — der Völker; nichts weniger, als blos der Häupter und Dynasten.

Wie schwer wurde es den Nachfolgern, und eben den wackersten und tüchtigsten Königen, die das Reich so hoch

brachten und aller Unterstützung werth waren, gemacht, das Regiment zum gemeinen Nutzen zu führen und selbst nur das Reich zusammenzuhalten! Wie häufig war Abfall und Empörung, verbunden mit Preisgebung deutschen Gebietes und Hereinziehen der Fremden seit Otto I. In dem Aufstande von 939 wollten die gegen ihn Vereinten lieber das unter dem Vorgänger herzugebrachte wichtige Lothringen wieder in die Hände des Königs der Westfranken spielen, mit welchem sie bündelten, als dem deutschen Könige gehorchen. In den wiederholten Empörungen gegen Otto fanden die werbenden Fürsten allezeit starken Anhang, beim jüngeren Adel, bei den Städten. Er mußte gleich andern Mainz, die „Stadt des Königs und Hauptstadt von Franken", belagern. Es hatte die entsprechende Wirkung nicht, daß die sächsischen und mehr noch die nachfolgenden Kaiser die kleineren Grundherren und zumal das Bürgerthum emporbrachten. Viel zu viel ist gesungen und gesagt von der Kaisertreue der Städte und von dem, was diese für Kaiser und Reich ausgerichtet. Sie waren selbstsüchtig und kurzsichtig wie die anderen Stände, waren es bisweilen am grassesten; bewiesen sie im Ganzen mehr Reichs- und Kaisertreue, so hatten sie auch ein so viel größeres besonderes Interesse dabei, und wie oft verkannten sie selbst diesen ihren besonderen eigensten Nutzen und handelten ihm geradezu entgegen. In Fehdelust, Eigenmächtigkeit, Trotz, Starrsinn, Zugreifen und Ansichreißen, Sichabschließen im engsten Kreise und dessen nächsten Vortheilen und Ähnlichem, was dem Aufkommen und der Befestigung einer starken Obergewalt und guten Ordnung entgegenlag, standen die Städte nicht sonderlich zurück.

Der Widerstand, welchen Otto und seine Nachfolger fanden, indem sie die Gewalt der Herzoge zu beschränken suchten, drängte sie dazu hin, ein Gegengewicht wider die

Macht der Laienfürsten in Erhöhung der Bischöfe zu suchen. Auch dieses Besserungsmittel beseitigte das Übel nicht. Zwar bewährte es sich theilweis, verschlimmerte aber anderntheils letzteres noch. Es wurde dadurch eine neue Mittelmacht, und gerade die geschaffen, die in Deutschland die Initiative zum Abfall von den Hohenstaufen und zur Zerstörung des Reiches ergriff. Der Versuch, die Herzogthümer nach königlichem Gutbefinden zu verleihen, rief zunächst die Opposition der Fürsten hervor, die dann leicht in Auflehnung überging, und zwar in wirksame Auflehnung durch Theilnahme des Volkes. Es geschah ohne dessen Beistand, ja wider dessen Willen durch Waffenentscheidung, daß die Ottonen die Ernennung der Herzoge mehr und mehr in ihre Gewalt brachten. Nicht blos die Herzoge sehen wir gegen Otto I. parteit, sondern auch die Bevölkerungen in den Herzogthümern. Es war unter dem ersten Konrad vorgekommen, daß einer der widerstrebenden Herzoge die wilden Ungarn gegen ihn aufgeregt. Welche Noth hatten diese dann gemacht in den Zeiten des ersten Heinrich, wie viel hatte es gekostet, sie hinauszuwerfen und Ruhe vor ihnen zu gewinnen. In jenen Parteiungen wurden sie abermals gerufen.

Wie viel Mühe hatte auch Heinrich II., die deutschen Fürsten und Völker zu seiner Wahl zu vereinigen. Die Nebenländer benutzten die Unordnung in Deutschland, sich wieder in Freiheit zu setzen, die mißvergnügten deutschen Fürsten verbanden sich mit den Böhmen und Polen, und der slavische Krieg konnte um so weniger mit Glück geführt werden, da gleichzeitig Italien, Burgund, die Stände in Lothringen, Geistlichkeit und Bürger in Trier, denen dann wieder der bairische Herzog Beistand lieh, durch Fehden und Empörungen zu schaffen machten. Funfzehn Jahre mußte der König kämpfen, um Deutschland zu beruhigen. Als er die Herzogswahl wieder anerkannte, ließen es sich die Stände

sehr gern gefallen und wählten auch wol einen Unmündigen, um desto mehr Freiheit zur Eigenmacht zu haben. Der wiederhergestellten Wahl der großen Reichsbeamten folgten trotz der Regel, daß die Herzogthümer und Grafschaften nicht erblich sein sollten, bald die Anfänge des Erblichwerdens der Beamtung, weil das Streben der Großen, ihre übermäßige Gewalt zu behaupten und noch zu erweitern, die stärkere Unterstützung fand. Durch die königlichen und großfürstlichen Bemühungen und Kämpfe um erweiterte Königs- und erweiterte Herzogsgewalt, durch die Versuche der Könige, auf eine zweckgemäßere Verwaltung zu kommen und die Gegenstrebungen, durch die Gewaltthätigkeiten, die Vergabungen des Reichsguts, welche damit verknüpft waren, wurden in dieser ganzen Zeit die Fortschritte auch der übrigen Verfassung gehemmt, und diese ganze Seite der Sache, die hier liegende Bedrohung und Schädigung der vornehmsten Gesammtinteressen, wurde von den Stammesfürsten und in den Stämmen selbst nicht deutlich erkannt oder nicht gehörig gewürdigt. Die Letzteren waren zu eifersüchtig auf einander, oder auf Könige anderen Stammes, oder auf ihre Gewohnheiten, ihre hergebrachten Freiheiten und das, was sie mit wenig Verstand und Recht dazu zählten; ihre Herzoge waren Vicekönige und noch mächtiger als Vicekönige, reicher an Mitteln, die Lande emporzubringen, als dies die Könige allein bei der mangelhaften Verfassung vermochten; die Könige standen so viel entfernter und zu weit ab lag den Meisten die Berechnung, wie viel mehr der Gesammtheit und den Einzelnen eine stärkere Obergewalt in einer bessern Verfassung würde sein können und welche Gefahr für das Reich und dessen Glieder in der Schwäche des Königthums, der Unlenksamkeit der Reichsverwaltung, der Zersplitterung der Gewalten, dem Überwiegen der lokalen liege.

Wie Heinrich I. die von Konrad I. entworfene Reichsverfassung, führte Heinrich III. die von Konrad II. kräftig gehandhabte königliche Gewalt zum Ziele, mußte jedoch wieder ablassen. Konrad II. hatte angefangen, die Herzogthümer einzuziehen. Heinrich III. hatte schon deren mehrere unter seiner unmittelbaren Verwaltung, als unabläßige, unbezwingbare Unruhen und Empörungen, deren eine über die andere ausbrach, während er in auswärtigen Kriegen beschäftigt war, ihn nöthigten, sie doch wieder an Herzoge zu verleihen. Um ein Gegengewicht gegen die Großfürsten zu gewinnen, versuchte er es damit, alle Lehen erblich zu machen; in dem Maß aber, daß nun die kleineren Stände sich fühlten, ahmten sie den größeren nach, wurden sie selbstwillig, eifersüchtig auf ihre Rechte und das was sie so nannten, trachteten sie, ihre Freiheiten gegenüber der königlichen Gewalt auszudehnen, und die Intelligentesten unter ihnen bemächtigten sich der Staatsgeschäfte, so daß es um so schwerer wurde, die Zügel zu führen. Wesentlich diese Zustände hinderten ihn, der Verfassung die Festigkeit zu geben, die er selbst besaß. Dem Ernst und Nachdruck, womit er den eingerissnen Mißbräuchen und aller Gesetzwidrigkeit steuerte, trat steigender Widerstand entgegen, so daß er, den zu unterstützen so lohnend erscheinen mußte, Klugheit wie Pflicht der Kaiser- und Reichstreue gebot, dennoch ein unvollendetes Werk hinterließ. Sein Ausgang wurde ein Vorspiel der politischen deutschen Tragödie im Ausgang der Hohenstaufen. Wohl brachte er das Kaiserthum auf seine Höhe, aber gerade als seine Macht den Höhepunkt erreicht hatte, verdoppelte sich der Widerstand, wandte die Meinung sich von ihm ab. Hoch und gewaltig wollten die Deutschen ihr Reich und Kaiserthum damals wie zu anderen Zeiten wohl haben, nur nicht wie es anging oder eben sich darbot. Wenn zum Theil berechtigt, doch viel zu mißtrauisch,

neidisch, unverständig, des dem Reiche Nützlichen und Nöthigen viel zu wenig gedenkend und gar zu viel Gewicht auf einzelne und kleinere Interessen legend, trat das öffentliche Urtheil ihm entgegen, indem er für sein Haus und die Thronfolge sorgte. Bei Anlässen, wie dem der Entsetzung des Baiernherzogs Konrad, bei einzelnen Härten, die den Vorwand hergaben, ward die Unzufriedenheit unter den kleinen wie großen Ständen laut. Eben auch die kleinen, die bei Einziehung der Herzogthümer eher gewinnen als verlieren mußten, wurden immer schwieriger, und zwar sichtlich weil er das Fehdewesen beschränkte und strenge Rechtspflege übte, so wie ein beträchtlicher Theil der Geistlichkeit nicht minder sichtlich dadurch unzufrieden wurde, daß er in ähnlicher Weise auf Zucht, Ordnung und Besserung in den kirchlichen Dingen hielt. Der Widerspruch, den er hier fand, ward ihm dann wieder Anlaß oder Nöthigung, nur um so mehr die päpstliche Mitwirkung in Anspruch zu nehmen und dem päpstlichen Stuhle Befugnisse im Reiche einzuräumen, die derselbe niemals gehabt und wodurch die im Papstthume still erwachsene, nur ihre Zeit erwartende Gegenmacht nicht wenig zunahm.

Heinrichs III. früher Tod wurde nun zum nur so größern Unglück. Jene Abwendung von ihm, das Gegenstreben von Kleinen wie Großen, trotzdem daß er das Regiment mit solchem Erfolge geführt, und was nun folgte: das Alles zeigt an einem großen Beispiele, daß es die Klugheit und Kraft bedeutender königlicher Persönlichkeiten war, wodurch das Reich emporgebracht, in Ordnung und zusammen gehalten wurde, während die Tüchtigkeit und That der obersten Häupter genügende Unterstützung so wenig im Volke als in der Verfassung fand, deren Schäden zu heilen doch aber besonders deßhalb nicht gelang, weil in jenem Kleine wie Große zu sehr widerstrebten. Sobald ein kräftiger

König fehlte, von Anbegin der Regierungszeiten des vierten und fünften Heinrichs ging es nach kaum erreichter Höhe in jähem Sturze wieder herab, oder vielmehr unter und über. Es folgten sofort beginnende langjährige Parteienkämpfe, Verschleuderung des Reichsguts, Bedrückungen und Empörungen, Eingriffe in die Verfassung von den verschiedensten Seiten — ein Zustand, der großentheils Folge von dem war, was in der Zeit Heinrichs III. versäumt und sonst gesündigt worden und bei einem billigen wohl zu fordernden Maß von Reichsliebe und Treue, politischem Verstande und Patriotismus unmöglich hätte eintreten können.

Bei der Minderjährigkeit des erwählten Nachfolgers machte sich der Mangel eines ordentlichen Reichsraths um so fühlbarer, da er sofort von den Parteien nach ihren Leidenschaften und selbstsüchtigen Zwecken benutzt wurde. Gleich zu Anfange der vormundschaftlichen Regierung wurden zwei Herzogthümer erblich gegeben und angenommen. Einige Große entführten den jungen König, und die Mißbilligung unter den übrigen nicht im Verständniß sich befundenen und im Volke war nicht so stark, daß ein Einschreiten erfolgt wäre. Erst nach zehn Jahren einer argen Mißregierung zeigte sich eine Reichsversammlung in voller Gewalt, und gebrauchte diese nur zu einer Änderung, nicht zu einer Besserung des Reichsregiments. Nun hielten sich Alle um so mehr zur Selbsthülfe berechtigt; in aller Schärfe trat die alte Eifersucht der Franken und Sachsen wieder hervor; der Aufstand der letzteren gegen den übel berathenen König erfolgte unter lebhaftester Volkstheilnahme; die Sachsen forderten, daß der König die Führung der Staatsgeschäfte den Fürsten überlasse, als welchen sie zustehe; sie gingen weit über die Grenzen der Nothwehr hinaus; sie schlossen Frieden, ohne den anderen Fürsten Anzeige zu machen, was

diese gegen sie aufbrachte; sie parteiten sich dann unter einander, und die Stämme schlachteten sich unter einander; der Reichstag, welcher hätte helfen sollen, war selbst lauter Parteiung; Tyrannei und Zuchtlosigkeit, Habsucht und Ränkesucht, Gewalt und Treulosigkeit richteten endlose Wirren und Greuel an; gleich dem Reiche wurde die Kirche mißhandelt und in ihren wesentlichsten Ordnungen angegriffen — und nun kam das päpstliche Einschreiten, die Zeit Gregors VII. Und nicht blos, daß das Oberhaupt und die Stände des Reiches nur den Anlaß und Vorwand dazu gegeben hätten, sondern der König und die Fürsten, statt im Reichstage sich zu vereinigen, forderten den Papst zum Einsehen und Entscheiden ausdrücklich auf, und es nahm seinen Anfang, daß auch die Volksmeinung mehr oder minder den päpstlichen Ansprüchen günstig wurde und Beistand lieh, welches Alles für Deutschland eine so weit größere Bedeutung hatte, als für irgend ein anderes Land, da die kirchlichen und weltlichen Verhältnisse nirgend so in einander griffen, da im deutschen Reiche die Verfassung zum Theil auf der Stellung der höheren Geistlichkeit beruhte, die Verwaltung zum Theil in deren Händen lag, die Bischöfe als Fürsten den Herzogen zur Seite standen und durch Freigebigkeit und Gunst aller Stände, durch Gunst und abgenöthigte Politik der Könige so viele Güter und Herrschaften besaßen. Als Papst Gregor die Absetzung des Königs aussprach, das Recht, die Sicherheit, die Ehre auch des Reiches und der Nation antastete, wäre es an dieser, zunächst am Reichstage gewesen, den päpstlichen Übergriffen zu steuern, doch insoweit dem Könige beizutreten. Heinrich schrieb eine Reichsversammlung aus, die Stände erschienen nicht — und nahmen Partei für den Papst oder bereiteten wenigstens dem Könige Verlegenheiten; die päpstliche Partei hielt Versammlung in Tribur und anerkannte die päpstlichen

Vorschritte als rechtmäßig; die Deutschen waren es, die den König zur Buße in Canossa zwangen; die Reichsfürsten wählten unter dem Vorsitz eines päpstlichen Legaten und wenigstens theilweiser Zustimmung in allen Ständen einen Gegenkönig, zum ersten Male förmlich als Gesetz aussprechend, daß das Reich ein Wahlreich sein solle. Dann wüthete fast dreißig Jahre ohne Entscheidung fürchterlicher Krieg, worin alle Stände und Klassen wider einander waren, selbst die Ackerbauern aufgeboten und alle Bande gelöst wurden, in allen Provinzen Königliche und Päpstliche — Katholische, „Getreue St. Peters“ — Gegenherzoge, Gegenbischöfe und Äbte einander bekämpften, auch die Städte zum Theil vom Könige abfielen, mit der Blüthe des Reiches unter dem dritten Heinrich beim allgemeinen Zugreifen abermals große Stücke des Reichsgutes und bei der Reichszerrüttung und Schwäche die slavischen Nebenlande verloren gingen. Nie vereinigte man sich zu einem gemeinschaftlichen Handeln entgegen den päpstlichen und königlichen Ausschreitungen. Es ward im Bunde mit dem Papst verhindert, daß eine despotische Königsgewalt aufkam. Dafür aber wurde Deutschland zum Schauplatze solchen Bürgerkrieges gemacht, das päpstliche Einwirken im Reiche Gebrauch, ja Gesetz, das Königthum entwürdigt, die Hoffnung, daß es jemals erblich werde, in die weiteste Ferne entrückt, und die Sache dadurch noch sehr beträchtlich verschlimmert, daß der König selbst unter Mitwirkung des Reichstags Herzogthümer erblich verlieh, die Auflösung der Herzogthümer in erbliche Fürstenthümer einleitete, die Zwischenmacht so viel fester begründete.

In der ersten Zeit Heinrichs V. waren die Stände endlich einmal einig unter dem Oberhaupte. Päpstlicher Seits ward eine Kirchenversammlung zur Erledigung der unentschieden gebliebenen Fragen veranstaltet. Der König

achtete ihrer, die Reichsrechte und Interessen verletzenden Dictate nicht; der Papst enthielt sich gegen ihn wie gegen den vierten Heinrich vorzuschreiten, weil das Reich einig war. Aber erst nach drei Jahren kam es zu einer Reichsversammlung, und nun knüpften die Stände an ihre Zusage zum Römerzuge die Bedingung, daß der König dem Papst in allen Dingen zu Willen sei. Der König trat jedoch letzterem gegenüber kräftig und mit Erfolg auf. Allein bei seiner Rückkehr fand er Landfriedensbruch und eine neue Coalition der Katholischen und Getreuen St. Peters. Er beugte sie; in Mainz, bei seiner Vermählungsfeier, sah er alle Feinde zu seinen Füßen; doch gerade der Anblick seiner Übermacht — der mühsam wiederhergestellten Kraft und Autorität des Königthums — bewog die Fürsten zu dem Entschluß, dieselbe mit vereinter Macht zu brechen. Sie beriethen und verschworen sich insgeheim. Die Stadt Köln gab das Zeichen zum Losbruch der Empörung, der Kaiser war im Felde nicht glücklich, und nun war nirgend mehr Scheu, den gegen ihn ausgesprochenen Bann öffentlich bekannt zu machen, nun fielen fast alle Fürsten von ihm ab, auch die bisher kaisertreu gewesenen Mainzer erhoben sich wider ihn, Partei nehmend für ihren Erzbischof, der in ausgezeichneter Weise Verräther an ihm geworden. Den Kampf in Italien fortführend, schritt er dort abermals mit Erfolg voran; allein Herzog Lothar von Sachsen hatte sich unterdeß der Reichsgüter am Rhein zu bemächtigen gesucht, das nördliche und südliche Deutschland stand darüber gegen einander in Waffen, die Bischöfe bannten den Kaiser, luden ihn vor, bedrohten ihn mit Absetzung, und als er aus Italien zurückkehrte, fand er überall schreckliche Fehde und Verwüstung. Nur mit Mühe und Concessionen auf Kosten des Königthums erreichte er eine Verständigung mit den Fürsten. Beide Parteien in Deutschland erklärten sich dann im Streite

der Gegenpäpste für Calixt II., von welchem sie sich die meiste Unterstützung gegen den Kaiser versprachen. Die Vorschritte Calixts öffneten einem Theile der Fürsten die Augen, allen schien ihre Stellung klar zu werden, sie näherten sich Heinrich wieder; doch blieben ihm die Bischöfe entgegen, ein sächsisches Heer rückte gegen ihn an. Als man abermals in Waffen einander gegenüber stand, kam ein Mal guter Rath, es wurde ein Stillstand, ein Austrag der Sache auf einem Reichstage beliebt, die Vorbedingungen, über welche man sich einigte, waren geeignet, den Streit befriedigend, mit Wahrung des Rechtes und der Würde des Reichs zu schlichten, das wormser Concordat kam zu Stande, wodurch die Belehnung mit den Regalien in reinerer Form dem Reiche erhalten und diesem wenigstens eine Zeit lang die Ruhe gesichert wurde, deren es so sehr bedurfte, völlig aber doch nicht theilhaftig wurde. In ihm selber erhoben sich gegen die ihm so nöthige durchgreifende Ausführung des Concordats Schwierigkeiten, die nicht ganz gebeugte Gegenpartei ließ nicht ab von Gewaltsamkeiten, zu welchen ein Aufstand der getreuen reichbegnadeten Wormser gegen den Kaiser gehörte, die Partei für ihren Bischof ergriffen; nur sehr schwer gelang nothdürftige Herstellung des Landfriedens, und auch jetzt kamen die alten und neuen Sünden der inneren Unruhen und Unordnungen am Reiche heim. Deutschland zeigte sich schwach gegen Frankreich; man dachte an eine stehende Reichssteuer, allgemein wurde geglaubt, der Kaiser gehe damit um, „das Reich zinspflichtig zu machen,“ allein er konnte damit nicht zum Ziele kommen; das Bürgerthum war erstarkt, doch nicht minder die aristokratische Mittelmacht, die den Vergleich im päpstlich-kaiserlichen Streit herbei geführt; die Verwilderung in allen Ständen und Klassen befand sich auf einer erschreckenden Höhe; man war wieder zurück geworfen auf dem Wege,

das Reich kräftig unter einem starken Haupte zusammen zu fassen, man stand schwankend auf dem halb zurückgelegten Wege, aus einem Staatenbunde einen Bundesstaat, oder aus einem Völkerverein eine Verbindung der Fürsten und der übrigen Stände unter einem Wahlkönige zu bilden; das König- und Kaiserthum war gegen mächtige Stände und das noch mächtigere Papstthum behauptet, doch stand dieses bereits neben jenem, und der geistliche Staat im deutschen politischen Staate war fest begründet.

Bei der Wahl nach dem Tode Heinrichs V. standen die beiden Hauptparteien einander wiederum entgegen, und von Neuem empfand Deutschland, während Frankreich Erbmonarchie wurde, die Consequenzen der Unfestigkeit der Thronfolge und der die letztere begleitenden Unordnungen. Einen Erbkönig wollte man nicht, ein ausreichendes Wahlgesetz gab man nicht, dem vorhandenen gehorchte man nicht und dem gewählten Könige gleichfalls nicht, und wenn sich die Fürsten empörten, war das Volk in allen Ständen auch dabei. Die päpstliche Partei drang durch. Die Folge war, daß der neuerwählte deutsche König das beanspruchte päpstliche Oberaufsichtsrecht und sonst Bedingungen sich gefallen ließ, die dem Concordate, der Selbständigkeit des Reiches entgegen waren. Indem der Hohenstaufe Konrad wider Lothar als Gegenkönig auftrat und mit zehnjähriger Fehde der große Parteikampf der Welfen und Gibellinen begann, fand er großen Anhang bei Fürsten und Städten, Speier und Nürnberg namentlich. Als sich Lothar bei seiner Krönung in Aachen Muth faßte, seine ersten Verwilligungen in Betreff der Bischofswahlen zurückzunehmen, erhielt er von den Fürsten keine Hülfe, und nur eine kleine Schaar begleitete ihn nach Rom.

Die Welfen waren den Staufen entgegen, im Anfange mehr für die allgemeine Fürstenfreiheit oder Gewalt, dann

offner für die eigne Größe. Der Staufe Konrad III. wurde mit päpstlichem Beistande, unter päpstlichem Einfluß gewählt, dessen er gegen Heinrich von Baiern und Sachsen bedurfte. Als der mächtigste unter den deutschen Fürsten erregte er deren Sorge um ihre Eigenmacht. Seiner Wahl folgte der offne siebenjährige Krieg, in welchem vor dem welfischen Weinsberg der ominöse Ruf: Hie Welf — hie Waiblingen ertönte; seinem Kreuzzuge folgte ein neuer Aufstand deutscher Fürsten in Verbindung mit dem Papst und Roger von Sicilien. Er hinterließ die Verfassung in mehr als halber Auflösung.

Indeß hatte das Glück dem Reiche und der Nation ein so gewaltiges und herrliches Fürsten- und Königsgeschlecht wie das der Hohenstaufen zugewürfelt. Zum Gewinn eines erwünschten und festen staatlichen Zustandes wäre es, so tiefe und große Schäden und Hindernisse vorhanden sein mochten, nur darauf angekommen, daß dies Geschlecht, sobald seine Tüchtigkeit wie in einem Friedrich I. sich offenbarte, ja daß nur Friedrich Barbarossa mit allem Nachdruck und aller Beharrlichkeit unterstützt wurde.

Wie kein Anderer vor und nach ihm hell und hoch, kühn, stark und geschickt faßte und verfolgte er die Doppelaufgabe des Reichsoberhaupts. Der Staat und die Kirche sollten auf feste anpassende Gesetze gegründet werden. Er wollte Deutschland zum ersten Reiche der Welt erheben, seine von den Italienern und Engländern als ein dummes barbarisches Volk verhöhnten Deutschen in den wichtigsten Angelegenheiten der abendländischen Christenheit voranstellen, wie sie durch Tapferkeit und Kriegsruhm voranstanden. Dazu führte er sie zwei Mal in das Morgenland und oftmals über die Alpen; zu diesem Zwecke wollte er, deutsch in Allem, daß Italien unterworfen bleibe. Waren die äußern Verhältnisse des Kaiserreiches festgestellt, so mußte

die angemessene Ausbildung der Verfassung von selbst folgen. Aber auch die deutsche Krone mußte feststehen, wenn das Kaiserthum wie er es dachte, behauptet werden sollte. Deßhalb trachtete er die deutsche Verfassung durchgreifend zu ordnen, die wahre Macht des Reiches durch dessen Einheit und die Selbständigkeit der Krone aufzuerbauen. Um den Grundschäden der Verfassung beizukommen, begünstigte er die kleineren Stände, ließ er die Herzogthümer verfallen, so daß die Herzoge aufhörten Vertreter der ganzen Volksstämme zu sein, hob er zumal die Städte und den Ritterstand als eine neue Mittelmacht zur Kräftigung der Krone. Er machte das Reich von der päpstlichen Vormundschaft wieder frei, wußte auch die Bischöfe gegen den päpstlichen Stuhl auf seiner Seite zu halten. Fast ein halbes Jahrhundert hielt er das Reich kräftig zusammen, brachte es zu nie gesehener Größe im Umfange und innerer Kraft empor. Keiner seiner Vorgänger hatte solchen Enthusiasmus geweckt wie er, war so volksbeliebt gewesen wie er es wurde. Die Nation wußte seine Persönlichkeit, seine Ideen und Tendenzen zu würdigen. Sie folgte, sie half ihm.

Doch auch bei ihm fehlt der Revers der Münze nicht. Auch ihm wurde es schwer genug gemacht. Auch er vermochte gegen vielfaches Widerstreben nicht durchzudringen. Auch er fand den Gehorsam und Beistand nicht, der nöthig gewesen wäre zum völligen Gelingen seiner Absichten und Unternehmungen.

Nach seiner Königswahl galt es zunächst, die alten Kaiserrechte in Rom wiederherzustellen. Die Fürsten ließen sich jedoch nicht ohne Zugeständnisse zum Romzuge gewinnen. Es wurden gute vorläufig genügende Ergebnisse erzielt; die errungenen Vortheile konnten aber nicht verfolgt werden, weil die Begleitung auf der Rückkehr bestand. Im Reiche waren Unruhen entstanden, die des Kaisers Gegen-

wart heischten. Wichtige Reichssachen harrten der Entscheidung, Streit über das Herzogthum Baiern, Unbotmäßigkeit des österreichischen Fürsten. Er erledigte sie, verfügte in der Frage der Herzogthümer klug und mit allgemeiner Zustimmung, doch fand er zu viel Widerstand, mußte zu viel Rücksicht auf Herstellung der Ruhe und Gesetzlichkeit nehmen, als daß er sie ganz nach seiner Ansicht hätte ordnen können.

Während seiner zweiten italischen Abwesenheit brachen in Deutschland abermals bedeutende Unruhen aus, zum Theil auf sehr geringfügige Anlässe. Die welfische Fehde wurde erneuert; die Mainzer empörten sich gegen ihren Bischof und weigerten die Beisteuer zum Romzuge; Mainz verhielt sich dann ähnlich gegen den Kaiser wie Mailand und konnte nur durch eine ähnliche Behandlung zum Gehorsam gebracht werden.

Als die dritte Heerfahrt nach Italien bevorstand und die Reichsversammlung in Würzburg energische Beschlüsse in Sachen des päpstlichen Schismas und bezüglich gegen Papst Alexanders III. Übermuth gefaßt hatte, widersetzten sich mehrere Stände der Vollziehung, veruneinigten zu einer übeln Vorbedeutung die deutsche Kirche und das Reich und wichen nur stärkerer Gewalt. Während der unglücklichen Heerfahrt war dem kaiserlichen Verbot zum Trotz Krieg angefangen mit Heinrich von Sachsen (dem Löwen) zur Schwächung des Reiches gegenüber den stolzen Lombarden, wie es Friedrich nach seiner Rückkehr mit ernstem Vorwurf den Parteisüchtigen und Gewaltthätigen zu Gemüth führte. Er hatte sechs Jahre Noth, alle inneren Unruhen zu beschwichtigen und die Stände des Reiches zur Fortsetzung seiner Unternehmungen zu vereinigen. Noch schwerer als gewöhnlich erlangte er die Heeresfolge zum vierten Zuge, und als die Sachen in Italien sehr bös geworden, ließ

ihn Heinrich im Stich, die Haltung eines unabhängigen und nicht einmal bundgetreuen Fürsten annehmend, in der Hoffnung, den bedrängten Kaiser so tief in die italischen Händel zu verwickeln, um von ihm bei Ausdehnung seiner Macht nach Außen und Innen nicht gehindert werden zu können, die Aussicht öffnend, daß das Kaiserthum an die Welfen komme, die Gefahr einer Theilung Deutschlands herbeiziehend. Der Kaiser hatte ihm so viel nachgesehen, weil er nach dem Gesichtspunkte, daß zur Herstellung des Kaiserthums in seiner ganzen Würde vor Allem Deutschland in eine feste Ordnung gebracht werden müsse, die innere Eintracht auf Freundschaft mit dem welfischen Hause gründen wollen und seine Rechnung darauf gestellt, daß der Löwe als der mächtigste deutsche Fürst die vornehmste Stütze des Thrones sein solle. Von ihm verlassen erlitt er und das Kaiserthum und Reich die Niederlage von Legnano. Als Heinrich Kunde von dem Frieden erhielt, den der Kaiser, seine Lage wieder verbessernd, geschlossen, rüstete er, knüpfte Verbindungen mit Frankreich, Dänemark, den Slaven an, regte in Schwaben gegen Friedrich auf. Im Kriege überwunden, ward er entsetzt, sein Gebiet zertheilt. Die Lust zu den Romzügen, zur Wahrnehmung der Stellung und Würde des Kaiserthums, der auswärtigen deutschen Interessen, war nun nicht wenig abgeschwächt; doch die Volksherzogthümer hörten auf, die alten großen Häuser erloschen, die Herzoge wurden die ersten Laienfürsten, die Bischöfe reichsunmittelbar, die Völkerstämme verloren sich in große und kleine Gefolgschaften von geistlichen und weltlichen Herren, die Verfassung nahm die Richtung wie in Frankreich, ihre Entwickelung zum monarchischen Einheitsstaate hing nur noch davon ab, daß sich das Reichsoberhaupt vor den Reichsfürsten im Erbrechte befestigte; so weit war man durch Friedrichs Thatkraft, Geschick

und Glück gekommen; auch hinfort ließ er es an sich nicht fehlen.

Im zweiunddreißigsten Jahre seines Regiments stand er in Italien am Ziele seiner Entwürfe. Doch nicht allein, daß ihm hier Papst Urban III. entgegentrat: aus dem Reiche erwuchsen ihm die größesten Schwierigkeiten. Die neuen Beschwerden, welche päpstlicher Seits wider ihn vorgebracht wurden, waren zum guten Theile das Werk des kölner Erzbischofs, der, mit Urban in geheimem Verständniß, Namens der deutschen Bischöfe wider den Kaiser sich erhob. Nur mit Mühe konnte Friedrich die Einheit der deutschen Kirche gegenüber der päpstlichen Vorladung und Bedrohung mit dem Bann wieder befestigen, während doch der Kölner im Kriegszustande gegen ihn blieb, der Löwe neue Sorge machte, manche Fehde und Vergewaltigung die Ruhe in Deutschland störte, deren Aufrechthaltung nicht wenig erschwerte, von wichtigen Reichsgeschäften abzog oder dabei beirrte.

Nur wenige Oberhauptswahlen hatten zu Stande gebracht werden können, ohne Verleihungen, Versprechungen und andere Arten der Gewinnung. Es war ein schlechtes Zeichen, daß die Römischekönigswahl des sehr tüchtigen Nachfolgers eines Kaisers wie Friedrich Barbarossa nur durch Mithülfe der sicilischen Schätze Heinrichs (VI.) bewirkt werden konnte, womit die Schmach und das Unwesen begann, daß die deutschen Wahlfürsten sich mit Geld bestechen, um klingende Münze die Stimmen, die Krone sich abkaufen ließen.

Auch während des Kreuzzugs, auf welchem der Kaiser seinen Tod fand, vermochten es die Einzelnen und Parteien nicht über sich, Ruhe und Frieden zu halten und den Reichsordnungen, Gesetzen, verfassungsmäßigen Gewalten zu gehorsamen. Alte Fehden wurden erneuert, neue angefangen.

Heinrich der Löwe suchte sich des durch Reichsschluß ihm abgesprochenen Gebietes wieder zu bemächtigen und fand großen Anhang, der erwählte König und bestellte Reichsverweser mußte Krieg gegen ihn führen, während eine Heerfahrt nach Italien nöthig wurde, die dann einen Unfall nach dem andern brachte und auf welcher vor Neapel Heinrichs Sohn zu den Feinden überging. Als die Nachricht vom Tode des Kaisers eintraf, schickte sich die welfische Partei sofort zur Wahl eines Gegenkönigs an, und es kostete Heinrich VI. eine dreijährige rastlose Anstrengung, um sich zu befestigen und wieder an Italien denken zu können, wo inzwischen für das Kaiserthum und das Reich mehr und mehr eingebüßt war: aus welchem Allem nochmals recht deutlich zu ersehen ist, daß es, wenn Friedrich das Reich so lange in Ordnung erhalten und so viel erreicht hatte, vornämlich doch das Verdienst seiner gewaltigen Persönlichkeit, seiner überlegenen Kraft und Klugheit und kein Überfluß gewesen war des politischen Verstandes und guten patriotischen Willens, der ihm entgegengekommen.

Heinrich VI. gedachte alle Länder von Sicilien bis zur Ostsee in Ein Erbreich unter seinem Hause zu bringen. Als er aus Italien siegreich zurückgekehrt war, betrieb er seine Pläne offen, hielt Reichs- und Hoftage, um die Fürsten zu gewinnen, stellte die Nachtheile der Wahlen vor, bot die ewige Vereinigung des Erbreichs seines Sohnes, Siciliens, mit dem Reiche, die Erblichkeit aller größeren Reichslehen für die Erblichkeit seines Hauses. Aber die Nation hat nicht gewollt. Die welfische Partei war noch zu mächtig; nur zweiundfünfzig von den kleineren Ständen, die durch Zuruf an der Wahl Theil genommen, sagten zu, von den Erzfürsten, die bisher das eigentliche Wahlrecht allein geübt, war keiner geneigt, die Bischöfe von Mainz und Köln traten mit den sächsischen Fürsten in einen Geheimbund

zur Verhinderung des staufischen Entwurfs. Die Entdeckung brachte Heinrich zu dem Beschluß, denselben aufzugeben. Überhaupt fanden seine Pläne, seine Persönlichkeit, so bedeutend, seine Regierungsweise, so energisch sie war, eine allgemeine Zustimmung in Deutschland nicht. Sie gaben Grund zu mancherlei Tadel und Bedenken. Seine Thatkraft, seine Ideen und sein Streben für die Erhebung der Nation sprachen Manche an. Auf Einige machte er einen gewaltigen und nicht ungünstigen Eindruck; Andere und die Mehreren fürchteten ihn oder wendeten sich wegen der Härte und Nichtachtung der Verträge von ihm ab, die er besonders in Italien zeigte, und mit einem Worte die Nation hatte keinen rechten Sinn für die Einheit und Erblichkeit des Reiches, wie der Kaiser und das Geschick sie ihr boten, der Preis war ihr zu hoch, sie kam nicht entgegen, schlug nicht ein, Selbstsüchtige führten den Reigen entgegen, und man ließ sie gewinnen.

Nach Heinrichs Tode zeigte sich abermals, wie groß die Staats-Nichtsinnigkeit oder Nichtwilligkeit, wenn man so sagen darf, oder Beides war. Die Fürsten theilten sich sofort wieder in zwei Parteien, und trotzdem daß sein freilich erst vierjähriger Sohn, Friedrich II., gewählt war, schrieben mehrere einen Wahltag aus und unterhandelten zuerst mit Bertold von Zähringen, dann mit Otto (IV.) von Sachsen, der mit englischem Gelde für sich warb, wogegen Philipp, der Vormünder-Reichsverweser, in ein Gegenbündniß mit dem französischen Könige trat. Otto und Philipp ließen sich krönen, Beide entschlossen, ihr Recht mit den Waffen zu behaupten, und die Zerrüttung war wieder da, dießmal mit Betheiligung Englands und Frankreichs, wo jetzt die bestimmte Tendenz erwachte, Deutschland durch die Wahlstreitigkeiten in beständiger Unmacht zu erhalten. Das Verhältniß des Reiches zum päpstlichen Stuhle eröffnete letzte-

rem in diesen Wirren die Bahn zu einem noch größeren Einfluß, als selbst in den Zeiten Heinrichs IV. Indem beide Gegenkönige Papst Innocenz III. um die Bestätigung ihrer Wahl angingen, kamen sie ihm in dem Bestreben entgegen, sich zum Schiedsrichter über das Recht der deutschen Krone zu machen. Es folgte ein vierzehnjähriger Krieg des welfischen und hohenstaufischen Hauses und die Höhe des Papstthums unter Innocenz III. bei tiefer Erniedrigung, tiefem Verfall des Reiches, Verlust von Nordalbingien, Hereinziehen dänischer, böhmischer, ungrischer Kriegsschaaren, weiterer Verschleuderung der Reichs- und beginnender der staufischen Hausgüter bis zu jenem ein so grelles Licht auf den anarchischen Zustand werfenden Exceß der Fehde und Verwilderung, der Ermordung Philipps. Es wird keinem Zweifel unterliegen, daß man sich besser gestanden haben würde, hätte man auch auf die Gefahr, daß Heinrich bei längerem Leben die Zügel mit harter Faust führe, den Staufen die Erblichkeit zuerkannt; hätte man zum wenigsten die Wahl des unmündigen Nachfolgers aufrecht erhalten und im vormundschaftlichen Regiment den nicht unwerthen Philipp walten lassen.

Nachdem Otto allgemein anerkannt und zu Macht gelangt war und nun den päpstlichen Ansprüchen entgegen trat, wendeten die Fürsten von ihm sich ab und riefen den jungen Friedrich aus Sicilien. Dieser begab sich, obgleich die Barone seines Erbreichs entgegen waren, nach Deutschland, konnte jedoch das Reich nur einnehmen mit Waffengewalt, im Bunde mit dem Papste und dem französischen Könige, unter Einräumungen, welche den Grundsätzen seiner staufischen Vorfahren gänzlich entgegen liefen, unter Bestätigung der überelbischen Lande im dänischen Besitz, unter dem Versprechen an den Papst, welchem Alles daran lag, es zu keiner näheren Vereinigung zwischen Deutschland und

Sicilien kommen zu lassen, letzteres seinem Sohne abzutreten. Nach seiner Krönung behauptete sich Otto noch drei Jahre, acht Jahre hatte er noch zu kämpfen, um seinem Hause das Reich wieder zu sichern.

Auch Friedrich II. wollte Italien und Deutschland vereinigen, doch mit Unterordnung des letztern. Nach fünfzehnjähriger angestrengter Thätigkeit setzte er es durch, das südliche Italien, Apulien, Sicilien unmittelbar mit dem Kaiserreiche zu verknüpfen, nur daß ihm noch immer nicht gelang, das lombardische Reich in die alte Unterthänigkeit zurückzubringen. Seine Vorliebe für Italien, sein Streben, zum Hauptstaate sein Erbreich zu machen, während er Deutschland als vornehmstes Nebenland des vereinigten Reiches bei seinem Hause zu behalten dachte, erschwerte es den Deutschen nicht wenig, ihn nachdrücklich zu unterstützen. Was blieb aber übrig, was wurde gewonnen, wenn sie es nicht thaten? Boten sich, wenn es geschah, nicht immer noch glückliche, ja große Aussichten? War nicht zu hoffen, daß die Vorliebe Friedrichs sich Deutschland zuwenden, daß dieses durch den Reichthum und die Wucht seiner Mittel und Kräfte ganz von selbst und auch gegen des Kaisers Absehen das Hauptland werden würde, wenn die Nation dieselben ihm lieh, wie er es wünschte und bedurfte, wenn sie mindestens nach ihrem ganz eignen nächsten unwandelbaren Interesse seinem Sohne Heinrich, der als römischer König von ihm bestellt, das deutsche Reich verwaltete, hierzu allen Beistand leistete?

In dem Kriege, der mit dem Wiedergewinn der Eidergrenze endigte, erwachte ein Nachklang der alten welfischen Fehde, und die Vergewaltigungen, Fehden, Parteiungen nahmen je länger je mehr wieder überhand. So konnte Heinrich damit umgehen, sich gegen seinen Vater zum Oberhaupte des Reiches aufzuwerfen, und als er offen gegen

denselben sich erhob, fand er bei mehreren Fürsten, Bischöfen und Städten bereitwilligen Anhang. Als 1236 der Kaiser aus Deutschland gegen die Lombarden nach Italien zurückeilte, sagten die Fürsten laut, Italien, ein Erbtheil des heiligen Reiches — und dessen Wichtigkeit auch in handelspolitischer Rücksicht für Deutschland neuerdings so deutlich erkannt worden — müsse um jeden Preis wiedergewonnen werden. Als dann aber ein allgemeines Reichsaufgebot in Rede kam, hieß es, Italien werde durch italische Kräfte zu bezwingen sein, der Kaiser möge eher aus Apulien als aus Deutschland eine Hülfsmacht kommen lassen. Friedrich brach mit einem geworbenen Heere auf, wurde aber sehr bald von seinem Unternehmen wieder abgezogen, mußte schleunig nach Deutschland zurückkehren. Er hatte die Vollstreckung der Acht gegen Friedrich von Österreich, der an Heinrichs Aufstande Theil genommen, Fürsten überlassen, die sich besiegen ließen und keinen Beistand erhielten. Als er dann Österreich zum Reiche eingezogen, Frieden, Ordnung und Gesetz in Deutschland wieder hergestellt, das welfische Haus für immer versöhnt, eine Hausmacht zusammen gebracht hatte, wie sie seit den Saliern nicht mehr gesehen war; als er tüchtig auch für Deutschland sich erwiesen und soweit gekommen, daß von Niemandem seinem Hause, wenn es sich nur erhielt, die deutsche Krone mehr streitig gemacht werden konnte; als nur noch die Beendigung des Kampfes der Welfen und Ghibellinen in der Lombardei erübrigte und als er sich dort in vollem Siegeslaufe befand, bedurfte er, so nahe am Ziel, doch abermals deutscher Hülfe, fand aber eben in Deutschland, wiederum dahin zurückeilend, unvermuthete Schwierigkeiten. Der entsetzte Herzog von Österreich war darauf und daran, mit Hülfe des böhmischen Königs sein Land wiederzuerobern und hob das päpstliche Banner empor. Am Niederrhein brachen Unruhen aus. Der Papst

suchte durch geheime Unterhändler die Stände vom Kaiser abwendig zu machen. Gewonnen oder um kein allgemeines Aufgebot bewilligen zu müssen, erschienen sie nicht zum ausgeschriebenen Reichstage. Zu gering war die Hülfe einzelner Fürsten. Dann erlitt Friedrich vor Brescia eine beträchtliche moralische Niederlage. Dann bannte ihn der Papst und stellte einen Gegenkönig auf. War das Ziel nahezu erreicht gewesen, so stand nun wieder Alles auf dem Spiele.

Früheren päpstlichen Aufreizungen gegen das Reichsoberhaupt hatten die Fürsten einmüthig widerstanden. Friedrich hatte sie zu bestimmen gewußt, an seiner Seite für die Ehre des Reiches und die Freiheit der deutschen Kirche einzustehen. Auch im Volke waren Vielen die Augen über die Absichten des römischen Stuhles, das Recht des deutschen Königs im päpstlich-kaiserlichen Streite, die Bedeutung von dessen Ausgange für das Reich aufgegangen. Auch jetzt hielten die Reichsstände noch zu Friedrich. Er gab Österreich wieder auf, um einen mächtigen Freund am Herzoge zu gewinnen. Er wandte sich wieder nach Italien, nochmals befand er sich dort im Siegslaufe, und nun trat der große Wendepunkt der deutschen Geschicke ein, begann die große Katastrophe des Kaiserthums und des Reiches deutscher Nation.

Innocenz IV. erneuerte unter unerhörter Verletzung aller Rechtsformen den Bann gegen Friedrich, entsetzte ihn, bedrohte mit dem Banne auch die, die ihn noch als Kaiser oder König anerkennen würden. Wenn man abgeneigt war, den Kaiser bei seinen politischen Unternehmungen in Italien zu unterstützen, so lagen Gründe dafür in seiner Deutschland zurücksetzenden Politik. Man ließ ihn aber auch in dieser Sache im Stich. Das übereilte und in sich selbst nichtige päpstliche Absetzungsurtheil warf einen Zunder

der Zwietracht in das deutsche Reich, der nicht mehr gelöscht wurde.

Mit aller Anstrengung und mit großen Opfern bemühte sich Friedrich, die Fürsten und die Städte auf seiner Seite zu erhalten. Auch wiesen die Laienfürsten die Bannbulle zurück; von den Bischöfen jedoch ging einer nach dem andern auf die päpstliche Seite über; ihnen folgte Landgraf Heinrich von Thüringen (Raspe). Er war kaum erst vom Kaiser zum Statthalter und Reichsverweser ernannt, er brach die feierlichsten Zusagen, er gab den päpstlichen Versprechungen alles Beistandes und großer Geldsummen nach. Der Papst gab den Fürsten auf, ihn zu wählen. Eine Anzahl von geistlichen und einige weltliche gehorchten. Die größeren Fürsten zeigten Entrüstung über die Anmaßlichkeit, der Kaiser- und Reichsverrath hatte jedoch keine allgemeine Entrüstung und Vereinigung zur Folge. Bestechung gewann dem Thüringer einen Anhang, auch unter den Bischöfen und Grafen in den staufischen Erblanden. Konrad, der junge König, verlor vor den Thoren Frankfurts die schon gewonnene Schlacht durch den Abfall schwäbischer Vasallen. Immer mehre Bischöfe, Grafen, Laienfürsten ließen sich gewinnen. Diese, gehoben um eine Stütze der Reichsgewalt zu werden, halfen, nachdem sie sich in die Gewalt der Großherzoge getheilt, dem Papste jetzt treulich, das staufische Königthum zu vernichten. Die Kleineren, die Ritter, auch ein Theil der Städte, wenn auch nur die geringere Anzahl, folgten dem Beispiele. Es war einmal wieder Gelegenheit der Rauf- und Beutelust zu fröhnen, womit zusammenwirkte, daß der Strom der den päpstlichen Doctrinen und Ansprüchen günstigen Meinung gewaltig anschwoll. Bei Vielen gaben die kirchlich-religiösen Meinungen und Überzeugungen bequeme Vorwände, bei Vielen waren sie die stärkeren und lebendigeren. Über den kirchlichen Interessen

und Rechten vergaßen sie die des Reiches. Der Bann, die Kreuzpredigten gegen den Kaiser übten weithin im Volke ihre Wirkung. Ein Hartmann von Gröningen gerieth durch die papstseitigen Überredungen so in Feuer, daß er nicht mehr Reichsgraf sondern Graf der römischen Kirche heißen wollte. Wie in den letzten Zeiten der Salier kamen unter Lösung aller Bande Fehden, Raub, Brand, Mord, Treulosigkeit und Eidbruch wieder an die Tagesordnung.

Freilich vermochte der thüringische Gegenkönig nicht durchzudringen, so viel er auch Konrad zu schaffen machte, der mit dem Beistande zahlreicher Treuen sich wacker hielt. Innocenz überbot noch was er gethan. Er behandelte Friedrich schimpflicher, als Gregor Heinrich IV. behandelt hatte. Er zeigte sich offenbar starrsinnig, als der unfriedfertige Theil. Er bot die deutsche Krone an fremde Fürsten aus, deren einer, Wilhelm von Holland, von den rheinischen Bischöfen und dem böhmischen Könige gewählt und mit nachgemachten Insignien gekrönt ward. Trotz dem Allen trat keine Mehrheit der Reichsstände mit vereinter Macht entgegen. Ihre eigenen kleinen Angelegenheiten, Erbfolgestreitigkeiten u. dgl. beschäftigten sie mehr, als der Streit zwischen dem Kaiser und Papst, die Ehre, Rechte und Interessen des Reichs, das Aufrechtbleiben oder Erliegen des Oberhaupts, des Königshauses, der Staufenmacht. Andern war die Verwirrung und die Ohnmacht der Reichsgewalt erwünscht zu ihrem landesherrlichen Streben. Alle Stände sorgten nur für sich und ihre nächsten Interessen. Auch die Städte gaben Friedrich Anlaß auszusprechen: sie trachteten nach dem reizenden Mißbrauch einer verpestenden Freiheit. Eben jetzt entstanden der Städtebund, der zur Hanse erwachsen sollte, und andre Bünde zum Schutz gegen andere Stände und zur Aufrichtung einer der der lombardischen Städte ähnlichen Unabhängigkeit und Selbstherrlichkeit.

So fand Konrad nicht genug Beistand, auch nicht von den Städten oder etwa von dem Bündniß, das viele Städte mit Mainz geschlossen, um nur Aachen entsetzen zu können, das der Holländer vor seiner Krönung über ein Jahr belagern mußte. Die Aufständischen in den schwäbischen Erblanden selbst trieben ihn nach Baiern. Die schwäbischen Grafen unterhandelten mit dem Papst über Vertheilung des Herzogthums. Deutschland war parteit wie nur je. Konrad hielt sich in Baiern, Wilhelm in den Niederlanden. So zog der Kampf sich ohne Entscheidung hin. Diese hing von dem Ausfall in Italien ab, vor welchem Friedrich starb. Auch diesen ihren großen Kaiser gab die deutsche Nation auf, indem die Einen von ihm abfielen, die Andern und Kaisertreuen zu wenige oder nicht rührig, tapfer, hingebend genug waren. Und wie sie sich gegen ihn erhob oder ihn fallen ließ, so gab sie auch sein Haus den Widersachern preis und damit ihr Reich, oder half unmittelbar zum Sturze dieses Hauses und damit zur Reichszerstörung und Auflösung in besondere Kleinstaaten.

Friedrich hatte in seinem Testamente Deutschland wieder in sein altes Recht und zum Mittelpunkte der Reichsregierung eingesetzt. Konrad aber, von Neuem gebannt, gar zu dürftig unterstützt, von Wilhelm geschlagen, ging heim nach Italien, um dieses seiner Familie zu retten. Wilhelm ließ ihn auf einem Reichstage des Herzogthums Schwaben und aller seiner Güter verlustig erklären und den Schluß vom Papste bestätigen, zu einem neuen Zeichen, wie wenig selbständig das getheilte Reich war. Als Konrad starb, fanden die Freunde der Staufen zu große Schwierigkeiten, die Krone für den zweijährigen Konradin zu behaupten, während doch Wilhelm so ohnmächtig war, daß er trotz aller päpstlichen Unterstützung allgemeine Anerkennung sich nicht verschaffen, nicht einmal einen geringen Romzug zu Stande

bringen konnte. Es war demnach nicht etwa die Übermacht eines Gegenkönigs, welche das Verbleiben beim Hause der Staufen unthunlich machte, sondern das Vorwalten reichsungetreuer, reichzerstörender Ansicht und Gesinnung, und die sich noch immer fortsetzte, so daß auch die zunehmende Zerrüttung und Schmach zu Verstande und patriotischem Rath und Entschluß nicht brachte.

Die Wahlfürsten wagten es nicht, Deutschland ganz ohne Oberhaupt zu lassen, hatten auch nicht das Vermögen oder den Willen, den Versuch zu machen, es in eine andere, eine föderative Verfassung zu bringen und das Regiment selbst zu übernehmen. Sie wollten einen ohnmächtigen oder zwei Herren, um keinem zu gehorsamen. Sie warfen ihre Blicke auf auswärtige Fürsten, sie machten die Wahl in höchst cynischer Weise zu einem gemeinen Geldhandel, sie wählten, die Einen Richard von Cornwall, die Andern Alfons von Castilien, der niemals ins Reich kam. Nur die Städte, die Hauptheilnehmer des rheinischen Landfriedensbundes, hatten den unter den obwaltenden Umständen guten Gedanken nach Wilhelms Tode zu beschließen, den Frieden mit aller Macht aufrecht zu erhalten, das Reichsgut zu verwahren, so lange das Reich erledigt sein würde, und falls die Wahlfürsten mehr als einen König wählten, beiden Gewählten den Gehorsam zu weigern und auf eine gute Wahl hinzuwirken. Allein Zwiespalt der im rheinischen Bunde gestandenen Fürsten löste diese Einung auf, der Städtebeschluß wurde dadurch vereitelt und dann nahmen auch die Städte Partei, nur ein Theil von ihnen für den Castilier als einen Verwandten des staufischen Hauses. Die Fürsten, als die Geldquellen nicht mehr flossen, wurden bald genug der fremden Könige überdrüßig, fielen auf einen dritten, wollten nun den jungen Konradin wählen; als Richard gefangen und alle königliche Gewalt erloschen war,

kam eine Anzahl von ihnen darauf zurück, allein ungeachtet manches begünstigenden Umstandes ohne Ernst und Beständigkeit; besonders die Geistlichen ließen sich durch die päpstlichen Drohungen einschüchtern. Konradin mußte seine Sache in Deutschland aufgeben. Er knüpfte an anfängliche Erfolge in Italien die Hoffnung, dort das Kaiserthum zu erkämpfen. Gerufen von den Ghibellinen zog er mit einem deutschen Hülfsheere vor Verona. Da fehlte das Geld zum Solde. Seine Begleiter, sein Stiefvater und sein Ohm, forderten von ihm schon jetzt Entschädigung für ihren Aufwand, ließen sich von ihm Alles, was er in Deutschland noch besaß, verpfänden, gingen darauf zurück und gaben ihn seinem Schicksale preis, unter dem Vorwande mit dem Banne bedroht zu sein, den sie hatten vorhersehen müssen, ohne Zweifel nur bedacht, ihn fortzuschaffen, um sein Erbe in ihren Besitz zu bekommen. Nur dreitausend Ritter blieben bei ihm. Als er sein Verderben gefunden, erwachte in Deutschland der Gedanke, seinen schmählichen Tod zu rächen, blieb aber Gedanke.

Da die Nation auch die Staufen nicht verstanden oder nicht hatte verstehen wollen, auch sie nicht hatte leiden können, auch sie im Stich gelassen oder im Verein mit den Päpsten weggeworfen, und zwar unter unmittelbarer Herbeiführung solchen Verfalls, solcher Zerrüttung des Reiches, und auf die sichtliche Gefahr, daß Deutschland fortan von Fremden beherrscht werde oder wie Italien, dessen warnendes Beispiel vor Augen lag, Viele aber gerade lockte — wir sagen wie Italien nach dem Sturze des longobardischen Reichs in kleine Staaten zu zerfallen: wo und wann sollte nun jemals ein Fürst in der Lage und Kraft gefunden werden, die königliche Macht in Deutschland, die kaiserliche in Europa, wie die bisherigen Kaisergeschlechter sie geübt, oder das Reich wiederherzustellen, wie es unter ihrem Regiment

dagestanden? Ergiebt sich nicht aus dem ganzen thatsächlichen Hergange, daß Alles so kam, weil es zu sehr fehlte an dem Verstande der hinreichenden Werthschätzung des Gesammtverbandes, seiner Nothwendigkeit und seiner unmeßbaren Vortheile, oder an der Einsicht, was zu seiner Erhaltung und Förderung gehöre, dem Geschick, ihn in die rechte Ordnung zu bringen, oder an dem Gemeinsinn, der patriotischen Tugend, dem richtig Erkannten gemäß zu handeln, oder an dem Allen zugleich? Ergiebt sich nicht, daß von jeher die Liebe des Reiches zu gering, des Sinnes für staatliches Zusammenfassen zu wenig, des falschen, unbändigen, egoistischen Selbständigkeitshanges zu viel war und daß darin die vornehmsten Ursachen des Verfalls und der Zerrüttung des Reiches nach seinen ersten vierhundert Jahren lagen? Motivirte die Beschaffenheit des Reiches auch in der Hohenstaufenzeit die Geringheit der Reichsliebe, kam nicht vielmehr was auch damals dem Reiche gebrach aus so mancherlei Verletzung der Reichstreue und des Kaisergehorsams, aus Unbotmäßigkeit, Freiheitstrotz, Zuchtlosigkeit? Die ursprünglichen Gebrechen der Verfassung wurden nicht beseitigt, obschon es an besonderen Anläßen, guten Gelegenheiten, Erleichterungen, Einleitungen, Drang dazu nicht fehlte; sie wurden theilweis noch vergrößert oder gemehrt oder nur mit andern vertauscht, die Änderungen oder vermeinten Besserungen schlugen selten zum Besseren und manchmal zum Schlimmeren aus, nie gedieh es zur hinlänglichen Kräftigung der Reichsgewalt als solcher, zur Befestigung des Königthums und zur Klärung seiner Stellung, die Kaiser mochten es so oder anders damit oder mit Umgestaltung des Verwaltungssystemes versuchen, so daß in Wahrheit Luthers grober Vergleich der Deutschen mit dem betrunkenen Bauer zutrifft, der an der einen Seite aufs Pferd gehoben an der andern wieder herunterfällt. Hätte es an der

mangelhaften Verfassung gelegen, so würde Deutschland mit dieser nie haben auskommen, nicht so weit, so hoch kommen können, wie doch der Fall war, wenn sie nur geachtet wurde, wenn man ihr nur Inhalt gab, wenn die Deutschen sich verhielten, wie in den guten und großen Zeiten und sich nicht verhielten, wie z. B. in den letzten Jahren Friedrichs II. beim Niedergange und Sturze der Staufen. Welcher Stand hätte seine volle Schuldigkeit gethan? Fanden die guten, die tüchtigen, die großen Kaiser in aller Maße Folge? Die Kleinern und Schwächern, Grafen, Dienstmannen, Ritter, Bürger, die ein noch näheres, größeres, deutlicher zu erkennendes Interesse hatten, unentweglich zu Kaiser und Reich zu stehen, waren sie nicht unbotmäßig, eifersüchtig auf ihre besondere Stellung und Eigenmacht, zugreifend nach so viel Stücken der Reichsgewalt und des Reichsguts als sie zu erreichen vermochten wie die andern, bisweilen weniger, aber bisweilen auch noch mehr? Fand nicht das selbstherrliche landesfürstliche Streben bald bereitwillige Folgeleistung, bald Nachahmung? Konnten sich die Fürsten mit Glück empören ohne Anhang bei den Vasallen, im Volke? Hätte das Reich ungeordnet, ungebessert bleiben und versinken, das König- und Kaiserthum bei einer solchen Zahl solcher Inhaber so heruntergebracht werden können, wenn nicht alle Schritte und Ansprüche der Obergewalt mit zu viel Eifersucht auf die individuelle Freiheit und Selbständigkeit, mit zu viel Eigenwillen und Selbstsucht bewacht und beschränkt, wenn nicht mit zu viel Behagen an den Sonderexistenzen und Entwickelungen und mit zu wenig Sinn für die Sicherheit und das Gedeihen des Ganzen zu viel Thätigkeit und Kräfte für jene, zu wenig für letzteres verwendet und wenn die nothwendigen Folgen davon erkannt wären; wenn statt des localen der Nationalsinn, statt der Stammesgefühle das deutsche, wenn die Schätzung des

Reiches, wenn die Ehrfurcht vor dem Kaiserthume, das Gefühl, daß nur in ihm die Nation ihre Kraft und ihre Ehre habe, lebendiger, wenn neben so viel Kraft und Tapferkeit und Vertrauen und Trotz darauf, die einfache Erkenntniß, daß man nur durch Einigkeit stark sein und bleiben könne und mit dem Ganzen leiden und zu Grunde gehen müsse, wenn die Erkenntniß, was an der Behauptung des Kaiserthums und an der festen Kraft des Königthums hing, deutlicher und allgemeiner, wenn mehr Einsicht, was dazu gehöre, mehr Willigkeit und Kraft gewesen wäre, daran zu geben und zu setzen — besondere Interessen oder Vortheile, religiöse oder Rechtsmeinungen, Wünsche, Ansprüche, Gelüste, That, Wagniß — was oder wie viel das Ziel erheischen mochte?

Es wird gerühmt, wie trefflich in den inneren Bedrängnissen und Gefahren, welche mit dem Verfall der Hohenstaufenmacht eintraten, die Einzelnen, die Städte zumal, durch gewaltige Bünde, mannhaft und klug sich zu helfen gewußt. In der That gebrauchten sie die reichen und erhöhten Mittel und Kräfte, wozu sie eben auch in der Staufenzeit gelangt waren, höchst rührig und wacker, als die Folgen der Regierungsunmacht und des Gesetzstillstandes unmittelbar an sie herantraten, ihr Handelsverkehr gefährdet, ihre Stadtgebiete und Rechte angegriffen wurden. Ähnlich auch die andern Stände; doch mit der Hälfte oder mit einem Zehntel der Anstrengungen und Kosten ihrer Vereinigung, ihrer Erhebung in Waffen zum Selbstschutz hätten sie Reich und Reichsgewalt in Ordnung und Kraft, die Könige im Amte und Ansehen erhalten und zugleich für ihre nächsten Interessen dasselbe und mehr erreichen können. So wußten sich auch die Einzelnen an den Grenzen, wenn sie bedrängt und von Kaiser und Reich hülflos gelassen wurden, nicht minder trefflich selber zu schützen, ja selbst in

solcher Lage hinausgreifend aufzutreten. Wie viele Lande sind von Einzelnen in Zeiten der Reichsunmacht und Verwirrung erobert oder zurückerobert. Als in den Anfängen Friedrichs II. Nordalbingien an Dänemark abgetreten und dadurch mehrere deutsche Stände, Städte, Grafschaften vom Reiche abgerissen und gänzlich ihrem Schicksal überlassen waren, griffen sie zur Selbsthülfe und stellten die Eidergrenze wieder her. Wie viele Vorgänge dieser und ähnlicher Art in der deutschen Geschichte uns aber auch begegnen, so haben die Grenzlande eben so oft furchtbar gelitten, indem das Reich hätte helfen können und sollen und nicht half, weil es sich in Unordnung befand, und wie viel mehr hätte mit weit geringeren Mühen und Opfern gewonnen, wie leicht hätten die großen Gebietsverluste abgewendet werden können, hätten die Einzelnen nur einen mäßigen Theil der Kräfte dem Reich gönnen und geben wollen, welche sie in unabgenöthigter Selbsthülfe und Eigenmächtigkeit aufwendeten. Ähnlich wie Ausnahmen die Regel bestärken, zeigen auch die häufigen Beispiele, wie gut die Einzelnen in den die Reichszerrüttung begleitenden Nöthen und Gefahren sich zu helfen wußten, nur um so mehr, daß es nicht am Vermögen und an der Tüchtigkeit, sondern bei vorwiegendem Hange zur Kleinstätlerei an einem stärkeren Sinne für ein großes Staatsthum, an der Reichsliebe und Treue, dem politischen Verstande und patriotischen Willen fehlte, dem Reiche zu helfen und dessen Verfall und Ohnmacht abzuwenden.

Daß es zumeist hieran gefehlt hat, steht nur in wenigen deutschen Geschichtsbüchern. Die Thatsachen aber, welche es beweisen, stehen so ziemlich in allen. Sie stehen namentlich in Pfisters Geschichte der Deutschen, der wir wegen ihrer nüchternen Thatsächlichkeit, ihrer Freiheit von Tendenz in unserm Überblick über die ersten vier Jahrhun-

derte des Reiches gefolgt sind. Um die vornehmsten, die wahren Ursachen des Reichsverfalls zu sehen, in der Art und Verschuldung der Nation zu sehen, kommt es nur darauf an, daß sonder Furcht der Wahrheit in das Antlitz zu schauen die beweisenden Thatsachen zusammengestellt und nachdrücklich hervorgehoben werden.

Auch in der Einleitung der „Geschichte der Preußischen Politik" kann man lesen, daß bis zum Staufenuntergange auch die aus dem Volke emporkommenden Gewalten den Kaisern hinlängliche Stützen wider die fürstliche Gegenmacht nicht boten, das Interesse der Städte zunächst nur auf sie selbst sich wendete, ihre Kraft, ihr Ansehen, ihre Verläßlichkeit nicht weit genug reichte, wie oft sie auch muthvoll und treu zu den Kaisern standen; daß die deutschen Stände den Päpsten ihren Sieg miterstritten und allein ermöglichten, schon zu mächtig geworden, die Gelegenheit wahrnahmen, mächtiger zu werden als das Oberhaupt, in den Besitz der Prärogative der Landeshoheit sich zu setzen, um sodann dafür zu sorgen, daß das Kaiserthum nie wieder zu überwiegender Gewalt gelange; daß sie das Reich und selbst die Kaiserwahl unter den leitenden päpstlichen Einfluß brachten und den Versuch des glänzendsten der Staufen, die Selbständigkeit des Reiches wieder herzustellen, vereitelten; daß die Volksmeinung selbst von dem großen Kaiser zu seinem Verderben sich abwendete.

Durch Zusammenstellung und Betonung der Thatsachen, welche beweisen, daß die vornehmsten Ursachen des Reichsverfalls in Unarten, Verkehrtheiten und Sünden der Nation zu suchen sind, gelangt man, wir wissen dieß sehr wohl, zu einem umfassenden, gerecht und billig würdigenden Urtheile über die letztere und ihr Verhalten nicht. Dazu gehört, daß auch die andere Seite entgegengestellt, daß in Rechnung gebracht wird, was die Nation zum Verstän-

digen und Guten gewollt und gethan; wie viel leichter bei so viel weniger verwickelten Verhältnissen in andern Ländern und Nationen die Gesammtinteressen zu übersehen sind und die Verknüpfung der besonderen mit ihnen zu erkennen ist; welche Schwierigkeiten das deutsche Volk zu überwinden gehabt und überwunden hat, mit Einem Worte, was ihm zum Lobe und Ruhme gereichen, zur Rechtfertigung, Entschuldigung oder Milderung des Verdicts zu Statten kommen mag. Wir aber lassen solch Urtheil ganz beiseit; nur darauf kommt es uns an, festzustellen, wo thatsächlich die Hauptursachen des Reichsverfalls und Untergangs liegen und daß sie nicht fälschlich, selbstschmeichlerisch und höchst schädlich außer der nationalen Selbstverschuldung gesucht werden. Und so bleiben wir nach Allem und Allem dabei: so wie allerdings Reich und Kaiserthum nicht blos durch große Kaiser, sondern durch ein hohes Maß politischer Einsicht, nationalen Selbstgefühls und patriotischer Tugend so hoch empor gekommen, waren auch nicht so sehr die Mängel der Verfassung, Unzulänglichkeit oder Fehlgriffe der Häupter, Schwierigkeiten der Lage, widrige Schicksale, übermächtige Verhältnisse oder Feindschaft Auswärtiger als Unzulänglichkeit des vorhandenen Maßes von dem mehrgedachten politischen Verstande und Geschick, von Tüchtigkeit und Tugend die Grundursache davon, daß Reich und Kaiserthum nicht hoch genug kamen und auch die gewonnene Höhe nicht behaupteten, sondern so verfielen, so tief zerrüttet wurden und sanken, wie es am Schluß der Hohenstaufenzeit der Fall war.

Mit dem Allen besteht ganz wohl die Äußerung in der „Geschichte der Preußischen Politik“: So gewaltig aber auch die Bewegung gegen Friedrich II. emporschwoll, auch in dessen wildesten Kämpfen klang die alte Ehrfurcht vor der Kaisermacht und das Gefühl hindurch, daß nur in ihr

die Nation ihre Kraft und Ehre habe. Je furchtbarer die Zerrüttungen waren, die dem Sturz der Hohenstaufen folgten, um so schöner malte sich die versunkene Herrlichkeit in der Erinnerung. In der Sehnsucht der Nation blieb der ghibellinische Gedanke.

Ja, jene Ehrfurcht, jenes Gefühl und die Liebe des Reiches erwachten und walteten am lebendigsten in den trostlosesten Zeiten. Allein so wie sie in den günstigen zu gering gewesen waren, kamen sie zu spät und sind niemals stark genug geworden. Drang der ghibellinische Gedanke im politischen Handeln der Nation hindurch? Walten die bis hieher beobachteten Ursachen des Verfalls nicht auch in den nachfolgenden Zeiträumen?

III.

Die Zeit vom Zwischenreiche bis auf Heinrich VII.

Die „Geschichte der Preußischen Politik" giebt über den Zeitraum vom Zwischenreiche bis zum Tode Kaiser Sigismunds viel neue, höchst willkommene Aufschlüsse. Wir folgen ihr von hier an näher, indem wir für unsern Zweck hervorheben, was wir des Bezüglichen darin lesen und daraus — bisweilen dem Urtheile des Verfassers ganz zuwider — entnehmen. Denn die neuen Thatsachen, welche er beibringt, und das neue Licht, das er über bekannte verbreitet, führen uns hier und da auf ganz andere Schlüsse als die in seiner Darstellung enthaltenen, oder bestärken uns in Ansichten, welche von der seinigen abweichen.

Er spricht viel von einer Reichspartei, von der Vertretung des fortlebenden ghibellinischen Gedankens vom Reichsstaat durch sie, von ihren Strebungen in den nachfolgenden Zeiten. Nehmen wir, ohne darüber zu rechten, den Ausdruck an. Begreifen wir darunter diejenigen, deren politisches Verhalten bestimmt wurde durch Anhänglichkeit an das staufische Haus bis zu dessen gänzlichem Abgange, durch traditionelles Ehrfurchtsgefühl für das Reich und Kaiserthum in seiner Einheit, Kraft und Größe, durch die Ansicht, daß seine Wiederaufrichtung zu ihr erfolgen müsse, die da höher stehe als jede besondere Existenz und alles Gedeihen darin und die unentbehrliche Gewähr dafür enthalte,

so daß das wahre besondere Interesse jedes Einzelnen mit des Reiches Ordnung, Macht und Ehre auf das Engste verknüpft sei. Auch uns däucht, daß die durch diese Motive bestimmte „deutsche Politik“ der „Reichspartei“ die rechtgemäße, kluge und richtige war. Allein der Geschichtschreiber der preußischen Politik sieht diese Reichspartei bisweilen wo sie nicht war, und umgekehrt, und in seinem Werke sieht man seine Reichspartei nur selten oder nie zahlreich und mächtig, ansehnlich oder geschickt, rührig, energisch oder ausdauernd genug, und daß sie im Ganzen und Großen in der Minderheit und unzulänglich war, wird durch die Thatsache erwiesen, daß das Reich nie wieder auf den verlornen Höhepunkt gebracht, nie gründlich und nachhaltig gebessert wurde, wie sie es wollte, sondern trotz manchem Aufschwunge und Reformversuche im Ganzen und Großen doch je länger desto mehr verfiel und zuletzt unterging.

In den Wirren der kaiserlosen Zeit geschah es, daß die Großen sich „mästeten“ am Raube der Reichsgüter und Rechte, daß auch die Städte erstarkten. Vor allen blieb in ihnen der ghibellinische Geist lebendig. Noch 1256 hatte sich die ghibellinische Partei geregt, dem Böhmenkönige, dem Sohne einer Staufin, das Reich angetragen. Es waren die alten Ghibellinen, es war die rechte Reichspartei, die in Rudolf von Habsburg dem Reiche wieder ein Haupt gab. Nach dem Rath der Fürsten erklärte dieser alles seit 1245 auf Kosten des Reiches Geschehene für null und nichtig, nannte Friedrich II. seinen letzten Vorgänger im Reich, handhabte energisch die Landfriedensordnung — das Verdienst der mit ihm wieder zum Regiment gelangten Reichspartei, die mit ihm ein neues Kaiserhaus zu gründen und mächtig genug auszustatten dachte, um die erneuerte Reichsgewalt würdig vertreten und behaupten zu können. In den der Krone Böhmen entrissenen Reichslanden ward die habsburgische Hausmacht gegründet.

So die „Geschichte der Preußischen Politik". Man sieht indeß, daß die obgleich wieder zum Regiment gelangte Reichspartei die Herausgabe jenes Raubes zur hinlänglich mächtigen Ausstattung der Krone nicht durchgreifend zu bewirken vermochte. Auch wurde der alte Schade nie mehr geheilt, daß die letztere, als solche zu schwach ausgestattet und noch schwächer geworden, die nöthige Kraft von der Hausmacht des Königs leihen mußte, daß nur noch ein Fürst mit sehr bedeutender Hausmacht den Königsberuf erfüllen konnte, womit der Nachtheil verknüpft war, daß das erkorene Haupt auf Mehrung der letztern bedacht zu sein gezwungen und in die Versuchung geführt wurde, dies auf Kosten des Reiches zu thun, in ein selbstsüchtig-dynastisches Streben zu verfallen, der Sorge für das Reich und den Pflichten des Amtes die nächstliegenden Erfordernisse vorzuziehen. Nie kam man dazu, die Krone mit ausreichender selbständiger Macht zu begaben, nie hörte die Unbotmäßigkeit auf, die eine sehr kräftige Königsmacht ernöthigte. Dies läßt die „Geschichte der Preußischen Politik" viel zu sehr außer Acht, indem sie gegen die habsburgische Hauspolitik vielfach sich ereifert. Aus ihrer eigenen Darstellung ergiebt sich die leidige Nothwendigkeit jener Gründung der habsburgischen Hausmacht und noch viel mehr.

Die Herstellung eines neuen deutschen Königshauses und mit demselben überdauernder Ordnung im Reich mißlang. Die Wahl Albrechts, des Sohnes Rudolfs, konnte bei seiner Lebzeit nicht durchgesetzt werden. Als er gestorben, brach das wilde Fehdewesen wieder los, und vergeblich war die darin für Alle liegende Mahnung, für die Erhaltung einer starken Reichsgewalt zu sorgen. Die Reichspartei „erlitt die schmerzlichste Niederlage", indem die Mehrheit der Fürsten, eben damit kein Mächtiger König sei, damit kein neues Königshaus sich festsetze und um des

Gewinnes neuer die Krone schwächender Zugeständnisse und Vergabungen Adolf von Nassau wählte.

Als dieser trachtete, die Reichsgewalt aus der Abhängigkeit, zu der er selber im Vereine mit ihnen sie erniedrigt, zu lösen und sich „im Reich zu stärken", eilten sie sich seiner zu entledigen. Der Habsburger Albrecht gab sich her, was sie wünschten mit gewaffneter Hand hinauszuführen. Die Macht des rechtmäßigen Königs, obschon die Städte zu ihm standen, war gegen die der Empörer zu gering, welche dann wiederum Albrecht unter sein Königsregiment mit großer Energie zu beugen suchte. Seine Macht und Strenge wirkte Ordnung, schirmte den Landfrieden. Allein so wie seine Empörung im Bunde mit Denen, welche Adolf erhoben hatten, nicht im Sinne der zugleich kaiserlichen und nationalen Reichspartei gewesen war, so gereichte sein Regiment nicht zu ihrer Stärkung. Weder guelphisch noch ghibellinisch war Albrecht; etwas völlig Neues war durch ihn im Entstehen. Um die Erblichkeit der deutschen Krone zu gründen, gab er ihre Unabhängigkeit und Ehre päpstlichen Ansprüchen, um für sein Haus zu erwerben, Holstein dem Dänenkönige preis. Alles ward unter seinen Händen Mittel zu habsburgischen Zwecken. Er schürte den Haß der Städte gegen die Fürsten, nur um ihre Macht durch gegenseitige Eifersucht und Erbitterung zu binden. Die Fürsten fühlten sich in höchster Gefahr. Ihr eigenes nur dynastisches Princip schlug sie. Gleiche dynastische Selbstsucht hatte die Reichsgewalt inne, durch welche sie nun um so stärker und sicherer getroffen wurden. Albrechts Ermordung machte offenbar, wohin es in deutschen Landen gekommen.

Bei der Wahl seines Nachfolgers zeigte sich, wie zerrüttet und verwirrt die alten einfachen Gegensätze im Reich waren, daß man nicht mehr parteit war nach Principien, allgemeinen Interessen, nationalen Gesichtspunkten. Die

Parteien waren völlig zersetzt. Das Reich blieb sieben Monate erledigt, und — wie sich aus dem Bericht der „Geschichte der Preußischen Politik“ ergiebt — keine Reichspartei war da, die nach den Tendenzen bei Rudolfs Wahl entweder, um die Continuität der Thronfolge zu gewinnen, die Wahl eines habsburgischen Hauptes betrieben oder einen Fürsten ihres Sinnes aus irgend einem andern Hause, um es mit diesem zu versuchen und gleichsam von vorn mit ihm zu beginnen, aufgestellt hätte. Zwar wurde ein solcher Fürst gewählt, der luxemburgische Graf Heinrich (VII.). Doch nicht daß sie oder ihre Thätigkeit, ihre Motive den Ausschlag gegeben hätten. Die Wahlfürsten schwankten, die meisten unter ihnen trachteten selbst nach der Krone. Der französische König betrieb die Wahl seines Bruders, „damit das Kaiserthum wieder zu den Nachkommen der Franken zurückkehre“. Zwei Wahlfürsten ließen sich gewinnen; doch gefiel es den übrigen nicht, daß Deutschland in Abhängigkeit von Frankreich gebracht werde. Peter von Mainz, ein Hauptfeind des habsburgischen Hauses, trachtete dieses auszuschließen, verschaffte sich reiche Zusagen von dem luxemburgischen Heinrich und bewirkte dessen Wahl durch Intrigue — die guelphische Wahl eines ghibellinischen Mannes.

Seit Friedrich Barbarossa hatte Deutschland keinen Kaiser gehabt, der größer, ernster, erhabener von seiner kaiserlichen, der in armseliger Klugheit lange versäumten und nur um so schwerer gewordenen Pflicht der deutschen Könige gedacht hätte. Er glaubte an die Hoheit seines Berufs, lebte seinem Amte mit der Weise tiefster Frömmigkeit, wie er seine Grafschaft verständig und tüchtig verwaltet. Er wollte das der kranken Zeit, dem tief zerrütteten Reiche Nöthigste retten und herstellen, die in Gewalt und Geldeswerth untergegangene, zu einem Aussaugesystem entwürdigte Idee der Obrigkeit. Er nahm seinen Standpunkt hoch über

den principlosen Parteien und ihrer Wuth. Nicht auf kaiserliche Hausmacht war er gemeint das Reich gründen zu sollen. Es bedurfte einer solchen nicht, wenn Jeder im Reich gleich dem Haupte seine Pflicht zu üben beflissen war; die bereite Hülfe Aller war statt ihrer und mehr als sie — ein Gedanke, worauf der moderne Staat ruht und der auch in jener Zeit theoretisch gefaßt wurde. In Italien — wo Dante Heinrich als den einzigen Retter seines Vaterlandes, jenen Gedanken ausführend, begrüßte — und in Deutschland kam viel Begünstigendes ihm entgegen, in welchem den Deutschen, den Reichstreuen ein König zugefallen war, wie sie ihn wünschen mußten und bedurften, mit welchem die Wiederherstellung durchgesetzt werden konnte.

Man hatte zu den alten bittern Erfahrungen neue. Auf dem argen Wege nicht weiter zu gehen, auf den man sich gedrängt hatte oder getrieben war, warnte immer höher steigender Trotz und dreiste Gewaltsucht der Unteren und Kleinen gegen die Großen und Obrigkeiten in den Gebieten der Landherren, in den Städten. Der Königsmord und der herbe Ernst der Todtenfeier und der Strafe hatte einen tief erschütternden, nicht flüchtigen Eindruck gemacht. Noch war nicht Alles von dem Gift der Anschauung ergriffen, wonach man in der hierarchisch-feudalen Anarchie, im Streben für die eigensten Interessen die fürstliche und kirchliche Freiheit sah. Noch gab es, zumal unter den minder mächtigen Grafen und Herren, solche, die in des Reiches Macht und Ehre ihren Beruf sahen. Unter den Kurfürsten standen die von Trier und Mainz zu Heinrich. Ein glücklicher Zufall warf seinem Sohne die Krone Böhmen zu. Beim Römerzuge kamen ihm lauter günstige Verhältnisse entgegen. In Italien strengte die ghibellinische Partei für ihn und die Wiedererhebung des Kaiserthums sich an; während je-

doch die deutschen Fürsten seine Erfolge unterbrachen, indem sie nach erfüllter Pflicht des Römerzugs zurückgingen und ihren gekrönten Kaiser in bedenklicher Lage in Rom zurückließen.

In Deutschland gab er mit vollen Händen, ohne seiner Idee von Kaiser und Reich untreu zu werden. Danach waren die Fürsten, Grafen, Herren, Magistrate in des Reiches Namen und Amt Obrigkeiten ihres Bereiches, pflegten ihr Recht unter Obhut des Kaisers, durch dessen Sanction allein wie im Namen des Reiches und Rechtes sie legitim waren, den sie durch ihre Wahl über sich gestellt, der höchste Hüter alles und auch ihres Rechts zu sein. Doch von dieser idealen Fassung der Politik zog zunächst nur ihr Gegentheil Nutzen. Man nahm was der Kaiser gab, man ließ sich die Anerkennung gefallen, welche der schon befestigten Landeshoheit durch ihn zu Theil wurde, das Bestehen der letzteren rechtfertigte und ihre Aufgabe formulirte, entzog sich aber den Pflichten, die nach der Idee des Kaisers gleich mit den Rechten geübt werden sollten, in jener, der hergebrachten Anschauung verbleibend, in die seinige nicht eingehend. Die Großen und Übermächtigen in Österreich wie im Norden, in Meißen wie am Rhein lebten ihrer Macht und Selbstherrlichkeit allein, womit es zu Ende gegangen wäre, hätten die monarchischen Ideen des Oberhauptes Raum gewonnen. Heinrich erreichte seine Ziele nicht. —

Daraus ergiebt sich nun, daß es auch dieses Mal nicht am Kaiser gefehlt, sondern daß die Nation in ihren Gliedern es an sich hatte fehlen lassen. Die Mehreren oder Mächtigern gebahrten, hinlänglichen Anhang findend, in ihrem selbstsüchtigen und kurzsichtigen Wesen und Streben fort; die Zahl, das Ansehen, die Mittel und Kräfte oder die Einsicht und das Geschick der Reichstreuen war zu ge-

ring, dem Einhalt zu thun und ihrer Richtung die Oberhand zu verschaffen; das Gift der reichzerstörenden Anschauung, das Gift „romanischer“ Sitte, der Fleischeslust, Hoffarth und Büberei, worein, „wie es reichlich bezeugt ist“, die herrschenden Klassen versunken waren, dies Gift war gar zu tief eingedrungen; gar zu weit verbreitet war, wie es eben so reichlich bezeugt ist, bei der großen Masse, bei den Dienstmannen, Geschlechtern, Zünften in den Landen und Städten roher Übermuth der Kraft, ähnliche Demoralisation, Selbstsucht und Selbstwilligkeit, unbändiger, mißverstandener Freiheitssinn hier, dumpfer Knechtssinn dort; zu zahlreich und zu mächtig waren die Stoffe, die die bessern Eindrücke erstickten, den Blick für das Ganze verdunkelten, Gemeinsinnigkeit nicht zur Wirksamkeit gelangen ließen, Verfall des Staatswesens und Lebens bedingten, Erhebung und Wiederherstellung unmöglich machten. War auch der Ausdruck ein andrer, Heinrich muß schon zu seiner Zeit für den Phantasten, als den er späterhin dargestellt ist, gegolten haben, der sich damit abgemüht, die längst untergegangene Kaiseridee wieder ins Leben zu rufen: eine Darstellung, welche zeigt, wie fern auch Späteren Liebe des Reiches oder doch Glaube an das Reich, an die Möglichkeit seiner Wiederherstellung lag. Die „Geschichte der Preußischen Politik“ meint diesen Darstellungen entgegentreten zu müssen. Sie wendet ein, es rechtfertige die menschenkluge mit raschen Wirkungen blendende Politik, welche den Eigennutz mit Eigennutz, den Frevel mit Frevel überboten und die Krone durch die größere Dreistigkeit und Virtuosität jeglichen Unrechts zu sichern gesucht, die Politik Philipps des Schönen und Albrechts nicht, wenn sie, wie man wohl rühme, den Umständen, den Zeitideen entsprochen, so wie es Kaiser Heinrichs Trachten nicht verwerflich mache, wenn es das Ziel nicht erreicht habe und bald von ärgerer

Entartung überholt worden sei. „Seegen genug, daß der lautere Lichtblick des Wahren und Rechten einmal über die Geschlechter der Menschen hinleuchtete und als Mahnung in ihrem Gedächtniß blieb. Ein solcher Mann und eines solchen Mannes Gedanken gehen nicht spurlos vorüber. War immerhin die nächste practische Wirkung seiner Ideale für Deutschland eine noch größere Auflockerung: die Empfindung, daß die Welt an schweren Schäden leide, die auch ein solcher Arzt nicht zu heilen vermochte, haftete in den Seelen, wuchs mit den Schäden, mit dem Bedürfniß der Heilung. Die alte ghibellinische Reichspartei war dahin, aber mit diesem Heinrich, von ihm aus erneute sie sich in reinerer Gestalt.“

Wir schließen mit Freuden diesem Ausdruck glaubenvoller Ansicht und Gesinnung uns an, ohne hier untersuchen zu wollen, ob und wie weit von der dynastisch-selbstsüchtigen, gewaltsamen, machiavellistischen; zu Heinrichs VII. idealer Richtung so gegensätzlichen Politik die der gerühmten Helden unsers Autors sich unterscheidet, welche auch ihrerseits damit gepriesen wird, daß sie den Umständen und Zeitideen entsprochen, indem sie das Emporkommen eines neuen Staates und Königthumes zum Ergebniß gehabt habe.

IV.

Ludwig von Baiern.

Nach dem Ableben Heinrichs begannen sofort wieder Gewaltthätigkeiten und Unordnungen der ärgsten Art. Die Reichspartei besaß nicht von fern die Kraft mit ihrem Wunsche durchzudringen, daß sein junger Sohn Johann gewählt werden möchte. Ein Theil der Wahlfürsten wählte Ludwig von Baiern, ein andrer Friedrich von Oesterreich. Beide fanden Anerkennung, Parteibeistand. Nur durch blutigen Krieg gewann Ludwig die Oberhand; auch die Kaiserkrone erstritt er, gelangte indeß nie zu einer festen Stellung, wurde nach einer langen stürmischen Regierungszeit durch die Wahlfürsten wieder entsetzt.

Erstorben war Einsicht von dem, was dem Reich und Kaiserthum gebühre und Noth thue, war das nationale Selbstgefühl nicht; es bekundete sich vielmehr durch kräftige Regungen im neu entbrennenden Streite zwischen dem Kaiserthume und dem unter französischer Verfügung stehenden Papstthume, entgegen so bedrohlichen und argen als anmaßlichen französisch-päpstlichen Anschlägen und Einmischungen. 1338 gelang es Ludwig nach mehren vergeblichen Versuchen einen entscheidenden frankfurter Reichstag zusammenzubringen; Meinungen zu Gunsten der kaiserlichen

und Reichsgewalt hatten sich verbreitet und Kraft gewonnen. Alle Stände empfanden die Unleidlichkeit und Gefahr der päpstlichen Ansprüche und Anschläge, der inneren Unordnungen, der Nothwendigkeit ihnen ein Ende zu machen. Der Reichstag gab die einstimmige Erklärung, daß der Kaiser ohne Schuld und wider den Papst im Rechte sei, kassirte die Processe des letztern im Reich, ging den Kaiser an, das Interdict aufzuheben und die ungehinderte Verrichtung des Gottesdienstes zu gebieten. Die Kurfürsten vereinigten sich mit Ludwig zur Feststellung des angefochtenen Wahlrechtes. Auf dem Reichstage wurden noch „fünf neue kaiserliche Gesetze“ beschlossen, „die recht eigentliche Verfassungsbestimmungen brachten,“ dem Reich die Bestellung des Oberhaupts zurückgaben, die Reichsgewalt befähigten der Selbstherrlichkeit und Unbotmäßigkeit des Reichsadels entgegenzutreten, das Fehdewesen regelten. Auch zum Kampfe gegen Frankreich schickte man sich an. „Es war nach langem schmachvollem Hader endlich ein wahrhaft glänzender Moment des Reichs, eine Erholung des nationalen Geistes, die in dem hohen Schwung der gefaßten Beschlüsse diejenigen gleichsam rechtfertigte, welche nicht aufhörten auf die rettende Kraft dieses Geistes zu hoffen.“

Der Kaiser blieb, unsicher und zweideutig handelnd, weit hinter dem zurück, was von ihm erwartet, was ihm dargeboten wurde. Er entfremdete sich die Meinung. Dem Volke und der Geistlichkeit erschien er von Neuem als Ketzer. Gar zu hastig und unklug, mit zu viel unglücklichem Glück gab er dem Bestreben sich hin, die bairische Hausmacht zu vergrößern. Das brachte besonders die Fürsten gegen ihn auf. Zwar die Städte hielten zu ihm, sie hatten auf dem Reichstage gesagt, „nur mit dem Reiche könnten sie stehen, die Verletzung des Reiches sei ihr Untergang.“ Doch als der Papst ihn von Neuem bannte, zum

Verbrechen auch die frankfurter Satzungen ihm anrechnend und damit zugleich das Reich und die Reichsgewalt antastend, versammelten sich die Kurfürsten zu einer neuen Wahl. So gedrängt that er falsche, das Reich und Kaiserthum erniedrigende Schritte beim Papste und französischen Könige. Der Reichstag (1344) erklärte sich einmüthig gegen die Forderungen des Papstes, weil sie offenbar auf das Verderben des Reiches abzielten. Die Fürsten aber nahmen Anlaß, die persönliche Angelegenheit des Kaisers von der des Reiches zu trennen. Sie verlangten, daß er die Regierung an Karl von Mähren, den Sohn König Johanns von Böhmen, abtrete. Karl versprach dem Papste Alles was dieser forderte, fünf Kurfürsten wählten ihn (1346) auf Anstiften des Papstes, mit diesem gegen die werdende neue Reichsmacht sich verbündend. Kaum acht Jahre nachdem sie sich vereint und verschworen, ihre und des Reiches Wahlfreiheit gegen männiglich zu behaupten, ward ihre Mehrheit vor aller Welt meineidig. Die Städte und einige Fürsten blieben Ludwig treu. Frankfurt und Aachen ließen Karl (IV.) nicht ein, der sich zu Bonn (1347) krönen ließ. Im Ausbruch des Krieges der Gegenkönige starb Ludwig, die Spuren einer unbeendeten zwei und dreißigjährigen Zerrüttung zurücklassend. Über die Anerkennung oder Nichtanerkennung Karls schien es zu dem lange schon drohenden allgemeinen Kampfe zwischen Fürsten und Städten kommen zu sollen; es begannen Empörungen der untersten Klassen, deren „erstes Aufbäumen," so daß „das todtkranke Reich in allen Fundamenten krachte, während der schwarze Tod nach dem päpstlichen Interdict Deutschland heimsuchte und die Menschen erschütterte und verwilderte." —

Gewiß, Ludwig war seinem Vorgänger sehr ungleich. Eines Heinrichs VII. aber hatte sich Deutschland unwerth gezeigt. Das Verhalten der Nation unter seinem Regiment

hatte ersehen lassen, daß ein Kaiser wie er in ihr nichts auszurichten vermöge. Ludwig war unzulänglich, die Reichspartei war es in seiner Zeit gleichfalls, wie sie es gewesen, als sie mit Rudolph und Heinrich im Regiment gesessen. Er verschuldete nicht wenig, kam den Erhebungen der Nation nur ungenügend entgegen. Allein er wurde auch in seinen bessern Stunden und Strebungen nicht genügend unterstützt. Ausdauernd standen nur die Städte und wenige Fürsten zu ihm. An guten Gelegenheiten fehlte es auch in seiner Regierungszeit nicht. Sie wurden Theils nicht benutzt, Theils verfolgte man die eingeschlagenen richtigen Wege nicht. Der nationale Geist erwies rettende Kraft, brachte aber dennoch die Rettung nicht, weil nicht genug von ihm vorhanden, die Einsicht und Überzeugung nicht verbreitet und lebendig genug war, welcher die Städte auf jenem Reichstage Ausdruck gaben. Der Wendepunkt trat dabei ein, daß Ludwig dem unvermeidlichen Zuge nach Verstärkung seiner Hausmacht folgte. Man hatte unter seinem Vorgänger deutlicher als je die Erfahrung gemacht, daß es mit einem Oberhaupte ohne beträchtliche Hausmacht nicht ging. Allein es war das Alte; den Zweck wollte man, die Mittel nicht; man forderte ein Reich und Kaiserthum und Regiment wie es sich gebührte, und erzürnte sich über dessen Ungestalt, Schmach, Mißgriffe und die daraus sich ergebenden Calamitäten, wollte ihm aber nicht geben was ihm Noth that, wollte keine stärkere Reichsgewalt in die Hände des Oberhauptes legen, gehorsamte der unkräftigen nicht und Hausmacht sollte der König dann auch nicht erwerben. Gerade in Mehrerem, worin Ludwig nicht anders konnte oder eben ganz Recht hatte, blieb ihm der Beistand aus, kehrte die Meinung sich gegen ihn. Es wäre doch auch wohl für die minder Verständigen einzusehen gewesen, daß man Gedeihen und Kraft nicht

haben konnte ohne Ordnung, diese nicht ohne ein starkes Königthum, ein solches nicht, wenn man die Kronfolge nicht regulirte, die Könige nicht zur Ruhe kommen ließ, den untadeligen keine Folge leistete, gegen die mißfallenden Empörung machte, bei jedem Wechsel der Regierungen die Gewaltthätigkeiten und Unordnungen erneuerte, bei den Wahlen unter andern Ärgernissen das provocirte, daß die neuen Könige, wie selbst die Hohenstaufen Konrad und Friedrich II. nicht umhin gekonnt, die Reichs- und Kaiserrechte und Würde lädirten und prostituirten, um zum Besitz der Krone zu gelangen — Alles wie es seit dem siebenten Heinrich auch mit Ludwig und dem beginnenden Karl IV. ging.

V.

Karl IV. Die goldene Bulle.

Hier ist es, wo die „Geschichte der preußischen Politik" die Zwietracht in der Nation, vor Allem unter den vornehmsten Gliedern des Reiches als den Grundschaden und deren Beendigung als das alleinige Heilungs- und Rettungsmittel bezeichnet.

Das heißt aber doch so viel, als daß das Grundübel in der Beschaffenheit und im Bezeigen der Nation und gründliche Hülfe nur darin lag, daß eine Umwandelung in dieser vorging. Es war eminent der Fall, daß die Nation allein sich selbst helfen, ihr aber, wenn sie sich nicht selbst helfen wollte, auch nicht geholfen werden konnte, nicht durch das vollkommenste Gesetz, das idealste Oberhaupt. Von Außen her, durch eine bessere Verfassung und einen tüchtigen König, konnte nur mittelbar erzeugt und nothdürftig ersetzt werden, was am meisten fehlte und dessen Mangel auch wesentliche Mitursache der Gebrechen in der Verfassung und im Regimente war, Sinn für Gesetzlichkeit, Liebe des Friedens und der Ordnung, einträchtige und patriotische Gesinnung bei dem politischen Verstande, zu erkennen daß die Glieder nur mit dem Reiche stehen könnten, daß die Verletzung des Reiches ihr Untergang sei. Da aber aller-

dings eine Wechselwirkung zwischen dem Zustande der Verfassung und des Regimentes einerseits und andrerseits der Art und dem Verhalten der Nation bestand, und da Niemand daran denken konnte, durch irgend einen äußerlichen Act und Augenblicks die freilich meistnöthige innerliche Umwandlung zu bewirken, so hat es seine Wahrheit, wenn gesagt wird: „Am dringendsten bedurfte man, daß die Verfassungszustände geregelt wurden und sodann mußte eine Gewalt da sein, stark genug um dem neuen Gesetze Gehorsam zu verschaffen.“ Jene Zustände wurden nun in der That geregelt. Auch kam eine Gewalt empor, welche stark genug gewesen wäre dem neuen Gesetze Gehorsam zu verschaffen, wenn die Nation nur irgend empfänglich für diesen ganzen Gesichtspunkt, nur irgend lenksam und politisch verständig gewesen, Karl IV. nur halbwegs unterstützt worden wäre. Wir können aus der Darstellung der „Geschichte der Preußischen Politik“ nur entnehmen, daß es nicht der Fall war.

Erst die letzten Erfahrungen hatten gezeigt, daß es mit den Mitteln der Reichsgewalt oder auch einer gewohnheitsmäßig übel wirthschafftenden, namentlich financielle Unabhängigkeit nicht gewährenden Hausmacht unmöglich war, zu einem festen Bestande zu kommen, für das Haupt des Reiches eine beherrschende Stellung zu gewinnen. Das war die Erstnöthige. Die Reichsgewalt, wie sie ihm übertragen wurde, gab dem Könige die Mittel dazu nicht. Er verschaffte sie sich bald in seinem Böhmen. Er machte es, ein wirkliches Regieren beginnend, zu einem „Staat,“ gab den ghibellinischen Gedanken beherrschender Stellung im Süden und Westen auf und suchte dafür mit Glück jenes sein Erbreich zu erweitern, in ihm eine neue Grundlage kaiserlicher Macht zu gewinnen. Das Reich deutscher Nation war nur Ein Moment in seinen Plänen. Er verstand dessen Wesen und Beruf anders als die großen Kaiser früherer

Zeit, als geschehen wäre, wenn er deutsch empfunden hätte. Auch des Reiches Bedürfnisse faßte er in's Auge. Aber als die Bedingung alles Gelingens sah er seine Haus- und Erbmacht an; selbst um des Reiches willen, konnte er sagen, müsse er sie steigern und mehren, sie in sich befestigen, damit sie ihrer Aufgabe gewachsen bleibe. „Der Adler", sagt er in einer Urkunde, „wird von Aufrührern und Habgierigen gerupft; des Gott geweihten Adlers Flug senkt sich tiefer und tiefer, statt sich schirmend über Alle zu erheben." Wie anders als durch die Kraft Böhmens sollte er sich wieder erheben! Karls Streben hatte den Erfolg, daß nach wenigen Jahren in ihm den Reichsmagnaten ein Kaiser gegenüberstand, weit mächtiger als sie, selbst wenn sie sich zusammenthun wollten, daß in den wüst hin und herschwankenden Territorialverhältnissen endlich ein fester und mächtiger Kern gewonnen war, der den Kleinen als Rückhalt dienen, die Großen als Schranke hemmen, sie ihrer Pflicht eingedenk zu sein zwingen konnte.

Sofern er dem Reiche sich widmete, benutzte er jedoch seine Überlegenheit nicht, nach dem Rechtstitel seiner Gewalt die territoriale Zerreißung desselben rückgängig zu machen, eben weil er nicht in dem Reich sondern in Böhmen seinen Staat sah. Er suchte und fand einen Weg mit dem Reich und den einmal gewordenen Landesherrlichkeiten ein Abkommen zu treffen, das ihr Bestehen neben einander zu ermöglichen schien. 1356 brachte er durch Vereinbarung mit den Reichsgliedern ein neues Reichsgrundgesetz zu Stande. Der Eingang der „goldnen Bulle" weist mit derbem Ausdruck auf den zu heilenden Schaden hin. „Ein jeglich Reich, so in ihm selbst uneins ist, wird zu Grunde gehen. Denn seine Fürsten sind worden der Räuber Gesellen, darum hat Gott unter sie gemischt den Geist des Schwindels, daß sie blind sind und Führer der Blinden.

Und mit blinden Gedanken begehn sie viel Missethat, die in der Theilung geschehen" u. s. f. Die goldene Bulle, der erste Versuch einer tief eingreifenden Reform, brachte zum ersten Male in den Wirrwarr der deutschen Zustände eine feste Norm, die Möglichkeit friedlicher Weiterbildung, freilich nicht einer solchen, die die Idee der Reichseinheit und des Reichsstaates zu ihrem Ausgangspunkte nahm, aber, so durfte man hoffen, zu derselben allmälig zurückführen werde. Ihre Grundlage bildete das Bedürfniß, Friede und Recht zu sichern. Immer den Anhalt zu Verwirrungen hatten die Königswahlen gegeben. Das gründlichste Heilmittel, die Erblichkeit der Krone, lag außer dem Bereich des sofort Erreichbaren. Die Wahlform, der Idee nach groß und würdig, schien nur der rechten und festen Ordnung zu bedürfen, um sich dauernd zu bewähren. Die goldne Bulle ordnete das Wahlverfahren, doch so, daß sie der Krone Böhmen deren herkömmliche der Reichsgewalt so gut wie entzogene Stellung sicherte und eine ähnliche sämmtlichen Kurfürsten gab, die nun außerdem mit dem Kaiser einen höchsten Reichsrath bilden, wesentlich das Reich sein und es leiten sollten, mehr Mitregenten des Kaisers als Unterthanen des Reiches wurden, das sich zu einer Oligarchie der sieben Wähler vereinfachte, deren einer, der beiweitem mächtigste, das erwählte Haupt war. In ähnlicher Weise wurde dem Adel, den Städten, den Dienstmannen ihre Stellung fester normirt, wurden Bestimmungen gegen die Mißbräuche getroffen, durch welche sie am meisten Gewinn gezogen, ihre Stellung gesteigert, aber auch Verwirrung angerichtet hatten.

Waren die Wirkungen die beabsichtigten, so blieben die Fürsten, Grafen, Herren zwar Landesherren, sanken aber dadurch um eine Stufe tiefer, daß sich einige aus ihrer Mitte höher hoben; ihre obrigkeitliche Gewalt erhielt eine

sichere Schranke an der Reichsgewalt. Mußte der leitende Gesichtspunkt sein, dem Reiche eine Form zu geben, welche dem weiteren Auseinanderfallen desselben, der Zerbröckelung in kleine und darum heftiger pulsirende Autonomien entgegenwirkte, so gab es kaum eine andere, gewiß keine sich leichter ergebende, dem Reiche einen festen Kern zu geben. Indem die Wahlfürsten eine neue bevorzugte Stellung erhielten, war es ihr eigenes Interesse, mit Kaiser und Reich zu halten, denn nur in dieser Verbindung hatten sie die Mitregierung über ein mächtiges Gebiet und eine dauernde europäische Bedeutung. Zugleich war ihre Macht und Stellung nicht der Art, sich dem Einfluß der von der Krone Böhmen getragenen Reichsgewalt zu entziehen. Die goldne Bulle unternahm es, großen Ideen Wirklichkeit zu geben, wenn sie auch nicht in ihnen die Form und die Kraft, sie zu verwirklichen, suchte und fand, wie man denn auch zweifeln kann, ob es ihrem staatsklugen Urheber nicht weniger um jenen Zweck als um die Anwendung der Mittel, die derselbe rechtfertigte, zu thun war. Sie leistete Großes, wenn sie dem wüsten, ja faustrechtlichen Gange der deutschen Entwickelung eine Regel und Ordnung zu geben verstand, worin das Zusammensein des Ganzen dauernd gesichert, das Lebenvolle in seinem gesunden Vorwärtsschreiten nicht gehemmt, das Verwildernde niedergehalten wurde. Sie schuf wenigstens eine starke Reichsgewalt, wenn es auch nur noch scheinbar das Reich war, das sie übte. Sie umfaßte es einheitlich, wenn auch die Kraft dieser Einheit nicht in der lebensvollen Einigung der Glieder unter dem kaiserlichen Haupt, sondern in der maßgebenden Übermacht eines Gliedes ruhte. Sie war — und das allein schon gab ihr die größte Bedeutung — dazu angethan, das feste Fundament einer Reichspartei und zugleich deren Programm zu sein; und derselben mußten sich auf Grund dieses Pro-

gramms Alle anschließen, welche durch die wachsende Übermacht ihrer Stände, durch die Gewaltlust stärkerer Nachbarn, durch ihre Ohnmacht, diesen zu wehren und trotz Jener Friede und Gesetz im eigenen Gebiet zu erhalten, veranlaßt waren, einen Stützpunkt zu suchen; jetzt bot die erneute Macht des Reiches ihnen den sichersten, den einzig legalen. Alle erhaltenden Kräfte, alle gefährdeten Stellungen im Reiche mußten sich um das neue Banner schaaren. Auch die Reichsgetreuen werden nicht verkannt haben, daß das kaiserliche System, welchem auch dieses neue Reichsgrundgesetz entfloß, nicht völlig das war, was dem Reiche Noth that. Aber gab es einen anderen möglichen Weg, einen neuen Anfang zu gewinnen, war nicht wenigstens für das nächste dringendste Bedürfniß gesorgt, für feste Ordnung, Frieden und Gemach? Denn mißlang auch dies, durchrissen die wilden Gewalten, deren man Herr zu werden begonnen, von Neuem die Deiche und Dämme, so war die Zukunft entsetzlich. —

Diese Ausführung liest sich nun zwar recht schön, allein sie scheint uns doch in einigem Maß auf Phantasie und nicht ganz auf nüchterner, lediglich an das, was die Thatsachen ergeben, sich haltender Reflexion zu beruhen.

Karl gab den ghibellinischen Gedanken beherrschender Stellung im Süden und Westen auf, das Reich deutscher Nation war nur Ein Moment in seinen Plänen, in seinem Erbreiche sah er seinen Staat, die monarchische Form trat zurück, verwandelte sich in eine oligarchische, die Idee des Reichsstaates und der Reichseinheit wurde verlassen in seinem System und Grundgesetz u. s. f., und doch soll letzteres dazu angethan gewesen sein, das feste Fundament einer Reichspartei und zugleich deren Programm zu bilden. Heißt das aber nicht: die Reichspartei war nicht mehr, es konnte und sollte nun erst wieder eine solche entstehen und

die die Richtung, das Programm der alten Reichspartei wenigstens zunächst aufgab? Es war kein anderer Weg möglich, und man konnte auf diesem Umwege zum richtigen Ziele zurücklenken! Aber diese Hoffnung war nicht groß, denn eben darin, daß man letzteres nicht im Auge hatte, daß man eine an sich starke königliche Gewalt nicht errichten, nicht leiden wollte, und daß derer zu wenige waren, die auf das Entgegengesetzte dachten und von welchen allein erwartet werden konnte, daß sie die goldene Bulle im Sinne eines Programmes für eine Reichspartei annehmen würden: darin lag doch wol der Grund, wenn kein anderer Weg möglich war.

Wir glauben allerdings auch, daß es hiermit sich so verhielt. Karl war nicht in Reichsliebe und Treue zum Könige erhoben. Als es geschah, mußte man wissen, daß er mehr welfisch, landesfürstlich, böhmisch, als ghibellinisch, kaiser- und reichstreu und deutsch gesinnt war, und hätte man es nicht gewußt, so nöthigte man ihn, es zu werden, wenn er es noch nicht war, indem man die Regierungsgewalt zu seinen Handen nicht reichlicher ausstattete, ja wenigstens mittelbar ihre Unmacht noch vergrößerte, so daß man nur erwarten konnte, entweder daß er, ein ohnmächtiges Oberhaupt, es bei der Reichsanarchie belassen, oder, um zu dem Königstitel die Macht zu gewinnen, diese auf dem einzigen Wege, den man ihm offen ließ, suchen und die Reichsreform, wenn er eine solche unternahm, nach den ihm nächstliegenden und eigensten Gesichtspunkten, Tendenzen und Interessen einleiten werde. Die Fürsten, Herren, Städte wollten das Königthum durch Beschränkung ihrer Eigenmacht nicht stärken, sie wollten keinen König wie Heinrich VII., sondern einen König wie diesen Karl haben, bei dem das Reich deutscher Nation in der zweiten Linie stand und der sich in erster bemühete, eine starke Hausmacht zu

gewinnen, um seine Stellung als deutscher König behaupten, um in Deutschland regieren zu können. Und da sie es nicht anders haben wollen, so durften sie sich hinterher nicht sonderlich beklagen, wenn die nahe liegenden, zum Theil wenigstens gar nicht einmal zu vermeidenden schlimmen Folgen, denen das Reich sogar nicht unter dem edeln hochgerühmten zweiten Friedrich entgangen war, eintraten. Als es geschah, klagten sie dennoch als über höchst Unerwartetes, Ungehöriges und Unbilliges, nahmen neue Vorwände daraus her, die eigene Macht noch immer mehr zu vergrößern, die territoriale Zerreißung fortzusetzen, Kaiser und Reich hülflos zu lassen, und kamen darauf nicht, das Oberhaupt als solches mit hinlänglichen Mitteln auszustatten und so die Unvermeidlichkeit seines Verfallens auf undeutsche dynastische Politik zu beendigen. In jene Klagen stimmt die „Geschichte der Preußischen Politik“ ein und findet das Verhalten der Reichsstände — namentlich bei dem nürnbergischen Burggrafen, der den Grund zum preußischen Staate legte — ganz in der Ordnung, jedoch da und nur da, wo österreichische Kaiser sich als eigene Herren und ihre eigenen Lande möglichst zu heben, ihre Stellung im Reiche dazu zu benutzen trachteten und das letztere und dessen Interessen zurückstellten. Bei Brandenburg-Preußen findet sie dagegen wie noch bei Karl IV. diese Richtung natürlich, ja nothwendig, untadelich, löblich.

Bei Preußen, und nur bei Preußen soll freilich die Tendenz gewaltet haben, im antighibellinischen territorialen Streben die Kraft zu gewinnen, dereinst auf den ghibellinischen Gedanken zurückzukommen, in erstarkter Haus- und Sonderstaatsmacht das Fundament zur Wiederaufrichtung des Reichsstaats, einen Kern und Mittelpunkt zur Wiedervereinigung der Glieder des in territorialer Zerreißung verfallenen Reiches in einer neuen Einheit zu gewinnen. Mag diese

Tendenz aber Fiction oder mag sie wirklich vorhanden gewesen sein: thatsächlich ist nicht einmal eine Initiative, ein Vorschritt zu diesem Ziele wie des böhmischen Karls goldene Bulle von Preußen ausgegangen, thatsächlich ist das Ziel jener Tendenz nicht erreicht, ist das Reich über allem territorialen Streben mehr und mehr gesunken und schließlich untergegangen, statt wieder aufgerichtet zu werden. Ebenso ist es nach aller geschichtlichen Erfahrung, auch in dem Falle Karls IV. wie vor und nach ihm, ein unglücklicher politischer Gedanke oder vielmehr ein ganz verkehrtes politisches Verfahren gewesen, den König auf Hausmacht oder deren Erstrebung anzuweisen, und wenn man, als Karl IV. in seiner Weise darauf einging, sein Grundgesetz als Fundament und Programm einer Reichspartei nahm und Hoffnungen der Rückwendung zum ghibellinischen Gedanken darauf gründete, so hat sich das gleichfalls als Fehlgedanke und Hirngespinnst erwiesen.

Bei der Wahl des neuen Königs war daran gar nicht gedacht, daß er durch Errichtung einer starken Hausmacht die Mittel zu einer beherrschenden Stellung sich verschaffen und das Reich nach seinem Systeme in eine neue Ordnung bringen wolle oder solle. Sein Erfolg beim Ersteren und sein System kam den Reichsgliedern über den Kopf, indem ihre Behandlung des Königthums dahin leitete und er die Gelegenheiten hatte, der Spur zu folgen und der Mann war ihr nachzugehen. Man erhielt in ihm ein über Erwarten und eigenes Verdienst und Würdigkeit geeignetes und tüchtiges Oberhaupt. Eben daran war nicht gedacht, daß er eine verhältnißmäßig so treffliche Neuordnung anbahnen werde, eine Neuordnung, wodurch dem Reiche in der That hätte geholfen werden können, wenn die dargebotene Hülfe gehörig benutzt worden wäre. Sah er in Böhmen seinen Staat, wie Friedrich II. den seinigen in Sicilien, so war Böhmen doch ein Reichsland; doch nicht von einem frem-

den Lande wie Italien sollte Deutschland das Nebenland werden, und zu verhindern, daß es dieß werde, erhielten die deutschen Stände durch die goldene Bulle die ausreichenden Mittel, wenn sie sich nur irgend gewillt und fähig zeigten zur Ausfüllung der Stellungen und zu der Mitregierung, wozu jene sie berief. Allein nach ihrem bisherigen Verhalten und nach allen deutschen Zuständen wie sie waren mußte man besorgen, daß sie weder guten Willen noch Tüchtigkeit erweisen würden, daß das dem landesfürstlichen Streben entsprungene Grundgesetz nach seinem Principe wirken, daß man die in ihm liegende Sanction jenes Strebens, den Gewinn, welchen es dem Territorialism und der Selbstherrlichkeit brachte, ähnlich wie unter Heinrich VII. bestens acceptiren und die Anfänge zur Wiederherstellung einer starken Reichsgewalt und festen Ordnung, welche es gleichfalls brachte, liegen lassen oder wieder zu vereiteln trachten und daß dem entgegen die Zahl und Kraft derer viel zu gering sich zeigen werde, die das Maß feinen politischen Verstandes und tapferen patriotischen Sinnes besitzen mochten, das dazu gehörte, um jenes Reichsparteiprogramm in der goldenen Bulle zu erblicken und den Gedanken seiner Anwendung im Sinne solchen Programms mit Erfolg durchzuführen.

Daß man dies und nichts Besseres erwarten durfte, wird noch gewisser und deutlicher, wenn es seine Richtigkeit damit hat, daß eine Reform so dringend nothwendig und so starke Veranlassungen zum Anschließen an die neugeordnete Reichsgewalt vorhanden waren, und wenn die Reform dennoch so schlecht gelang und dieß Anschließen so wenig erfolgte, wie der Verlauf beweist.

Man genehmigte im Wesentlichen die Vorschläge des Königs, als er nach seinen Gesichtspunkten und Interessen die Regelung der Verfassungsverhältnisse einleitete. Man

empfand die Nothwendigkeit einer festeren Ordnung; er wollte; man konnte sich seinem überlegenen Willen nicht entziehen. Man berieth sehr umständlich in engerem Rath, in zahlreich besuchten Reichsversammlungen. Man liest, der „Rath aller Weisen" sei gehört worden. Die Geschichtsbücher, mit Einschluß des Droysen'schen, wissen davon nichts, daß etwa Gegenvorschläge, basirend auf den Anschauungen von der Reichseinheit und vom Reichsstaat, worin noch Manche mit Heinrich VII. gelebt, vertheidigt wären. Man war also entweder mit dem neuen Grundgesetz einverstanden oder hielt ein erwünschteres und bessres, einen anderen Weg als den welcher eingeschlagen wurde, obgleich man ihn nicht billigte, für unmöglich. Mag das Eine oder Andre der Fall gewesen sein, der Erfolg war nur gering, zum Theil ein schlechter oder zweideutiger.

Die „Geschichte der Preußischen Politik" berichtet nun selbst, wie sofort starke Oppositionen gegen das neue selbstbewilligte gemeinsame Gesetz entstanden. Nicht blos der Papst versuchte Widerstand. Die nichtbevorzugten Fürsten geriethen in Bewegung, zum Theil in heftige Bewegung. Es war um so schwieriger sie an die neue Stellung zu gewöhnen, da sie derselben als Herren in geschlossnen Gebieten entwöhnt waren und von dem provinziellen Selbstgefühl ihrer Unterthanen getragen wurden. Der rauf- und raublustige niedere Adel murrte, wo er im Zaum gehalten wurde; wo er das Heft in Händen hatte, trieb er sein Wesen fort. Seine Stimmung war um so gefährlicher, da die Inhaber der geistlichen Fürstenthümer, Kapitel und Prälaturen meisthin aus ihm hervorgingen. Eben so unzufrieden waren aber auch die Städte. Das neue Reichsgrundgesetz trat ihrem in der Blüthe stehenden Streben, ihre Gebiete, Rechte, Ansprüche auf Kosten des Reiches und der umwohnenden Land- und Landesherren auszudehnen, ihrem

Mißbrauch des Bündnißrechtes entgegen, dessen Beaufsichtigung und Regelung sie sich nicht gefallen lassen wollten. Sie nicht minder waren gewohnt, alles Andre ihrem Interesse oder Belieben nachzusetzen und dafür das ganze Gewicht ihrer Macht und Solidarität in die Wagschale zu werfen. Noch viel mehr geschlossne Gebiete als irgend die fürstlichen Territorien, Politien, wirkliche Staaten mit allen Mitteln und Prätensionen des Selbstgenugseins hemmten und störten sie stärker als selbst die fürstliche Aristokratie das, was auf Grund der Reichsverfassung erreicht werden konnte: daß das Reich wieder ein Staat werde. Vor allen die freien, die nur kaiserlichen Städte hätten sich eng an den Kaiser und dessen Bestreben für Frieden, Ordnung und Recht anschließen müssen. War es ihnen in Ludwigs Zeiten Ernst gewesen mit dem was sie gesagt, daß sie nur mit dem Reiche stehen könnten, so dachten sie doch jetzt nicht mehr daran. Gerade in ihnen wuchs der Trotz und die Neuerungssucht mit ihrem Wohlstande, gerade sie waren am sprödesten gegen die großen und allgemeinen Interessen. Nicht in einem fürstlichen Gebiet sondern in einer Reichsstadt, wo der Kaiser Reichstag hielt, geschah es, daß wüthender Aufstand ihn selbst persönlich gefährdete, so daß er durch heimliche Flucht sich retten mußte, und nicht von den Städten, sondern nur von einzelnen Fürsten, wie den nürnberger Burggrafen, kann die „Geschichte der Preußischen Politik" so etwas rühmen, wie daß ihre reichsfürstliche Freiheit und Ehre darin bestanden habe, dem Kaiser zu Dienst und dem Reich zu Frommen zu sein, daß ihnen das Reich ihr Staat gewesen. Und der Ausgang? Karl vermochte das neue Gesetz, trotz dem, daß er allein mächtiger war als alle Fürsten zusammen, nicht aufrecht zu erhalten. Der kluge Kaiser hatte sein Lebelang gesonnen und gesponnen; wo es seine Erbmacht galt mit uner-

schöpflichem Glück. Im Reiche hatte er nur mühsam die sich stets erneuenden Widersetzlichkeiten, Unruhen und Unordnungen zu bewältigen vermocht, und als das Ende des körperlich leidenden herannahte, nahm der Zustand die Wendung zum Wiederausbruch allgemeiner Anarchie, die um so gefährlicher drohte, wenn ein neuer König gewählt werden mußte. Das bewog wiederum Karl, bei seiner Lebzeit die Wahl des Nachfolgers einzuleiten und in Ungeduld über Hindernisse, die ihm in den Weg gelegt wurden, im Eifer für den Erfolg, den päpstlichen Ansprüchen, den rebellirenden Städten weichend, sein Grundgesetz selbst zu durchreißen, damit nur die Wahl des minderjährigen Wenzel durchgesetzt werde.

Die Thatsachen beweisen, nicht durch die Verhältnisse und die in ihnen liegenden Schwierigkeiten, sondern durch die Denk- und Handlungsweise aller Klassen, die „Blindheit" und den „Geist des Schwindels" bei den Kleinen wie Großen, den populären wie aristokratischen Gewalten, war es unmöglich gewesen, einen anderen und besseren Weg einzuschlagen, und geschah es, daß man auch auf dem eingeschlagenen nicht zum Ziele kam. Man fühlte das Bedürfniß einer bessern Reichsordnung und Regierung, allein zur Herstellung einer zulänglichen und befriedigenden war der Einsicht, des Geschickes, des guten Willens zu wenig. Man brachte es nur zu einer Reform, mit welcher man nicht zufrieden war, bequemte sich ein neues Grundgesetz anzunehmen, weil kein beßres erreichbar war, ließ es dann aber doch nicht zur Wirksamkeit und Befestigung gelangen; und weit entfernt, daß auf seinem Fundament und nach seinem Programm die Neubildung einer Reichspartei erfolgt wäre, die sich nirgend erblicken läßt; weit entfernt, daß man es als Grundlage und Ausgangspunkt für ein überlegtes geduldiges Streben nach einem bessern, nach

Entwickelung der in ihm liegenden Keime erwünschterer Bildungen angenommen hätte: man opponirte und trotzte ihm allgemein wegen seiner Unbequemlichkeit, auf Grund seiner Mängel oder gerade wegen seines guten Inhalts, verschmähte, mißachtete, verdarb es wieder — Alles um nach langjähriger Arbeit und Mühe wieder anzulangen bei den anarchischen Zuständen und deren Nöthen und Gefahren, denen man zu entgehen das neue Gesetz errichtet. Denn während man sich in Klagen über das Reich und den König und die Folgen der Unordnungen erschöpfte und Gesetzeskraft und Schutz forderte, wollte doch Jeder nach seinem Belieben thun und Gehorsam nur leisten wenn es ihm eben genehm war. Deshalb war ein Königthum und Regiment im Sinne des siebenten Heinrich oder eine Reichserneuerung nach dem ghibellinischen Gedanken nicht möglich, möglich nur eine Regelung der Verfassungszustände gewesen, wie Karl IV. sie vorgeschlagen und gemeinsam mit den Reichsvertretern zu Stande gebracht hatte. Eine andre und bessre hatten sie nicht gewollt, nicht gewußt. Den König hatten sie sich selbst gewählt, ein mehr Geeigneter tritt unter ihnen nicht hervor, dadurch daß er sich eine starke Hausmacht zu verschaffen suchte und zu verschaffen verstand, wurde Königthum, Frieden, Ordnung noch am meisten aufrecht erhalten in seiner Zeit. Allein er war ihnen doch nicht recht und das neue Grundgesetz war ihnen auch nicht recht. Als es weiter auf eine Gewalt ankam, stark genug um demselben Gehorsam zu verschaffen, fanden sie in allgemeiner Widersetzlichkeit Kräfte genug, auch die so beträchtliche Macht des Oberhaupts dermaßen zu neutralisiren, daß der beste Theil seiner Verfassungsreform vereitelt wurde.

VI.

Wenzel. Der Landfriede von Eger. Die Intrigue zur Wahl eines Gegenkönigs. Ruprecht von der Pfalz.

Soll die Verfassung den vorhandenen Kräften und Mächten gerecht werden und der Ausdruck der wirklichen Verhältnisse sein, so war Karls IV. und der Reichsstände neues Grundgesetz, weil es der Forderung nicht genügte, doch nicht das richtig gegriffne und zukunftreiche, das Dokument gesetzgeberischer Weisheit, als das es in der „Geschichte der Preußischen Politik" gerühmt werden will, und man wird nur sagen können: unmöglich war Herstellung des Reichs und Kaiserthums im alten Sinne, möglich nur noch eine Form, worin das Regiment zwischen dem Kaiser und den Ständen je nach deren Bedeutung getheilt wurde; dahin zielte die goldene Bulle, ohne freilich in der Ausführung des Gedankens das Richtige zu treffen. Der Beweis liegt darin, daß in ihr die wirkliche Fähigkeit, Macht, Bedeutung, namentlich der Städte, dann auch der Fürsten nicht gehörig gewürdigt, die der Kurfürsten zu hoch angeschlagen war, was aus der Darstellung der „Geschichte der Preußischen Politik" selbst sich ergiebt. Die goldene Bulle hatte eigentlich nur den Fürsten, zumal den Kurfürsten, eine maßgebende Rolle zugetheilt. Als sie berathen und be-

schlossen ward, unterschätzte man das Gewicht der Städte, gab ihnen die entsprechende Stellung nicht, und bei ihnen, als trotz ihrer Bemühungen um Durchsetzung ihrer Ansprüche die neue Verfassung sie nicht befriedigte, war der Uebermuth ihrer Macht größer als die Gemeinsinnigkeit, die Klugheit und Geduld, dieselbe zu respectiren und den Nutzen der darin für das Reich, den Vortheil der darin für sie selbst lag zu erkennen und im geordneten Wege wahrzunehmen. Unter den Zerrüttungen, welche das päpstliche Schisma hervorrief, trachteten sie, wenn nicht die Verfassung, so doch trotz derselben den öffentlichen Zustand des Reiches nach ihrem Interesse zu ändern und in ihre Obhut zu nehmen. Die Reichsgewalt, die Reichspartei — sofern es eine solche gab — ward dadurch gelähmt, daß die habsburgische Politik die Wirren benutzte große Pläne zu spinnen. Wenzel näherte sich den Städten und sie versprachen ihm Gehorsam und Treue, und ihren Beistand, „wenn wider ihn sich jemand für einen römischen König aufwerfen und ihn vom Reich dringen wolle.“ Hielten sie dann zu ihm, so geschah es doch nicht um seinet- und des Reichs Willen und nur wenn es ihren Gesichtspunkten entsprach. Sie schlossen ein Bündniß auf eine neue Königswahl. Im Landfrieden von Eger (1389) kamen die faustrechtlichen Reformversuche zu einem gewissen Abschluß, welche sie entgegen der goldnen Bulle unternahmen, bei deren Fassung es nicht blieb, wenn auch die Städte ihre Ansprüche nicht durchsetzten. Diese gewannen einen größeren Antheil bei den wichtigsten inneren Angelegenheiten des Reichs, die Reichsgewalt büßte abermals ein; es kam zu Anfängen föderativer Gestaltungen, die sich mit Leichtigkeit zu Grundlagen aller anderen Reichsverhältnisse entwickeln ließen, doch nur unter der Bedingung, daß die Erkenntniß wuchs — oder kam — die Glieder, die die Selbstregierung gewonnen, müßten um so

strenger am Rechte und Reiche festhalten; je beschränkter die Reichsgewalt geworden, desto stärker müsse sie durch die gesetzliche Ordnung werden; die Reichsgewalt müsse um so sorgfältiger darüber wachen, daß die neue Ordnung auch inne gehalten werde. Mehr als je zuvor war dem guten Willen und der reichspatriotischen Einsicht das Wohl und Wehe der Nation vertraut. Wenn es hieran fehlte, so riß unwiderstehlich ein Zustand ein, heilloser als irgend ein früherer, und das Reich deutscher Nation ging in der Empörung der Glieder gegen das Haupt — und das Gesetz — zu Grunde.

So die „Geschichte der Preußischen Politik." Aber diese Empörung war schon vorhanden. In ihr und nicht in solchem Vertrauen und Calcul kam es zu den Bestimmungen des Landfriedens von Eger. Das Reich wäre nicht in den Zustand gerathen, der unter Karl IV. ein neues Reichsgrundgesetz nöthig machte, dieses wäre ein zufriedenstellenderes geworden, man hätte es respectirt, wirksam zu machen und fortzubilden gesucht, die wilden Bewegungen wären nicht entstanden, die in jenem Landfrieden ein vorläufiges Ende fanden, hätte nicht auch das billigste Maß guten Willens und reichspatriotischer Einsicht, hätte nicht eine nur irgend verständige, zahlreiche und kräftige Reichspartei eben gefehlt. Wo waren die Aussichten des Wachsens und Zunehmens dieses Willens, dieser Einsicht, solcher Partei? Selbst das beweist ihre Schwäche, daß die Bestimmungen von Eger beliebt wurden, ohne daß man auf jenes Zunehmen rechnen konnte, ohne daß man — mit Ausnahme Einzelner zum höchsten — darauf gerechnet hätte, ohne daß erkannt wurde worauf nun Alles ankam. Die Wahrheit wird doch wohl sein, daß nach wie vor die Nothwendigkeit und der unmeßbare Werth einer starken Reichsgewalt, und daß jetzt

eben so wenig die Nothwendigkeit jenes, wenn letztere mangelte unentbehrlichen Ersatzes eingesehen wurde.

Es war bei dem Grundfehler der zu großen Schwäche der Krone ein zweiter damit zusammenhängender schon in der großen und würdigen Anlage der deutschen Verfassung, und er zeigt sich wieder und wieder in jeder Phase ihrer Entwickelung oder Abänderung, bei allen auch wohlgemeinten Reformversuchen, daß zu viel auf den guten Willen und die patriotische Einsicht gerechnet ward, wie das auch noch 1848 geschehen ist, wo man Verfassungsprojecte machte, wonach die schrankenloseste Freiheit und die beschränkteste Obergewalt sein sollte, und wo sich doch sogleich ergab, daß die Selbstbeschränkung fehlte, die jene allein möglich macht; und daß, um die heutzutage weniger gewohnte und leidliche Anarchie abzuwenden, starke Gewalt eintreten mußte, selbst mißbraucht und an sich unwillkommen als Wohlthat und Nothwendigkeit erschien, sobald sich wieder geltend machen konnte. Die stete Wiederkehr und die Nichterkenntniß dieses Fehlers scheint auf einen Mangel in unsrer Anlage zum politischen Denken, Handeln, Bilden zurückzuweisen.

Man kam jetzt zu Anfängen föderativer Gestaltungen, aber faustrechtlich, ohne Plan, gedankenlos und erst viel später, als man auf diesem Wege noch viel weiter getrieben war, kam der Gedanke, sie zu Grundlagen aller Reichsverhältnisse zu entwickeln. Es ist gewiß richtig, die Politik jener Zeit macht fast in jedem ihrer Vorgänge den Eindruck, als wenn die Geister nicht mehr oder noch nicht die Zucht und die Kraft haben, einen höheren Gedanken festzuhalten, großen Interessen zu leben. Immer die nächsten Anlässe, die kleinen Sondervortheile, die Ausbrüche ungezähmter Leidenschaft sind es, wodurch sich die Entschließungen bestimmen, und wo irgend ein Allgemeines, ein großer

Zweck, eine geschichtliche Nothwendigkeit an die Menschen tritt, umrankt und überwuchert sie sich ihnen bis zur Unkenntlichkeit. Darüber war Kirche und Staat entartet, und wieder ihre Entartung nährte die Verwirrung und Verwilderung. Wohl regte sich das Gefühl dafür, daß man in elenden Zuständen sei, allein dies Bewußtsein, das Verlangen gründlicher Besserung und alle Bemühungen darum genügten nicht, um zu besseren Zuständen zu gelangen; man darf nur nicht vergessen, weßhalb — weil man den Weg deutlich und allgemein genug weder erkannte noch gehen mochte. Man brauchte wahrhafte Staatsmänner, um in dem Chaos von streitenden Interessen, zügellosen Leidenschaften, gewaltsamen und freveltrotzigen Characteren die gemeinsamen Aufgaben festzuhalten und unverrückt zu verfolgen. Fanden sich deren, so waren sie nach dem prägnanten Ausdruck der „Geschichte der Preußischen Politik“ wie Nüchterne unter Trunkenen — wir wissen nur nicht, ob die trunken Gebahrenden jener Zeit die unter ihnen nüchtern Bleibenden eben weil sie es blieben heftig anfeindeten und als mit einer der schlimmsten Bezeichnungen nüchtern s c h a l t e n, wie es bei unserm Reformversuche 1848 geschah. Man brauchte geordnete Verfassungsverhältnisse, und wenn es dazu kam, daß diese geordnet wurden, so fand man sich nicht darin, lehnte sich dagegen auf, verwirrte sie wieder, ließ sie nicht zu Wirksamkeit und Bestand gelangen. Man brauchte ein verständiges und kräftiges Oberhaupt und hatte Wenzel.

Auch Karl IV. hatte nicht zu bewirken vermocht, daß die beabsichtigte oligarchische Mitregierung der Kurfürsten zu rechter Wirksamkeit gekommen wäre. Die mächtigeren Fürsten hörten nicht auf, trotz des neuen Grundgesetzes ihren eigenen selbstherrlichen Weg zu gehen. In ihren Kreisen begann die Anschauung von dem Wesen des Reiches sich

auszubilden, die in der Doctrin von den sechzehn Fürstenthümern, welche älter seien als die Übertragung des Kaiserthums auf die deutsche Nation und auf denen das Reich gesetzt und gewidmet sei, ihren Ausdruck fand: die Vorläuferin der chemnitzischen des 17. Jahrhunderts. Nachdem es die populären Gewalten versucht, entgegen dem Grundgesetz das Wesen des Reiches nach ihrem Sinn und Bedürfniß zu reformiren, kam eine Reaction gegen jenes von Seite der Fürsten: die Intrigue zur Wahl eines Gegenkönigs (1396). Sagt der Geschichtschreiber der preußischen Politik mit Recht: es war diese Reaction durch den elenden Zustand des kaiserlichen Regiments gerechtfertigt, ja herausgefordert, wenn sie auch in ihren Consequenzen die Zerreißung aller noch staatsrechtlichen Bildungen im Reich, ja des Reiches selbst bewirken mußte? Wir glauben mit besserem Rechte sagen zu dürfen: entweder wurde diese obschon erkennbare Gefahr nicht gesehen oder dies war der Fall und man setzte das Reich auf das Spiel, um dessen schlechtes Regiment los zu werden; es hätte hierzu wohl andere Wege gegeben, die man aber nicht fand oder gehen mochte; die Mißregierung Wenzels war so gewiß nicht die alleinige Ursache des elenden Zustandes im Reiche, als das Oberhaupt in diesem wenig zu regieren hatte, als der größte Theil der Verwaltung in den Händen der Territorial- und Lokalobrigkeiten lag; sie war Mitschuld der Reichsstände, schon dadurch, daß letztere das Gesetz mißachteten und dem Kaiser nicht gaben, was des Kaisers war; man hatte auch Könige gehabt, die „Reactionen“ der Unbotmäßigkeit oder der Selbstwilligkeit und Empörung durch ihr Regiment nicht herausgefordert, nicht gerechtfertigt, und dann hatten sich statt der Gründe Vorwände gefunden; es hat sehr oft, ja fast immer an wirklichen starken im elenden Zustande der Verfassung und Regierung Deutschlands liegenden Gründen

des Mißmuths, der Eigenmacht, des Sonderstrebens, der Widersetzlichkeit nicht gefehlt, stets aber war jener elende Zustand im Ursprunge und der Fortdauer durch die letztgenannten Sünden wenigstens mitverursacht; kann es einen zureichenden Grund geben, durch eine Auflehnung die Gesammtheit und den Gesammtverband in die Gefahr des Untergangs zu bringen, so giebt es doch einen solchen nicht zu einer mit dieser Gefahr verbundenen Auflehnung, wenn deren Motiv und Ziel nicht ehrlich und lauter gewollte Herbeiführung eines bessern ist und wenn man nicht sichere Wege zu diesem weiß und geht; wo nicht, so mag die Auflehnung veranlaßt, herausgefordert oder auch entschuldigt sein, aber gerechtfertigt ist sie nicht, sondern Beweis mangelnder Einsicht vom Werthe des Gesammtverbandes und guten Willens gegen die Gesammtheit und dadurch gerichtet.

Im vorliegenden Falle war es so. Es kam die Consequenz der Zerreißung des Reiches, die vorauszusehen war, statt der Besserung, die nur von schwach Urtheilenden gehofft, von den Allermeisten mit Verstand, Uneigennützigkeit und Ernst sogar nicht einmal erstrebt wurde.

Vom Osten her, wird in der „Geschichte der Preußischen Politik“ bemerkt, bezüglich eingeräumt, schwoll dreifache Gefahr gegen das in sich gelockerte Reich heran, dort zunächst das deutsche Element bedrohend. So wenig Gemeingefühl und Voraussicht war in der Nation, daß das die neuen Reichsunruhestifter und Friedensbrecher in Franken, Baiern, Schwaben, Rheinland — im „Reich“ — wo die Intrigue ihren Sitz hatte und von wo aus man seine besondern Gedanken der Abhülfe dem Ganzen aufzudringen suchte, nicht kümmerte. Ihr Ergebniß war die Gegenwahl Ruprechts von der Pfalz, in dessen Tagen die ganze Unseligkeit deutschen Staatswesens zur Anschauung kam

und nach allen Richtungen wuchs. Das Verhängniß unsrer Geschichte hat nie sichrer getroffen als bei dieser Gegenwahl, die für ein Jahrzehend aller innern Zersetzung im Reich freies Spiel gab, alle äußeren Beziehungen desselben lähmte, ja der halben Papstgewalt dem Reiche gegenüber das große Wort zu führen möglich machte. Verderblicher als Alles war, daß die Bedeutung der Reichsobrigkeit — des einzig möglichen Fundaments einer nationalen, einer Reichspartei in Deutschland — mehr als je zuvor verleugnet, vergessen, zum Gespött gemacht, daß damit die einzige Losung verloren wurde, in der sich die Nation in allen ihren Theilen, das Reich in allen seinen Gliedern, alle Stände und Parteien hätten zusammen finden können, wenn eine große Gefahr äußerste Anstrengungen forderte und Gelegenheit kam, in nationaler Erhebung das gesunkene Königthum wieder aufzurichten, wie es um diese Zeit in Frankreich geschah, wo die Zustände nicht minder elend waren, nur daß die Parteien nicht in der Schwächung und Plünderung der königlichen Gewalt wetteiferten. Zu Ruprechts Wahl vereinigte sich mit den Anarchisten wenigstens ein Theil der wenigen Reichstreuen, nach deren Erwartung und Tendenz er sich alle Mühe gab, der Reichsgewalt ihre Bedeutung nach Außen und Innen zu retten. Allein er war nicht stark genug, um es zu können und gerade stark genug, um, jeden ihrer Ansprüche festhaltend, jede Bethätigung oder Wirkung derselben einzubüßen. Es wird gesagt, darum sei jedoch der leitende Gedanke nicht falsch gewesen; wir sagen unsererseits: wohl aber die ganze Rechnung sowohl Ruprechts als der zu ihm stehenden Reichstreuen, daß der Gedanke, mit diesen so Wenigen und Schwachen im Verbündniß mit den Anarchisten anarchisch durchgesetzt werden könne. Freilich, wenn alle die, welche sich zu Ruprecht bekannten, nach der übernommenen Pflicht

gethan hätten! Doch nur die Anarchisten, wie sodann weiter berichtet wird, blieben wenigstens sich selbst treu, von den Reichstreuen in ihrem Bunde maßen namentlich die Reichsstädte ihre Treue nach den Erfolgen des Königs oder sprangen auch wieder zu Wenzel über. So wurde in den zehn Jahren Ruprechts die Autorität des Reichs, die staatsrechtliche Bedeutung des Königthums, das monarchische Princip im eigentlichen Sinne des Worts verbraucht, und schon damals hätte an die Stelle des Reichs die Formel des „völkerrechtlichen Vereins“ treten können, wäre nicht in fast allen Territorien die obrigkeitliche Gewalt eben so ohnmächtig, ihre Attribute und Machtmittel eben so zerpflückt, eben so in voller Blüthe die Unbotmäßigkeit gewesen, worin Niemand Recht und Gesetz achtete, Jeder that was er wollte und raubte wie er konnte, auch die Städte im Trüben fischend für den nächsten augenblicklichen Vortheil die großen Interessen hintansetzten, — ein grauenerregender und auf die Dauer unmöglicher Zustand, der alle Hoffnungen der Reichspartei täuschte.

Hat es mit diesen Aussagen seine Richtigkeit, dann erhellt um so mehr, wie Vieles von dem auf die letztere sich Beziehenden in der „Geschichte der Preußischen Politik“ gefabelt ist; dann sind wir im vollsten Recht, das Unternehmen der Gegenwahl ungerechtfertigt und höchst unklug zu nennen und vorzugsweise die sogenannten oder seinwollenden Reichstreuen wegen ihrer Betheiligung dabei in Anspruch zu nehmen. Sie hatten das lebhafteste Gefühl und die meiste Einsicht von dem, was Recht und Pflicht war, was sein sollte. Aber wie kurzsichtig und falsch rechnend, wie sehr ihre Kräfte und Mittel überschätzend, wie eingenommen von Illusionen, und dadurch irre geleitet und verlockt, wie zweideutig und selbst treulos zeigten sie sich in ihrem Verhalten, in ihrem Verbündniß mit den Anar-

chisten — echte Vorläufer derjenigen besonders gelehrten Politiker, welche sich 1848 die Reichspartei nannten, und deren Epigonen der Verfasser der „Geschichte der Preußischen Politik“ angehört. Wir sehen ihn in ihren Irrungen noch immer befangen, indem er beim Bericht dieser Dinge mit so sichtlicher Vorliebe von den angeblichen Reichstreuen auf Seiten Ruprechts und der Empörung spricht, deren Verkehrtheit, Ohnmacht und Unzulänglichkeit dokumentirt und doch ganz und gar nicht zu bemerken scheint.

VII.

Die Aufgabe der „Geschichte der Preussischen Politik". Die „Geschichte der Preussischen Politik" über den Anfang, das Wesen und den Beruf des preussischen Staats.

Es ist von Interesse, den Geschichtschreiber der preußischen Politik über seine Aufgabe, von noch größerem Interesse, ihn zu hören über den Anfang, das Wesen und den Beruf des preußischen Staats. Sag mir, wie Du über Preußens Beruf denkst, und ich will Dir sagen wer Du bist — als Politiker, ja selbst als Historiker. Zum wenigsten pflegt selbst bei letzterem die Fähigkeit oder die Absicht objectiver Darstellung oder Beides mehr oder minder zu schwinden, wo die Herrschaft gewisser Begriffe über den Beruf, oder die Aufgabe, die „Mission" Preußens bei ihm anfängt.

Eine Geschichte der preußischen Politik — also keine Geschichte Preußens oder des preußischen Staats, sondern etwas Andres und Absonderliches. Was soll es sein?

Seine Aufgabe erörternd sagt der Verfasser: Land und Volk sind der Stoff, aus dem sich der Staat auferbaut. Wie er dann sich erhaltend und umgestaltend, zu neuen Aufgaben neue Mittel gewinnend und neue Formen

bildend, mit veränderten Organen und Kräften auch in seinen Aufgaben wachsend weiter lebt, das ist die Geschichte seiner Politik. Seiner Politik; denn jeder Staat hat seine eigene; sie ist eben sein Leben.

Wie Viele werden das verstehen oder mehr daraus entnehmen können, als daß etwas Apartes beabsichtigt wird? Hat nicht die Geschichte eines jeden Staates sein Leben darzustellen, sein Leben? Ist Darstellung dieses seines Lebens nicht seine Geschichte? Verlieren sich die Gränzen der so gestellten Aufgabe nicht in's Unbestimmte, indem letztere umgränzt werden zu sollen scheint?

In weiterer Erörterung derselben wird gesagt: den preußischen Staat trägt keine natürliche Nothwendigkeit, weder des Gebietes, das er umfaßt, noch der Millionen, deren Mitleben in der Geschichte er vermittelt. Wie zufällig scheinen Land und Leute sich gerade so zusammen gefunden zu haben. Was diesen Staat gegründet hat, trägt und leitet, ist eine geschichtliche Nothwendigkeit. Zu seinem Wesen und Bestand gehört Beruf für das Ganze — welchen Beruf er erfüllt? — das wird nicht, sondern es wird gesagt: dessen — des Ganzen — er fort und fort weitere Theile sich angegliedert hat. In diesem Beruf hat er seine Rechtfertigung und seine Stärke. Er würde aufhören nothwendig zu sein, wenn er ihn vergessen könnte; wenn er ihn zeitweise vergaß, war er schwach, verfallend, mehr als einmal dem Untergange nahe. Der preußische Staat begann, als den Hohenzollern das Regiment der Marken übergeben ward: eine Verbindung, die weder durch Erbrechte des Hauses, noch nach Wahl des Landes, weder durch Eroberung und nach dem stolzen Rechte der Waffen, noch durch innere Umwälzung und krampfige Selbsthülfe herbeigeführt, sondern in Ausführung eines politischen Gedankens vollzogen ward. Mit dieser Gründung — es ist

das letzte Aufleuchten des ghibellinischen Gedankens — schließt unser deutsches Mittelalter.

Sollen uns Räthsel aufgegeben werden? Und wie sollen wir sie lösen? Liegt nicht Bedenkliches in diesen Aussagen — Bedenkliches für des Verfassers Logik und Schlußgebäude, seinen Ruhm der Unbefangenheit und deutlichen Wissens, was er will; Bedenkliches für den preußischen Staat, welchem das Buch doch sichtlich freundlichen Dienst erweisen soll?

War es denn so nöthig, daß dessen Bestehen — im alten Style zu reden — sonderbar gerechtfertigt wird? Und ist es nicht eine — im Sinne der heutigen Redeweise sonderbare Rechtfertigung, die sein Recht zum Bestehen auf Schrauben stellt?

Wird man nicht dem Staate, der zugleich auf natürlicher Nothwendigkeit, die dem preußischen abgesprochen wird, und geschichtlicher ruht, die größere Stärke und Berechtigung des Bestehens zuschreiben müssen?

Es soll aber mit dem preußischen sichtlich eine besondere Bewandniß haben. Doch welche?

Er ruht auf geschichtlicher Nothwendigkeit. Allein bei welchem großen historischen Staate ist das nicht der Fall?

Die Meinung scheint zu sein, er ruhe auf einer ganz aparten und um so stärkeren geschichtlichen Nothwendigkeit, indem die natürliche ihm fehle. Man muß es aus einigen Andeutungen schließen, welche die Meinung freilich nicht auch begründen.

Die Geschichte des preußischen Staates zeige eine Stätigkeit des Wachsens, eine Bestimmtheit der Richtungen, einen geschichtlichen Charakter, wie immer nur die lebenvollsten staatlichen Bildungen hätten.

Sollte das außer allem Zweifel sein? Und wenn es

unzweifelhaft wäre, so ist damit doch noch nicht einmal mehr gesagt, als daß der preußische Staat auf ebenso starker geschichtlicher Nothwendigkeit ruhe, wie andere lebenvolle oder vollste Staaten.

Der Entwickelungsgang des preußischen Staates war zum Theil „faustrechtlicher Art“; Preußen ist zum Theil größer geworden mit Nichtachtung des Rechtes oder der freien Selbstbestimmung der Andern, mit Übertretung des Gebotes der Gesammtheit, mit Durchbrechen der bestehenden Ordnungen, der gesetzlichen und geschichtlichen Entwickelung, das will sagen mit einem willkürlichen Handeln. Wir haben schon oft erdulden müssen, von einer geschichtlichen Nothwendigkeit zu hören, durch welche Preußen weiter und weiter in Deutschland „hineingewachsen“ sei, in dem Sinne, daß eben jene Willkür Nothwendigkeit genannt oder doch bei der Annahme dieser letztern unbeachtet gelassen und daß dann wieder aus der vermeintlichen Nothwendigkeit, womit Preußen sich in der Vergangenheit vergrößert, eine Aufgabe, ein Beruf Preußens hergeleitet wurde, auch hinfort — ohne Ausschluß der Gewaltsamkeit — sich zu vergrößern. Es kann sich vergrößern entweder auf rechtmäßige Weise, z. B. dadurch daß andere Staaten auf ihre Existenz zu seinen Gunsten freiwillig verzichten, woran jedoch nicht zu denken ist und in welchem Falle es auch der „geschichtlichen Nothwendigkeit“ nicht bedürfte. Oder es kann sich vergrößern auf unrechtmäßige Weise, durch Vergewaltigung oder Überlistung, und dann reicht die Behauptung einer solchen Nothwendigkeit zur Rechtfertigung nicht aus, beweist entweder gar nichts oder ist geeignet, das Recht aller Raubstaaten der Welt, das Eroberungsrecht jedes „stätig“ gewachsenen eroberungslustigen Staates — z. B. Rußlands gegen Preußen — zu erhärten. Die Theorie von der geschichtlichen Nothwendigkeit, worauf das Anwachsen des

preußischen Staates beruhe, wie sie häufig auf die Bahn gebracht und exponirt ist, characterisirt sich genau besehen als eine entweder unbrauchbare oder mißliche Erfindung zu dem Zwecke, ein Immerweitergreifen Preußens einzuleiten und das dabei etwa zu verübende Unrecht in Recht zu verkehren. Die preußische geschichtliche Nothwendigkeit scheint eben in diesem Sinne auch vom Geschichtschreiber der preußischen Politik genommen zu werden.

Im preußischen Staate, will er, habe oder suche die eine Seite unseres nationalen Lebens ihren Ausdruck, ihre Vertretung, ihr Maß.

Was beweist das, wenn es auch seine Richtigkeit damit hat? Jedenfalls daß die andre Seite unsers nationalen Lebens ihren Ausdruck, ihre Vertretung in ihm nicht hat — daß Preußen also Alles in Allem weder ist, noch zu werden geeignet ist.

In Österreich sucht eben so gewiß die andere Seite unsers nationalen Lebens ihren Ausdruck, ihre Vertretung, ihr Maß. Wie es nur immer bei Preußen der Fall sein mag, zeigt Österreich eine Stätigkeit des Wachsens, eine Bestimmtheit der Richtungen, einen geschichtlichen Character. Man muß sehr wenig geschichtlichen Blick haben, um nicht zu sehen, daß Land und Leute in Österreich wie zufällig sich gerade so zusammengefunden zu haben nur scheinen. Aus der eigenen Darstellung des Geschichtschreibers der preußischen Politik entnahmen wir bereits und werden wir noch mehr sich ergeben sehen, daß die Verbindung der den Kaiserstaat bildenden Länder mit geschichtlicher Nothwendigkeit in Ausführung eines politischen Gedankens erfolgt sei. Dennoch ist ohne Frage Österreich gemeint, wenn es bei ihm weiter heißt, andere Staaten, in welchen Fremdes und Feindseliges verbunden u. s. w., hätten nur die Aufgabe der Selbsterhaltung, nicht des Wachsens, und nicht des

Bestehens, sondern des Vergehens, sobald sie in dem Versuch, eine Staatsvolksthümlichkeit zu schaffen, die natürliche Kraft, die sie habe nähren sollen, erschöpft, womit die letzte Lebenskraft schwinde, wenn die Maschine auch noch weiter arbeite.

Im frankfurter Parlamente, just als sich Österreich wie nur je erhob, bewiesen diese gelehrten Politiker und Geschichtslehrer und Schreiber eben so zuversichtlich als umständlich, daß es sich nie wieder erheben könne und zu der Zeit verfallen und untergehen müsse. Hier wird zum wenigsten anerkannt, daß die Maschine noch weiter arbeite — noch!

Umfaßt aber nicht auch Preußen nur „Bruchtheile“ deutschen Volkes und Landes?

Die Frage wird aufgeworfen, und die Antwort darauf ist das vom Wesen und Berufe des preußischen Staates Gesagte.

Welcher deutsche Staat hat aber keinen Beruf für das Ganze? Namentlich vom alten deutschen Kaiserstaate, der auch fort und fort seine Herzwurzel in Deutschland hat, kann und wird doch gleichfalls gesagt werden müssen, daß jener Beruf zu seinem Wesen und Bestande gehöre, nur daß er etwas leichter ohne Deutschland bestehen kann, als der preußische; daß er stark war, wenn er seinen deutschen Beruf wahrnahm, und schwach war und dem Untergange nahe kam, wenn er ihn vergaß; und eben weil man auch in Österreich der Meinung war, wollte man sich 1848 und 1849 aus Deutschland nicht hinausweisen lassen, betrieb Österreich 1850 und 1851 in Dresden die Bundesreform, die Preußen vereitelte, indem es sich weitere Theile vom Ganzen „angliedern“ wollte, statt dem Berufe für letzteres zu leben; war Österreich in der orientalischen Krisis bemüht, Deutschland gegenüber der östlichen Macht zu einigen, die

Gesammtinteressen Deutschlands zu wahren, trat es insbesondere in Wahrung der südöstlichen Interessen Deutschlands voran, während Preußen — seine besondere neutrale Politik machte, wie in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bis 1806. Freilich wurde gesagt, es sei nur ein Schein und Vorgeben, daß Österreich die deutschen Interessen vertrete, mit Unrecht werde es vorantretend und führend genannt. Aber im Anfange der Krisis erwarteten und forderten dieselben Stimmen die Haltung, welche Österreich angenommen hat, von Preußen, damit dieses als der die deutschen Interessen vertretende, als der führende Staat erscheine.

Man müßte so parteiisch für Österreich sein, als es die „Geschichte der Preußischen Politik“ für Preußen ist, wenn man sagen wollte, Österreich hätte von je bis heute seinen Beruf für Gesammtdeutschland völlig erfüllt. Indeß stellt der Geschichtschreiber der preußischen Politik doch auch hier die Partie selbst wieder gleich, indem er wenigstens nicht unbemerkt läßt, daß auch Preußen jenen Beruf „zeitweise“ vergessen habe.

Der preußische Staat ist also auch durch Beruf für das Ganze kein absonderliches staatliches Gebilde, hat dadurch namentlich nicht etwa vor Österreich einen Schritt voraus.

Man muß demnach darauf kommen, daß der Geschichtschreiber der preußischen Politik mit seinem, und zwar so gewundenen künstlichen und sonst zwecklos erscheinenden Beweise des Berufes Preußens etwas Anderes als die Worte eigentlich besagen für Preußen im Sinne hat, und zwar etwas wozu es eben nicht berufen und berechtigt ist, nämlich seine Vergrößerung, wenn es möglich wäre, durch alle übrigen deutschen Staaten — womit allerdings wieder eine Einheit in Aussicht stände —; oder doch, da hieran nicht

wohl gedacht werden kann, durch möglichst viele, und wenn nicht mehr zu erreichen ist, auch nur durch wenige. Man wird darin bestärkt, wenn man der Parteistellung und der Tendenz und Redeweise der Partei des Verfassers der „Geschichte der Preußischen Politik“ und der Beschreiber, Vertheidiger und Lobredner der „deutschen Politik Preußens“ sich erinnert. Alles erwogen ist die wahre Meinung die:

Der preußische Staat hat den Anspruch, das Recht, das Näherrecht oder Privilegium, fort und fort weitere Theile und schließlich das Ganze sich anzueignen; denn er ist in dem Gedanken, für das Ganze berufen zu sein gegründet, er hat seit seiner Gründung fort und fort Theile davon sich „angegliedert“, that dies also und thut es auch in Zukunft mit geschichtlicher Nothwendigkeit; und er muß immer weitere Theile sich anzugliedern suchen, denn dies gehört zu seinem Wesen, und er würde sonst nicht stark sein, sondern schwach bleiben, nicht bestehen können, nicht mit Recht geworden sein und sein, was er ist, nicht länger nothwendig sein.

Eine freilich so mißliche als unglückliche Argumentation! Sie dreht sich recht weidlich im Cirkel. Sie beruht auf einer argen und handgreiflichen Begriffsverwechselung. Sie spricht von Beruf für das Ganze und schiebt dann Beruf zum Aneignen vom Ganzen oder wo möglich des Ganzen unter.

Die „Geschichte der Preußischen Politik“ liefert selbst — wir kommen noch darauf — den weiteren und völligen Beweis, daß die wahre Meinung in der That keine andre ist. Dahin gestellt mag bleiben, ob der Historiograph jener Politik absichtlich vermied, seinem Gedanken den richtigen Ausdruck zu geben, absichtlich den wahren Inhalt der Phraseologie zu verstecken suchte, weil er fühlte, daß derselbe, gar zu grob herauskommend, auch den Blinden sichtbar

werden würde und daß das Widersinnige in seiner Nacktheit nicht vor aller Welt vertreten werden könne; oder ob er, sich selbst nicht klar, eine dunkle Meinung undeutlich aussprach, und was er selbst nicht eigentlich zu denken wagte, gleichsam vor sich selbst in vieldeutigen Redewendungen verbarg. Angenommen aber, er hätte es mit dem, was er über den Beruf des preußischen Staates sagt, nicht so gemeint, wie uns däucht, daß es verstanden werden muß, dann ist damit auch nichts gesagt, nicht das Mindeste für Preußen gewonnen, das nicht allein, nicht vorzugsweise oder in einem aparten Sinne auf geschichtlicher Nothwendigkeit beruht; das entweder nicht mehr Beruf für das Ganze hat als Andere, oder im andern Falle stärker verpflichtet ist, demselben zu dienen, für dessen Ganzbleiben und Gedeihen in der Ganzheit fürzusorgen, sich anzustrengen, bezüglich Opfer zu bringen, und insbesondere sich zu hüten und zu enthalten, seinen besonderen Nutzen dem des Ganzen voranzustellen, das Ganze zu verletzen oder zu trennen durch Separatpolitik, namentlich durch Angliederungsstreben oder wie sonst.

Das und nichts Anderes ist zu folgern, wenn die „Geschichte der Preußischen Politik“ den Beruf des preußischen Staates für das Ganze im richtigen und guten Sinne nachweist, und die Anforderungen an ein berufsmäßiges Verhalten Preußens müssen sich steigern in dem Maß als es ihr gelingt. Gelingt es ihr, und mißlingt ihr der Nachweis, daß dieser Staat gemeinsinnig dem Berufe entsprochen und selbstsüchtigen und trennenden Sonderstrebens sich enthalten habe, so schlägt sie ihn ins Gesicht. Da sie das Entgegengesetzte bezweckt, so befindet sie sich in der Gefahr, im Verlaufe ihrer Darstellung bekannte Wahrheiten — daß Preußen ein geschichtlicher Staat ist, daß es Beruf für das Ganze hat — „als Paß für tausend Wind-

beuteleien zu gebrauchen"; in der Gefahr, ausgehend von der Vorstellung: Preußen war von Anfang vorzugsweise berufen, dem Ganzen zu leben und verführt durch Vorliebe, selbst unbewußt sofort zu schließen: es hat auch dem Berufe gelebt, und demnach die Belege überall zu suchen und zu finden, absichtlich oder unabsichtlich die Begriffe immerfort zu verwechseln, Berufsmäßigkeit in die preußische Politik hineinzudeuten, wo dieselbe entgegen dem Beruf für das Ganze von dem egoistisch-territorialen Streben beherrscht war, das sozusagen auf jeder Seite der „Geschichte der Preußischen Politik" als reichzerstörend verurtheilt wird, und namentlich alle Angliederungssünden des preußischen Staates in berufsmäßige Handlungen, Tugenden und Verdienste zu verkehren oder doch mindestens „fehlerschminkend" zu beschönigen.

Mit dem politischen Gedanken, in dessen Ausführung den Hohenzollern das Regiment der Marken übergeben worden, womit der preußische Staat begonnen habe, ist der der Wiederherstellung des Reiches im älteren Sinne zur Einheit, Macht und Größe gemeint, weßhalb denn auch die Gründung jenes Staates das letzte Aufleuchten des ghibellinischen Gedankens genannt wird.

Aber jene Übertragung des Regiments der Marken, war sie mehr als nur ein einzelnes Moment in den reichsreformatorischen Bestrebungen der Zeiten Sigismunds? — Würde die Bezeichnung: letztes Aufleuchten des ghibellinischen Gedankens, nicht eher generell diesen Bestrebungen zukommen? Wurden dieselben nicht in Maximilians I. Zeiten erneuert, so mancher anderen wiederum späteren Versuche den Reichsstaat wiederherzustellen zu geschweigen? Wir kommen hierauf weiter unten zurück. Hier wollen wir nur noch bemerklich machen, welch ein verwunderliches Wahrzeichen doch dem angeblich par excellence für das Ganze

berufenen Staate aufgedrückt, welch ein zweideutiges Lob auf seinen Weg vom Historiographen und Bewunderer seiner Politik ihm mitgegeben wird, indem seine Gründung das letzte Aufleuchten der Idee der Reichseinheit und Herrlichkeit geheißen wird, womit es also vorbei gewesen, seitdem er gegründet worden.

Neu und überraschend, aber freilich auch bodenlos, ganz willkürlich und nur absonderlich ist die Behauptung, unser deutsches Mittelalter schließe — noch in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts — mit der nach der eignen Darstellung der „Geschichte der Preußischen Politik“ noch sehr unbestimmten Grundlegung des preußischen Staates durch Übertragung des Regiments in den Marken an die zollernschen Burggrafen von Nürnberg, einem Vorgange, wobei die Absicht verfehlt wurde und dessen bedeutendere, nicht beabsichtigte und erwartete Folgen und Wirkungen erst in einer weit späteren Zeit eintraten. Die Seltsamkeit, wo die Aufgabe der „Geschichte der Preußischen Politik“ erörtert wird, erklärt sich allein aus den politischen Lieblingsideen und Tendenzen des Verfassers und deutet auch ihrerseits an, in welchem Maß diese Ideen und Tendenzen seine ganze Darstellung beherrschen werden. Wie er ihnen zu Gefallen mit der Grundlegung des preußischen Staates das deutsche Mittelalter schließen und die Neuzeit beginnen läßt und diese Grundlegung als das letzte Aufleuchten des ghibellinischen Gedankens bezeichnet, müssen dann nicht minder ihnen zu Gefallen die hohenzollernschen Burggrafen von Nürnberg auch die vornehmsten Träger und Vertreter dieses Gedankens gewesen sein — nach abermaligem Cirkelschluß. Die tendenzgemäße Voraussetzung ist, daß der preußische Staat die geschichtliche Aufgabe der Wiederherstellung des Reichsstaats habe; von ihr wird auf die politische Denkart, Gesinnung und Absicht des Gründers geschlossen und

aus letzterer wieder die geschichtliche Aufgabe des von ihm gegründeten Staates gefolgert.

Man sieht, daß hiermit allerdings Neues gebracht wird, was — abgesehen von einigen Redewendungen — nicht eben der Fall ist mit den Auslassungen der „Geschichte der Preußischen Politik“ über das Wesen und den Beruf des preußischen Staats. Was Beides, das Neue und das reproducirte Alte, bedeutet und werth ist, darüber wollen wir uns eingehend am Schlusse aussprechen.

VIII.

Die Burggrafen von Nürnberg als Träger des ghibellinischen Gedankens und als Führer der Reichspartei. Friedrich VI. als Gründer des preussischen Staats.

Die Burggrafen von Nürnberg — so malt es der Geschichtschreiber der preußischen Politik nach einigen in den Geschichtsquellen gefundenen Andeutungen sich und den Lesern aus — hätten im ghibellinischen Gedanken gelebt, nach ihrer Familientradition wie nach ihrem Interesse der „Reichspartei“ angehört; dem „Reich“ folgend wären sie dem gekorenen Kaiser, nicht dem oder jenem Wappen und Namen gefolgt; kein anderes Haus sei durch seine Stellung und Vergangenheit mehr geeignet gewesen, der kaiserlichen Politik im Reich als Vorkämpfer zu dienen, den Angelegenheiten des Reiches mit Nachdruck und nach eigner Überzeugung sich zu widmen; während andere Fürsten gesucht, im Glücksspiel der Fehden ihre zerrütteten Verhältnisse zu bessern, an den reichen Städten und Stiftern sich zu erholen oder mit fremden Königen gegen die Reichsgewalt zu conspiriren, habe ihnen nicht an dergleichen, sondern daran gelegen, daß Friede und Ordnung im Reiche und daß eine Reichsgewalt da sei, den Überfahrungen mit

starker Hand zu wehren; sie hätten keinerlei Anlaß gehabt, auf deren Macht und Wachsthum mit Eifersucht zu sehen, noch weniger dem gekorenen Haupte des Reiches gegenüber eine Stellung außer dem Recht und Reichsgrundgesetz zu suchen; ihnen sei ihre reichsfürstliche Ehre und Freiheit darin bestanden, dem Kaiser zu Dienst und dem Reiche zum Frommen zu sein; ihnen sei das Reich ihr Staat gewesen.

Hatten sie weniger Anlaß als Andere zum reichzerstörenden landesherrlichen Streben, waren sie durch ihre Stellung auf Reichs- und Kaisertreue hingewiesen, so mag gesagt werden können, daß sie zu dieser doppelt berufen gewesen. Allein um so mehr kommt es nun auf die thatsächlichen Beweise an, daß sie dem Berufe auch genügt. Die Thatsachen, welche dies beweisen sollen, werden mit der Laterne zusammen gesucht und hell beleuchtet; was nicht dazu paßt, wird thunlichst im Schatten gehalten. Das ist indeß nur das Gewöhnliche bei Partei- und geschichtlichen Tendenzdarstellungen. Hier aber kommt hinzu die der borussomanen Schule eignende äußerst kuriose Art und Weise forcirter Beweisführung. Ganz ungenirt werden Thatsachen angeführt, welche klärlich das Gegentheil von dem beweisen, was behauptet ist. Sie werden gar nicht beachtet, als ob man ohne Anstand an ihnen vorübergehen könnte, als ob auch sonst Niemand Augen hätte. Was sie bedeuten, wird übersehen. Oder sie werden beachtet und die Behauptung wird mit sophistischem Drehen und Deuten dennoch festgehalten. Oder sie werden gerade zum halsbrechenden Beweise der Behauptung herbeigeholt.

Zum Belege anführend und rühmend, wie die Burggrafen, nachdem die Wahl des Reiches Ludwig von Baiern als Haupt bestellt, dem gefolgt, seiner Sache treu geblieben in allen Fährlichkeiten, kann die „Geschichte der Preußi-

schen Politik" doch nicht umhin zu bemerken, daß es immerhin auch zu mancherlei eigenem Gewinn geschehen sei. Allein die kluge Treulosigkeit, das alte „Dahin, Daher" hätte ihnen doch noch bessern Lohn versprochen gehabt. Noch auf derselben Seite, wo dieses Lob burgräflicher Juste-milieu-Uneigennützigkeit in der Treue bei Kaiser und Reich steht, beginnt der folgende, freilich unausweichliche Bericht.

Nach der Wahl Karls IV. verpflichtete sich Burggraf Johann II. dem Kaiser Ludwig und dessen Söhnen zu lebenslänglicher Treue wider männiglich, und „wenigstens (!) gegen die eingegangene Verpflichtung war es," wenn er sich wenige Wochen später mit seinem Bruder dem Luxemburger anschloß und nun diesem Treue und Gehorsam als einem römischen Könige und rechten Herren und Beistand gegen männiglich gelobte. Karl gab dafür große Gewährungen, zum Zeichen wie viel ihm daran lag die Burggrafen zu gewinnen, während es für die bairische Partei ein schwerer Schlag war, wenn mit dem Tode des Kaisers das in Rath und That ihm bewährteste Geschlecht sie verließ, und „es mag dahin gestellt bleiben," ob mehr der Gewinn, den Karl bot, oder die Überzeugung, daß er nun von Reichs wegen des Reiches Haupt sei, oder die gesammte politische Lage des Reiches den Entschluß der Burggrafen bestimmte — jene so höchst bedrohliche Lage, bedrohlich namentlich durch das „erste Aufbäumen der unteren Klassen," wobei es merkwürdig genug an burggräflicher Mitthätigkeit nicht fehlte. Unter den Städten öffnete nur Nürnberg, noch unter seinem alten Rath, dem Könige Karl willig die Thore. Es schien zu dem lange schon drohenden allgemeinen Kampfe zwischen Städten und Fürsten, in den Städten zwischen den Geschlechtern und Zünften kommen zu sollen, und als die bairische Partei die Krone dem Markgrafen von Meißen, dem Könige von England, dem

Grafen von Schwarzburg anbot, brach unter unmittelbarer Einwirkung des Markgrafen Ludwig in Nürnberg förmliche Revolution los; die Geschlechter wurden verjagt, ein wüstes Demagogenregiment begann, frech, verschwenderisch, voll ausschweifender Pläne; Markgraf Ludwig ward, mit seinen Brüdern und bedeutender Heeresmacht einziehend, als König begrüßt.

Eine höchst eigenthümliche Beweisführung! und bei welcher sich aufdringt zu sagen: Eine absonderliche Kaisertreue und Unselbstsüchtigkeit! Eine Art Vorläufer eines brandenburgisch-deutschen Kaisers von „Volks“ wegen oder Gnaden, dergleichen zu werden Friedrich Wilhelm IV. abwies. Oder, daß diesem die Krone angeboten wurde, wäre es nicht geschehen wenigstens in wüstem Parteigetriebe, durch wüstes Stimmenregiment der „Reichspartei“ und deren Bund mit den Demagogen?

Wo berichtet wird, wie beflissen Karl gewesen, die Burggrafen an sich zu ketten, dieß so sehr geeignete Haus, der kaiserlichen Politik im Reich als Vorkämpfer zu dienen, wird bemerkt: Nicht als ob es blindlings ihr gefolgt wäre, nachdem es Karls Partei ergriffen; und der weitere Bericht ergiebt, nicht „blindlings“ bei der ergriffenen Fahne, beim gekorenen Kaiser zu bleiben, war zum wenigsten ein guter Theil der traditionellen Kaiser- und Reichstreue der Burggrafen. Wie gesagt, der weitere Bericht der „Geschichte der Preußischen Politik“ ergiebt dieß; nicht daß es unsre Behauptung wäre, die wir es dahin gestellt bleiben lassen.

So ist sie es auch, jene Geschichte, die über die Wahlintrigue von 1399 folgendermaßen berichtet und urtelt.

In der Hoffnung den Umtrieben der Kurfürsten noch begegnen zu können, beschied Wenzel zum 12. October einen Reichstag nach Nürnberg, gemeinen Nutzen, Frieden und Ordnung im Reich zu bestellen. Aber schon waren die Kurfürsten einen entscheidenden Schritt weiter gegangen.

Sie verbanden sich zur Wahl eines Gegenkönigs auch mit anderen Fürsten, namentlich dem Burggrafen Friedrich VI., während sich die in den luxemburgischen, österreichischen, niedersächsischen Gebieten, auch Friedrichs eigener Bruder, fern davon hielten. Friedrichs späteres Verhalten schließt die Muthmaßung aus, daß er einen Schritt dieser Art ohne größeren Plan, ohne bestimmten Zweck gethan haben sollte; irgend ein bedeutender persönlicher Vortheil, der ihn gereizt haben könnte, ist nicht zu entdecken, vielmehr ist er demnächst fast der einzige unter den Fürsten, welcher den Gewählten mit Eifer und eignen Opfern unterstützt. Am wenigsten ihm wird das moralisch Zweideutige entgangen sein, das diesem Wahlhandel anhaftete; aber es galt, wenn er nicht unbetheiligt bei Seite bleiben wollte, zwischen großen Übeln das kleinere zu wählen; Niemand „mochte" besser das Unheil voraussehen, das Wenzel noch über das Reich bringen werde; ob er zuerst die Hand gehoben hätte ihn zu beseitigen, mag dahin gestellt bleiben; allein es handelte sich um einen bereits fertigen Plan, den er nicht mehr hindern, den er aber durch sein Hinzutreten auf einer Bahn, die seiner Ansicht und seinen Interessen entsprach, zu halten hoffen konnte. Die Tradition seines Hauses und die Art seines Fürstenthums wies ihn auf das Reich. Angesichts der Zustände rings umher mußte ihn der Gedanke zu bessern und zu helfen beschäftigen, sich ihm ein Bild von dem gestalten was zu erstreben sei. Daß er von den Reichsinteressen seinen Ausgangspunkt nahm, lag zum mindesten in der Art und Lage seines Fürstenthums. So entschied er sich, die Sache Wenzels zu verlassen, von seinem Bruder Johann sich trennend, der schlichter, aber auch engeren Sinnes, wie seine Art war, dem Buchstaben vorhandner Verpflichtungen zu folgen für besser oder auch klüger hal-

ten mochte. Sofort nach der Wahl des Gegenkönigs trat Friedrich in die Mitte der politischen Action. Es galt die Erfolge zu sichern, die allein jene Wahl rechtfertigen konnten. Böhmen ward angegriffen, dann, während eines Waffenstillstands, Friedrich zum Unterhandeln mit Wenzel gesandt. Friedrich nahm Vollmacht mit, zugleich mit den Edlen und Baronen zu unterhandeln, „um sie gegen ihren König zu empören," was auch gelang. Es folgten die weiteren Zerrüttungen der zehn Jahre Ruprechts. Friedrich hielt treu zu diesem. Nicht immer einverstanden mit dem was geschah und wie es geschah, ging er doch selbst in ernsterem Zerwürfniß nicht wie andre Fürsten zu andrer Fahne über. Aber von den Hoffnungen, mit denen er Ruprechts Wahl gefördert, erfüllte sich keine. Immer mehr schrumpfte der Bereich der Reichsgewalt zusammen, immer ohnmächtiger wurde ihre Bedeutung. Schließlich trat die Frage über das Schisma in den Vordergrund. Die meisten Fürsten und Stände des frankfurter Reichstags von 1409, an welchem auch Friedrich Theil nahm, erklärten sich für das Concil von Pisa, womit sie dem Ansehen des Königs einen neuen schwersten, nicht bloß dessen Person sondern das Wesen des Reichs und der Reichsgewalt treffenden Schlag bereiteten, da jenes Concil sich anmaßte, mit der Anerkennung Wenzels die Wahl Ruprechts zu cassiren, wobei sich dieser mit einem lauen kaum beachteten Protest begnügte. Daß unter solchen Verhältnissen im Reich und für das Reich nichts mehr zu wirken war, lag vor Augen. Im besten Fall kam es nicht zu dem Versuch, eines dritten Königs Wahl zu versuchen; aber schon, daß der Kampf zwischen Ruprecht und Wenzel sich erneuern mußte, war heillos genug; heilloser, daß er für oder wider das Schisma galt; am heillosesten, daß er, wie er auch verlief, nichts entschied, sondern mit erschlafften Händen geführt nur dem Reiche neuen

Schaden und neue Schande brachte, allen denen erwünscht, die da wuchsen, wenn, wie einst der Dichter gesagt, „sinket Recht und trauert Zucht und siechet Scham." Wer die Zeichen der Zeit begriff, mußte erkennen, daß es eines großen rettenden Schrittes bedürfe. Friedrich begab sich zu Wenzels Bruder, dem glänzenden kühnen, hochbegabten Ungarkönig — es gibt kein Zeugniß darüber, mit welchen Gedanken für die Zukunft des Reiches. Er ging nicht ohne Ruprechts „Erlauben, guten Willen und Wissen." Aber Ruprecht, dessen Tod bald darauf erfolgte, empfand wohl, was dies Gehen bedeutete. Genug, Friedrich zog gen Ungarn, wie es scheint um an den östlichen Grenzen seinen Namen zu bewähren.

So schildert der Verfasser der „Geschichte der Preußischen Politik" seinen traditionell und persönlich reichstreuen Helden und großen Politiker. Diese Schilderung soll beweisen, wie die nürnberger Burggrafen dem gekorenen Kaiser gefolgt wären u. s. w. u. s. w.

Friedrichs VI. Theilnahme an der Intrigue gegen den gekorenen Wenzel wird motivirt zuerst durch irgend einen großen aber unbekannten Plan, dann wieder durch eine unnachgewiesene, ja sichtlich nicht vorhandene Nothwendigkeit. Blieben doch Andre unbetheiligt bei Seite. Er mochte das von Wenzels Regiment drohende Unheil vorhersehen, das aus der Gegenwahl hervorgegangene hat er nicht vorhergesehen. Das Signal zur Empörung hätte er schwerlich gegeben, aber der zweideutige Handel war einmal fertig, also konnte oder mußte der kaisertreue Burggraf Theil daran nehmen. Man wird lebhaft an die Argumente erinnert, womit die Schule das Verhalten Friedrichs II. bei der Theilung Polens und andre ähnliche Schritte der preußischen Politik neuer wie alter Zeit zu rechtfertigen pflegt. Niemand erkennt die Zweideutigkeit des Wahlhan-

dels so deutlich als der Burggraf, seine Ansicht, sein Interesse, die Tradition seines Hauses, die Art und Lage seines Fürstenthums: Alles weist ihn auf den gekorenen König, das Reich, dessen Ordnung und Interessen hin, also — kehrt er sich gegen den gekorenen König und des Reiches Ordnung und verbündet sich mit den Anarchisten ohne deutsches Gemeingefühl. Allein er ist dennoch ehrlich und reichliebend, denn der Verrath war schon fertig als er hinzutrat, nur um ihn zum Besten des Reiches zu wenden. Er ist dem Reich und dessen Ordnungen treu, denn er tritt eben dafür ein indem er aus ihnen, sein individuelles Fürguthalten über den Buchstaben und die Norm erhebend, heraustritt und dem Reiche helfen will durch ein Unternehmen, das freilich nur durch sein Gelingen gerechtfertigt werden kann, jedoch auch gelungen ist? — nichts weniger; sondern gänzlich mißlungen ist, die Bedeutung der Reichsobrigkeit, die Fundamente einer nationalen und Reichspartei, die Mittel der Wiedererhebung zerstört hat. Und nachdem — die Historie erinnert an den Ausgang der Reichspartei des frankfurter Parlaments — nachdem der heilloseste Zustand die gänzliche Falschheit seiner politischen Rechnung erwiesen, nachdem er nichts ausgerichtet, als daß er das Reich in aussichtlose Zerrüttung geholfen und als er nun im Reich und für dasselbe nichts mehr zu wirken vermag — geht er davon: um seinen Namen an den östlichen Grenzen zu bewähren, mit unbekannten Gedanken für die Zukunft des Reiches, vielleicht, wie Ruprecht — und wie sich aus dem Nachfolgenden ergiebt nicht ohne Grund — gefürchtet zu haben scheint, um gegen diesen wiederum mit einem Andern, dem Ungarkönige zu conspiriren, jedoch allezeit reichstreu wie er war, denn sein B r u d e r war schlichteren und engeren Sinnes und hielt

es für besser oder klüger, einfach beim Rechte und beim gekorenen Könige zu bleiben.

Wir enthalten uns unsrerseits jedes Urtheils über die Persönlichkeit und Politik Friedrichs VI., bemerken jedoch, daß wir uns zutrauen — es gehört nicht viel dazu — im Stande zu sein allenfalls eine ungleich geschicktere Darstellung des Verhaltens des Burggrafen zu liefern, als welche dort die blinde Voreingenommenheit und parteimäßig absichtvolle Geschichtschreibung geliefert hat. Mit einem Plaidoyer wie jenem der „Geschichte der Preußischen Politik“ kann man am Ende jede Untreue und Unredlichkeit im öffentlichen wie im Privatleben vertheidigen, alle Schwäche in Kraft, alle Kleinheit in Größe, alle Zweideutigkeit in Tugend, alle Mittelmäßigkeit in Heldenthum verkehren. Man darf doch die geschichtlichen Thatsachen nicht geradezu wie Handschuhe behandeln, die man nach Gefallen umwendet. Es ist aber freilich die nicht ganz seltene Art und Weise der politischen Partei und historischen Schule, welcher die „Geschichte der Preußischen Politik“ entstammt, die preußische Politik zu rechtfertigen, ja zu preisen — der Absicht nach zu preisen, in der That aber in ein schlechtes Licht zu stellen. Wir haben hier ein leuchtendes Exempel der oben gedachten preußenthümlichen, meist schön-rednerischen Historiographie, durch welche fortgehends die deutsche Geschichte leidig verfälscht wird und die nur dann minder schädlich ist, wenn sie entweder ganz täppisch und ungescheut mit ihrer Tendenz heraustritt, oder wenn ihre dialectischen Künste Überfeinheit produciren. Hätte es etwa gelautet: das Verhalten Friedrichs VI. war seit 1399 ein schwankendes und unfruchtbares; reichs- und kaisertreu gesinnt, verirrte er sich von seiner Reichs- und Kaisertreue zu einem mindestens zweideutigen und eben so unklugen als unglücklichen Unternehmen, sei es, daß er die Tradi-

tionen seines Hauses verließ oder sie ganz verkehrt verstand und anwendete; doch gereicht zu seiner Entschuldigung der Character der wirren Zeit, der unselige öffentliche Zustand, die königliche Mißregierung, seine freilich trügliche Meinung und Hoffnung durch die Gegenwahl Hülfe schaffen zu können: — hätte die „Geschichte der Preußischen Politik“ so oder ähnlich dargestellt, so hätte sie freilich nichts Absonderliches, Frappantes und dgl. für ihre Tendenz zu Tage gefördert, aber auch nichts Bodenloses und Schielendes gesagt, wäre beim Einfachen und Wahren, wäre Philosophin geblieben, und nicht Sophistin geworden.

IX.

Burggraf Friedrich VI. und König Sigismund. Verschiedene Wege der Reichsreform 1410 und 1848.

Die „Geschichte der Preußischen Politik" verweilt sehr einläßlich bei den Reformversuchen in Sigismunds Zeit. Sie giebt viel neue dankenswerthe Auskunft darüber. Sie weist darin Friedrich VI. die vorragendste Rolle an, was auch ihr eigentliches Absehen ist. Es geschieht indeß nicht zu seinem Vortheile wie es soll und unfraglich vermeint wird. Auch führen die mitgetheilten sichern Thatsachen den in den Anschauungen der achtzehnhundertachtundvierziger Reichspartei nicht befangenen Betrachter auf theilweis ganz andere Urtheile über jene Reformversuche und das was damit zusammenhängt, als die wir in der „Geschichte der Preußischen Politik" lesen, welche jedoch hier so klar und so weit sieht, als es jene nur sehr mäßig korrigirten Anschauungen irgend zulassen.

Sie bemerkt, in dem Zustande des Reiches bei Ruprechts Tode, gerade jetzt, in dem Moment tiefster Ohnmacht der Reichsgewalt, völligen Mißlingens aller Hoffnungen der Reichspartei, habe offenbar werden müssen, zu welchem Unseegen die Richtungen, die seit 200 Jahren fast ohne Unterbrechung geherrscht, geführt hatten, und daß nur in der Rückkehr zu den alten ghibellinischen Gedanken Rettung sei.

Wurde das aber allgemeiner und deutlich eingesehen und kehrte man zu diesen Gedanken zurück, ihnen Geltung und Ausdruck schaffend?

Eine zweite gewaltigere Strömung kam ihnen zu Hülfe. Was auf kirchlichem Gebiet das guelphische Gebahren zu bedeuten habe, lag vor Augen. Handgreiflich war, daß es im kirchlichen Wesen noch dringender als im weltlichen des Reiches einer Reformation an Haupt und Gliedern bedürfe. Stark war das Verlangen, Rufen, Drängen nach endlicher Herstellung der Kirche, lebendig die Meinung, daß es dazu nicht kommen werde, so lange es nicht einen „gerechten, strengen, allgemeinen römischen Kaiser oder König" gebe. Die Kirche selbst seufzte nach der rettenden Hand des Königthums, auf dessen Kosten sie ihre falsche Herrlichkeit gesucht. Wie aber das arge Treiben der Päpste die Krone des heiligen Reiches nicht allein beschädigt und erniedrigt hatte, so wurde es anerkannt und laut gesagt, daß Jedermann „an dem Adler gerupft" habe, daß dem Kaiser gegeben werden müsse, was des Kaisers sei, daß die Ursache und Schuld der „unseligen letzten 200 Jahre" im selbstsüchtigen anarchischen Verhalten der Reichsglieder, in der Schwäche der Macht des Oberhauptes liege, und auch darin, daß die Kaiser und Könige selbst, vom wachsenden Verderben der Zeit ergriffen, ihres Amtes und Eides vergessen hätten. „Gab es solche, die bei dem Banner des Reiches auch in bösen Tagen ausgeharrt, so war nun ihre Zeit gekommen".

Zunächst kam es darauf an, daß, wollte man Wenzel nicht, ein zu einem Könige wie man ihn bedurfte persönlich und nach Beschaffenheit der Verhältnisse im Reiche Geeigneter vorhanden war und gewählt wurde. Nach Lage der Sache gab es keinen anderen Fürsten, den die deutsche Partei hätte wünschen können, als, wie es die „Geschichte

der Preußischen Politik" darstellt, Sigismund, dessen Wahl Burggraf Friedrich bewirkte; nicht freilich weil er in ihm das Ideal eines Oberhauptes verwirklicht gesehen hätte. Aber auch die Schwächen in Sigismunds Character waren der Art, daß sie bei glücklicher Fügung der Verhältnisse, unter glücklichen persönlichen Einwirkungen zum Gewinn ausschlagen konnten. War er leicht erregbar, neuen Eindrücken zugewandt, so waren es immer die großen Gedanken, die kühnen Pläne, die ihn am meisten ergriffen, und so wenig er stätig und nachhaltig im Handeln war, so rasch und sicher war sein Blick, den Moment zu erfassen. Obschon einmal zum Reichsverweser ernannt, war er nicht in's Reich gekommen; sein Name war dort noch unverbraucht. In Sachen der Kirche stand er nicht auf Seiten des Pisaner Concils. Zum weltlichen Haupt der Christenheit erwählt, konnte er sich an die Spitze der großen Bewegung stellen, die die Geister ergriffen; ein freies allgemeines Concil berufend, leitend, hinausführend, gab er dem Reich deutscher Nation die hohe ghibellinische Stellung wieder, mit der es seit so lange schon seine europäische Bedeutung und seine innere Kraft verloren hatte.

Aber Sigismund war König der Magyaren, verwickelt in östliche Händel und Interessen, und seinem kaum geordneten Reiche drohten neue Erschütterungen vom Slaventhume, das in Böhmen, in Polen im Siegeslaufe begriffen war. Dachte Friedrich daran nicht, oder hoffte er, daß der Ungarkönig von seinem Einfluß beherrscht, oder etwa um des alten Glanzes und hohen Berufes der ohnmächtigen Reichskrone willen, aus eignen Antrieben in die Ideen der Reichspartei eingehen werde, oder war die Schwäche der letztern so beträchtlich, daß kein mindermächtiger deutscher Fürst gewählt werden konnte?

An einer anderen Stelle, wo die „Geschichte der Preu-

ßischen Politik" ihren Helden wegen dessen Theilnahme an der Kurfürsteneinung von 1424 — womit er sich wider Sigismund kehrte und „die Sache, die er so lange vertreten, aufgab" — zu rechtfertigen unternimmt, wird gesagt: Wenn frühere Könige die Reichsgewalt völlig nach ihrem Hausinteresse geübt, so waren sie doch immer Fürsten deutscher Territorien, in dem einen oder andern Reichsgebiet war die Stütze ihrer Macht, irgend einem Theile des Reichs kam zu gut, was sie gewonnen. Jetzt gab es keinen Ausweg, als die Wahl eines übermächtigen Fürsten. Sigismund wurde gewählt, nicht obgleich, sondern weil er König von Ungarn war. Gab es im Reich deutscher Nation kein Gebiet, kein Geschlecht mehr, mächtig genug, die Monarchie gegen die Sonderbildungen aufrecht zu erhalten, so war es ein gefährliches, aber das letzte Mittel, daß man die Kraft zur Rettung des Reiches und der Nation außerhalb derselben, in der Stärke eines Staates draußen, einer fremden Krone suchte.

Wenn dem aber so war, mußte man sich dann auch nicht von Rechtswegen gefallen lassen, daß das Oberhaupt auch den Interessen des Staates draußen, der fremden Krone lebte? Mußte man dann nicht die beiderseitigen Interessen auszugleichen und einander so nahe als möglich zu bringen suchen? Geboten nicht Billigkeit, Klugheit, das eigene wohlverstandene Interesse, dem Könige nach Möglichkeit auch in seinen nichtdeutschen Sachen behülflich und förderlich zu sein, ihm durch Willfährigkeit, durch treue Pflichterfüllung das deutsche, das Doppelregiment thunlichst zu erleichtern, ihm Lust und Neigung zu erwecken, sorgfältig eingehend den Reichsangelegenheiten sich zu widmen? That man das nicht, durfte man sich dann sonderlich beklagen, wenn der König seine nichtdeutschen Interessen voranstellte? War aber etwas Anderes vorauszusehen, als daß

die Deutschen auch jetzt ihrem Könige eigene Macht nicht würden geben wollen, als daß sie nur seine fremde Macht für ihre großentheils egoistischen Zwecke zu benutzen trachten, jene Billigkeit und Klugheit nimmer üben, ihn auf die Bahn einer undeutschen Politik hindrängen, und wenn dies geschehen — oder auch schon ehe es geschehen, sofern er seine Macht gegen ihre Sonderstrebungen gebrauchte — lautes Geschrei gegen seine undeutsche Politik erheben und neue Vorwände zur Unbotmäßigkeit daraus hernehmen würden? Geschah nicht Sigismunds Wahl in Mangel an richtiger Beurtheilung und Voraussicht, wenn man Anderes oder wenn man nichts Anderes und dennoch lediglich „deutsche" Politik von ihm erwartete? Durfte man dem Zustande nach nichts Anderes erwarten, war dann die Wahl des fremden Königs nicht ein doppelt und dreifach gefährliches Mittel der Rettung? Wer die Wahl an erster Stelle betrieb, war er nicht zumeist für die Folgen verantwortlich, und wenn der König undeutscher Politik sich hingab, am letzten zur Klage, zur Abwendung von ihm berechtigt? Endlich, wenn Sigismunds Wahl nun gar aus eigensüchtigen Beweggründen betrieben wäre? Eröffnete sie Friedrich nicht Aussichten auf besondere Vortheile, und die sie ihm auch sehr bald brachte? Gestattet dieser Umstand nicht Rückschlüsse auf die Motive, welche ihn bei seinem Antheile daran bestimmten?

Wie dem sei, Sigismund legte die Sache zufolge der Darstellung der „Geschichte der Preußischen Politik" völlig in des Burggrafen Hände, mit dem er die großen Fragen des Reiches und der Kirchenreformation in allen Punkten erörterte, mit dessen „Programm" der Reichspolitik er sich einverstanden erklärte. Der Staatsmann der endlich an's Ruder tretenden deutschen Politik unternahm es, die Wahl

des Fürsten durchzuführen, der jene Politik durchzuführen den Willen und die Macht hatte.

Wie aber griff er sein Unternehmen an und wie gerieth es ihm? Wie bewährte sich seine Rechnung, seine Politik, wie lauter oder unlauter stellt sie sich dar nach den Thatsachen, welche die „Geschichte der Preußischen Politik“ anführt, nach dem Urtheile das sie ausspricht?

Er vermied es, durch ein Compromiß mit der seiner Politik völlig entgegengesetzten Partei die Neuwahl zu Stande zu bringen. Das letzte Jahrzehend hatte ihn gelehrt, was derartiges Zusammenwirken bedeute. Er ging zum Wahltage als Botschafter des Königs von Ungarn und mit Vollmacht als Vertreter der Kurstimme desselben für Brandenburg und setzte Sigismunds Wahl unter Beseitigung der Ansprüche des Markgrafen Jost von Mähren auf jene Kurstimme vermöge eines freilich nicht unzweideutigen Verfahrens durch. Entgegen aber wurde von fünf Kurfürsten Jost gewählt, so daß man nun drei Könige und drei Parteien hatte, da es auch Wenzel an einem Anhange solcher nicht fehlte, die beim gekorenen Könige bleiben wollten, unter ihnen derjenige Theil der Reichspartei, der sich zur Gegenwahl Ruprechts mit den Anarchisten nicht verbündet hatte. Zum Glück starb Jost bald darauf. Mit Wenzel wurden Verhandlungen gepflogen, welche guten Erfolg hatten.

Gerade durch die beschämende Wahlwirthschaft wuchs die Macht und moralische Überlegenheit derjenigen Richtung, als deren Führer Burggraf Friedrich jedem sichtlich hervortrat. Die Überzeugung, daß nur ein Fürst von Sigismunds Macht im Stande sein werde, das was dem Reiche und der Kirche noth thue hinauszuführen, der gerechte Ruhm den ihm seine Kämpfe gegen die Ungläubigen, seine Reformen in Ungarn, seine „Hochherzigkeit und Leutseligkeit“

gewonnen, gegenüber der Verächtlichkeit Wenzels und der Habgier und Tücke des „großen Lügners" von Mähren — das Alles mußte alle Hoffnung auf König Sigismund vereinen. Die so unleidlich gewordenen, durch ihre eigene Principlosigkeit und Unwahrheit gerichteten Zustände trugen den Seegen in sich, daß jeder, soweit er aufrichtig und nicht durch Sonderinteressen geblendet war, das Bedürfniß gründlicher Besserung und in der Initiative der Reichsgewalt den einzigen noch berechenbaren, noch den Gegebenheiten entsprechenden Weg dazu erkannte.

Allein die Reichsgewalt konnte nur auf Kosten der festgewurzelten Autonomien erneut werden, die Auswärtigen mußten sich durch die Herstellung einer energischen Reichsobrigkeit gehemmt, bedroht fühlen. Entgegen der hieraus entstehenden Schwierigkeiten konnte man zwei Wege einschlagen. Entweder den einer durchgreifenden Reform nach der Idee des Reichsstaats und dem Bedürfniß. Das Bedürfniß, die Nothwendigkeit Opfer zu bringen, die Berechtigung der Idee, der Beruf und die Ansprüche des Reichsoberhaupts, wiederum Ordnung zu schaffen und ordentliches gestrenges Regiment zu führen, wurde principiell nicht von der Hierarchie, nicht von der stolzen Reichsaristokratie, den verwilderten Ritterschaften, den engherzigen Stadtrepubliken geleugnet. Trat nun der erwählte König mit der Macht, die er besaß an die Spitzen der großen reformistischen Bewegung, stützte er sich auf sie und den reinen großen Gedanken der sie erfüllte, machte er die Attribute des römischen Königs, die Schirmvogtei über die Kirche, die Stellung als Friedenshort in der abendländischen Politik, den Schutz der Christenwelt gegen die Ungläubigen, die obrigkeitliche Gewalt im Reiche selbst geltend, so war der Moment wie nie einer vorher und nachher dazu angethan, das bunte Vielerlei kleiner, niedriger, durch einander wir-

render Interessen niederzuwerfen und siegreich hindurchzubringen; und je principieller man die Herstellung unternahm, je folgerichtiger man sie durchführte, je rücksichtloser man die Sonderinteressen auf das ihnen gebührende Maß zurückführte, um so wahrhafter war die Reformation und um so sichrer schien ihr Erfolg zu sein. —

Schien! Etwa den Sanguinischen, den Liebhabern schöner Träume und Illusionen. Wir meinen unsrerseits, zum Erfolge gehörte, wo nicht ein ideales Oberhaupt, doch eine nicht zu wenig politisch verständige, gemeinsinnige, das Reich liebende Nation mit weniger selbstherrischen Fürsten, verwilderten Rittern, engherzigen Bürgern, zum wenigsten eine geschickte numerisch und intensiv starke „Reichspartei," die aber bislang gerade nicht vorhanden gewesen war. Man hatte freilich eine große Bewegung, das Bedürfniß eines Bessern wurde darin tief empfunden, ein solches ersehnt und laut gefordert, die Nothwendigkeit Opfer zu bringen erkannt: allein wie weit bis zum Opferbringen und richtigen nachdrücklichen Handeln reichte die Bewegung? Es begreift sich und ist so oft dagewesen, wir haben in unsern Tagen das Begreifliche und oft Dagewesene gesehen und sehen es zum Theil noch, daß zum Gelingen einer wesentlichen Herstellung oder Erneuerung mehr gehört als ein großes Verlangen und mächtiges Rufen nach Einheit und Macht Deutschlands oder dem was sonst gewünscht und gefordert werden mag zur gründlichen nöthigen Besserung; daß eine reformistische Bewegung und deren Kraft leicht irrig gedeutet und überschätzt werden mag, daß gerade eine solche Bewegung leicht beirrt und mißbraucht werden kann, leicht abortirt wenn sie nicht sehr fest und klug geleitet wird.

Ähnliches kommt auch dem Verfasser der „Geschichte der Preußischen Politik" in den Sinn. Er stellt eine sehr

wahre Betrachtung an, die auch 1848 sehr am Platze war und so leidig ungewürdigt blieb. Im deutschen Parlament wurde wiederholt versucht ihr Eingang zu verschaffen, doch von den Widersachern der Kaiser- und Reichspartei, gegen welche damit nicht durchzudringen war. Er bemerkt: der andere Weg, den man einschlagen konnte, nahm einen anderen Ausgangspunkt. Wie stark auch augenblicklich die Bewegung der Geister und die Einigkeit der öffentlichen Meinung erscheinen mochte, — man durfte nicht verkennen, daß die Durchführung dessen, was sie wollte, außerordentlich viele und mannichfache Interessen zugleich verletzte; und man mußte voraus bedenken, daß sich jedem Einzelnen im gegebenen Fall sein Verhältniß zu jenen allgemeinen Principien und Wünschen nach seinen Interessen bestimmen und ausprägen werde, daß somit die Kraft der großen allgemeinen Bewegung in demselben Maaße als sie, sich zu praktischen Wirkungen gestaltend, vorwärtsschreite, an Sicherheit und Nachdruck verlieren müsse. Und dann — man konnte nicht leugnen, daß alle jene lebendigen und unmittelbaren Interessen, wie sehr ihnen auch das Verderbniß des Ganzen und Allgemeinen zur Last fiel, doch auch ihre Berechtigung hatten, und daß sie vor Allem, so zu sagen, im Besitz waren. Hoffte man, ihrer so leicht Herr zu werden, daß man sie alle zugleich und principiell herausfordern zu dürfen meinte? Bei der Größe und Wichtigkeit der Aufgaben, die vorlagen, mußte die erste und wichtigste Sorge sein, den Erfolg des Wesentlichen zu sichern; man mußte nicht blos sich versagen mehr zu wollen, als man berechnen konnte zu erreichen, sondern man mußte auch, um des Ziels desto gewisser zu sein, die Hülfen nicht verschmähen, die sich wie und wo immer darboten. Es kam dazu, daß die Allgemeine Bewegung in den untern Massen einen derben und beunruhigenden Ausdruck zu fin-

den begann. Angesichts der darin liegenden Gefahr durfte man nicht zu rücksichtslos gegen die auftreten, deren guter Wille vielleicht nur zu bald in Anspruch genommen werden mußte.

Der Gang der Ereignisse, die Wucht der Thatsachen, die Tendenz der „Geschichte der Preußischen Politik," die Unmöglichkeit den Burggrafen als principfesten Vertreter des ghibellinischen Gedankens bei den nunmehr zu berichtenden Vorgängen darzustellen, hat denn hier einmal einen Genossen unsrer achtundvierziger Reichspartei zu einer Einsicht gebracht, deren Mangel damals, als diese Partei ihre Zeit hatte, nur zu nachtheilig geworden ist. Sie schlug gänzlich in den Wind, hatte nur Unglauben und Hohn, wenn gesagt wurde, die Aufregung und Bewegung, die Einigkeit und Kraft der öffentlichen, der Tagsmeinung reiche nicht aus, solchen principiellen und hochfliegenden Neuerungen und Plänen, wie sie sie im Sinne hatte und betrieb, zur erforderlichen Stütze zu dienen. Sie rechnete und sprach gerade so wie ihr Epigon über und für den ersten der mit Sigismund einzuschlagenden Wege sich ausläßt, und verschmähte gänzlich den zweiten, der ihm jetzt als der richtigere erscheint. Die Bewegung mißdeutend und deren und des Parlamentes und zumal ihre eigene Kraft weit überschätzend, wies sie hartnäckig die sich darbietenden Hülfen ab. Sie hatte ihre ganze Rechnung und Hoffnung auf Preußen gestellt, bedurfte Preußens bis zur völligen Abhängigkeit von ihm, und als ihr Preußen endlich nach langem Rufen und Harren die Hand reichte (Januar 1849) wollte sie den Weg nicht gehen, in welchen es einlenkte und dessen Verfolg es zur Bedingung seines Mitwirkens und Helfens machte. Wie sehr bedurfte sie der Regierungen gegen die gefährlichen Regungen in den untern Massen, und wie rücksichtslos — und was noch schlimmer war —

wie schwankend zwischen Rücksichtennehmen und Rücksichtlosigkeit trat sie gegen dieselben auf! Daß das mögliche Gute nicht erreicht, die kostbare Gelegenheit verpaßt, die ganze hoffnungreiche Bewegung vereitelt und so viel verdorben wurde, ist zu einem mindestens sehr beträchtlichen Theile die Consequenz ihrer Haltung, die Folge davon, daß sie eine in den „Gegebenheiten“ ausführbare Reform und jeden darauf zielenden Vorschlag weit von der Hand wies, daß sie auf „principieller“ Herstellung bestand, daß ihr der Erfolg um so sicherer zu sein schien, je mehr man mit theoretischer Folgerichtigkeit und Nichtberücksichtigung der wirklichen Verhältnisse die Reformation angriffe; während sie freilich diesen Gesichtspunkt nicht folgerichtig und am wenigsten bis zum Handeln danach festhielt, sofern es auf mehr als tapfere parlamentarische Beschlüsse und dergleichen ankam.

Etwas zweifelhafter steht es darum, wenn hinzugefügt wird, es würde nach der Betrachtungsweise, welche dem zweiten der einschlagenden Wege den Vorzug gab, wie es der Burggraf that, thöricht gewesen sein, nicht zugleich mit dem großen Gedanken, für den man sich entschied, die Vortheile benutzen zu wollen, die etwa der Neid der weltlichen Fürsten gegen die kirchliche Jurisdiction und Besteuerung, die Rivalität der Bischöfe gegen den päpstlichen Primat u. dgl. an die Hand gegeben, ja man habe geltend machen dürfen, daß immitten so großer und allseitiger Schwierigkeiten auf dem Wege des Diplomatisirens und Transigirens allein weiter zu kommen sei, und daß man um so größere und schnellere Resultate gewinnen werde, wenn man die möglichst größte Fülle lebendiger und eingewurzelter Interessen zur Mitthätigkeit heranzuziehen wisse.

Ja und nein — je nachdem. Mit diesen Folgerun-

gen aus der gedachten Betrachtungsweise, mit der Maxime, die schlechten Triebe und Motive benutzen und auf jenem sehr schlüpfrigen Wege fortkommen zu wollen, hat es doch seine Haken. Ihre richtige Anwendung und deren Erfolg erfordert viel Lauterkeit und Geschick. In unsrer Bewegung ist die Benutzung so manches Tagsvorurtheils und Irrthums der Meinung, des Neides gegen Oesterreich, des preußischen Selbstgefühls und Vergrößerungsgelüsts zu den Zwecken der Reichspartei, ist alles Diplomatisiren und Transigiren namentlich der letztern schlecht gelungen. Gelang es seit 1410 besser, kam sie damals damit zum Ziele?

In der Umgebung Sigismunds waren beide Ansichten vertreten und bald gewann die eine bald die andre die Oberhand. Die „transigirende“ Weise schien sich oft in leichten und glücklichen Resultaten zu rechtfertigen, aber — eben so oft folgten ihr schiefe Stellungen, peinliche Verbindlichkeiten, beschämende Gegenforderungen, denen nicht immer mit der schlichten Energie dessen, was sich aus der erkannten Aufgabe ergab, zu begegnen war!

Burggraf Friedrich — einst, obschon der Reichspartei angehörend doch Theilnehmer an der Wahlintrigue von 1399 — zeigte schon durch seine Leitung des Wahlgeschäfts, daß er auch jetzt nicht gemeint war, sich auf die Seite „überstrenger Principfestigkeit“ zu stellen. Gab er principiellem Verfahren den Vorzug, so geschah es nicht, weil dasselbe einfacher oder lauterer war, sondern weil es nach der Lage der Umstände die größere politische Kraft zu haben und den Erfolg zu erleichtern „scheinen durfte.“ Als nach Ruprechts Tode Mainz und Köln Sigismund ihre Stimmen um Geld angeboten, hatte der König das Erkaufen der letztern als unwürdig abgelehnt. Des Burggrafen Richtung schloß die schnöde Gewohnheit, die Wahl als ein Geldgeschäft zu behandeln und die Partei aus,

welche das deutsche Königthum so und nicht höher taxirte. Doch war die Ablehnung eben nach seiner Ansicht auch deshalb erfolgt, weil zu viel gefordert war und nicht aus bloßem „Rigorismus." Auch hatte er nicht verschmäht, jene Wahlvorgänge herbeizuführen und zu vertreten, die eben nur den Buchstaben der goldenen Bulle für sich hatten.

So die „Geschichte der Preußischen Politik," die sodann über einen Vorgang berichtet, bei welchem ihr Held gerade nach diesem ihrem Berichte abermals nicht rigoristisch sich darstellt und mindestens den Schein eines gewinnsüchtig zweideutigen Verhaltens nicht vermeidet, indem er durch „Angliederung" der brandenburgischen Marken an die Burggrafschaft den Grund zum preußischen Staate legt.

X.

Die Übertragung der brandenburgischen Marken an Friedrich VI.

Sigismund waren als „väterlich Erb und erstes Fürstenthum" die brandenburgischen Marken zugefallen, in einem äußerst zerrütteten Zustande. Wollte er zeigen, daß es ihm mit der Reformation auch des Reiches an Haupt und Gliedern Ernst sei, so konnte er nichts Bessers thun als an seinen deutschen Erblanden ein Beispiel geben, daß es ihm nicht um eignen Vortheil zu thun sei. Es mußte einen tiefen und nachhaltigen Eindruck machen, wenn er den hochsinnigen Entschluß faßte sie dahinzugeben um ihre Verhältnisse so zu ordnen, daß sie „wieder in ein redlich Wesen gebracht" wurden. Dazu ausersah er sich den Burggrafen. Er erwirkte mit Mühe Wenzels erforderliche Zustimmung dazu, daß Friedrich vorerst zum Verweser der Marken bestellt ward. Dann wurden sie ihm verpfändet.

Nach dieser Darstellung der „Geschichte der Preußischen Politik" begann also der König im Sinne Heinrichs VII., höchst treu, rigoristisch treu dem Princip der Reichspartei, der Absicht der Reichsreform, dem Programm, das der Markgraf ihm vorgelegt, der nun um so mehr zu gleicher Treue verpflichtet war. Auch sollte sich späterhin erst noch recht zeigen, wie groß das Opfer war, welches Sigismund brachte, welche

Vorwürfe, Verlegenheiten, Nachtheile er dadurch sich zuzog, daß er es brachte.

Etwas anders wird die Sache bekanntlich von Anderen berichtet. Pfister z. B. in seiner Geschichte der Teutschen sagt: Nicht nur viele Reichsrechte und Güter wurden von Sigismund in seinen Geldverlegenheiten veräußert, sondern er griff auch seine Erbländer an. Schon vor der Königswahl verschrieb er Friedrich, wegen seiner geleisteten Dienste und vorgeschossenen Geldsummen die Mark Brandenburg für 100,000 Dukaten, und bestellte ihn zum Statthalter derselben, mit Vorbehalt der Kurwürde. Vor seiner (noch zu erwähnenden) Friedensreise lieh ihm Friedrich wieder 300,000 Dukaten, und nun verkaufte er ihm für das ganze Kapital die Mark nebst der Kurwürde auf Wiedereinlösung. Also veräußerte er von seinen eigenen Erblanden ein ganzes Kurfürstenthum, dessen Erwerbung seinem Vater nicht wenig Mühe gekostet. Ludwig der Baier und Karl IV. wollten jeder mit Brandenburg die Macht ihres Hauses vermehren; beide haben sich verrechnet. Ein drittes Haus trat durch Sigismunds Vergünstigung in bleibenden Besitz.

Eine sehr merkwürdige Wendung, daß der Burggraf, der vornehmste Vertreter des ghibellinischen Gedankens, den König bewog, in Vollziehung des mit demselben verabredeten Programmes einen Schritt zu thun, welcher dahin ausschlug, daß das burggräfliche Haus denjenigen Territorialstaat gründete und emporhob, der der schärfste Ausdruck des guelphischen Gedankens und Wesens, des Gegensatzes gegen das Kaiserhaus und den Reichsstaat wurde; um so merkwürdiger, je wahrhaftiger auch dieses wieder im ghibellinischen Gedanken geschah.

Die „Geschichte der Preußischen Politik" erwähnt nicht, ob der Punkt wegen Übertragung der Marken, wie es nach

ihrer Darstellung den bösen Anschein gewinnen dürfte, vielleicht schon in dem Programme enthalten gewesen, das der Burggraf Sigismund vorgelegt. Die Sache muß einen anderen Zusammenhang haben — so würden wir etwa in ihr lesen, wenn sie auf die Sache näher hätte eingehen mögen — und zwar muthmaßlich den, daß Sigismund erst nachdem das Programm im lautersten Sinne festgestellt war auf seine Verlegenheiten sich besann oder das Beste der Marken genauer ins Auge faßte und mit dem Entäußerungsantrage hervortrat, auf welchen Friedrich dann, um nicht durch eine Ablehnung die verabredete Wahlangelegenheit und das gute Verhältniß mit Sigismund zu stören, zugleich die Sache in deren höchster und edelster Bedeutung fassend, einging. Sigismund „wird" (eine Lieblingsredeweise der „Geschichte der Preußischen Politik") zu viel Zartgefühl und eine zu hohe Meinung von einem Fürsten wie Friedrich gehabt haben, als daß er schon in den vorgängigen Verhandlungen die Sache berührt haben sollte. Er kannte die Richtung des Burggrafen, welche die schnöde Gewohnheit ausschloß, sich die Mitwirkung zu den Königswahlen abhandeln zu lassen. Man muß von der Voraussetzung dieser Richtung bei Friedrich schließen, daß er keinen Handel mit Sigismund gemacht hat, darf nicht umgekehrt folgern. Friedrich war ja entgegen, als andere Fürsten einen Schacher proponirten; zwar nicht aus purem Rigorismus, doch aber nach seiner Richtung, und dieser würde er, auch wenn er die Übertragung der Marken sich ausbedungen haben sollte, nicht im mindesten untreu geworden sein, denn die Marken bedurften um des Reiches wie ihrer selbst willen des Regiments, zu dessen Herstellung Niemand so befähigt war als er; ja er hätte nicht patriotischer und gemeinnütziger handeln können, als indem er ihre Abtretung zur Bedingung seiner Mitwirkung bei Si-

gismunds Wahl machte, und da in diesem Falle auch der neue König nichts Besseres für das Reich und die Tendenzen der Reichspartei thun konnte, als Erblande, und zwar eben an den Burggrafen hinzugeben, so ist, wie es denn nicht dasselbe ist, wenn Zwei dasselbe thun, die Ähnlichkeit mit dem gewöhnlichen Verfahren, Kaiserrechte und Güter für Unterstützung zu fordern oder zu geben, wodurch die Macht des Oberhauptes eben abhanden gekommen war, nur eine scheinbare. Nicht minder mag auch der Burggraf in ahnend weitblickender Voraussicht daran gedacht haben, daß es, während die Wahl des mächtigen Ungarkönigs mit so überwiegend nichtdeutschen Interessen unumgänglich, doch gut für das Reich sein werde, wenn man seine Macht in Deutschland einigermaßen verkürze und ihr durch Errichtung einer Gegenmacht ein heilsames Gegengewicht zu geben suche, das Gegengewicht jener Macht, welche sich nun in den Marken erhob und die zwar zumeist das alte Reich aufgelöst und gesprengt hat, es aber mit Vielen oder Wenigen wieder aufrichten wird. Wenn es einen vortrefflichen Eindruck machen mußte, daß der König hochsinnig gab, Beispiel und Erbland, so war es mit dem Eindruck davon, daß der Burggraf dieses nahm und ein neues Beispiel alter schnöder Gewohnheit gab oder doch dem Scheine sich aussetzte, als habe er um seine Leitung der Wahl Sigismunds für sich die Marken eingehandelt, ganz etwas anderes. Er war nach Ungarn gegangen, man weiß nicht urkundlich mit welchen Gedanken für die Zukunft des Reiches; sie werden aber dahin gegangen sein, Deutschland durch Erhebung Sigismunds zum Kaiser, die Marken durch deren Übertragung an ihn, den Burggrafen, und Deutschland noch einmal durch die in den Marken zu vollziehende Gründung des brandenburgisch-preußischen Staates zu retten, und bei so hohen und seegen-

reichen Zielen würde es nur ein ganz thörichter Rigorismus gewesen sein, den schlimmen Eindruck, den das burggräfliche Beispiel machen konnte, gar zu sehr zu scheuen, gar zu schwer ins Gewicht fallen zu lassen.

Wird es aber in der „Geschichte der Preußischen Politik“ nicht als eine Gefahr und ein Unglück dargestellt, daß der Ungarkönig nicht, wie doch Ludwig der Baier und Karl IV. zugleich ein Reichsgebiet hatte? Ja, wo es geschieht, fügt sie hinzu: Wie nahe war es daran, daß sich die Schroffheit der Gegenstellung des Königs minderte oder doch verhüllte, als das Erbrecht die böhmische der ungarischen Krone hinzufügte; denn weder ausschließlich böhmischer noch ungarischer König hätte Sigismund um so mehr deutscher Kaiser zu sein scheinen können; die Revolution in Böhmen zerriß aber diese Verbindung in dem Moment, wo sie sich schließen sollte, und nun trat in Sigismunds Politik der Wendepunkt ein, daß er nur noch auf sein Böhmen und Ungarn dachte und das Reich gänzlich vernachlässigte und für seine besondern Zwecke benutzte.

Sollte die Schroffheit dieser Gegenstellung nicht dadurch gemehrt sein, daß er sein Gebiet im Reiche, die Marken, weggegeben? Widersprechen jene Äußerungen nicht dem, was über die reichsfreundlichen Gesichtspunkte, wonach die Übertragung erfolgt sei, und über die mit letzterer verknüpften Vortheile für das Reich gesagt wird? Sie kommen indeß an einem ganz anderen Orte und viel später vor, wo es gilt, den Helden der Darstellung wegen seiner Betheiligung bei der Kurfürsteneinung, als womit er die Sache aufgegeben, die er so lange vertreten, durch die Schroffheit der Gegenstellung des Königs zu rechtfertigen. Man wird darauf rechnen können, daß die meisten Leser so weit nicht zurückdenken. Ein gutes Argument muß sich zu beiden Händen gebrauchen lassen.

Friedrich setzte sich in Besitz, großes Widerstreben mit starker Hand überwindend. Er stellte Recht und Gerechtigkeit wieder her. Nirgend hatte der Übermuth des niederen Adels bis zu so kühnen Entwürfen, so weitgreifenden Anmaßungen sich gesteigert als hier; nur noch ein Schritt, wird bemerkt, und auf den Trümmern eines Kurlandes erhoben sich Neubildungen rein usurpatorischer Art; im Moment des Gelingens stürzten sie zusammen; es ist eine folgenreiche Thatsache, daß in den Marken, weil sie in den Besitz des Burggrafen gelangten und er darin sich behauptete, der Feudalismus doch nicht zu seinen letzten Consequenzen kam, nicht zu Gestaltungen gelangte, die das Gegentheil seines auf Dienst und Treue gegründeten Wesens waren.

Folgenreich war die Thatsache allerdings. Stand es aber im Kurlande Böhmen, das ein solches blieb, mit dem Übermuth und der Macht des Adels anders? Kann es für ausgemacht gelten, daß die Marken als Kurland in Trümmern gegangen wären, hätte Sigismund sie für sich behalten? Wird doch späterhin berichtet, daß gerade noch unter Friedrich und seinem Nachfolger der alte Zustand in ihnen wieder eintrat. Sodann waren nach den eigenen und wiederholten Äußerungen der „Geschichte der Preußischen Politik" alle Staatenbildungen im Reiche usurpatorische letzte Consequenzen des ausartenden Feudalismus, Gestaltungen, welche das Gegentheil vom Wesen des Reiches vorstellten. War es mehr usurpatorisch, wenn in den Marken der niedere Adel, wie überall der hohe, strebte, mittelbar an den Federn des Adlers, wie die Großfürsten unmittelbar, rupfte, am Landherrn versuchte, was die Landherrn am Kaiser thaten, wodurch er das usurpatorische Emporsteigen der letzteren zu Souveränen wenigstens noch lange aufhielt? Wenn es zweifelhaft ist, ob die Marken in kleinere

Staaten zergangen wären, hätte Sigismund sie nicht an Burggraf Friedrich übertragen, ist es nicht unzweifelhaft, daß das deutsche Reich vornämlich durch die Neubildung aufgelöst und dem Untergange zugeführt ist, welche der Burggraf in den Marken begründete, der Führer der Reichspartei seiner Zeit?

Unter den Neuern und Neuesten zeigt dieß und sagt es sehr deutlich ein Freund des preußischen Staates, der Gründung und Entwickelung desselben, Professor Häusser, während Professor Droysen ausführt, wie Burggraf Friedrich in den Marken die ersten Fundamente eines Staates gelegt, die Prälaten und Herren, Mannschaft und Städte zum Verzicht auf die zweideutige Steigerung ihrer gewohnheitsmäßig, aber entgegen dem Recht und dem Wesen staatlicher Ordnung behaupteten Stellung, zur Zurückgabe dieser an die Stelle gebracht, die sie sich nie hätte sollen kürzen lassen; wie er der letzte gewesen wäre, der seine Rechte und Hoheit sich hätte kränken lassen, aber auch die Meinung gehegt habe, was er in der Markgrafschaft fordre und durchführe, das müsse auch im Reich zu dessen nothwendiger Reform, Genesung und Stärke gefordert und durchgeführt werden, so daß auch des Reiches hochberufene Aristokratie nach ihrer geschworenen Pflicht gegen Kaiser und Reich handle und an Beiden Wucher zu treiben aufhöre.

Es fragt sich nun aber, ob es geschichtlich-nachweislich seine Richtigkeit damit hat, daß der Burggraf dies und die Consequenzen davon für der Mitfürsten und seine eigene gewohnheitsmäßige Stellung deutlich gedacht? Jedenfalls ist thatsächlich sein Gedanke mit den Consequenzen im Reiche nicht verwirklicht worden; das Emporsteigen der Kleinen zur Souveränität in den Marken ist verhindert, nicht aber das der Großen dort und anderwärts im Reich, der brandenburgisch-preußische Staat, wenn Burggraf Fried-

rich die ersten Fundamente desselben in jenem seinem Gedanken legte, ist vom großen Kurfürsten bis zum großen Könige erst eigentlich gegründet und zu dem gemacht was er geworden, und zwar in Wahrheit entgegen dem wirklichen oder angeblichen Gedanken des ersten Grundlegers und der Reichspartei, im Gegensatze zum Reich und dessen Oberherrlichkeit und Erhaltung, in letzter Consequenz und Vollendung des „unseligen Ganges der Dinge seit den letzten 200 Jahren" bis auf die Zeiten des Burggrafen Friedrich. Es giebt dafür Erklärung nebst mehr oder minder begründeter Rechtfertigung, doch ist hier der Ort nicht, davon zu sprechen.

XI.

Sigismunds Anfänge in Deutschland. Die Reformversuche von 1414 bis 1417. Die Übertragung der brandenburgischen Kur an Friedrich VI.

Wie zuversichtlich, wie klug, wie schön sprach die illusionenerfüllte Reichspartei unserer Tage von ihren Plänen, Hoffnungen und Aussichten, selbst noch im Frühjahr 1849, wo dieselben als völlig gescheitert anzusehen waren. Man wird lebhaft daran erinnert durch den thatsächlichen Bericht und die Reflexionen der „Geschichte der Preußischen Politik" über Sigismunds Anfänge in Deutschland und die Reformunternehmungen von 1414 bis 1417.

Bis 1414 war der neue König in Norditalien beschäftigt, um deutsche, zunächst um ungarische Interessen kämpfend. Nicht wenig gelang ihm für die Wiederanerkennung der Oberhoheit des Reiches. Er wußte Papst Johanns Einwilligung in die Berufung eines allgemeinen Concils zu gewinnen, das im November zu Constanz eröffnet werden sollte. Er verkündete die Botschaft der Christenheit. Die Reichsgewalt trat an die Spitze der reformatorischen Bewegung. Noch von Italien aus berief er eine Reichsversammlung nach Speier, „Frieden und Gemach

zu bestellen.“ Er kam in der Hoffnung, die Geladenen stattlich und in voller Zahl zu finden und daß ihm alle Stände, zumal die Fürsten, hülfreich sein würden, dem Reich zu Ehren und Frommen. Sein hochsinniges Beispiel hatte keinen Eindruck gemacht, am wenigsten einen tiefen oder nachhaltigen. So gut wie Niemand war erschienen; er wartete vierzehn Tage vergebens, anberaumte einen neuen Tag in Coblenz, beschied die Kurfürsten, ihn dann zur Krönung nach Aachen zu geleiten. In Mainz ward er schnöde behandelt. In Coblenz wartete er vier Wochen, ohne daß die Geladenen sich eingestellt oder auch nur Boten gesendet hätten.

Wo war die Reichspartei? Was hatte in den jüngst vergangenen vier Jahren der „Staatsmann der endlich ans Ruder getretenen deutschen Partei“ geschafft? Der König wollte schon ungekrönt von dannen gehen, Deutschland seinem Schicksale überlassen, sich ganz auf Ungarn zurückziehen. Der Burggraf verstand, ihn umzustimmen. Durch seinen Eifer und Einfluß kam es endlich im November 1414 zur Krönung. Man kehrte mit frischerer Hoffnung von Aachen zurück. Auf dem Wege nach Constanz, in Frankfurt, bezeichnete Sigismund eine ganze Reihe von Punkten, in denen die Fürsten ihr Recht überschritten und dem Reich zu Schaden seien, verhieß Leib und Leben nicht sparen zu wollen, um zum gemeinen Nutzen zu wirken und in Constanz auch die Abstellung der Schäden im Reich durchzuführen; er mahnte die Städte ihm beizustehen, außer denen das Reich ja nichts habe; er äußerte, wenn er mit den geistlichen Herren durchkomme, so hoffe er auch wohl mit den weltlichen Fürsten durchzukommen, an denen er freilich großen Anstand habe.

Die glücklichsten Erfolge schienen die Politik Sigismunds und Friedrichs zu rechtfertigen. Die Wahl des ersteren, die Krönung waren Triumphe über diejenige Richtung

im Reich gewesen, welche sich aller Pflichten gegen Kaiser und Reich entschlagen, dem eigenen Interesse auf Kosten des Ganzen nachgehen zu können meinte. Des Burggrafen Beispiel in den Marken zeigte, wie man auch in größeren Verhältnissen, in denen der Fürsten zum Reichsoberhaupt, zu verfahren habe, und daß die Idee der Obrigkeit die Spannkraft besitze, noch so tief zerrüttete staatliche Verhältnisse zu reformiren.

Hätten sich aber die Fürsten der Herstellung einer wirklichen Reichsgewalt gutwillig fügen sollen? Eine beträchtliche Anzahl von ihnen verband sich mit dem Papste, die Constanzer Versammlung zu sprengen. Es gelang jedoch, die fürstliche Opposition für den Augenblick zu bewältigen. Man empfand es sehr bestimmt, wie viel kernhafter, gesunder, durchgearbeiteter unsere Nation war, im Verhältniß zu der Gaunerei und Büberei der Italiener, der brutalen Gewaltlust der Engländer, der zuchtlosen und hoffärtigen Art der Franzosen. Wenn jetzt der hohe und niedere Adel wie dreißig Jahre zuvor das Bürgerthum in seine Schranken zurück gewiesen und dauernd in das rechte Geleise des Reichslebens gebracht wurde, und die Reichsgewalt nicht abließ, die reichlich vorhandenen edeln und starken Kräfte des nationalen Lebens zusammen zu halten und zu Einem hohen Ziele zu führen, so stand für Deutschland wie für kein anderes Land jener Zeit die höchste Entwickelung und Blüte in Aussicht. Nach der Natur der Verhältnisse mußte zur Seite des Concils auch die reichsständische Berathung in den Vordergrund treten und als das rechte Mittel erkannt werden, das Wesen des Reichs in gesunde und selbst heilende Thätigkeit zu bringen, und je klarer man diesen parlamentarischen Charakter herauszubilden, die Glieder des Reiches daran zu gewöhnen vermochte, ihre besonderen Interessen nicht mit List und Gewalt gegen einander festzu-

halten, sondern erörternd auszugleichen und in dem höheren des Reiches zusammen zu fassen, desto gewisser erhob man das Gemeingefühl der Nation und die Kraft des Reiches. Unter Wenzel und Ruprecht waren die Reichstage mehr und mehr außer Übung gekommen. Aller Nachdruck ward jetzt auf dies Moment des Reichslebens gelegt. Im Frühling 1415 begannen in Constanz die großen Berathungen über die Herstellung einer besseren Ordnung.

Zuerst jedoch ließ das Kurfürstencollegium es an sich fehlen. Es gab darin nur eine einzige treue und verläßliche Stimme. Sigismund wünschte dem Hauptwidersacher, dem Mainzer Bischofe, einen überlegenen Gegner gegenüber zu stellen, die lebendige Kraft der Reichspartei, die Initiative der Reichsreform in des Reiches obersten Rath zu verlegen, sie dort für die Dauer zu gründen. Er übertrug dem Burggrafen die Mark Brandenburg nun auch mit der Kur- und Erzkämmererwürde. Er bekräftigte dadurch, daß er von dem Eigenen zu opfern bereit sei um des Allgemeinen willen; er gewann damit ein Recht, auch von Denen Opfer zu fordern, die nur zu lange auf Kosten des Reiches Gewinn auf Gewinn gehäuft hatten. Die Wahl des Burggrafen zum römischen Könige, ein Wiedereinlenken in die Politik Heinrichs VII. ward in Aussicht genommen; man hoffte dem Reiche ein Regiment und rettende Formen zu schaffen oder die vorhandenen zur Genüge zu erneuern und zu kräftigen, ohne daß erst noch größeres Elend und Schande kommen müßten, eindringlicher zu lehren, was Noth sei.

Der Reformentwurf, der den versammelten Ständen vorgelegt wurde, ging im Wesentlichen auf die Anordnungen des Landfriedens von Eger und des letzten Landfriedens von 1398, der nirgends zur practischen Geltung gekommen war, zurück. Die Städte äußerten sich sogleich

sehr entgegenkommend. Das Concil verurtheilte den Papst und Huß. Sigismund stand in der vollen Höhe seines Ruhmes und seiner Kraft. Er unternahm zu noch besserer Förderung der nächsten Zwecke des Concils, zur Herstellung der völkerrechtlichen Bedeutung der deutschen Krone, seine große Friedensreise von anderthalb Jahren. Ihr Erfolg war indeß kein entsprechender. Als er zurückkehrte hatten sich die Dinge im Reich wie auf dem Concil nicht zum Besseren gewandelt. Die Fürstenopposition hatte das Haupt wieder erhoben und befand sich im Wachsen. Im Concil war Zwist entstanden; es schloß mit der Restauration eben der Gewalt, die seit der Hohenstaufenzeit nicht aufgehört hatte, das Kaiserthum in seinen Fundamenten zu untergraben; ghibellinisch in seiner Aufgabe, seinem Wesen, seinem Anfange, endete es vollkommen guelphisch. Während es nichts gethan, die imperatorische Gewalt zu erhöhen oder auch nur sicher zu stellen, ließ es ihren Gegnern in und außer dem Reich freie Hand, sie nach bestem Vermögen zu beeinträchtigen. Die Reichsreform nahm den entsprechenden Gang. Sigismund griff die Sache mit erneuter Lebendigkeit auf, lud auf Ostern 1417 nach Constanz alle des Reiches Stände, zu rathen und zu helfen bei so löblichen und nöthigen Geschäften, erinnerte an die Pflicht Aller, verhieß seinerseits das nachdrücklichste Bestreben, sprach die Hoffnung der Wiedererbringung des Reiches durch die Hülfe der Reichsgetreuen aus. Es kamen die Stände und Klagen genug von allen Seiten; doch in dem Maß wie der Kaiser die Zügel des Concils nicht mehr in der Hand hatte und die fürstliche Opposition angeschwollen, war das Vertrauen der Städte gesunken, die nun in Sachen des Landfriedens erklärten, er werde wohl am Besten nach jedes Landes Gelegenheit bestellt. Sie wollten keine Einrichtung von Reichswegen mehr, wiesen eben das von

der Hand, was die Reichsgewalt wollte und wollen mußte. Noch viel mehr thaten es die Fürsten und Herren. Sigismund machte einen anderen Vorschlag, wonach der Kaiser an die Spitze eines Bundes der nicht landsässigen Städte getreten wäre, seine Stellung als eigentlicher Landesherr der Reichsunterthanen genommen hätte. Den Fürsten und Herren war der Vorschlag genehm, die Städte verwarfen ihn. Die einen erklärten, sie wären gekommen, um wegen Landfrieden, nicht wegen Bündniß zu verhandeln; andre, sie hätten bereits ihre Bünde, die allgemeine Vereinigung sei ihnen nicht gelegen noch nützlich; noch andre stellten Bedingungen, solche wodurch die Sache ihre Bedeutung verlor oder die unerfüllbar waren: die Fürsten sollten sich gleichfalls „versiegeln," oder, man möge erst die Herren in Brabant, Berg, Burgund in des Kaisers Gehorsam bringen. Im Einzelnen ward sodann auf Sigismunds Betreiben Manches gebessert, doch die eigentliche Reform scheiterte; das Reich erhielt keine neue Organisation, die Reichsgewalt keine grundsätzlich stärkere Stellung; daß die alten Zustände trotz so mächtigen Anlaufs, trotz der scharfen Kritik, mit der so umfassende Erörterungen sie beleuchtet hatten, sich behaupten konnten, gab ihnen eine neue trotzigere Kraft.

Was ergiebt sich aus den Thatsachen, aus dieser Darstellung des Verlaufs? Ganz allein der König hatte es nicht an sich fehlen lassen; er allein hatte sichtlich viel zur Sache gethan. Der Verfasser der „Geschichte der Preußischen Politik" meint, der richtige Zeitpunkt sei über der Friedensreise Sigismunds versäumt. Indeß hatten Gründe dafür wie dawider gesprochen. Dawider, man habe zu eilen, auf den guten Anfängen weiter bauend die innere Ordnung herzustellen; man habe es Andern, der Zukunft und Gelegenheit zu überlassen, daß Papst Benedict sich bequeme,

daß die innere Erstarkung auf Italien, Burgund, die Staaten im Westen, Norden, Osten ihre Wirkungen übe. Dafür, daß die persönliche Verhandlung Sigismunds mit Benedict rascheren Erfolg verspreche; daß des Kaisers Macht, noch durch Erfolge der äußeren Politik gesteigert, desto sichrer zum Ziel im Innern kommen werde; daß den Städten zur gründlichen Berathung Zeit gelassen werden müsse, damit das schließliche Ergebniß ein desto allgemeiner gebilligtes und willkommeneres werde. Genug, in Constanz war die Meinung für die Reise die überwiegende gewesen, und wie schwer ist es anzunehmen, daß Diejenigen 1415 zu einer eigentlichen Reform sich herbeigelassen haben würden, sobald es dem Opferbringen und practischen Durchführen galt, die 1417, wenn auch bei weniger günstigen Umständen, doch aber beim Fortbestehen sowohl der Dringlichkeit als gewiß nicht abzuleugnenden Möglichkeit der Reform, diese aus so nichtigen und selbstsüchtigen Beweggründen vereitelten, und zwar nicht an letzter Stelle die Städte. Sie hatten Vorwände, sie hatten auch Gründe für ihre bisherige starre Abgeschlossenheit und das Verharren darin. Da war die Friedlosigkeit im Reich, die Ohnmacht der Reichsgewalt, die Nothwendigkeit der Selbstvertheidigung, die Gefahr dieselbe aufzugeben bei der Ungewißheit des Zustandekommens, der Befestigung der projectirten neuen Einrichtungen. Sichtlich aber schlug die Erkenntniß bei ihnen nicht durch, daß ihr Interesse mit dem des erstarkenden Königthums Hand in Hand gehe. Auch nicht etwa, daß sie etwas Anderes und Geschickteres als der Kaiser gewollt, gewußt, daß sie einen Gegenvorschlag gemacht hätten. Die Liebhaberei für ihre Abgeschlossenheit waltete bei ihnen vor, sie glaubten volles Genüge darin zu finden. Die Einsicht, daß eine besser geordnete Verfassung, eine starke Reichsgewalt, Unterordnung unter

dieselbe, Verzicht auf einen guten Theil der bisherigen Sonderstellungen und Vortheile vornehmstes Interesse des Ganzen so wie der Einzelnen, ja Nothwendigkeit sei, wenn Verderben des Reiches und der sämmtlichen Reichsglieder abgewendet werden sollte — diese Einsicht oder der Wille ihr Raum zu geben, war auch in den Städten schwach, überhaupt die Zahl oder der politische Verstand der Reichstreuen, die Reichsliebe und Treue in der Nation gering — und das war auch 1417 die Grundursache davon, daß es zur Reform nicht kam. Noch während man versammelt war oder heimzog, zeigte sich die Dringlichkeit der letztern von Neuem mit größester Anschaulichkeit. Das Concil nahm einen immer schlechteren Verlauf; die Einwirkungen des Papstthums steigerten sich, und zwar um so bedrohlicher, da sie Hand in Hand gingen mit der schon wieder zu unbesiegter Verschwörung und Empörung anwachsenden Fürstenopposition, an deren Spitze die vier rheinischen Kurfürsten standen; an allen Orten brachen die Fehden und Gewaltsamkeiten wieder aus, bei aufsteigenden schweren Gefahren von den Osmannen, von der hussitischen Bewegung, von Polen und Frankreich. Um so gewisser war die gedachte Ursache die vornehmste.

In der „Geschichte der Preußischen Politik“ wird bemerkt: wenn je so wäre es jetzt nothwendig gewesen, daß das Reich stark und fest geeint dagestanden hätte; wer nicht ganz verblendet war, nicht völlig über Sondervortheil oder Leidenschaftlichkeit das Wohl des Ganzen vergaß, mußte inne werden, wie heillos verderblich die mehr und mehr das Feld wieder gewinnenden Richtungen waren.

Eine neue Bekräftigung unsrer Ansicht. Zu diesem Innewerdenmüssen war die Zeit schon vor dem Anfang des Concils und der Reichsreform gewesen. Schon in ihr hatten die Consequenzen dieser Richtungen vor Augen ge-

legen, und dennoch scheiterte die Reform, scheiterte trotzdem, daß sich die mahnenden Anzeichen dieser Richtungen erneuerten. Deren Verderblichkeit mußte freilich von den nicht ganz Verblendeten und das Wohl des Ganzen Vergessenden jetzt erkannt werden; sie war ja auch schon vor 1415 erkannt. Daraus nun, daß es dennoch zur Reform nicht kam, folgt doch gewiß, daß eben die Meisten ganz verblendet waren oder des Gesammtwohls nicht gedachten und achteten, daß der Einsichtigen und Reichstreuen aber nur sehr wenige waren, und daß es schwerlich richtig ist, wenn dann weiter behauptet wird: Einiges und Bedeutendes schien das neue Bessere doch gewonnen zu haben; es war nun in festen Richtungen ausgeprägt da, hatte seine Partei — wo war sie denn vorhin gewesen? — und sie mußte der Natur der Sache nach in dem Maß, als die Dinge ärger wurden, weiteren Zuwachs gewinnen; ihr Führer war im Kurfürstenrath — er war in Anbegin des gescheiterten Reformunternehmens hineinversetzt —; viele der mittleren und kleineren Herren standen treu zu ihr — man sieht nur zu wenig davon —; die Geschlechter in den Städten „schienen“ erkennen zu müssen, daß sie nur in dieser Richtung Sicherung und Rückhalt finden konnten; die Redlichkeit und Würdigkeit ihres Strebens war so klar und überzeugend ausgesprochen, so sichtlich stand das Recht und das Interesse der Gesammtheit auf ihrer Seite — man durfte sich der Hoffnung hingeben, daß ihre Gedanken weiter wirken, die Geister fassen und einigen würden.

Gerade umgekehrt. Zum wenigsten war an die Verwirklichung solcher Hoffnung in naher Zukunft gewiß nicht zu denken. Wie ohnmächtig alle jene tröstlichen Momente waren, das bewies der klägliche Ausgang der Reformbewegung trotz ihres Vorhandenseins und die nächstfolgenden Ereignisse zeigten, daß das neue Bessere Bedeutendes nicht

gewonnen, und wenn es nun eine Partei hatte, die immerfort angekündigte und in Kraft nie erscheinende und sich bethätigende, daß sie klein und nicht mächtig war. Man erkannte, man sagte, wie es in einem Gesetzbuche der Zeit ausgedrückt wurde: Nimm uns das Gesetz des Kaisers und wer kann noch sagen, dieß Dorf gehört mir, dies Haus ist mein? Es wurde aber doch nur von den Wenigern eingesehen, und wenn von den Mehrern, so entsprachen That und Tugend der Einsicht nicht.

XII.

Friedrich VI. Reichsverweser. Deutschland nach den misslungenen Reformversuchen.

Es ist von Interesse, wird bemerkt, zu beobachten, was es für das Reich bedeutete, daß keine Ordnung darin geschaffen, daß man die bisherigen Besitzstände, die Selbstherrlichkeit, Freiheit, Eigenmacht festgehalten und fixirt hatte. Ja wohl! Demnächst ist es aber auch von Interesse zu beobachten, was der nach Sigismunds Wahl, bis jetzt ohne alle und jede erhebliche Wirksamkeit für die deutsche Politik in die Mitte der Action für dieselbe getretene und zu ihrer Durchführung auch in das Kurfürstencollegium berufene Staatsmann ausrichtete, als das Reichsregiment unmittelbar in seine Hände gelegt ward, und wie seine so vielfältig und so zuversichtlich behauptete, doch eher zweifelhaft als zweifellos erwiesene, jedenfalls noch immer unwirksam gebliebene Kaiser- und Reichstreue seit der Wahl Sigismunds in den der Constanzer Versammlung zunächst folgenden Ereignissen und Zeiten sich bewährte.

Kläglich genug nach des markgräflichen Lobredners eigner Darlegung und Zurechtlegung der Thatsachen, trotz seiner noch sich überbietenden Rhetoren- und Sophistenkünste, zum Theil nach seinem eigenen Urtheil und

Eingeständniß, trotz seinen zum anderen Theil damit im Widerspruch stehenden anderweiten Behauptungen und Urtheilen.

Er referirt und plaidirt für seinen Zweck folgendermaßen.

Sigismund ernannte den Markgrafen zum Reichsverweser. Der Markgraf hätte nun dieselbe territoriale Rolle im Reich spielen können wie so viele Fürsten. Allein er verwaltete sein Amt nach der Anschauung, in welcher allein, wenn auf dem Gewordenen weiter gebaut werden sollte, der Bestand des Reiches und die Rechtfertigung des reichsfürstlichen wie landsässigen Adels zu finden war — der Anschauung, wonach die Fürsten, mit denen und durch die das aus ihrer Mitte erkorene Haupt das Reich regierte, von ihres Amtes wegen des Königs nächste und stete Rathgeber und Helfer, in erster Reihe die Organe der Reichsgewalt und nicht darum, weil sie die mächtigsten unter den Landesherren, so hochberufen waren, sondern hervorragende Macht hatten, um desto hingebender und nachdrücklicher dem Reiche ihre Pflicht leisten zu können.

Aber wenn wir auch annehmen, der Markgraf habe bisher keine territoriale Rolle gespielt und nicht im territorialen Streben sondern auf den Wegen der Politik der Reichspartei die Marken und die Kur gewonnen: war es denn nun ein besonderes Verdienst, wäre er nicht gar zu arg aus der Rolle des Reichspolitikers gefallen, wenn er sofort die neue Stellung benutzt hätte, entgegen der übernommenen Pflicht und gänzlich den Beruf verleugnend, eben so zu thun wie so viele selbstsüchtige Fürsten? Wenn er es gethan, hätte er nicht geradezu hinter sich gehauen, da er das Königthum für sich selbst in Aussicht genommen, und noch viel mehr, wenn er es im Sinne Heinrichs VII. herzustellen gedachte? Hatte er nicht in beiden Fällen das

größeste eigene Interesse, zu trachten, daß die Fürsten unter die Reichsgewalt gebeugt würden, und jedenfalls unvorsichtig übereilter territorialer Strebungen sich zu enthalten? Und welche Mittel gab ihm denn die ohnmächtige Reichsgewalt zu solchen? Seine eigene Macht war kaum zulänglich, die Marken in Gehorsam und Ordnung zu erhalten, wie die „Geschichte der Preußischen Politik“ an anderen Stellen berichtet. Auch erzählt die letztere Vorgänge, worin der Markgraf nach ganz kurzer Zeit als wie nur Einer die territoriale Rolle spielend erscheint. Sie bietet Alles auf, seine Reichsverweserschaft und deren Bedeutung ins Licht zu stellen, und kann trotzdem nicht mehr erweisen, ja sie behauptet zuletzt nicht einmal ein Mehres, als daß er „Einiges“ geordnet und zum Bessern gekehrt, Anderes „eingeleitet“ hatte, als er 1419 von Sigismund zu einer Zusammenkunft nach Breslau beschieden wurde, während die ärgsten und gefährlichsten Unordnungen und Gewaltsamkeiten unbezwungen waren oder ausbrachen und man im Beginn einer allgemeinen Krisis und Deutschland ihr gegenüber — Alles bei seiner Reichsverwesung — im Zustande heilloserer Unordnung als je sich befand, da die Unbotmäßigkeit jetzt mit dem Bewußtsein des Unrechts und seines Vortheils in immer tiefere Kreise hinabdrang, und in demselben Maße dreister, roher, zerrüttender wurde.

In Böhmen brach die hussitische Revolution aus, mit ihren Stürmen den deutschen Osten, die unreformirt gebliebene Kirche bedrohend. Im Nordosten wurden die deutschen Ordenslande, im Norden die holsteinischen schwer bedrängt. In Frankreich erneute sich unter furchtbaren Kämpfen der Staat monarchischer als er je zuvor gewesen, während England im wilden Streite seiner Parteiungen versank. Schon wurden die rheinischen Niederlande in jene Kämpfe mit hineingerissen. Und derweil die abendländische

Welt so in Wehen lag, schwoll die furchtbare Macht der Osmannen fort und fort, umklammerte immer fester den Rest des griechischen Kaiserthums, überschritt schon die Donau, erreichte die Adria, bedrohte das Herzland Europas. Das Concil hatte einen Wendepunkt in der Geschichte des Abendlandes bezeichnet, in welchem sich kirchlich wie politisch eine neue Zeit aus dem Schooß des noch mittelalterlichen Lebens ringen wollte. Die dem Concil folgende europäische Krisis traf Deutschland nach einem vergeblichen Reformversuch, in der ganzen Ermattung, die einer Fehlgeburt folgt, in dem Zustande innerer Zersetzung, Verbitterung, Stumpfheit, in der alle übeln Leidenschaften wuchern, alle gesunden Kräfte stocken und an sich selber irre werden. —

Kann man dies sagen, so wird man doch nicht sagen können, jene europäische Krisis habe Deutschland wie von dem an jede folgende nach einem vergeblichen Reformversuche getroffen. Es ist wahr von der europäischen Krisis unserer Tage, aber z. E. nicht wahr von der, welche mit der französischen Revolution eintrat und worin das Reich unterging, es müßte denn der Fürstenbund für einen Reformversuch gelten sollen, der Fürstenbund Friedrichs des Großen, der immerhin für eine Fehlgeburt gelten mag, in welchen Einzelne ihre Ideen einer Reichsreform hineinlegten, der aber eher einer solchen entgegen gesetzt war, und Alles in Allem doch nur in die Reihe der fürstlichen Sonderbünde mit fürstlichen Sonderzwecken gehört, was auch Droysen dawider, und zwar gegen Häusser anderwärts hat einwenden mögen *).

Die „Geschichte der Preußischen Politik", in welch ein verwunderliches Licht bringt sie den Gründer des preußi-

*) In einem Artikel der Allgemeinen Monatsschrift für Wissenschaft und Literatur (1854, Juniheft), der viele Worte macht und keine Pointe hat.

schen Staats und ihren Helden, indem sie behauptet, eben in diesen Zeiten — wo er im Mittelpunkte der Action, auf dem Höhepunkte seines Einflusses, an der Spitze der Reichsregierung stand — habe sich „das Schicksal unserer Nation entschieden". Man kann es ihr jedoch nicht zugeben, da diesen Zeiten andere mit Versuchen und nicht erfolglosen Versuchen der Wiederherstellung und Erhebung, mit entscheidendern Momenten vorhergingen und nachfolgten.

Wir hörten, welch eine glänzende Zukunft in Aussicht gestanden haben würde, wären Adel und Bürgerthum dauernd in das rechte Geleise des Reichslebens gebracht, hätte die Reichsgewalt nicht abgelassen, die vorhandenen Kräfte des nationalen Lebens zusammen gehalten und zu einem hohen Ziele geführt.

Es war die Rede von den beiden Wegen, welche man einschlagen können; dann wurde die kaiserliche Friedensreise als der Grund des Scheiterns der Reform bezeichnet. Mit dem Allen stimmt es nicht recht, und wir werden es gleichfalls als richtig nicht hinnehmen können, wenn an dieser Stelle gesagt wird, die constanzer Reformbestrebungen wären gescheitert, weil man sich jedes Versuchs radikaler Änderungen enthalten wollen, neue Formen für Gedanken, welche nicht neu geschienen, aber gewesen, weder gesucht noch gefunden und die Sache mit Einem Worte ideal aber unpractisch angefaßt habe. Man hätte also ungeschickt und unentschlossen reformirt. Ist dies mehr oder minder wahr, so ist es doch nicht wahr im Sinne der „Geschichte der Preußischen Politik". Behauptete sie nicht selbst, daß man den Weg eines zu principiellen Verfahrens nach der Idee des Reichsstaats und dem Bedürfniß nicht eingeschlagen habe? Entnahmen wir nicht aus ihrer Darstellung, daß die Reformen, welche in Constanz betrieben wurden, lediglich auf Erneuerung, Belebung, höch-

stens Entwickelung des Hergebrachten und Gesetzmäßigen zielten? Wäre eine radicale, nach neueren — und welchen? — Gedanken nicht noch unpractischer oder idealer gewesen? Dem Reich hätte nur dadurch geholfen werden können, daß man aus der Bahn der Reformen hinausgeschritten wäre? Daß auch von Seiten der Reichspartei daran nicht gedacht wurde, kann nur entweder den Grund, daß radicale Änderungen unmöglich und also auch ihrerseits höchst unpractisch waren und daß man dies erkannte, oder den andern gehabt haben, daß man den einzig rettenden Weg nicht sah oder nicht einschlagen mochte. Im letzteren Falle würde der leitende Markgraf abermals sehr unschmeichelhaft getroffen, wie er es freilich jedenfalls ist, wenn es seine Richtigkeit damit hat, daß die Reform verkehrt angegriffen wurde, die doch immerhin die Ausführung des von ihm aufgestellten Programmes war. Sigismund schlug freilich den idealeren und weniger practischen Weg des Opferbringens ein, auf welchem ihm Niemand nachfolgen wollte. Allein dies wurde gelobt, für nothwendig und das einzig Rettende erklärt. Wie könnte doch gesagt werden wollen, er hätte den Fürsten und Städten gar zu viel zugemuthet — es war auf alle Fälle weniger, als durch radicale Änderungen geschehen wäre, und er versuchte es auf jede Weise, modificirte, reducirte seine Anforderungen je nach dem Sinne der Reichsglieder. Oder wie könnte man in Abrede nehmen, daß die Billigung und Durchführung seiner Vorschläge einerseits sehr viel versprochen hätten und andererseits ganz wohl möglich gewesen wären, hätte nur nicht politische Einsicht und patriotischer Wille in solchem Maße gefehlt. Da es aber hieran so sehr gebrach — und da man eben keinen andern und größern König und keinen größeren oder zulänglichern leitenden Staatsmann hatte ist doch auch gewiß nicht glaublich, daß das Un-

ternehmen radicaler Änderungen, daß Revolution statt Reform zum Ziele geführt haben würde. Wer hätte sie denn machen sollen, die Revolution mit dem Zwecke, das Reich in Ordnung zu bringen, vor allen Dingen eine starke oberste Gewalt zu errichten? Doch wohl nur die Reichspartei. Würde sie aber dabei nicht denselben Widerstand gefunden haben, den sie zur Durchführung der Reform nicht zu überwinden vermochte? Woher, wenn sie die Formen dazu fand, woher sollte sie, um practisch zu werden, die Mittel nehmen, „mit heilsamem Zwange der Einsicht und dem guten Willen nachzuhelfen“? Nicht blos im „Gewissen der Berechtigten“, sondern in dem „Interesse der Unvertretenen“ hätte sie ihren Rückhalt suchen müssen! Sie hätte also versuchen sollen, mit Aufgebot und Hülfe der untersten Massen ein neues ordentliches Staatswesen zu errichten und unter dessen oberste Gewalt die unbotmäßigen Fürsten, Herren, Städte zu beugen? Würden ihr die Massen aber auch gefolgt sein? Waren ihre Genossen die Leute danach, die Massen zu lenken, Volksstürme zu beschwören? Die „Geschichte der Preußischen Politik“ führt hier abermals die Sprache der Reichspartei von 1849, der Iden des Mai dieses Jahres nicht rückgedenkend. Wir sehen nicht, daß die Reichspartei in des Markgrafen Zeiten ein anderes Zeug gehabt hätte. Es ist in der unserigen dagewesen, daß man auf dem Wege der Revolution statt auf dem der Reform ein freies und einheitliches Deutschland herzustellen dachte, und wie schlecht gelang es. Die den Weg der Revolution erwählten, konnten eine solche nicht machen oder scheiterten, wo sie es zu Anfängen brachten, in diesen. Mit einem Worte, dem Reiche konnte zur Zeit des Concils von Constanz eben so wenig aufgeholfen werden durch radicale Neuerung, als in reformirender Weise; es war aber nicht an sich, sondern deshalb unmöglich, weil

die Nation eben so war, wie sie war, auf ihrer niedrigen Stufe der politischen Einsicht und des patriotischen Willens bei aller sonstigen Bildung, Tüchtigkeit und schönen Entwickelung stand.

Größere Thaten hat in der Reichsverwesung Friedrich VI. nicht verrichtet, als jener Thüringer Heinrich, den der letzte der großen Staufen dazu berief; größeren Segen hat Deutschland von des Markgrafen Reichsverwesung nicht gehabt, als von der des Raspe, der, berufen zum Statthalter des Kaisers, an diesem zum Verräther wurde und Berufung und Amt benutzte, das Oberhaupt zu entsetzen und selbst König zu werden. Bewies Friedrich wenigstens mehr Treue?

XIII.

Friedrich und Sigismund. Der Hussitenkrieg. Die vermittelnde Politik des Markgrafen.

Die „Geschichte der Preußischen Politik“ stellt fortan den Kaiser in Schatten, den Markgrafen um so mehr ins Licht, indem sie einen nicht wieder aufhörenden Tadel der seit dieser Zeit undeutschen reichsverderblichen Politik Sigismunds beginnt, überall hervorhebend, wie derselbe zugleich König in seinen besonderen Landen gewesen und Sonderinteressen neben denen des Reiches gehabt und verfolgt habe. Hatten aber und verfolgten die Fürsten und Städte deren keine? Machten sie sich nicht Sonderinteressen, wenn sie etwa keine hatten? Indeß liegt eine Lobrede, eine ausdrückliche Vertheidigung Sigismunds außer unsern Zwecken. Auch wir meinen, daß sein Verhalten in den deutschen Sachen vielfachen gerechten Tadel verdient. Allein durch die thatsächliche Darstellung der „Geschichte der Preußischen Politik“ wird das Urtheil der letztern nicht von fern motivirt.

Dem restaurirten Papstthume war nichts günstiger, als die Welt mit neuen Kreuzzügen in Athem zu halten, der Fürstenopposition nichts günstiger, als den Kaiser in einen Kampf verwickelt zu sehen, der alle seine Kraft für

die Behauptung seiner ererbten Lande, zu welchen nun auch nach Wenzels Tode Böhmen gehörte, in Anspruch nahm. Seine Politik verwandelte sich von dem Augenblicke an, wo ihm die Revolution den Besitz Böhmens streitig machte. Die Reichspartei mochte jetzt lernen, was es bedeute, daß ihr römischer König doch in erster Reihe auf die Rettung seiner Erblande bedacht war. —

Wie hätte das aber anders sein, wie etwas Anderes erwartet werden können? Er war auf das Programm der Reichspartei eingegangen, hatte sich anhaltend um die Reform des Reiches bemüht, wiederholte thatsächliche, die vollgültigsten Beweise geliefert, daß es ihm Ernst um dieselbe sei. Es war Alles vergeblich gewesen. Er sollte, statt auf Deutschland, auf seine Erblande und deren Rettung denken. Die Deutschen wollten es selber so haben. Die Fürstenopposition hatte ihre Lust daran, daß er in den ernstesten Kampf um sein Erb und Eigen verwickelt wurde, und was that die Reichspartei, das Oberhaupt aus diesem seinem Nothstande zu befreien? Hätte sie mit Billigkeit fordern, ja selbst nur wünschen können, daß er sein Ungarn, Schlesien, Böhmen preis gebe? Würde er damit nicht zugleich das wenige, was er im Reiche noch galt und vermochte, preis gegeben haben? Der Moment, in welchem seine Politik sich verwandelte, enthielt auch den sehr erheblich in Betracht kommenden Umstand, daß man ihm die Führung der Reichsangelegenheiten so sehr verleidet und diese entgegen seinen Bemühungen, trotz seines großsinnigen Vorangehens selbst mit Dahingabe von Erblanden, bis zur Hoffnungslosigkeit verdorben hatte. Die Deutschen hatten ihm gezeigt, daß sie weder sich selbst helfen mochten, noch wollten, daß ihnen geholfen werde, und er hätte nun sich selber im Stich lassen sollen, um ihnen auch nicht helfen zu können?

Die bei Karl IV. motivirt gefundene Hauspolitik war dies doch bei Sigismund gewiß nicht weniger, der weit mehr Gefühl hatte für Deutschland, den Reichsstaat, das Kaiserthum im alten Sinne. Die Folge zeigt, daß er auch späterhin noch viel Sinn und Eifer für die Reichsreform bewahrte. Warum wäre es bei seinen Intentionen für die Reichspartei unthunlicher als bei denen Karls gewesen, das auch noch bei seiner dynastischen Politik von ihm zu Erlangende zu ihrem Programm zu machen? Näher als manches Andere lag ihr doch wohl, zu lernen, wohin es ausschlug und wie es sich bewährte, daß ihr vornehmstes Haupt die Wahl des Ungarkönigs bewirkt hatte, ohne verschaffen zu können oder zu wollen, daß derselbe besser unterstützt wurde, und daß der Markgraf-Reichsverweser eigenwillig besondere Wege ging und dem Könige in die seinigen trat, wovon wir sogleich das Nähere hören werden.

Die hussitische Revolution wird als eine slavische und antideutsche mit Recht dargestellt. Lag also die Behauptung Böhmens nicht eben so sehr im Interesse des Reiches als des Königs? War es nicht ganz eng und klein und auch undeutsch, nichts mehr zu sehen als königliche Hauspolitik und abgünstig, absagend dem Könige entgegen zu treten, sobald er die Rettung seines Erblandes und des deutschen Reichslandes mit ganzer Kraft unternahm? Meinten nicht auch die deutschen Rathgeber Sigismunds im deutschen Interesse zu handeln, indem sie riethen, den slavischen Übermuth mit Strenge zu bändigen? Wenn es nur mit vereinter Kraft des Königs und des Reiches geschehen wäre! Es würde doch den deutschen Interessen nicht entgegen gewesen sein, wäre damals Böhmen dem Könige und — dem Reiche gesichert und Deutschland die schreckliche Hussitendrangsal erspart.

Man hätte dies auch wohl erreichen mögen durch einmüthige und entschlossene Politik und Kraftanwendung, worauf es freilich ankam. Denn sichtlich wurde sehr viel, möglicher Weise das Meiste oder Alles verdorben, wenn es in diesem Moment daran fehlte. Es mag sein, daß der Weg des strengen und gewaltigen Einschreitens der minder rathsame und daß die Meinung derer die richtige war, die den entgegengesetzten empfahlen. Allein das Verkehrteste und Gefährlichste von Allem war ohne Frage, wenn man schwankte, sich trennte und verschiedene Wege gerade in der brennenden böhmischen, eben der Sache ging, worin die deutschen und nichtdeutschen Interessen Sigismunds, die Interessen des Reiches und des Oberhauptes am nächsten zusammen trafen und am leichtesten vereinigt werden konnten, worin ihre Ausgleichung am beflissensten hätte gesucht werden sollen. Das Gegentheil geschah. Der Markgraf-Reichsverweser machte seine besondere, eine vermittelnde — mit Verrath oder doch dem etwas sehr Ähnlichem endende, Verderben über Deutschland bringende Politik.

Was auch, und mit mehr oder weniger Recht, wider das Verhalten Sigismunds auf dem Concil in der Sache Hussens und der Böhmen gesagt werden mag: Friedrich war einverstanden, zum wenigsten nicht entgegen gewesen. Als die Empörung in Prag ausgebrochen war, rieth er zur Milde. Als seiner Meinung entgegen das Reichsoberhaupt zum Gewaltgebrauch sich anschickte, blieb der Reichsverweser bei seiner abweichenden Meinung und knüpfte Unterhandlungen mit den Aufständischen an. Der König ergriff in Mähren strenge Maßregeln, mit einem Erfolge, der auch auf Böhmen sich erstreckte; dann begab er sich nach Breslau, auch Schlesiens sich zu versichern.

Die „Geschichte der Preußischen Politik“ nimmt keinen

Anstoß an dem Verhalten des Markgrafen; sie bemerkt hier: Mochten einstweilen die ersten Eindrücke in Böhmen weiter wirken, bis Sigismund selbst in der Fülle kaiserlicher Macht erschien, sein und der Kirche Recht geltend zu machen. Die Reichsversammlung in Breslau hatte ein reichsfreundliches Gepräge; doch sollten sich gerade hier — nach dem Vorangegangenen doch gewiß sehr begreiflich — Mißstimmungen, Entfremdungen erzeugen, die nur zu bald schwere Wirkungen äußerten. Auffallend (?) rasch schwand des Markgrafen Einfluß. Immer weiter entrückte sich ihm (nicht vielmehr er sich?) das Ziel, nach dem er gestrebt, der wirre Gang der Dinge (verwirrte er sie nicht selbst?) zwang ihn (?) mehr als einmal, den Weg der einfachen und großen Gedanken, denen er lebte, wenigstens für den Augenblick, wenigstens scheinbar zu verlassen.

Nur scheinbar? — Wir wollen uns die Thatsachen ansehen, welche die „Geschichte der Preußischen Politik" aufführt.

Zuerst ward in Breslau in der wichtigen Streitsache zwischen Polen und dem Deutschorden entschieden. Der Ordensstaat war gänzlich entartet und hülflos. Sigismund hatte sich wider ihn der Krone Polen verpflichtet, um in Böhmen freie Hand zu behalten. Dennoch gab er einen überaus günstigen Schiedsspruch für den Orden, nach Rath der deutschen Fürsten, des Markgrafen, der es ihm unmöglich machen wollte, in Böhmen den Weg der Strenge zu verfolgen. Sigismund verharrte jedoch auf demselben, der dem Markgrafen zum Verderben führen zu müssen schien. Der Markgraf knüpfte neue Verhandlungen mit den Böhmischen Ständen an, sprengte mit raschen Schlägen auf Pommern und Mecklenburg die gefahrdrohende — zunächst ihm gefährliche — Vereinigung, die im Begriff war zwischen Böhmen und andrerseits Polen, dem skandi-

navischen und einem Theile des deutschen Norden sich zu vollziehen; aber zu dem Feldzuge, den der König in Böhmen mit den Kreuzschaaren und dem Zuzuge einzelner Fürsten unternahm, erschien er nicht, obwohl er sich in einem Vertrage mit Sigismund zur Hülfleistung verpflichtet. Der Feldzug endete mit dem völligsten Siege der Böhmen unter Ziska.

Zur Rechtfertigung wird hinzugefügt: So entfernt der Markgraf war (?) der Pflicht zu vergessen, die er dem Könige schuldete — denn er schreibt: „was er an uns gethan abzudienen mit vollkommener Genüge, das wäre uns unmöglich“ — konnte er sich doch nicht verbergen, daß Sigismunds undurchdachte leidenschaftliche haltungslose Politik das Unglück in Böhmen und die Gefahr für ihn selbst und das Reich fort und fort steigere.

Der Markgraf trennte sich also von der Sache des Königs der Art, daß er, diesem entgegen, mit den Empörern verhandelte, dem Könige Schwierigkeiten in den Weg legte und ihn schließlich, obenein trotz besonderer Verpflichtung, ihm Beistand zu leisten, im Stich ließ; jedoch nicht etwa aus ungerechtfertigter Eigenwilligkeit oder weil er sein nächstes märkisches Interesse voranstellte, sondern aus wohlmeinender deutscher und höchst subtiler Politik. Um Sigismund von dessen reichsgefährlicher Politik zurückzubringen, sagte er ausbleibende Hülfe zum ungesunden Kriege zu — man mochte einmal sehen, wohin man damit kam — und verhalf in der That dem Kaiser und den deutschen Kriegsschaaren zu einer gesunden Niederlage. Sollte es aber für seinen Ruhm nicht besser sein, sein Verhalten auf gewöhnliche nahe liegende und freilich nicht sonderlich preiswürdige Motive zurückzuführen, als gelten zu lassen, womit es gerechtfertigt und gepriesen werden soll, daß ihm diese deutsche Politik zum Grunde gelegen?

Wie dem sei, was für den Markgrafen-Reichsverweser daraus folgte, daß er sich des Kaisers und Reiches so angenommen, war sehr natürlich.

Jeder Versuch, den er machte, auf Sigismunds Entschließungen wieder Einfluß zu gewinnen, scheiterte; die Kluft zwischen dem Könige und ihm wuchs; daß er nicht zum Feldzug erschienen, galt in den Augen des Königs als Undank und völlige Abkehr. Wenn Friedrichs ganzer Sinn auf die Besserung des Reichs von der Reichsgewalt aus gestellt war, so mußte er erkennen, daß dieser Weg sich ihm zu schließen begann. (Vielmehr hatte er sich ihn durch seine Abkehr vom Könige selbst verschlossen.) Sigismund gab den Verdächtigungen Gehör, die der feindselige Herzog Ludwig von Baiern, der Alles in Bewegung setzte, des Markgrafen Einfluß auch moralisch zu vernichten, durch Schmähbriefe überall hin verbreitete: nur durch des Königs Gnade und ohne alles Verdienst sei der Markgraf erhoben, habe schon Verrath an Wenzel und Ruprecht verübt, seine Art sei es, zu den Feinden seiner Wohlthäter überzuhüpfen. Der Markgraf sicherte die Marken im Innern und an den Grenzen, was viel, aber nicht genug war, da fort und fort die Macht der Böhmen wuchs, deren stets wiederholte Beschwerde gegen Sigismund war, daß er die Marken von der Krone abgerissen (eine Beschwerde, wodurch die Verbindlichkeit Friedrichs gegen Sigismund noch größer erscheinen mußte). Der Markgraf, um noch gesicherter gegen die vom Könige ihm drohende Gefahr zu sein, schloß nun ein Bündniß mit Friedrich von Meißen, dem die Anarchie in Böhmen gelegen war, mit dem er bisher nichts weniger als in gutem Vernehmen gewesen, da ihre politischen Richtungen weit auseinander gingen, und da jener Friedrich noch kürzlich zu Herzog Ludwig gestanden. Noch weiter aus seiner bisherigen Richtung hinweg mußte ein zweiter Schritt „scheinen.“

Dem Polenkönige war zum zweiten Male die böhmische Krone angeboten, und wenn er sie annahm, so war ganz Polen sofort hussitisch, der Deutschorden, die ihm verpfändete Neumark, das Deutschthum in Schlesien nicht zu retten, es bildete sich eine Slavenmacht von unermeßlichen Ansprüchen, von unwiderstehlicher Expansivkraft. Der Markgraf faßte die Sache bei der Wurzel (?). Er bahnte ein Verlöbniß seines zweiten Sohnes mit der Erbin von Polen an, wodurch für dessen Zukunft gesorgt, für die nächste Zeit ein Einfluß auf die polnische Krone gewonnen wurde, wie er nur erwünscht sein konnte. Daß Sigismund mit dieser Verbindung zufrieden sein werde, stand um so mehr zu erwarten (?), da ihm die polnische Princessin in nächster Weise verwandt war. Vorauszusehen war, daß man so große Zwecke nicht ohne bedeutende Zugeständnisse werde erreichen können (!). Der nächste Erfolg der Verhandlungen war (?), daß der Polenkönig die böhmische Gesandschaft zum zweiten Male abschläglich beschied. Sigismund war wiederholt geschlagen, hatte den Rest seiner Schaaren entlassen, befand sich auf traurigem Rückzuge nach Mähren; dort legte ihm der Markgraf den Stand der Verhandlungen dar. Das alte Vertrauen war dahin. Schriftlich sandte Sigismund die Antwort. Er erinnerte den Markgrafen an alle Wohlthaten, die er ihm gewährt, und wie er sich jedes Dankes, jeder Treue von ihm versehen. Den Heirathsplan mahnte er auf das ernstlichste aufzugeben. Er habe alte geschworene Bündnisse mit dem Polenkönige, die noch fünf Jahre über dessen Tod hinausgingen, habe auf große jetzt zu Polen gehörende Landschaften von der Krone Ungarn wegen Ansprüche, worüber leicht Krieg mit Polen entstehen könne. Der Polenkönig verkehre mit den Hussiten, und es sei die Rede, daß sein Vetter die böhmische Krone annehmen werde. Er warnte den Markgrafen, sich mit Feinden des Christenglaubens zu

verschwägern, sich in Fährlichkeiten einzulassen, die seiner Ehre und seinen Eiden entgegen seien; von seiner Ehrbarkeit, Weisheit und Vernunft, die er kenne, erwarte er den besseren Entschluß; bei der Ehre und Treue, die er ihm und dem Reiche schulde, bei den Eiden, die er geschworen, bei seiner und des Reiches schwerer Ungnade fordere er das Aufgeben des Planes!

Vergebens. Der Markgraf (nun doch wohl mehr als scheinbar die großen Gedanken verlassend, denen er lebte, und dynastisch-territorial handelnd, wie nur immer Andere, Sigismund, die Mitfürsten) der Markgraf begab sich nach Krakau und schloß die Verträge ab, wonach sein Sohn zum dereinstigen Gemahl der Princessin und zum Könige von Polen bestimmt wurde und am polnischen Hofe blieb, um dort heimisch zu werden (!). Zugleich ward ein geheimer Vertrag zwischen dem Markgrafen, dem Polenkönige und dem Großfürsten von Lithauen wider den Deutschorden geschlossen. Freilich dem Kriegseifer der Verbündeten nachzugeben, war der Markgraf auch wieder nicht gemeint. Er verstand es, sie zu bewegen, dem Orden noch Waffenstillstand auf ein Jahr zu gewähren, da er selbst noch nicht hinlänglich gerüstet sei; desto bedrohlicher waren die Worte, mit denen er seinen Eifer bezeugte, „er werde indessen die Mittel und Wege finden, die Ritter auch ohne Krieg so mürbe zu machen, daß sie nicht blos sich bequemen sollten nachzugeben, sondern ihre Schlachtrosse vor die polnischen Küchenwagen zu spannen.“ (!)

Wie richtig immerhin des Markgrafen Politik sein mochte, es war sehr begreiflich, daß sie noch zweideutiger erschien, als sie wirklich war und von denen, die so oft die Strenge seiner Principien verwünscht oder gefürchtet, mit Schadenfreude ausgebeutet wurde. Hatten nun die nicht recht, die immer seine Treue gegen Kaiser und Reich

nur für eine andere Art, dem eigenen Vortheil zu dienen, gehalten hatten? Kein Zweifel, daß man in Sigismunds Umgebung diese Stimmungen theilte, daß Sigismund selbst auf das Heftigste erregt war. Er hatte nun auch Mähren, Dalmatien, Siebenbürgen verloren, ward von Venedig, vom Sultan bedrängt, und seine Ungarn klagten, daß er für sie nichts thue. Welche Gefahr erwuchs da auch dem Reich! Schon drohte die wilde zerstörende Gewalt, von Böhmen über die Grenzen sich hinaus zu wälzen, und in Deutschland waren Baiern und Franken von wilder Fehde erfüllt — (und der König und der Reichsverweser im Zwiespalt!). — Alles Folge der standhaft behaupteten Selbstherrlichkeit und vielgerühmten Freiheit, der Versäumniß in des Reiches Sachen zur rechten Zeit Ordnung zu bringen (und doch wohl auch der markgräflichen Politik, die den König in so sichtlich auch deutschen Kämpfen im Stich ließ, während die Fürstenopposition das Oberhaupt mit Behagen darin hatte verwickelt werden sehen).

Herzog Ludwig gab Sigismund Kunde, der Markgraf habe den rheinischen Kurfürsten geschrieben, daß sie auf eine neue Königswahl denken möchten. Doch „wird“ die Abschrift des angeblichen Briefes kein Beweis der Richtigkeit der Meldung sein. Wie wenig der Markgraf mit Sigismund einverstanden sein, wie peinlich er dessen veränderte Gesinnung empfinden mochte, so verblendet war er nicht, daß er gerade jetzt durch eine Wahl die Verwirrung im Reich hätte auf den Gipfel treiben sollen. Vielmehr war er unablässig bemüht, zu mäßigen, auf die Machthaber in Böhmen wie früher einzuwirken; er machte ihnen Vorstellungen: sie möchten vor dem Reich Klage erheben, er sichere ihnen zu, daß dieselbe dort untersucht und danach verfahren werden solle u. dgl. Freilich war an eine Politik, die diesen Äußerungen entsprochen hätte, Seitens des Königs und des

Reiches nicht mehr zu denken, wo der Ketzerhaß in einer Weise schwoll, die aller Politik ein Ende machte oder doch als Maske diente, alle möglichen Zwecke dahinter zu verbergen.

Sigismund schrieb einen Reichstag aus, verlegte ihn und erschien dann nicht, auch nicht auf einem Fürstentage in Wesel, wozu man ihn eingeladen. Im Sommer 1421, unter Leitung des päpstlichen Legaten, ward eine große Fürstenconföderation zum Kriege gegen die Ketzer geschlossen, in welche auch nahe an hundert Städte eintraten. Auch der Markgraf rüstete jetzt zum Ketzerzuge. Nicht daß er den päpstlichen Antrieben und der Conföderation lieber als dem Könige seine bessere Einsicht zum Opfer brachte. Aber — die bairischen Herzöge bedrängten die fränkischen Lande arg und immer ärger; er mußte inne werden, daß die mittlere Richtung, die er vertrat, je länger desto unhaltbarer wurde. Nur durch seinen Beitritt vermochte er die märkische Mannschaft aufzubieten und in Franken mit einer den Erfolg sichernden Streitmacht zu erscheinen. Es war eine Vorbedingung des Zuges, daß man im Rücken Ruhe hatte.

In völliger Auflösung, schmählicher als der erste Kreuzzug, endete dieser zweite; ein auf 200,000 Bewaffnete geschätztes Heer, die Blüthe ritterlicher und städtischer Kriegsmacht, zerstob vor dem blinden Ziska und seinem kleinen Heere — eine schwere Kritik über das neue System der Conföderationen, eine schwerere über die gesammte Kriegsverfassung im Reich, die schwerste über Diejenigen, die mit unerschöpflichem Eifer jede Besserung am Reich gehindert, jede Minderung der Reichsgewalt als eignen Gewinn angesehen hatten und nun alle Schuld auf den Kaiser warfen, der nicht zum Reichs- und Fürstentage, nicht zum Kreuzheere gekommen war, weil er nicht hatte kommen können. — War der Ausgang nicht auch eine schwere

oder vielleicht die allerschwerste Kritik über Diejenigen, die ihre besondere Politik gemacht hatten?

Der dritte Kreuzzug hatte keinen besseren Ausgang. Sigismunds Politik, in der einst das Reich die erste Stelle eingenommen, bewegte sich jetzt nur noch in den Sonderinteressen seines Hauses. Er wollte nichts als Böhmen. Den fürstlichen und städtischen Gewalten im Reich war am meisten angelegen, ihre errungenen Besitzstände gegen die immer schwieriger werdenden unteren Massen zu sichern, was am Besten durch Schürung des Ketzerhasses und neue Kreuzzüge geschehen zu können schien, wozu auch die Beute im Ketzerland lockte und die päpstliche Politik fort und fort antrieb, die jetzt speciell eine Theilung Böhmens im Plan hatte und für diesen auch mehrere Fürsten gewann: Friedrich von Meißen, der die böhmische Kur, den Bischof von Köln, der ein oder das andere böhmische Fürstenthum, den König von Polen, der schlesische Herzogthümer erhalten sollte. Die polnische Heirath wird als Grund angeführt, daß — auch der Markgraf seine Zustimmung gab.

So die „Geschichte der Preußischen Politik". Daß auch der Markgraf „seine Zustimmung gab", was will es sagen, als daß auch er bei solcher Lage des Reiches in die Verschwörung gegen das gekorene Oberhaupt, in den Raubbund gegen Sigismund eintrat. Was sagt aber nun der Lobredner und Advokat zu seinem kaiser- und reichstreuen Markgrafen? Je nachdem man gestimmt ist, muß es Entrüstung oder Lachen erregen, seiner reinwaschenden Mühe zuzuschauen.

Es hat etwas Peinliches, sagt er, zu sehen, wie ein Fürst von solchem Character und solcher Einsicht, der einst „wie der Morgenstern über dem Nebel" erschienen war, immer weiter von Dem, was er gewollt und vertreten, hinweggedrängt, immer tiefer in falsche Stellungen getrie-

ben wird. Allein er war nicht mächtig, nicht unabhängig genug, um sich aus dem Strudel der Verwirrung zurückziehen zu können. Was geschah und wie es geschah, konnte er nicht anders als beklagen, ohne daß er es zu ändern oder zu hindern vermocht hätte. Zwischen falsche Alternativen gestellt, mußte er wählen; und wie er auch wählte, trat er mit seiner eigenen Vergangenheit in Widerspruch. Die Grundbedingungen der Wirksamkeit, auf die er seine beste Kraft gewandt, waren zerstört. Mochte er sich sagen dürfen, daß er nicht aufgehört hatte, dem König mit Treue zu dienen und nach bester Überzeugung zu rathen, ja so weit irgend möglich, dessen Wünschen sich zu fügen, — ihre Auffassung der ganzen Sachlage hatte einen Zwiespalt entstehen lassen, der immer peinlicher, immer unheilbarer wurde. Wie Großes immer der Markgraf dem Könige dankte, es war die Gemeinsamkeit höchster Zwecke gewesen, die sie zu einander geführt und an einander geknüpft hatte. Nicht um Sigismunds Person, sondern um des Reiches willen hatte der Markgraf jene Königswahl von 1410 durchgesetzt; um des Reiches willen war ihm die Mark übertragen, waren jene Verabredungen getroffen worden, welche der dereinstigen Nachfolge im Reich den Führer der Reichspartei vorbehielten. Von dem Allen war nicht mehr die Rede; dem Könige galt nur noch die Herstellung seiner Hausmacht; sie einst in ganzem Umfang zu erben, vereinte Albrecht von Österreich die äußersten Anstrengungen mit denen des Schwiegervaters. Schon mochte man durchfühlen, daß des Königs Sinn auch die Nachfolge im Reich hinzu zu fügen wünschte. Gelang es, so war den Schicksalen Deutschlands diejenige Wendung gegeben, welche unter allen denkbaren von der am weitesten entfernt war, in der der Markgraf das Reich zu retten gehofft hatte. (Durch seine Wahl.) In solchem Zusammenhange erscheint es be-

greiflich, daß der Markgraf auf den kühnen Plan der Curie einging. Vielleicht nicht einmal, um ihn durchführen zu helfen; — es ist nicht in seiner Art, daß er die Hand dazu hätte bieten sollen, in der unglücklichen böhmischen Frage auch noch die letzte feste Basis, die der Legitimität, zu zerstören, — vielleicht nur, um in desto stärkerer Weise der verirrten Politik Sigismunds entgegen wirken, ihn zur Umkehr zwingen zu können. (!!) Freilich ein Mittel höchst gefährlicher Art. Nicht blos, daß es die Fürsten, geistliche wie weltliche, einen starken Schritt in eben der Richtung weiter führte, die Niemand eifriger als der Markgraf selbst bekämpft hatte; es gab zugleich der Curie einen Hebel in die Hand, um diejenige Gewalt zu zerbrechen, die allein im Stande war, mit einem neuen Concil ihrem wachsenden Übermuth zu begegnen; es gab ihr in den inneren Angelegenheiten des Reiches das Übergewicht zurück, das mit den Tagen des Concils für immer beseitigt geschienen hatte. Mußte der Markgraf nur um so dringender wünschen, daß es mit diesem Project nicht zur Ausführung käme, so hatte dasselbe nach einer andern Seite hin eine Wirkung, welche die Kraft derer, die man nieder zu werfen gedachte, unermeßlich steigernd, ihren Gegnern eine Mahnung sein konnte, ihren Rivalitäten ein Ende zu machen. So geheim waren die Vorgänge im Reiche nicht, daß die Böhmen nicht hätten erfahren sollen, was gegen sie geplant wurde. Sie mußten erkennen, wie gesteigerte Gefahr ihnen drohe, wenn ihr zerrissenes Land als Beute ausgeboten wurde. Es galt sich innerlich desto fester zusammen zu schließen. Man hatte Zusage des Großfürsten Witold, daß er die Krone annehmen werde. Er sandte seinen Neffen, um welchen Alles sich schaarte, als er mit Begünstigung des Polenkönigs erschien, der nun zum entscheidenden Schlage gegen den Orden rüstete. Die böhmische Sache erhielt eine Kraft und innere Haltung,

die ihr wider die uneinigen Gegner eine um so unwiderstehlichere Macht gab. —

Welche Früchte der markgräflichen Politik, welch eine Politik nach ihren Früchten, und welch eine Vertheidigung dieser Politik! Eine Vertheidigung, die nur noch mehr darauf hinführt, daß die Zeitgenossen Recht haben mochten, die die Treue des Markgrafen gegen Kaiser und Reich nur für eine andere Art hielten dem eigenen Vortheile zu dienen; nur noch mehr darauf hinführt, daß diese Treue ihm blos zur Maske diente, alle mögliche eigennützige Zwecke dahinter zu verbergen, oder doch mindestens nicht so fest war, um den Wechsel mit ihrem Gegentheil auszuschließen, nicht von fern so echt und unzweifelhaft als sie dargestellt werden will. Was zu ihrem Erweise angeführt wird, läuft auf loses Combiniren oder bloße Behauptung hinaus. Wo sie, wie bei Sigismunds Wahl, vorhanden zu sein „scheinen dürfte," liegen sichtlich auch Triebfedern des eigenen Nutzens vor, aus denen das Verhalten des Markgrafen erklärt werden kann, ohne daß man die Treue nur zu Hülfe zu nehmen braucht. Sein Verhalten gegen Wenzel und Ruprecht war allermindestens ein zweideutiges gewesen. Nun da er die Marken und von Sigismund nichts mehr zu hoffen hatte, die Aussicht selbst König durch letztern zu werden ihm geschwunden war, Sigismunds Politik ihm zugleich Gründe oder Vorwände und Beschönigungsmittel des Abfalls bot, warf er Sigismund weg gleich jenen. Der allein vollgültige Beweis der Treue ist der, daß sie Probe hält. Die seinige bestand die Probe eben nicht und dies berechtigt nach dem Vorhergegangenen um so mehr zu dem Rückschluß, daß sie niemals, auch in der Zeit nicht lauter gewesen, wo sie noch am meisten vorhanden zu sein schien. Welch ein klägliches Bild gibt der Schönmaler von seinem Manne, der zu so viel Macht und Höhe emporge-

stiegen, und doch nicht mächtig und unabhängig genug ist, um nach seiner bessern Einsicht handeln, zu bedeutend geworden ist, um sich von faulen Sachen zurückhalten zu können, um nicht gemüßigt zu sein beim Selbstbeklagten sich zu betheiligen; der nur gerade so hoch emporgekommen, daß er zwischen falsche Alternativen gestellt, er mag thun was er will, mit sich selber in Widerspruch geräth! Oder vielmehr, der sein Ersonnenes und Begonnenes zu vollbringen, sein Erzieltes zu erreichen das Talent oder die Kraft nicht besitzt, und nicht redlich und fest genug ist, zum wenigsten die Linie des Rechtthuns zu behaupten. Wie die Tendenzschreiberei sich verwickelt und in die Lage geräth mit ihren eignen Waffen geschlagen zu werden! Sie will erweisen: schon die Stammväter und Gründer lebten der Reichsidee, das Streben für das Ganze war die Tradition dieses Hauses. Sie zielt auf den Schluß der geschichtlichen Berechtigung und Mission des preußischen Staates, an die Spitze Deutschlands zu treten — und bricht — durch ihre tendenziöse Einseitigkeit sehr unvorsichtig den Gegensatz provocirend und berechtigend — einer eben so guten oder schlechten Deduction die Bahn, die etwa so lauten könnte: — Schon dem ersten Gründer war die Reichsidee und Reichstreue nur eine andere Art dem eigenen Nutzen zu leben, diente ihm nur als Larve des Ehrgeizes und der Selbstsucht, oder es lag im besten Falle Beides in ihm: Reichsliebe und eitle Selbstliebe, ein lebhaftes Gefühl für die Herstellung des Reichsstaates und prickelndes dynastisches Vergrößerungsgelüst, so daß er nach der Thätigkeit und der Ehre eines führenden Staatsmannes geizte und seiner Befähigung doch mißtraute und offnes Hervortreten mit seinen wahren Gedanken scheute; so daß er für kühne gefahrvolle usurpatorische und als solche nackt sich darstellende Entwürfe zu weich oder zu redlich und edelgesinnt, und um

zweideutigen Handelns sich zu enthalten nicht lauter und stark genug war; so daß er in dem Glauben, zu verdienen seinerseits an der Spitze zu stehen voll geheimer Begier danach war und doch zurückschreckte vor den stärksten und sichersten Mitteln dazu zu gelangen. Er schwankte negativ zwischen Beidem hin und her, und je nach den Umständen war das Eine oder Andere das Stärkere bei ihm, nur daß er, schon weil stets zu sehr auf den Schein bedacht, es nie zur wagenden oder verwogenen Entschlossenheit und That brachte. Und das ist von ihm die Tradition seines Staates, die dieser nur in Ausnahmen verlassen. Die Doppelrichtung des Gründers machte diesen wo nicht falsch doch verdächtig, entzog ihm Vertrauen wie Zuneigung, flößte ihm die Liebhaberei für eine vermittelnde Politik ein, die ihn verwickelte, mit Verrätherei endete und Deutschland in unabsehbares Verderben stürzte. Die Doppelrichtung des Gründers brachte ihn selbst und seinen Staat in jene klägliche schiefe Lage, jene Zwitterstellung, die ihn verführte, indem er das Gute wußte und das Böse beklagte, das Böse dennoch zu thun. Auch das ist vorbedeutend für die traditionelle Politik des durch ihn gegründeten Staats!

Welch eine Moral ist das, statt verleitete ihn, zu sagen zwang ihn, zumal wenn der Versuchte und Fallende die Versuchung, die vermeinte Nöthigung, durch eigene Schuld herbeigezogen hat! Welch eine Moral, die da wiederholt argumentirt: ich muß Theil nehmen an dem Bubenstücke, weil ich es nicht hindern kann! Gesetzt es stände fest, daß der Markgraf den „kühnen“ Plan der Curie nicht vereiteln konnte, so ist doch nicht abzusehen, warum er an ihm hätte Theil nehmen müssen. Er war durch die polnische Verbindung verstrickt, aber zur Theilnehmung und Förderung zwang sie ihn nicht, ob man auch einen Zwang

zum Schlechten annehmen wollte. Er hatte den Verrath nicht gesponnen, den Anschlag wider den Kaiser nicht erdacht, sagt der Geschichtschreiber der preußischen Politik — es war nur eben so, wie Falstaff gesagt haben würde: die Rebellion lag ihm vor den Füßen, und da nahm er sie auf.

Die Schwäche der Scheingründe beweist die Stärke verblendender Leidenschaft für einen falschen politischen Lieblingsgedanken — auch in des Rhetor-Historikers Darlegung des weiteren Verlaufs.

XIV.

Friedrich VI. oberster Kriegshauptmann. Zerwürfnisse mit Sigismund. Zerrüttung im Reiche. Die Kurfürsteneinung 1424. Hussitennoth. Aussöhnung mit dem Könige. Droysens Characterisirung der Persönlichkeit und Politik des Markgrafen.

Auf Pfingsten 1422 schrieb Sigismund einen Reichstag nach Regensburg aus, brach aber erst im Juli aus Ungarn auf. Man wartete nicht auf ihn. Die Kurfürsten bestellten den Tag nach Nürnberg und forderten ihn auf sich dorthin zu verfügen. So erzürnt er war, er mußte ihnen „nachziehen.“ Des Markgrafen Werk „wird“ es gewesen sein, daß das versammelte Reich den König in Nürnberg erwartete. Die Umstände fügten es so, daß der Markgraf vorerst mit der ganzen Stärke der Fürstenopposition gegen ihn auftreten konnte (!) und das endliche Resultat des Reichstags läßt mit Sicherheit erkennen, daß es sich in den wochenlangen Verhandlungen zur Ausgleichung nicht um persönliche Fragen, sondern um die Politik des Reiches gehandelt hat und des Markgrafen Ansicht im Wesentlichen durchgedrungen ist.

Es ward ein recht eigentlicher Reformationsplan, der Plan einer Reichskriegssteuer, vorgelegt; von wem ist nicht

überliefert. (Daß sich der „Führer der Reichspartei" dies Verdienst erworben, erhellt so sehr wenig, daß nicht einmal gesagt werden kann: er „wird" vom Markgrafen vorgelegt sein. Dieser war jetzt ganz erfüllt von dem Gedanken, vermög der „ganzen Stärke der Fürstenopposition," dem Reiche durch Mattsetzen des Königs zu helfen.) So dringend nöthig diese Reform war, die Städte widersetzten sich ihr während die Fürsten zustimmten. Die Städte hätten als die Geldreichsten den schwersten Theil der Last tragen müssen, die Fürsten mit ihren Mannschaften den Sold verdient, indem sie nur die Pflicht leisteten, die ihnen ohnehin oblag. Nach der Stellung, woran sie sich je länger je mehr gewöhnten, waren Anstrengungen zu Gunsten des Ganzen, irgend eine active Politik über den Bereich ihres nächsten Sonderinteresses hinaus, von ihnen nicht zu erwarten. Der Einfluß des Markgrafen, dessen Ansicht im Wesentlichen durchdrang, (jedoch nicht so weit reichte, den reformatorischen Vorschlag durchzubringen) zeigte sich überlegen gegen den Kaiser, der sich gemüßigt sah, Friedrich zum Obersten Kriegshauptmann zu ernennen und dessen Ansicht so weit nachzugeben, daß er ihm freie Hand ließ mit den Böhmen zu unterhandeln und Frieden zu schließen. Den Markgrafen von Meißen, der am eifrigsten in den Anschlag der Curie eingegangen war, konnte er nur durch beträchtliche Concessionen gewinnen. Er verließ Deutschland mit der Empfindung, eine große Niederlage erlitten zu haben. Dem Anschein nach (!) hatte Markgraf Friedrich auf dem Reichstage große Erfolge errungen. Gegen die Böhmen gelang ihm freilich nichts, weder durch Waffen noch durch Unterhandlungen. (Dies wird nicht gesagt, es ergiebt sich aber aus den Thatsachen.) Man hatte an ihm einen bewährten Feldherrn, allein der Kreuzzug im Herbst 1422 erhärtete wiederholt die Erbärmlichkeit des Reichskriegswe-

sens, machte nur offenbar, was das Reich mit seinen Beschlüssen zu leisten vermöge, (vielmehr was die selbstwillig und entgegen dem Könige handelnde Fürstenschaft vermochte, die vom Markgrafen geführt wurde und seiner Führung folgte, weil ihr Egoism dabei seine Rechnung fand.) Die Fürsten, Herren, Städte hatten das Selbstbeschlossne nicht geleistet, weil keine dem mangelnden Gehorsam und Gemeinsinn nachhelfende Reichsgewalt da war; Verblendung, Engherzigkeit, Gedankenlosigkeit ließ die Einzelnen nicht bemerken, wie aller Vortheil, den sie (insbesondre den sie über das Oberhaupt) gewinnen oder erhalten wollten, ohne den Schutz des Ganzen und seiner Kraft (die durch kaiserliche Niederlagen nicht eben wachsen konnte) jedem Gewaltstoß zur Beute fallen müsse.

Bevor Sigismund nach Ungarn zurückkehrte, ernannte er einen Andern, den Mainzer Erzbischof Konrad, von dem weder viel zu hoffen noch zu fürchten war, zum Reichsverweser. Das Reich war ihm nur noch werth, was es ihm für seine Politik helfen konnte. In Friedrich sah er den, der ihn überall in den Weg trat. Nächst der Bewältigung Böhmens ward des Markgrafen Demüthigung der Lieblingsgedanke des königlichen Hofes. Kursachsen ward erledigt. Der Kaiser konnte nach dem Reichsrecht darüber verfügen. Friedrich hatte Ansprüche durch eine cognatische Beziehung. Die einzige Erbin des verstorbenen Herzogs von Sachsen war nach dem Wunsche Sigismunds an des Markgrafen ältesten Sohn vermählt, (für welchen er nun die sächsische Kur zu erhalten wünschte). Er setzte sogleich Alles in Bewegung, verhandelte nach da und dort, verständigte sich mit Herzog Wilhelm von Braunschweig, der nähere Ansprüche hatte, ließ durch eine Staatsschrift darlegen, wie das wittenberger Land ursprünglich zur Mark Brandenburg gehöre, und daß vor Alters das welfische

Haus eine Stellung im Reiche gehabt, der man durch Zurückgabe der sächsischen Kur nur gerecht werde; er ließ demgemäß am königlichen Hofe werben. Allein Sigismund übergab die Kur an den meißnischen Markgrafen, dessen er nächst Albrecht von Österreich am meisten zum Kampfe in Böhmen bedurfte, und den er auch von der Verbindung mit dem brandenburgischen abzuziehen wünschte. Friedrich (der schon den Kurkreis besetzt hatte) legte der Besitzergreifung keine Schwierigkeiten in den Weg, und nahm blos von dem Meißner für seine Ansprüche eine Geldsumme, glaubte aber auf seiner Huth sein zu müssen. Sigismund dachte sich des Ordens anzunehmen. Ein Krieg gegen Polen stand in Aussicht. Friedrich that Alles was er vermochte ihn abzuwenden, was auch unter Preisgebung des Ordens gelang. Sigismund erneute unter Preisgebung Schleswigs, entgegen einer deutschen Politik, den Interessen des Reichs, die von Friedrich durchrissene Verbündung zwischen Polen, einem Theile des deutschen Nordens und Dänemark, unverkennbar gegen Friedrich, der — das erste Zeichen des aufsteigenden Wetters — im October 1423 eine Vorladung an des Königs Hoflager erhielt, wegen Friedbruch gegen Ludwig von Baiern sich zu verantworten. In schnellen Zügen folgte Weiteres. Die Aufhebung des Verlöbnisses der polnischen Princessin mit dem Sohne des Markgrafen ward betrieben. Sigismund nahm Anlaß zu erklären, daß er ihm das Kurfürstenthum Brandenburg nur auf Wiederkauf verliehen, stellte seine Ansprüche auf die Neumark, seinen Besitz der Ukermark in Frage. So setzte eine Reihe von Verwickelungen ein, mit denen, indem sie Friedrich zwangen auf Sicherung bedacht zu sein, die Reichsverhältnisse eben diejenige Wendung, die er selbst am meisten bekämpft hatte (?), um so entschiedener nahmen.

Die zunehmende Abkehr und undeutsche Politik des Reichsoberhaupts mehrte die Zerrüttung und Auflösung. Die Kurfürsten wurden inne, was es ihnen und ihrer verfassungsmäßigen Stellung bedeutete, wenn der Kaiser auf die Zersetzung des Reiches zu spekuliren begann. So gering des deutschen Königs Macht sein mochte Heilvolles zu schaffen, sie war groß genug, unermeßlichen Schaden und Verwirrung anzurichten; er konnte überdieß damit Geld und Freunde gewinnen, Sigismund versuchte es mehr und mehr, trachtete die Städte, die Ritter an sich zu ketten, brachte so mit dem Reiche zugleich die Kirche und alle Interessen, die auf ihrem Bestande ruhten (vor allem doch wohl die kurfürstlichen Interessen) in Gefahr. Die Kurfürsten pflogen (heimliche) Berathung, deren Ergebniß in der „Kurfürsteneinung“ vom Januar 1424 bestand. Die Haltung des denkwürdigen Vertrags gestattet einen Schluß auf die geschickte Hand, die ihn vermittelt. Die Kurfürsten vereinigten sich, die Einheit des Reiches und die Thätigkeit, die Reichspolitik (?) aufrecht zu erhalten, welche der König den nun verbundenen luxemburgisch-habsburgischen Hausinteressen preis gab. Es war nach der Urkunde ausgesprochene Absicht, daß das Kurfürstencollegium die Stelle im Reich einnehmen solle, welche das Reichsoberhaupt leer gelassen; statt der monarchischen Form der Reichsgewalt trat des Reiches innerster Rath, so zu sagen ein oligarchisches Reichsregiment auf. Das Collegium organisirte sich zu dem Zweck in sehr bestimmten Formen, die Mitglieder verbürgten sich gegenseitig ihre Lande, Herrschaften, Rechte u. s. w. was für den Augenblick Friedrich ein Hauptpunkt sein mußte (woneben er bezüglich der sächsischen Kur wieder Aussichten für seine Tendenzen gewann, indem die Verleihung an den Meißner in Frage gestellt und weiterer Entscheidung vorbehalten wurde.) In dem „Gemeyner“

(Geschäftsführer und Obmann) schuf man ein ganz neues und wichtiges Attribut der Kurfürstlichkeit, obschon man sich dabei innerhalb des Buchstabens der Reichsverfassung hielt. Die Verbindung, wenn zunächst gegen des Kaisers undeutsche Coalition geschlossen, wurde, indem sie die Summe der Reichsbeziehungen umfaßte und der Gemeinschaft der Kurfürsten überantwortete, nicht für den Augenblick, die gerade vorliegenden Verhältnisse geschaffen, sondern sollte dauernd die Grundlage des Reichsstaates werden; sie war nicht ein Bündniß zu einem einmaligen Zweck, sondern ein politisches System, gab, wie es im Städtekriege die Städte erfolglos versucht, nun von Seiten des hohen Reichsadels und zunächst von dem geschlossenen Kreise der Kurfürsten her der Verfassung der goldenen Bulle eine Ergänzung, die die Elemente hatte, practisch bedeutsamer zu werden als das Reichsgrundgesetz selbst.

Wenn sich der Markgraf dieser Einung auch nur angeschlossen, so steht sie ihrer Form und ihrem Inhalt nach seiner früheren Politik so fern, daß man aufmerksam sein muß, um die Fäden des Zusammenhangs zwischen beiden zu fassen. Es wird aber kaum zweifelhaft sein, daß er ihr eigentlicher Stifter war, wie sie denn auch sofort für ihn sich wirksam zeigte. Die Kurfürsten verwendeten sich beim Großfürsten und Polenkönige wegen des Verlöbnisses, unterstützten seine Proteste gegen die Vorladung und deren Wiederholung.

Man würde sich begnügen müssen ihn damit zu rechtfertigen, daß ihm die Einung zur Selbsterhaltung nöthig war. Aber die Formel des Bündnisses selbst weist über den nächsten Zweck hinaus.

Mochte er die Mitkurfürsten nur um diesen Preis gewinnen können, oder mochte er zu der Überzeugung gelangt sein, daß unter den einmal gewordenen Verhältnissen

nichts Anderes mehr möglich sei — unleugbar ist, daß er damit die Sache aufgab, die er so lange vertreten hatte.

Richtiger, er gab die Form der Reichsgewalt, für die er gewirkt, auf, sobald er erkannte, daß sie dem Zweck zu dienen und zu entsprechen aufhörte, um deß willen er für sie eingestanden. (!) Er konnte das Wesen der Sache nicht untergehen lassen um die Ehre des Mittels zu retten, an das er so lange geglaubt. (!!)

Die Gefahr, welche sein Werk in sich trug, bedrohte zunächst ihn selbst; — aber das war nur eine Schärfung mehr für die bittere Bedeutsamkeit der ganzen Sachlage, die sich durch die schroffe Gegenstellung des Kaisers, dadurch kennzeichnete, daß es dem Reiche zum ersten Male geschah, daß es ein Haupt hatte, dessen Interessen, Zwecke, Mittel dem Reiche fremd, ja feindselig sein konnten, daß die Reichsgewalt das Mittel für außerdeutsche Zwecke, die höchste Obrigkeit im Reich die Formel und der Vorwand zu Mißbrauch und Ausbeutung war.

Dem mit Nachdruck entgegenzuwirken, war die nächste Pflicht des alten Vorkämpfers der Reichspartei, wenn er sich treu bleiben wollte (indem er die so lange vertretene Sache aufgab).

Das Gewaltmittel der Gegenwahl, das er sich sonst wohl nicht gescheut anzuwenden, hätte in diesem Falle seinen Zweck verfehlt und zugleich dem doch unzweifelhaft rechtmäßigen Haupt des Reiches das ganze Übergewicht des formellen Rechts gegeben. Mußte man innerhalb der Verfassung und der allgemeinen Rechtsüberzeugung bleiben, um dem Gegner die Schwäche des Unrechts zuzuschieben, so blieb kein anderer Weg, als die Kraft und das Interesse derer, welche so lange die monarchische Energie der Reichsgewalt bekämpft hatten, jetzt gegen ihren Mißbrauch in

Thätigkeit zu setzen und die Schwerkraft des Reiches von dem Haupte auf die Föderation der vornehmsten Glieder zu übertragen (!).

Es steht dahin, ob der Markgraf die Bedeutung dieser Wendung klar überschaute und wenn er sie in klarer Voraussicht herbeiführen wollte, ob darin sein Angebot, um sich mit der Richtung zu versöhnen, die er wie kein Anderer bekämpft, sein Programm für das deutsche Königthum enthalten war, dem der Natur der Sache nach kein Fürst im Reich dereinst näher scheinen konnte als er?

Faßte der Markgraf die ganze Bedeutung des Bündnisses, so muß er sich auch bekannt haben, daß eine Reichseinheit im alten Sinn mit demselben, wie fest und mit Hingebung es auch gehalten werden mochte, nicht mehr gedacht werden, daß von einer freien und starken Action des Reiches als solcher hinfort nicht die Rede sein könne, daß das Reich als Ganzes nur noch eine erhaltende, abwehrende, vermittelnde, Bedeutung haben könne. Genug, wenn es eine dieser Aufgabe entsprechende Form, die Kraft gewann, die so ungehemmtere Bewegung der mächtigeren Glieder nicht völlig aus der Hand zu verlieren, der Gewaltlust der kleineren eine Schranke zu setzen, die selbstsüchtige Zurückgezogenheit der Städte (es war auch wider sie gerichtet) für das gemeine Beste in Anspruch zu nehmen, den ganzen lockeren Verband zusammenzuhalten. Fast ein volles Jahrhundert hat daran gearbeitet, um das endlich Erreichte vor einer neuen außerdeutschen Reichsgewalt, vor schroffer ausgeprägtem, kühner verfolgtem, in List und Gewalt rücksichtslosem Hausinteresse wie Rauch schwinden zu sehen.

Der Kaiser ward höchlich erzürnt. Er schrie auf: „Hätten wir den Kurfürsten so hoch geschworen wie sie uns, wir würden anders an ihnen thun als sie an uns.“

Der Dänenkönig warf den Kurfürsten vor, sie hätten dem Könige von Polen und Lithauen geschrieben, trotz der eingegangenen Verpflichtung gegen die Böhmen nicht ins Feld zu rücken. Die im vollen Triumph der päpstlichen Gewalt begriffene Curie schürte den wachsenden Hader zwischen Sigismund und den deutschen Fürsten. Furchtbarer als je siegte Ziska. Die Pommerfürsten befanden sich dicht vor dem Losschlagen gegen die Marken. Schon begann an der pommerisch-brandenburgischen Grenze die wildeste verheerendste Fehde. Die märkischen Ritter und Knappen gewöhnten sich nur zu leicht wieder an die alte wüste Art. Vollauf im Reich beschäftigt, mußte der Markgraf es gehen lassen, wie sehr auch das Land darunter litt. Alles stand in der Schwebe, Alles war verschoben, gebunden. Der Markgraf war bemüht, den Spannungen ein Ende zu machen, die, je länger sie währten, um so lähmender wirkten. Er begab sich zum Reichstage nach Wien. Es kam nicht zur Verständigung: die Kurfürsten erschienen nicht. Der Kaiser war in heftigem Unmuth. Er klagte, daß er und das Reich von dessen Gliedern ohne Hülfe gelassen werde, wendete sich über des Reiches hohen Adel hinweg an die Städte und Ritterschaften. Nun schlugen die Pommerfürsten los. In den Marken hatte sich die Stimmung zu Ungunsten für den Markgrafen gewandelt, dessen Sohn Johann erfolglos kämpfte. Er erschien und wurde selbst geschlagen. Er verließ (nach höchst unrühmlichem Feldzuge) die Marken, nachdem er die Regierung dem Sohne übertragen. Überall im Reich machte sich fühlbar, was sein Zwiespalt mit Sigismund bedeute, der auf seinen Wegen verharrte, sichtlich trachtete, an Stelle seiner verfassungsmäßigen Gewalt sich eine Partei zu schaffen und ihr zu opfern was nicht mit ihm gehen wolle. Er brachte die ganze Macht des Hauses Habsburg auf seine

Seite. Der sächsische Kurfürst trat zu ihm über. Er bereitete die Wahl Albrechts von Österreich zum römischen Könige vor: große Triumphe über die Kurfürsteneinung. Nun aber brachen die Böhmen zum ersten Male über die Grenzen hinaus. Die Gefahr war gemeinsam. Man mußte sich um jeden Preis verständigen. Die von Pommern den Marken drohende Gefahr wuchs. Um so mehr war dem Markgrafen an Verständigung mit dem Kaiser gelegen. Auf dem (1426) nach Wien berufenen Reichstage kam seine Aussöhnung mit Sigismund — sonst freilich gar nichts — zu Stande. —

Dieß also die weiteren Früchte der markgräflichen Politik nach einer Darstellung, welche auf deren Verherrlichung ausgeht und auch hier alle historische Kunst der Thatsachengruppirung und dazu alle spitzfindigen Advocaten- und Rhetorenkünste zu ihrem Zwecke aufbietet.

Unmöglich könnte die blinde Voreingenommenheit des Historikers und seine tendenziöse Historiographie deutlicher und naiver sich selber kennzeichnen, als indem er, sichtlich in gutem Glauben, daß es ihm gelinge, den beabsichtigten Effect hervorzubringen, zum Gemälde eines Ideales der Fürstenhöhe und Reichs- und Kaisertreue immer neue Züge liefert, deren wahre Bedeutung Jedermann mit Händen greift.

Welche Bilder, gemalt und unter Trompetenstößen ausgestellt, um bewundert zu werden und für den „Beruf" des preußischen Staates zu gewinnen durch die Glorie seines Gründers!

Eines bewährten Feldherrn, der als oberster Kriegshauptmann des Reiches im Felde nichts ausrichtet, und auch seine eignen Lande nicht zu behaupten vermag. Einer ersten staatsmännischen und Regentengröße, die nach den pomphaftesten Ankündigungen das Reich in Zerrüttung

stürzt und selbst die Absicht der Übertragung jener Marken so weit verfehlt! Einer Consequenz, die man zu entdecken in der That „sehr aufmerksam sein muß!" Eines Politikers, von welchem man noch am günstigsten urtheilt, wenn man annimmt, daß er schlecht judicirt und gerechnet, die unvermeidlich unheilvollen Ausgänge seiner Politik nicht vorausgesehen, nicht bedacht hat! Einer „vermittelnden" Politik, die sich in ihren eignen feingesponnenen Fäden so tief verwickelt, daß sie überall am Ende ist! Einer Reichs- und Kaisertreue, die sich nicht unbeträchtlich durch eigene und besondere Interessen influiren läßt, die weder selbstherrische Umkehr der Reichsverfassung, noch Abkehr vom Kaiser oder Verbündniß mit den Anarchisten verschmäht und schließlich die lange vertretene Sache aufgiebt — oder wie behauptet wird, aufgiebt, um sie zu retten, doch wie man ersieht, jedenfalls ohne sie zu retten!

Zu seinen Zwecken hat der Historiograph-Politiker Friedrich VI. zu dessen großem Nachtheil aus der Peripherie in den Mittelpunkt gerückt, ohne doch seine Zwecke zu erreichen, und ohne daß die Geschichte, wie uns däucht, dies Hervorrücken rechtfertigt. Nehmen wir indeß seine Darstellung wie er sie giebt, die Thatsachen nämlich, und dazu seine Eingeständnisse, ohne durch sein Urtheil uns übermeistern zu lassen — was ergiebt sich bei näherem Eingehen?

Markgraf Friedrichs Werk, die Wahl Sigismunds, seine dabei gerühmte staatsmännische Klugheit und Voraussicht, die Richtigkeit seiner ganzen politischen Rechnung dabei, bewährte sich eben so wenig, als die Gegenwahl, wobei er so thätig gewesen war. Dies folgt um so gewisser, wenn Alles zu Sigismunds Ungunsten Gesagte, jedoch weit mehr Behauptete als Nachgewiesene, wahr ist. Je mehr der Kaiser in den Schatten gestellt wird, desto mehr verliert

der Markgraf als der deutsche Fürst, welchem Deutschland den ersten Kaiser verdankt, dessen Interessen, Zwecke, Mittel dem Reiche fremd, ja feindselig sein konnten.

Friedrich handelte bei der Wahl und im nächstfolgenden Zeitraume nach den Gesichtspunkten der Reichspartei und suchte denselben Geltung zu verschaffen. Dies that doch aber, und zwar noch ersichtlicher der Kaiser ebenfalls in seinen Anfängen. Auf ganz andere Wege geriethen Beide und mindestens eben so motivirt geschah es von Seiten Sigismunds. Bei dem tief verderblichen Zwiespalt Beider war jedenfalls Friedrich der Meistschuldige.

Er soll von Sigismund sich abgekehrt haben, weil dieser in der böhmischen Sache eine falsche und verderbliche, und dann mehr und mehr eine undeutsche Politik nach seinen nächsten besondern Interessen verfolgt. Allein eine solche Politik machten Alle wie sie konnten, Friedrich nicht ausgeschlossen. Sie vereitelten eben dadurch die besseren Intentionen, womit der König angefangen hatte und drängten ihrerseits ihn in seine schlimmere Bahn. Sie hatten mit unüberwindlicher Hartnäckigkeit seinen Tendenzen zu einer Reichspolitik, seinen Einleitungen zur Herbeiführung einer besseren Ordnung der Dinge widerstrebt, sie hatten ihm Folge und Hülfe versagt, mindestens eben so viel Reichsuntreue und Vergessenheit bewiesen, als er späterhin beweisen mochte, hatten längst ihn und das Reich im Stich gelassen, bevor dies von seiner Seite geschah. Die „Geschichte der Preußischen Politik“ stellt ihn gegen ihre Absicht um Vieles schuldloser und höher, als er in den meisten bisherigen Darstellungen dasteht. Ihr zufolge ist sein Verhalten freilich die Ursache noch weiteren Reichsverfalls geworden, aber veranlaßt, ja herbeigenöthigt durch das der Fürsten, Herren und Städte, in welchem auch hier die frühere, die Grundursache der neuen wie der alten Zerrüt-

tung sich offenbart. Sie bezeichnet die Vereitelung der Reform als den Anfang alles Übels, und zum Scheitern thaten die Stände, zur Reform that der König das Meiste und der Markgraf das ungleich Wenigere. Sigismund brachte erhebliche Opfer für sie, und was er um sie zum Ziele zu führen hingab, fiel Friedrich zu, der vom Könige die Marken und die Kur annahm und ihm Böhmen nicht gönnte. Er war es, der zuerst vom Könige sich abwendete und zuerst eine dynastisch-egoistische Politik verfolgte, worüber die „Geschichte der Preußischen Politik" dadurch nicht täuschen kann, daß sie ganz Dasselbe bei Sigismund (das Preisgeben Schleswigs) als undeutsche Politik stigmatisirt und bei Friedrich (das Preisgeben des Deutschordens) als solche nicht bezeichnet. Als der König noch nicht angefangen hatte, seine Sache von der des Reiches zu trennen, begann der Markgraf-Reichsverweser damit, ihm Schwierigkeiten in den Weg zu legen und besondere Politik auf eigene Faust zu machen. Daß die königliche Politik gegenüber den Hussiten nach seinem Dafürhalten eine verkehrte und schädliche war, kann ihn nicht rechtfertigen. Mit Vorwänden dieser Art wäre alle und jede Unbotmäßigkeit und Eigenmacht zu bemänteln. In der böhmischen Sache hatte Sigismund freilich auch noch ein besonderes Interesse, allein es fiel mit dem deutschen zusammen. Nicht etwa in einem ungarischen Kriege um nichtdeutsche Lande, sondern in einem Reichskriege um ein deutsches Kurland wurde Friedrich, sogar in der hohen Berufung und gedoppelten Verpflichtung als Reichsverweser, auch diesem gekorenen Könige untreu, wie es dargestellt werden will aus Sorge um das Reich, die auch richtig den Erfolg hatte, daß der König Böhmen nicht gewann, aber freilich zugleich den, daß das Reich seine Ehre verlor und von den Hussiten verwüstet wurde.

So war es: der Markgraf nahm dem Könige und dann sich selber den Raum für eine deutsche Politik, so daß er die so lange vertretene Sache aufgeben mußte; oder vielmehr, er gab den König auf, als von diesem nichts mehr zu gewinnen war, wobei er nicht Uneigennützigkeit, Dankbarkeit, Opferwilligkeit, sondern wie beim Aufgeben Ruprechts ein feines Vorausfühlen des herannahenden Unnützwerdens oder Verderbens der Hebel und Stützen bekundete, deren er sich bedient. Er erscheint in der neuesten Darstellung in einem weit schlimmeren Lichte als in irgend einer früheren, seit seiner Abkehr vom Könige im ersten böhmischen Zuge recht eigentlich als Sigismunds böser Genius und als der vornehmste Ursächer der Umwendung der königlichen Politik in die undeutsche, die dem Könige Schuld gegeben zu werden pflegt.

Das schlechteste Glück krönt die eitle Mühe, die die „Geschichte der Preußischen Politik" sich giebt, dem Markgrafen die eigentliche Urheberschaft und vornehmste Werkmeisterschaft der unglücklichen Kurfürsteneinung zu vindiciren, anstatt sich zu begnügen, seine Betheiligung mit Noth der Selbsterhaltung oder wie sonst zu entschuldigen, so gut es angehen mochte. Noch mehr erscheint er nun als der unermüdliche Erfinder, Einfädler und Hauptfaiseur aller zweideutigsten und mißlichsten Anzettelungen im Reiche, und der doch die unglücklichste Hand dabei hat, dem Alles mißlingt. Es wird ein Buch geschrieben werden müssen, ihn wieder zu befreien und zu reinigen von dem Ruhme, womit die „Geschichte der Preußischen Politik" ihn umgiebt. Ihrer Darstellung zufolge war jene Einung zwar allerdings Usurpation, nicht aber diejenige, die sich durch Muth und Entschluß, Kraft und Glück oder aber dadurch rechtfertigen läßt, daß die sich Auflehnenden gegenüber einem unfähigen und schlechten Regiment ihrerseits ihre Pflichten

treu erfüllt haben und ein besseres einsetzen. Gerade diese Kurfürsten hatten unablässig die „monarchische Energie der Reichsgewalt“ bekämpft. Den Thatsachen geradezu entgegen und in handgreiflichem Selbstwiderspruch wird ihnen die Absicht angedichtet, die Einheit des Reiches und die Thätigkeit, die Reichspolitik aufrecht zu erhalten, die Sigismund seinen Hausinteressen preis gegeben. Auch Friedrich ersann und brachte die Einung vollkommen durchsichtig zu seinen besonderen Zwecken zu Stande, deren nächster kein anderer war, als der, sich und die gewonnenen Vortheile gegen den so reichlich verdienten Unwillen Sigismunds zu sichern. Sodann nahm er neuen eigenen Gewinn in Aussicht, sehr wahrscheinlich auch den des Königthums, auf welches er nach seiner Verfeindung mit dem Könige nur noch rechnen konnte, wenn er mit dessen Widersachern sich verband. Sein Historiograph zeigt ihn uns mehrfach als darnach trachtend, als erfüllt von dem Gedanken, der Mann für dasselbe zu sein, als den Zukunftskönig der Reichspartei, die freilich, wenn es der Fall und sofern sie vorhanden war, ein irrthümliches Vertrauen auf ihn setzte. Denn auch als ebenso unzulänglich wie unzuverlässig zeigt ihn uns sein Historiograph, der ihm auch hier, bei der faulen Sache der Kurfürsteneinung, zutraut, daß er das Königthum im Auge gehabt und dasselbe — wie jener Heinrich IV. Paris einer Messe — eines neuen „Programms“ werth gehalten haben möge. Auch hier erscheint er als der Phaeton, der unfähig und kühn — ja nur in Gedanken, Velleitäten, Projecten kühn — die störrigen Rosse handhaben wollte. Auch hier sehen wir, es fehlte ihm, entschlossen, muthvoll, offen nach der Krone zu greifen; keinenfalls aber hält ihn Gesetzesachtung und Rechtstreue zurück. Auch hier erhebt er, revolutionär wie vorhin, seine individuelle Meinung, was dem Ganzen tauge oder noth sei,

über dessen bestehende Ordnungen und seine Pflicht gegen dieselben; auch hier setzt er sein Dafürhalten und Belieben gegen den Inhaber der Reichsgewalt, wider seinen König und Herren. Dies Mal freilich, worin auch seine entfernteren Zwecke bestanden haben mögen, scheut er — nicht zwar abermaliges Verbündniß mit den Anarchisten — doch das Mittel offener Rebellion durch Gegenwahl, ist vielmehr bemüht, sich im formellen Rechte zu halten, versteckt sich hinter den Buchstaben, den Schein des Rechtes, indem er zu eigenmächtiger Umkehr der Verfassung anstiftet. Er soll dies gethan haben, um in der allgemeinen Rechtsüberzeugung zu bleiben — verstehe es, wer kann. Thatsächlich geschah es unzweifelhaft nicht. Er soll es gethan haben, um das Wesen der Sache zu retten — womit jeder Einbruch in das geltende Gesetz und Recht beschönigt werden mag und was ihm jedenfalls nicht gelang. Angenommen, daß seine Motive nicht in seinen eigenen Interessen und Bedürfnissen lagen, daß er nicht die des Reiches mit ihnen verwechselte oder nur vorwendete, daß er in Wahrheit auf des Reiches Besserung und Rettung dachte, als er die so lange vertretene Sache aufgab — oder, wie es nach dem Eingeständniß in sein Verhalten wieder hineingedeutet werden will, eigentlich nicht aufgab, sondern im Bunde mit der Gegenpartei auf anderem Wege, dem einer latenten Auflehnung, rettend zur Hand nahm: dies angenommen wählte er doch ein ganz verkehrtes Mittel und das auch den angeblichen Zweck völlig verfehlte, dessen Erreichung verständiger Weise auch gar nicht erwartet werden konnte. Keine Spur weist darauf hin, daß die Kurfürsten bei ihrer Einung sich erinnert hätten, wie wenig sie selber seit den Zeiten der goldenen Bulle ihre erhöhte Stellung und Pflicht wahrgenommen, wie sehr die Könige durch sie selbst und die übrigen Reichsglieder in die Bahnen getrieben worden, wo-

raus sie die Beschönigung ihres Verfahrens hernahmen. Wenn Sigismund, abermals die Reichsgewalt mindernd, Reichs- oder auch Haus- und Erbrechte und Güter vergab, wie gern hatten sie hingenommen, wie beflissen seine Verlegenheiten benutzt um an sich zu bringen — Friedrich wie nur irgend ein Anderer. Jetzt ließen sie durch die Beobachtung, daß das Oberhaupt nicht mächtig genug sei, um Heilvolles zu schaffen, aber noch mächtig genug, um Schaden und Verwirrung anzurichten, sich nicht auf den Gedanken, seine Macht Böses zu thun einzuschränken und ihm Macht zum Guten zu geben, sondern darauf hinleiten, systematisch und thatsächlich, nur noch beim Buchstaben der Verfassung verbleibend, die oberste Gewalt gänzlich an sich zu nehmen, ohne doch die ausreichende Kraft oder selbst nur den reichstreuen Willen zu haben, dieselbe zur Besserung und Rettung des Reiches zu gebrauchen. Nur auf ungehemmte Bewegung für sich selbst, auf Mehrung ihrer eigenen Macht, ihrer Selbstherrlichkeit waren sie bedacht. Daß sie allein eine starke Reichsgewalt nicht bilden konnten, lag auf der Hand. Hätten sie dies dringendste Bedürfniß ohne oder wider den König zu befriedigen im Sinne gehabt, so würden sie die Constituirung eines allgemein-ständischen Organs erstrebt, nicht sich oligarchisch constituirt haben. Selbst ihren Anstifter stellt sein Lobredner in die klägliche Alternative, daß sein Preisgeben des Reiches und der bisher von ihm vertretenen Sache sein Angebot für den demnächstigen Empfang der Krone aus ihren Händen enthalten, oder daß er die Bedeutung der Wendung, welche sie den Reichssachen gaben, nicht „klar überschaut“ haben möge, wie denn freilich seine Politik in ihrem Fortgange „immer entschiedener“ in das Gegentheil ihrer wirklichen oder angeblichen Absichten aus-

schlug. Doch schlimm für die Leuchter des Reiches, wenn sie nicht wußten, was sie bei ihrem Staatsstreiche thaten, noch schlimmer, wenn sie es wußten, am schlimmsten, wenn dessen Urheber, der alte Führer der Reichspartei, nicht daran dachte oder nicht achtete, daß er die Auflösung und Zersetzung noch weiter fördere. Was durch die Einung erreicht wurde, sollte nach einer Quälerei von hundert Jahren wie Rauch schwinden. Das Kurfürstenbündniß war nur ein weiterer Schritt zur Zerstörung des Reichs im alten Sinne, verminderte abermals dessen Fähigkeit zu freier und starker Action, brachte es in seiner Bedeutung noch tiefer herunter, in diejenige Bedeutung und Gestalt, worin es durch lange Zeiträume hinsiechte, um schließlich in gänzlicher Nullität unterzugehen. Und dies reichsverderbliche politische Nichtmeisterstück, das Ergebniß einer neuen Intrigue des so reichstreu gerühmten Markgrafen! Und der Ausgang der, daß letzterem schließlich Aussöhnung mit dem Kaiser, den er nicht de jure, wohl aber de facto, nicht durch Gegenwahl, wohl aber durch eine Verfassungsrevolution zu entsetzen getrachtet, als Bedürfniß und Rettung erscheinen und eine allgemeine und besondere Gefahr gegen die Fährlichkeiten und Nöthe zu Hülfe kommen mußte, in welche er sich eben durch die alten und neuen Ränke gestürzt hatte, bei denen ihm die Reichssache und Treue stets nur Vorwand oder das schwächste der Motive gewesen war! Nichts weniger, als daß er alles hintangesetzt oder sich nur sonderlich bemüht hätte, den in der Reichsnoth so verderblichen Zwiespalt mit Sigismund je eher je lieber zu beendigen. Er machte hierzu erst dann ernstliche Anstalten, als ihm die Verlegenheiten, die er sich bereitet, über den Kopf wuchsen und die äußere Gefahr für Alle sich erneute. Sigismund war eben so willfährig zur Versöhnung,

als er, und nachdem uns dies berichtet ist, wird uns zugemuthet, auf Glauben anzunehmen: als ein abermaliger Einbruch bevorgestanden und dringend diejenigen, welchen das Reich und die Nation am Herzen gelegen, gemahnt, jetzt ihre Treue zu bewähren und Wege der Rettung zu finden, da habe aus Treuen der Markgraf Alles hintangesetzt, um die zunächst nöthige Verständigung mit dem Könige zu suchen.

Wäre das Ergebniß über ihn historisch richtig, welches die vom Lobredner zu Gunsten seiner Hypothese und Tendenz beigebrachten und gedeuteten Thatsachen liefern und sollte gesprochen werden in seiner Weise von Traditionen, die den Character, das Wesen, den Beruf, geschichtliche Nothwendigkeiten, Absichten, Ziele, Ansprüche eines Staates schon von seinem Ursprunge her begründen oder erkennen lassen — würde es nicht heißen müssen: der Gegensatz Preußens gegen Österreich — ursprünglich Gegensatz Friedrichs VI. von Nürnberg gegen die gekorenen Könige, in deren Zeit sein politisches Leben fiel, Wenzels, gegen welchen er revoltirte, Ruprechts, den er erhob und aufgab, Sigismunds, der ihn erhob und dem er sodann offen und heimlich überall in den Weg trat, um zunächst ihn matt zu setzen — dieser Gegensatz wurde dem preußischen Staate schon von dessen erstem Gründer und schon so frühe eingepflanzt, daß er dem Eintreten des habsburg-luxemburgischen Kaiserthums auf dem Fuße folgte. Dem preußischen Staate ihn einpflanzend, benutzte der Gründer des letzteren gute Gelegenheiten, die Schwierigkeiten der Lage, die Mißgriffe, die Gunst und Großsinnigkeit der Oberhäupter, die Schwäche der Reichsgewalt, die Gestalt der Reichsverfassung, die Stellung des Fürstenthums, das Unglück der Zeiten und was sonst sich darbieten mochte; sein beherrschendes Motiv lag in der

Tendenz, sich, sein Haus, seine Lande empor zu heben, zum Theil aber handelte er aus freilich zu schwachen Regungen und Antrieben hochsinnig-patriotischer Ideen und lebhaften Eifers für das Kaiserthum und Reich im alten Sinne, und wo nicht, doch stets unter dem Scheine der Reichs- und Kaisertreue; er gebrauchte je nach den Umständen die Mittel ordnungs- und verfassungsmäßiger Thätigkeit, heimlicher Anschläge oder offener wenn auch nicht wagender Empörung und Gewalt; er lebte seiner individuellen Meinung über das Reich und dessen Bedürfnissen und Interessen und seinen heilsamen Gedanken für das Reich und dessen Besserung, sowie seinem Emporstreben und besonderen Nutzen der Art, daß er sich nicht beirren ließ, ob auch darüber die Kraft und Würde der Krone, die Ordnungen, der Friede, das Gedeihen des Ganzen verdorben, das Kaiserthum und Reich schwer gefährdet, in der Auflösung weiter gefördert und dem Untergange entgegen geführt wurden. Durch das Alles erhielt der gedachte Gegensatz sein anzeigendes Gepräge, welchem gemäß seine Entwickelung mit geschichtlicher Nothwendigkeit erfolgen mußte — quod erat demonstrandum!

Wir freilich leugnen sowohl diese Folgerungen, als die Richtigkeit der Vorstellungen, welche die „Geschichte der Preußischen Politik" über Friedrich erkünstelt und herein zu führen trachtet. Daß sie nicht die richtigen sind, weder in dem, womit letzterer gepriesen werden soll, noch in dem, wodurch er wider die Absicht in so tiefe Schatten gestellt wird, ergiebt sich auch im Nachfolgenden aus unbefangener Betrachtung der Thatsachen, welche mit noch immer zunehmendem Unglück für die vorgefaßte Meinung und zur Förderung der Parteitendenz beigebracht und gedeutet werden.

XV.

Die Hussitendrangsale. Das Reich und Friedrich VI. Neue Ansätze zu einer besseren Organisation. Berufung des Concils von Basel. 1426 bis 1431.

Das Geschlecht der nürnbergischen Burggrafen und unter ihnen zumal der sechste Friedrich sei ganz erfüllt von den Traditionen, Ideen und Tendenzen der „Reichspartei" und deren vornehmster Vertreter gewesen — auf diese Voraussetzung hatten einige Züge, die einigermaßen dahin sich deuten ließen, hingeführt. Sodann war nach den eigentlichen thatsächlichen Beweisen dafür gesucht. Das Gesuchte war gefunden. Allein zuletzt waren über dem Suchen und Finden die Thatsachen auch der blindesten Vorliebe und entschlossensten Absichtlichkeit zu mächtig geworden. Es mußte gesehen und eingestanden werden, daß der kaisertreue Markgraf sich abermals gegen den Kaiser gekehrt und die vorgeblich bisher vertretene Sache aufgegeben habe. Damit ward freilich sogleich eine künstliche Deutung verknüpft, welche die sichtlich zu Boden gefallene Hypothese trotz alledem aufrecht zu erhalten suchte. Das forcirte Unternehmen wird fortgesetzt. Wie fügen die so unangenehm spröden, sonst aber — für die Wissenschaft von den politischen deut-

schen Sachen jener Zeiten und für die deutsche Selbsterkenntniß — sehr interessanten Thatsachen sich dazu?

In den bisherigen Hussitenkriegen war grell an den Tag getreten, daß das Fehdewesen den eigentlichen kriegerischen Geist verdrängt hatte, daß darin die Kriegsrüstigkeit der Deutschen verloren gegangen, die einst vor Allem des Reiches Macht getragen. Als die Hussiten ihre Raubzüge über die Grenzen hinaus begannen, hielt kein Heer ihnen Stand, schützten keine Mauern vor ihnen. Wie es sich auch wiederholt hat in den französischen Kriegen zu Ludwigs XIV. Zeiten und seit den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts: das Zehnfache dessen zahlte ihnen das Bürgerthum an Tribut, was zur Herstellung schützender Reichsheere genügt hätte, zu jeder Demüthigung verstanden sich die Selbstherrlichkeiten, die dem Vaterlande auch nicht den kleinsten Vortheil, das kleinste Vorrecht, geschweige eine Meinung hatten opfern wollen — das Erstnöthige, eine starke oberste Gewalt, in weitester Ferne hielten. Die monarchische hatten sie herunter gebracht und ließen sie nicht wieder aufkommen; und auch eine ständische oder oligarchische mit der erforderlichen Kraft und Befähigung verstanden sie entweder nicht aufzurichten, wollten oder litten sie gleichfalls nicht.

Ganz richtig. Deutschland hätte nicht Jahre lang die Schreckensherrschaft slavischer Horden zu tragen gehabt, hätte das Reich sich zur rechten Zeit zu reformiren vermocht — hätte nicht bei allen denen, die es anging, bei den Kleinen wie bei den Großen, beim Bürgerthume wie beim Adel des Reiches, in solchem Maße der politische Verstand und patriotische Wille gefehlt, dessen Mangel sowohl die Reformversuche, als die Wirksamkeit der vorhandenen Einrichtungen und Gesetze vereitelte. Nur dann kann eine Nation ihre Verfassung bessern oder eine bessere sich

geben, wenn sie innerhalb der vorhandenen, so weit diese es begünstigt oder zuläßt, in schwierigen und gefährlichen Lagen sich zu helfen weiß. Klingt das paradox, so scheint es sich doch überaus deutlich eben aus unsern deutschen Geschichten und Zuständen der Vergangenheit und Gegenwart zu ergeben. In der östlichen Krisis jener Tage war die Verfassung, wie schlecht es auch mit ihr bestellt sein mochte, kein unüberwindliches Hinderniß, bot noch immer Handhaben, gemeinsame Beschlüsse, wie die Lage sie erforderte, zu fassen, und in Ausführung zu bringen. Bald aber wurden sie nicht gefaßt, bald schlecht oder gar nicht ausgeführt, und zwar aus denselben Gründen, weshalb die Verfassung verunstaltet und auch nicht reformirt war, so daß die Schuld nichts weniger als allein und auch nicht hauptsächlich in der Verfassung zu suchen ist und daß mit deren Änderung in der Hauptsache noch gar nichts zu erreichen gewesen sein würde. Nicht anders verhält es sich heute, wo wir gleichfalls nicht so weit zu einmüthigem und starkmüthigem Entschluß und Handeln gelangten, als die bestehende Verfassung an die Hand gab oder doch gestattete, und wo so Viele in der Täuschung sich befinden, als dürften oder sollten sie jene verachten, als läge in ihr allein oder vorzugsweise der Grund des Schadens, als könnte sie ohne anderweite Wandlung und Besserung reformirt oder durch eine andere ersetzt und als könnte dadurch geholfen werden.

Nichts war dringlicher, als das Reich militärisch sicher zu stellen. Im Januar 1426 war in Wien ein Plan zur Aufstellung eines Heeres verabredet; im Mai, als man zu Nürnberg über den Anschlag verhandelte, wurden Schwierigkeiten von Seite der Fürsten wegen vorgeblich zu hoch gegriffener Zahl der Mannschaften, von den Städten wegen der Gerechtigkeit der Kostenvertheilung erhoben; auch

meinten die Städte, die in Constanz die desfallsigen Vorschläge Sigismunds so weit von der Hand gewiesen, überhaupt müsse zuerst Friede im Lande geschafft werden. Als endlich eine Einigung über eine kaum zulängliche Zahl der Mannschaften gewonnen war, wollten sie sich nur zur Übernahme eines Viertels verstehen, und als dies eine kleine schnöde Hülfe genannt und ihnen ins Gewissen geredet wurde, erklärten sie, daß sie eigentlich nur zur Verhandlung über den ursprünglichen Vorschlag des Kaisers, den man gemindert, gekommen wären und die Sache „hinter sich bringen" wollten an ihre Vollmachtgeber und Freunde daheim. So kam es zu gar keinem Beschlusse, als zu dem, daß man auf dem nächsten Reichstage weiter berathen wolle. Während der Verhandlungen war eine Unglücksbotschaft über die andere eingelaufen, und eben als man aus einander gegangen war, erlitten das sächsische Heer und das österreichische Niederlagen, in deren Folge Schrecken und Entsetzen über ganz Deutschland kam. Hiernach war doch wohl die Reichsverfassung, so wenig als in unseren Tagen die Bundesverfassung, ein absolutes oder nur das vornehmste Hinderniß einer besseren Kriegsbereitschaft.

Bis zum Frühlinge 1427 raffte man sich endlich auf. Der Kaiser war wieder vollauf mit den Osmannen beschäftigt. Der Markgraf, die Bischöfe von Würzburg und Bamberg und die fränkischen Ritter gründeten die Rittergesellschaft zu St. Georgens Schild, das Kurfürstencollegium überarbeitete die wiener Entwürfe und forderte durch ein Schreiben zur Vereinbarung darüber auf. Auf dem frankfurter Reichstage im April wurden die Heeresaufstellung und Kriegsartikel beschlossen; der erneuerte Vorschlag wegen Einführung einer Reichskriegssteuer drang nicht durch, doch wurde der Landfriede geboten, mehrfacher Streit beigelegt und ein gewaltigeres Heer als je aufgebracht, das auch,

zum Theil unter des Markgrafen Führung, hoffnungsvoll und ungehindert in Böhmen eindrang. Bei der Nachricht, daß die Hussiten heranrückten, begab es sich auf die Flucht, verfolgt löste es sich gänzlich auf. Vergebens ergriff der begleitende Cardinal-Legat die Reichsfahne, flehte, drohte — er zerriß sie, schleuderte den Deutschen die Fetzen vor die Füße, endlich riß die wilde Fluth des Fliehens auch ihn mit hinweg. Zu derselben Zeit erlag eben so schimpflich die Hansenflotte im Sund. In einer Reihe von Städten, darunter Brandenburg und Stettin, begannen Empörungen unter Vorwürfen gegen die Magistrate, die Fürsten, daß sie nur immer ihren Vortheil gesucht hätten. In den höheren Regionen beschuldigte man sich gegenseitig der Feigheit, der Habgier, des Verraths.

Die schwersten Beschuldigungen wurden gegen den Markgrafen und seine Brandenburger erhoben. Wären die Sachsen und ihr Kurfürst zuerst geflohen, so hätten die Brandenburger statt zu kämpfen geplündert, und geheime Boten aus Prag Friedrich die böhmische Krone zugesagt, wenn er das Verderben vom Lande abwende; darum habe er sich krank gestellt und vom Kampfe fern gehalten; sein zweideutiges Benehmen habe die übrigen Fürsten bestimmt, das Heer entmuthigt.

Also wurde der soeben gegründete preußische Staat nach den erlittenen Niederlagen in jener Zeit, wie der entwickelte nach den Unglücksfällen im letzten Jahrzehend des vorigen und im ersten des jetzigen Jahrhunderts und bei der schwächlichen Haltung Deutschlands in unsern Tagen der Hauptschuldige genannt. An dieser Stelle hält die „Geschichte der Preußischen Politik“ mit ihrer Doctrin von den Traditionen des preußischen Staates von dessen erstem Gründer her zurück. Nur giebt sie zu erkennen, wie gern „man“ sähe, daß sich diese Wendung (des Aufraffens im Früh-

linge) durch den Markgrafen vollzogen habe, daß er es gewesen, der vorangestanden, zu versöhnen, zu einigen, männliche Entschlüsse zu wecken, der der Nation als Träger dieser anschwellenden Bewegung erschienen sei; sie hebt weiter hervor, daß nun die Kurfürsteneinung sich zu bethätigen angefangen habe — und bringt dann trotz allem Pressen der Geschichtsquellen nichts heraus, als jenen Ausgang der Frühlingswendung und sieht sich obenein gemüßigt, noch ganz Absonderliches hinzuzufügen. An dieser Stelle falle einmal ein helles Licht auf die Stellung und Politik des Markgrafen; es sei zu Prag im Werke gewesen, die gemäßigte Partei wieder zu sammeln und mit einem großen Schlage dem Heere die Gewalt zu entreißen, das auch deshalb die Grenze nicht überschritten habe, sondern zurück gegangen sei; an diesen Dingen habe der Markgraf seinen Antheil gehabt; als er, wie der lübecker Rufus erzähle, um Krankheits willen sich entfernt und dann die schimpfliche Flucht vernommen, habe er Vorschläge zu einer gütlichen Beilegung nach Prag gesendet, freilich vergebens, denn diejenigen, welche heimlich Rath darüber gehalten, wären überfallen und größtentheils erschlagen; man kenne zwar jene Vorschläge nicht, aber daß er sie gemacht, zeige (!) daß er richtig erkannt habe, worin man den Böhmen nachgeben könne und müsse, und wie man nur dadurch mit der Sache fertig werden könne, daß man die in Böhmen noch vorhandenen gemäßigten Elemente gewinne und kräftige, aufhöre, sie mit den fanatischen zusammenzuwerfen und durch vergebliche Angriffe auf Böhmen nur die Kraft der extremen Partei zu steigern, und sich darauf beschränke, blos eine zur Vertheidigung ausreichende Kriegsmacht zu organisiren.

Der Erzähler hat die markgräfliche Stellung und Politik so detaillirt beschrieben, so bestimmt von ihr ge-

sprochen, als läge sie mit allen ihren Motiven in der vollkommensten Gewißheit und Klarheit vor ihm da. Hier sieht er „einmal“ ein helles Licht darauf fallen. Man muß nach seiner Ankündigung eine bedeutende Aufklärung erwarten, allein aus dem was gegeben wird, erhellt äußerst wenig; man ersieht daraus nur noch um etwas deutlicher, daß der Markgraf in diesem Feldzuge gegen die Böhmen ebenso handelte wie im ersten. Angenommen, daß seine unbekannten Vorschläge das zeigen was der Erzähler von ihnen behauptet, so hatten sie doch keinen andern Erfolg als den, daß Diejenigen todtgeschlagen wurden welche sich darauf verließen, und daß die extreme Partei neue Kraft gewann. Die prager Uneinigkeiten dürften ihren Fortgang und Effect auch ohne den Antheil gehabt haben, den der deutsche Feldherr „an diesen Dingen“ nahm, statt als solcher seine volle Schuldigkeit zu thun. Mochte seine alte und neue Auffassung der böhmischen Frage noch so sehr die richtige sein, es war dadurch nimmermehr gerechtfertigt, daß er nicht einmal als Kriegsoberster sich herbeiließ, seine Meinung der gemeinen Sache zum Opfer zu bringen, daß er sie in dieser Eigenschaft, so und in solchem Momente geltend zu machen suchte. Es waren eben erst Kriegsartikel beschlossen, wodurch den Unordnungen und Eigenmächtigkeiten im deutschen Kriegsheere gesteuert werden sollte, und man sähe so gern, daß er vorangestanden hätte, Zucht und Ordnung herzustellen, männliche Entschlüsse zu wecken und kriegerische Thaten zu thun. Er aber verzagte am Erfolge und dachte nur an Transaction und Defensive, diplomatisirte und hoffte davon Alles, vom Schlagen nichts — ähnlich wie der preußische Feldmarschall in den siebzehnhundert neunziger Jahren —; er pflog ohne Vorwissen der übrigen Kriegsobersten nach seinem abweichenden Sinne Verhandlungen im Feindeslager, that also wozu er nicht berufen

und that nicht oder nur mit halbem Willen und Nachdruck wozu er berufen war. Mit einem Worte, er war nicht bei der Sache und ging im entscheidenden Momente, Krankheit — wie es doch nun in Wahrheit der Fall gewesen zu sein scheint — nur vorschützend, statt das Heer voranzuführen in das Hintertreffen. Gesetzt es wäre gewisser als es ist, daß er durch seine prager Verhandlungen bewirkt hätte, und daß es durch sie sein alleiniges Verdienst wäre, daß die Böhmen die Grenze für das Mal nicht überschritten, so war er es doch, der — was nach den letzthinzugefügten Aufklärungen des Erzählers kaum noch zweifelhaft bleibt — die klägliche Vereitelung auch dieses Feldzugs durch sein Verhalten hauptsächlich herbeiführte. Nach Allem und Allem scheint es mit den Beschuldigungen, welche gegen ihn erhoben wurden, recht sehr seine Richtigkeit gehabt zu haben. Mag man aber von ihnen abziehen so viel man will, sie sind jedenfalls kein Beweis, daß die Nation, wenn sie ihn als den Träger der anschwellenden Bewegung angesehen hatte, ihn bewährt erfand.

In der That war sie so wenig einverstanden mit ihm, daß er mit seiner Politik, so wie er sie im Feldzuge lediglich auf eigene Hand getrieben, auch nach demselben ganz allein stehen blieb. Er muthete mit ihr denen, die das stärkere Wort in der Sache sprachen, gar zu viel zu. Ihre ganze Stimmung, Böhmen, wo auch der sächsische Kurfürst Herrschaften besaß, Mähren, das dem österreichischen Herzoge verliehen war, sollten sie aufgeben: diese Fürsten, das Reich, der Kaiser, der „jeden von dem Brandenburger kommenden Vorschlag für zweideutig und verrätherisch zu halten geneigt war.“ Hatte der Markgraf durch seine Politik den Feldzug vereiteln können, so drang er mit ihr doch auf dem nicht von ihm, dem Führer der Reichspartei, sondern vom Kardinal berufenen frankfurter Reichstage

keineswegs durch. Man kam dort zu Beschlüssen, die wieder einmal, wie die „Geschichte der Preußischen Politik“ bemerkt, die bedeutsamsten Ansätze zu einer Reichsorganisation enthielten. Man entschied sich endlich für die Einführung einer Reichssteuer, und traf Anordnungen über deren Erhebung und die Leitung des Kriegs, die so viel bedeuteten, als daß die Reichsgewalt durch eine Art Reichsregiment ersetzt wurde. Die Kurfürsten erkannten, daß man zu practischen Maßregeln nicht kommen könne, wenn sie fortführen, das Gewicht der Städte zu verkennen, das freie Bürgerthum von der Führung der Reichsangelegenheiten auszuschließen, das will sagen, ihre Einung von 1424 zeigte sich nun auch ihnen selbst als ein ganz unpractisches Werk. Sie ließen nothgedrungen vom Zuweitgegriffnen ab. Zu Hauptleuten des Zuges gegen Böhmen wurden der Kardinal und der Markgraf bestimmt, dem man jedoch nicht sonderlich traute. Denn den Kriegshauptleuten sollte ein Kriegsrath zur Seite stehen, gebildet aus sechs Bevollmächtigten der Kurfürsten und dreien der Städte. Damit erhielt das Reich, wie die „Geschichte der Preußischen Politik“ will, eine einheitliche vollziehende Gewalt, zunächst freilich nur für den bestimmten Zweck des Reichskriegswesens; doch sei dieser von so überragender Bedeutung gewesen, daß sich an ihm Weiteres habe krystallisiren können und müssen, wenn er sich mit Kraft geltend gemacht. Neue Vorschläge wegen des Landfriedens scheiterten am Widerspruch der Städte, die kaum erst gefordert, daß vor Allem Friede im Lande geschafft werde, aber „man hatte endlich eine ständische Centralgewalt.“ „Es kam nur darauf an,“ daß das Reich in seinen Gliedern sich aufraffte, dieser Organisation Leben und Nachdruck zu geben.“ Der Papst schrieb an den pfälzischen Kurfürsten: „Wiederaufgelebt ist unser Muth; die Schande Deutschlands wird abgewa-

schen sein, wenn das so weise Beschlossene fest und tapfer hinausgeführt wird."

Die Bestellung des Markgrafen zum Hauptmann galt Einigen als ein Nothbehelf und wurde mißtrauisch angesehen. Dafür giebt die „Geschichte der Preußischen Politik" Belege. Ohne Beleg versichert sie, daß man sonst im Reich durch sie befriedigt sein „mochte", da sein Name seit lange her eine Richtung, ein Princip bezeichnet habe, des heiligen Reiches Banner und Fähnlein in seiner Hand eine Bürgschaft gewesen sei, daß, was geschehe, für das Reich geschehe. Sigismund „empfand es, daß Alles ohne sein Zuthun geschehen war." Und der Ausgang? Es mußte sich nun zeigen, ob man aus Reichspolitik um der Interessen des Reiches Willen und um es besser zu machen den Kaiser ausgemerzt und an seine Stelle sich gesetzt. Man hatte die Führung des Kriegs, der innern Angelegenheiten, hatte Alles selbst in der Hand; hatte nun eine einheitliche vollziehende, eine ständische Centralgewalt. Es kam „nur" — sagen wir lieber es kam nun aber freilich darauf an, daß man den politischen Verstand und patriotischen Sinn und Willen, sie wohl zu gebrauchen, und einen Mann hatte, der, dazu geeignet und des Willens, vorantrat. Jetzt war einmal wieder des Markgrafen Zeit, dem es an Gelegenheit so wenig fehlte, wenn er der Mann war.

Die Neun traten zusammen, hielten auch mehrere Sitzungen und der gemeine Pfennig wurde erhoben — doch nicht überall. Einzelne Ritterschaften und viele Fürsten und Städte weigerten sich oder hielten das Geld zurück. Die rheinischen Kurfürsten faßten Beschluß, man müsse das eingekommene Geld den Fürsten lassen, damit nach Gefallen Söldner auszurüsten. Es geschah — für eigene Streithändel. Wildes Auflodern der Fehde überall zeigt, daß

wieder Geld vollauf in den Kassen der Fürsten war. Diese benutzten den Augenblick, sich an den reichen Städten zu erholen, in den meisten mächtigsten Städten wuchsen oder entstanden die schwersten Unordnungen, während die Böhmen verheerend bis in die Lausitz und Oberpfalz eindrangen. Vergebens wurden Versammlungen der Kur- und anderer Fürsten gehalten. Da man in allen kleineren Fragen — auch das Kurcollegium spaltete sich über eine solche — einander mißtraute und entgegen war, konnte man noch weniger in der großen einig sein. In den niedersten Klassen war Erbitterung gegen die obern das Herrschende. Diejenigen, von welchen man ihrem eignen Interesse nach die Kräftigung des Reiches nach Innen und Außen am Ersten erwarten mußte, widerstrebten, hemmten, verwirrten in erster Reihe. Alle waren für sich zu schwach sich zu helfen und in Ehren zu behaupten, wetteiferten aber das Reich zu Schutz und Hülfe unfähig zu machen, und wenn dann die Noth kam, die jeder an seinem Theile verschuldet, schrieen sie nach dem Schutz und der Hülfe des Reichs — dessen Zustand Beschönigungen, Anlässe, Nöthigungen zur Selbsthülfe brachte. Die Zerrüttung und Selbstzerfleischung erreichte einen grauenhaften Umfang. Die Moral, welche aus den Freveln erwuchs, die Gründe und Zwecke, womit man diese rechtfertigte, zerstörten wie ein fressendes Gift alles das, worauf Recht und Staat und alle menschliche Gemeinsamkeit ruht. Es lag am Tage, daß auch auf dem neubeschlossenen Wege weder eine Besserung der innern Zustände noch eine größere Wehrhaftigkeit des Reiches zu erlangen sei.

Und der Markgraf? Was hatte er nun als Staatsmann in den Reichssachen, was damit ausgerichtet, daß er vom Feldlager aus in Prag gezettelt, wenn er dadurch auch bewirkt, daß das böhmische Heer in jenem Moment

die Grenze nicht überschritten? Was hören wir von dem Markgrafen? — Daß er mit den Böhmen verhandelte.

Sein Ruhmsinger wirft die Frage auf: Trifft ihn etwa der Vorwurf, den günstigen Moment, die Nation zu entflammen, nicht benutzt, durch Mißtrauen in den guten Willen und die Kraft Deutschlands eine Erhebung unmöglich gemacht zu haben, wie sie gerade jetzt Frankreich rettete? Hätte er mit der ihm gewordenen hohen Befugniß größere Erfolge erzielen, hätte er sich seine Aufgabe größer, kühner, nationaler stellen, mit der Popularität seines Namens das deutsche Volk mit sich reißen sollen?

Die Antwort lautet: Weder mit dem Reich noch mit der Nation wie sie waren, konnte irgend Großes, Außerordentliches, irgend ein Werk nationaler Erhebung gewagt werden. Der Markgraf hatte durch die ihm übertragene Kriegshauptmannschaft „in gewissem Sinn" die Leitung der deutschen Politik gegen Böhmen. Hier waren die Verhältnisse der Art, daß auf dem Wege der Unterhandlungen etwas erreicht werden konnte. Sigismund, der zu der Einsicht gebracht werden mußte, daß man nur transigirend zum Ziel gelangen könne, bevollmächtigte den Markgrafen auf dessen und wie es scheint der Neuner Antrag zu Unterhandlungen. Freilich waren die Hussitensteuer, der Neunerrath, die Hauptmannschaft des Markgrafen am wenigsten zu diesem Zweck beschlossen. Allein des Reichs Interesse heischte, dem Unheil, daß das Oberhaupt Politik nach undeutschen Tendenzen machte, ein Ziel zu setzen und zu dem Ende nach des Markgrafen Ansicht den Frieden herbeizuführen. Zuerst wurden die Sachen am Hofe zu Preßburg besprochen, man weiß nicht mit welchem Antheile Friedrichs. Man kam zu dem Schluß, daß die Anträge des Königs auf einem prager Landtage vorgelegt werden sollten. Diesem wohnte ein Beauftragter Friedrichs bei. Die Anträge wurden ange-

nommen, doch unter Bedingungen, von denen kaum zu erwarten war, daß sie den Beifall des Königs finden würden. Die Verhandlungen mit dem Landtage hatten keinen Erfolg; Sigismund verblieb bei seiner dynastischen' Politik; Friedrich vermochte ihn für die seinige nicht zu gewinnen — um Michaelis 1429 brachen dann die Hussiten wieder so gewaltig ein, daß ganz Norddeutschland zitterte.

Was ergiebt sich daraus?

Der Markgraf richtete nichts aus, weder als Kriegshauptmann noch als in gewissem Sinne Leiter der deutschen Politik. Um so schlimmer, wenn er ein bewährter Heerführer war, daß er statt seinem Auftrage als eines solchen gerecht zu werden, vom Könige — der nicht im Stande war zu weigern — abermals als Unterhändler sich bevollmächtigen ließ, nicht geneigt oder nicht fähig, als Feldherr den Krieg zu organisiren, als vornehmster Urheber und Theilnehmer des neuen Reichsregimentes dieses zu kräftigen und so dem Reiche innerlich zu helfen. Er wird uns als unzulänglich dargestellt, dem nächsten Berufe und Ziele in diesen Sachen von überragender Bedeutung zu genügen; auch gar nichts wird von ihm berichtet, das selbst nur auf einen Versuch deutete, seine Aufgabe in größerem, kühnerem, nationalerem Sinn zu lösen; vielmehr müssen wir entnehmen, daß er die begonnene Erhebung dämpfte, indem er auf nichts als auf Verhandeln dachte, mag nun die Popularität seines Namens nicht die gerühmte gewesen sein, mag er den Hebel nicht haben benutzen wollen. Auch in Frankreich sahen sich bis zu dieser Zeit die Sachen und die Nation nicht danach an, als könne Großes gewagt werden; allein es wurde gewagt und die Nation ließ sich entflammen zu einer rettenden Erhebung. Der hat das Zeug zum Führer nicht, kann nicht zu großen Dingen berufen heißen, der davon ausgeht, daß nichts gewagt

werden könne. Fehlte den Deutschen mehr als den Franzosen? In jedem Falle fehlte ihnen freilich eine entflammend an die Spitze tretende Persönlichkeit, die ihnen der Markgraf nicht wurde, an die Spitze gestellt und einer der größesten Reichsfürsten dennoch nicht wurde. Die „Geschichte der Preußischen Politik" bekundet den lebhaftesten Wunsch, ihn darstellen zu können als den, der vorangestanden in männlichen Entschlüssen, der die günstigen Momente benutzt, die Sache in einem größeren Sinne gefaßt, entflammt hätte: allein die Thatsachen, wie sie sie berichtet, zeigen deutlich, daß er nach wie vor die Mission, die seine Wahl zum Kriegshauptmann und seine ganze Stellung ihm gab, kleingesinnt, verzagt, sei es mit Recht Vorsicht als den besten Theil der Tapferkeit erwählend, liegen ließ, um vorzunehmen was nicht seines Amtes war oder wozu er den Auftrag dem Könige abpreßte, und was ihm gleichfalls nicht gelang.

Es ist mehrfach vorgekommen, daß Preußen gegen die hergebrachte Verfassung opponirte, Projecte einer neuen Einrichtung auf die Bahn brachte und betrieb, ohne die Bedingungen des Gelingens und mit dem Ausgange vergrößerter Lähmniß, Verwirrung, Zersetzung; es ist mehrfach vorgekommen, daß Preußen in deutschen Krisen verhandelte statt zu schlagen und Gesammtdeutschland dadurch Trennungen und Niederlagen, dem Reiche weiteren Verfall brachte. Selbst der schließliche Untergang kann darauf zurückgeführt werden. Das hat neuerdings Häusser in anschaulicher Schilderung dargelegt. Wie müßte die Rede lauten, wenn die Annahme einer traditionellen preußischen Politik und deren Herleitung schon vom Markgrafen Friedrich gelten soll?

Wir sollen aber freilich aus dem weiteren Verlauf entnehmen, wie der Markgraf eben durch seine Politik Deutsch-

land gerettet. Ähnlich wurde auch nach dem Frieden von Basel gesagt, daß Preußen Deutschland vor dem Kriegsunglück schütze, und in unsern Tagen behauptet, daß die preußische Neutralität Deutschland den Frieden erhalte, daß Preußen die Friedensverhandlungen herbeigeführt habe und dergleichen.

Seit lange schon war von einem reichsgemäßen Zusammenwirken des Königs und der Stände nicht mehr die Rede. Allein jetzt mußte Sigismund fürchten, daß die Hussiten ihn zwängen, die Bedingungen anzunehmen, die er eben verworfen. Ihre Unternehmungen waren bei ihrem erwähnten Einfall um Michaelis 1429 kühner, umfassender, systematischer als je. Ihre Hauptmasse war durch das Meißnische bis nach Magdeburg vorgedrungen. Die Kurfürsten von Sachsen und Mainz und der Markgraf forderten Sigismund dringend zur Veranstaltung eines Reichstags auf. Daß der König sich entschließe endlich einmal einen solchen persönlich zu halten und die am Boden schleifenden Zügel des Regiments in die Hand zu nehmen, stellte Friedrich als einzige Möglichkeit vor, Deutschland zu neuen Anstrengungen gegen die Böhmen zu bewegen. —

Wer hatte doch den König vergeblich warten lassen, ihm hartnäckig opponirt, wenn er zu Reichstagen gekommen war, wer hatte ihm die Zügel aus der Hand genommen? Was konnte denn Deutschland von ihm hoffen, wenn seine Gesinnung und Politik so ganz undeutsch und reichwidrig war? Wie bewährten sich die Abkehr vom Könige, die markgräfliche Politik, die Kurfürsteneinung, die ständische Regiments- und Kriegsführung? Sichtlich ganz schlecht. Man war damit in die äußerste Noth gerathen, in welcher man nun zum Könige und den Einrichtungen der monarchischen Verfassung zurückkehrte. Aber mit welchem Ernst?

Sigismund schrieb einen Reichstag nach Wien auf den 1. November aus, um „alles Unrecht und Unfrieden zu legen, Friede und Gemach wieder zu erheben". Er mahnte ernstlich zum persönlichen Erscheinen, schärfte insbesondre ein, daß man die zu Bevollmächtigenden mit gehörigen Instructionen versehe, damit kein „Hintersichbringen" nöthig werde. Es kam ihm (nach der Ansicht des Markgrafen und seines Geschichtsschreibers) darauf an, das Reich mit möglichst geringen Zugeständnissen zu möglichst starker Anstrengung gegen die Hussiten zu bringen; sein bisheriges System zu ändern war er nicht gemeint. Er lag in Preßburg krank; dahin begaben sich die Erschienenen. Er verlangte sofortige Entschließungen über den Landfrieden; dann waren die Streitkräfte, die sich gegenseitig banden, zu freier Verfügung, die Städte befriedigt und die Hussitennoth trieb von selbst zu den äußersten Anstrengungen. (Die beiderseitigen Interessen fielen also zusammen.) Diesmal erklärten sich die Städte bereit; diesmal erhoben die Fürsten Schwierigkeiten, war der Markgraf für das Hintersichbringen. Er machte geltend, daß hier bei ungenügender Vollmacht so vieler Botschafter von Kur- und anderen Fürsten nichts Endgültiges über Dinge, die im Ausschreiben nicht angeführt seien, beschlossen werden könne. Ihm lag vor Allem daran, daß der König selbst ins Reich komme. Den Städten wurde vorgehalten, daß sie gleichfalls in der Lage wären, hinter sich zu bringen, und daß es nicht gute Nachbarschaft halten heiße, wenn sie jetzt nachgäben. Sie blieben bei ihrer Zusage. Allein Sigismunds Hoffnung, durch ihre Haltung die Fürsten zum Nachgeben zu bewegen, wurde durch die Festigkeit des brandenburger und mainzer Kurfürsten vereitelt. Sie nöthigten ihn zu dem Versprechen, persönlich einen Reichstag in Deutschland anzusetzen. Dann gab es ärgerlichen Streit über den Ort

und die Zeit. Sie bestanden auf Nürnberg. Dahin wurden die Stände zum 19. März 1430 beschieden. Über des Königs Antrag, den zunächst an Böhmen grenzenden Ländern sofort Hülfe zu senden, kam es zu keinem Beschluß. Man mußte erwarten, daß die Böhmen durch einen neuen Zug dem etwaigen Erfolge der preßburger Berathungen zuvorzukommen, durch den Schrecken ihrer Waffen ihn zu lähmen eilen würden. Gegen den Ausgang des Jahrs erfolgte ein noch furchtbarerer Stoß von ihrer Seite, wieder über Dresden, dann gen Nordwesten sich wendend. Man war dies Mal deutscher Seits stark genug gerüstet, dem Feinde die Spitze zu bieten. Beträchtliche Heeresmassen waren in der Ebene vor Leipzig versammelt, die Brandenburger unter Markgraf Johann als Vorhut bis Oschatz vorgeschoben. Wie weit diese Aufstellung durch Friedrich veranlaßt worden, steht dahin. Man weiß nur, daß der Aufruf zum Zugug vom sächsischen Kurfürsten ausgegangen war, daß Friedrich erfolglose Mahnungen an die Neumark und nach Pommern hatte ergehen lassen. Markgraf Johann wich bei Oschatz zurück, der unordentliche Flußübergang des Feindes bei Grimma wurde nicht benutzt, die von ihm wiederholt angebotene Schlacht nicht angenommen, das deutsche Heer auf das feste Leipzig zurückgezogen: Bewegungen, worin etwas von einem Plane erkennbar ist, sich auf die Vertheidigung zu beschränken, den Feind zu hindern nach Norddeutschland durchzubrechen, mit Vorsicht folgend ihn zu zwingen über das Gebirg zurückzugehen. Wirklich sah er sich veranlaßt, bei Leipzig seine Richtung zu ändern und sich südwärts zu wenden. Nun außer Gefahr folgten die norddeutschen Fürsten und Städte dem fürchterlichen Zuge nicht, vor welchem her lawinenhaft das Flüchten, die Angst, die Wuth und Schurkerei der Selbsterhaltung wuchs. Nach allem Anschein würde auch noch weiter im

Süden und Westen die Selbstsucht, die Selbstherrlichkeit, das Gewinnmachen auf Kosten der Andern und des Ganzen — die politischen Tugenden des damaligen Deutschthums — in ernster Gefahr die Probe nicht bestanden haben. Da erschien der Markgraf recht eigentlich als „rettender Engel."

Nicht freilich in der Eigenschaft des Kriegshauptmanns, das Heer wieder sammelnd und gegen den Feind führend, ihn aus Deutschland herausschlagend; sondern gegen Ende Januar, in Mitten des unermeßlichen Jammers im Frankenlande, kam er aus Preßburg heim und begann sofort zu unterhandeln, begab sich in das Lager der Hussiten und bewog sie zu einem Vertrage, nach welchem sie gegen Zahlung beträchtlicher Geldsummen Umkehr und Waffenstillstand bis zum 25. Juli 1430 versprachen. Auch wurde eine Zusammenkunft zur friedlichen Disputation zwischen der katholischen und hussitischen Partei verabredet. Er geleitete sie bis an die Grenze und gewann ihr Vertrauen, ihre Liebe; er wird die nur erhöhte Ueberzeugung, daß mit den vielgescholtenen Ketzern wohl zum Frieden zu kommen sei, mit heimgebracht haben. Jener Vertrag ist einer der kühnen, einfachen, durchschlagenden Schritte, deren das politische Leben des Markgrafen so viele zeigt, vielleicht unter allen der merkwürdigste. Er setzte unabsehbaren Niederlagen und Verwüstungen ein Ziel, und eröffnete nach allen Seiten die hoffnungsreichsten Aussichten — auf völlige Aussöhnung mit den Hussiten und Beseitigung der päpstlichen Einwirkungen, auf einen erwünschten Gang der Reichsverhandlungen, Anerkennung Sigismunds als Erbkönig in Böhmen, Gelingen des in Basel wieder aufzunehmenden Werkes der kirchlichen Reformation. Nur daß die Dinge nicht so verliefen wie sie gedacht sein mochten. (!) Die Voraussetzungen trafen nicht ein. (!) Zu dem vom Mark-

grafen angesetzten Religionsgespräch erschien Niemand, aus dem Reichstage, wo man zu einer deutschen Politik hätte kommen können, wurde nichts. Im Sommer 1430 folgten neue furchtbare Einbrüche nach Ungarn, Österreich, Mähren, Schlesien, wo des Markgrafen Schwiegersohn mit Kühnheit und manchem Erfolge focht; im Herbst wurde ein furchtbarer Einfall in die wehrlosen deutschen Lande erwartet. —

Wer bringt es fertig, bei dieser auf diese Thatsachen gründenden Darstellung das Lachen zu unterdrücken? Nicht daß man zu leugnen braucht, der Vertrag und Waffenstillstand sei augenblicklich wohlthätig gewesen; aber wie viele und große Worte um einen schimpflichen Vertrag, um eine wo nicht zweideutige doch in der Hauptsache wirkungslose, ihre Zwecke verfehlende verhältnißmäßig geringfügige politische Handlung! — Wie unvorsichtig nahe legt die posaunende Darstellung den Schluß auf Armuth des politischen Lebens ihres Helden an bedeutenden und großen, wenn diese die merkwürdigste, kühnste, erfolgreichste war. Man ersieht nur nicht, warum sie ihn nicht schon bei jenem früheren Vorgange, wo er krank wurde, Fäden nach Prag spann und die Hussiten die Grenze nicht überschritten, als rettenden Engel erscheinen ließ. Freilich kamen damals die Hussiten, nachdem sie zurückgegangen waren, bald wieder. Blieb es aber diesmal beim Waffenstillstande? Was begab sich weiter? Wie verhielt sich der Markgraf dabei?

Die Dinge sollten nach seinem Sinne oder gar nicht gehen. Es gehörte so sehr zu den alten Gewohnheiten und Schäden, daß die Deutschen am wenigsten eine Meinung opferten. Er wäre der letzte gewesen, der es gethan hätte. An Vorwänden, auch an Gründen fehlte es nicht leicht. Jetzt mußten sie doch aber mühsam gesucht werden.

Sigismund kam nun zu einem Reichstage (August 1430)

ins Reich. Aber nur wenige Stände fanden sich zu ihm. Er beschied eine neue Versammlung zum November. Sie mußte gleichfalls verschoben werden; die Wenigsten erschienen. Erst im Februar 1431 konnte der neue Reichstag eröffnet werden. Von den Kurfürsten fehlte nur einer — der Brandenburger. Die Sache herumdrehend bemerkt die „Geschichte der Preußischen Politik“: Daß er sich von des Königs Politik fern hielt, welche die Nichtachtung der deutschen Interessen zugleich in Form der Mißachtung gegen ihren Vertreter kleidete, „mag“ nach dem Bisherigen „begreiflich“ sein. Wurden aber die deutschen Interessen dadurch gefördert, daß er, als der König das von ihm für so dringlich, ja erstnöthig Erklärte that, von ihrer Wahrnehmung, von der Erfüllung seiner kurfürstlichen Pflicht sich fern hielt? Indeß „mochte“ die patriotisch-heilsame Wirkung davon zu erwarten sein, daß „im Reich endlich erkannt wurde, wo die allein rechte Leitung, die rettende Einsicht zu finden sei“ — nämlich beim Markgrafen. Nur daß es auf dem Reichstage nicht erkannt wurde. Die Voraussetzungen trafen nicht ein. Umgekehrt gewann des Königs Politik. Es war „doch nicht vergebens, daß er sich einmal Monate lang im Reich aufgehalten, die Fürsten an seinem Hoflager gesehen, mehrere der einflußreichsten Städte besucht hatte.“

Die Anwesenheit des Markgrafen wäre um so nöthiger gewesen, da es mit dem Kurfürstencollegium grundschlecht bestellt war. Wohl „mochte er mit Sorgen auf den Gang sehen, den die Dinge nahmen, umschauen nach einem Punkt den Hebel anzusetzen, sie in ein anderes Geleis zu bringen.“

Nachdem er den zuletzt beliebten Weg, durch Reichstage bei persönlichem Erscheinen des Königs zum Ziele zu kommen, auch schon wieder aufgegeben hatte, warf er sich abermals in einen neuen. Ein öffentlicher Anschlag an den

Thoren des Vatikans drängte zur Berufung eines neuen Concils. Es sollte dem päpstlichen System ein Ende machen, den Frieden mit den Böhmen herbeiführen. In Rom hielt man den Markgrafen und seinen Schwiegersohn für die Fürsten, die ihn veranlaßt. „Man wird darin des Markgrafen Politik und Character wiedererkennen.“ Sofort trat die Frage des Concils in den Vordergrund; die Kardinäle forderten es dringend; der Papst vollzog die Berufungsbulle am 1. Februar. Zuvor hatte er jedoch einen neuen Legaten für Deutschland ernannt. Der Fanatismus zum Kreuzzuge sollte neu entzündet werden. Der König rüstete zum Kriege. Am 9. Februar wurde der Reichstag eröffnet, der vor Allem den Vorbereitungen dazu bestimmt war. Am 4. März sollte das Concil beginnen. Nur ein einziger Prälat aus Burgund war erschienen — auch diesmal war die Rechnung des Markgrafen fehlgeschlagen.

Hierauf erfolgte — was jedoch nur die weiteren Thatsachen ergeben — daß zwischen ihm und Sigismund abermals eine Verständigung erzielt wurde, wonach Beide Großes nachgaben, der König nochmalige Unterhandlung, der Markgraf seine Theilnahme am Kriegszuge für den Fall, daß sie sich zerschlüge.

Die Reichsversammlung faßte Beschlüsse zur Aufstellung eines gewaltigen Heers. Die Verhandlung mit den Böhmen hatte keinen Erfolg. Sie rüsteten. Sigismund ernannte abermals Friedrich zum obersten Hauptmann von des Reiches und der Krone Böhmen wegen, und ertheilte ihm Vollmacht, mit den Ungläubigen zu verhandeln und Frieden zu schließen. Sei es, daß der König einen Fehlgriff wiederholte, daß es an Feldherrntalenten mangelte, oder daß der Markgraf nicht umgangen werden durfte, weil er sich sonst auch wohl vom Zuzuge fern gehalten hätte: es war doch jetzt mit Händen zu greifen, daß er

nicht der rechte Mann war. Es sollte sich noch deutlicher zeigen. Starke Schaaren hatten sich bei Nürnberg gesammelt. Er rückte zögernd vor. Am 1. August ging er mit 40,000 Reitern und 90,000 Mann Fußvolk über den Wald auf Tachau; dann zog das Heer, furchtbar wie nur je die Hussiten hausend, der Grenze immer auf wenige Stunden nahe, südwärts weiter. „Es ist nicht möglich zu erkennen, was für ein Zweck und ob ein militärischer dieser Bewegung zu Grunde lag.“ Ein Feldzug und ein Feldherr ohne militärischen Zweck! Man wird darin des Markgrafen Politik und Character wiedererkennen, wie die „Geschichte der Preußischen Politik“ sie darstellt. Als unweit Tauß am 14. August die Böhmen anrückten, bestiegen der Legat und der Sachsenherzog, der die eine der drei Colonnen führte, die die Ebene beherrschende Höhe, und sandten zum Markgrafen, daß er heraneile sie zu besetzen. Es war schon zu spät. Der Markgraf erschien dies Mal als rettender Engel nicht. Er ließ zurücksagen, alle Truppen seien bereits auf der Flucht, man möge eilen sich zu retten. Jeder Versuch die Ordnung herzustellen war umsonst, in kürzester Frist war das ganze Heer im schimpflichsten Davonlaufen. Der Feldzug endete mit der vollständigsten Niederlage. Der Markgraf wird von Anfang erkannt haben, daß mit dem deutschen Heere nichts gewagt werden könne. Er zeigte sich als ein großer oder glücklicher oder nur einigermaßen befähigter Reichsgeneral nicht, ja nicht einmal unzweideutig; aber er behielt Recht, — „der letzte Versuch, die böhmischen Ketzer mit der Gewalt der Waffen zu bekehren, war gescheitert, überall in Deutschland ergriff Wuth und Erbitterung die Gemüther, gegen die Fürsten und zumal die Geistlichkeit sich kehrend, wilde Empörung ankündigend; um so unumgänglicher mußte das letzte Heil durch Verhandeln gesucht werden. Traurige Genugthuung, die dem

alten getreuen Eckard seines Vaterlandes, (!) dem Markgrafen, zu Theil wurde!“ Und: „wird er auch jetzt noch Rath und Hülfe wissen? Es gab keinen andern Weg der Rettung mehr, als den er vor diesem Kreuzzuge gefordert. Nur der Friede mit den Hussiten konnte dem Könige Böhmen, konnte Deutschland vor neuen Invasionen und ihren unberechenbaren Folgen retten.

Und das war freilich eine „traurige Genugthuung,“ die dem „alten getreuen Eckard seines Vaterlandes,“ und eine eben so traurige Frucht seiner Feldherrnschaft und Politik, welche Deutschland zu Theil wurde, zumal da sie die einzige war und der Erfolg den feinen markgräflichen Berechnungen nach ihres Historiographen eignen, hier doch in der That unglaublichen Darstellung abermals nicht entsprach.

XVI.

Das Concil von Basel. Neue Einleitungen zu einer Reichsreform. Sigismunds Tod. Habsburg oder Hohenzollern? 1431 bis 1437.

Das Concil — so erscheinen die Sachen in der Darstellung der „Geschichte der Preußischen Politik“ — kam im Herbst 1431 zu Stande und erregte große Erwartungen. Sigismund begab sich nach Italien, der Reichstag ging bedeutungslos vorüber. Die Böhmen erneuten ihre verheerenden Züge, stürzten sich im März 1432 auf die Marken. Die Verhandlungen des Concils mit den Böhmen verliefen ohne Resultat. Im April 1433 verließen sie Basel unbefriedigt. Ende Mai erfolgte die Kaiserkrönung Sigismunds. Dieser hatte einen Reichsverweser mit großer Vollmacht, über Reformen zu verhandeln, nicht bestellt; er hätte nach Lage der Sachen wohl nur den Markgrafen dazu erwählen können, und da er auf die Nachfolge Albrechts von Österreich dachte, so war es um so begreiflicher, daß er Friedrich nicht wünschte. Unter den Aufgaben des Concils war auch die, den Frieden unter den Fürsten zu fördern. Es betrat den Weg sich zum Tribunal auch für die weltlichen Streitigkeiten zu machen, beschloß die Ver-

handlungen mit den Böhmen durch Bevollmächtigte in Prag fortsetzen zu lassen. Die Fäden gingen durch des Markgrafen Hand. Im Juni 1433 erlitten die Böhmen einmal Niederlagen, durch den letztern, Pfalzgraf Johann, Albrecht von Oesterreich. Im August traf der Kaiser in Basel ein. Er wendete allen seinen Einfluß an. Ende November wurden die prager Compactaten vollzogen. Auch der Markgraf hatte an diesem endlichen Abschluß seinen Antheil. Im December anerkannte der Papst das Concil, das, als es im Februar 1434 die Compactaten vollzog, unbestritten die höchste Autorität war. Nie hatte die Politik Sigismunds geschickter operirt. Indeß war nur ein Anfang zur Beruhigung Böhmens gemacht. Die Parteien fügten sich noch nicht. Es kam zum Zusammenstoß, im Mai 1434 siegte der Adel über die unteren Massen. Es fiel der Kern der Heere, die so lange der Schrecken der Nachbarländer gewesen. Böhmen stand unter seinem Statthalter und in den Landtagen geeint den Ansprüchen des Königs gegenüber. Die Frage der Reichsreform trat bestimmter als je in den Vordergrund.

Der Zustand des Reiches war der erbärmlichste und man fühlte sich aller Orten in elenden, gepreßten, unhaltbaren Zuständen. Der gute Prophet dieser schlechten Zeiten, Nikolaus von Kus, sagte: „Eine tödtliche Krankheit hat das deutsche Reich ergriffen, der, wenn nicht sofort heilende Mittel angewandt werden, unzweifelhaft der Tod folgen wird. Und man wird das Reich in deutschen Landen suchen und nicht finden; Fremde werden unsre Stelle einnehmen und sich in uns theilen und so werden wir einem andern Volke unterworfen werden.“

Hier wird bemerkt: Würdige man die Bedeutung dieser Stimmungen. Noch war die Frage zwischen dem Reich und den Territorien, zwischen Monarchie und selbst-

herrlicher Zersplitterung nicht entschieden; noch einmal war das Gefühl lebendig, daß nur eine Reichsreform retten könne. Aber eben so gewiß war der letzte Moment gekommen, wo das Reich noch mit raschen und großen Schlägen, mit dem Zusammenfassen aller seiner gesunden Kräfte, seines höheren Rechtes zu siegen vermochte. Die Zustände waren zu heillos, als daß ihnen nicht Abhülfe werden mußte; wurde sie nicht von Reichswegen geschaffen, so zwang die Noth selbst den Territorien die Pflicht auf, das vom Reich Versäumte zu gewähren und damit nicht blos sich um so entschiedener auszuprägen, sondern auch die Rechtfertigung ihres Bestandes und ihrer staatlichen Usurpation zu gewinnen.

Waren denn aber die „Territorien“ nicht das Reich? An irgend welcher Noth hatte es nie gefehlt, die ihr Sonderstreben, ihre Usurpation schlechter oder besser motivirt. Wenn sie es selbst waren, die so oder anders die Abhülfe vereitelten, welche von „Reichswegen“ hätte geschaffen werden sollen, mit anderen Worten wenn sie, denen es zukam, nicht halfen und dadurch zwingende Noth selbst herbeiführten: wo bleibt die Rechtfertigung ihres Bestandes, ihres Fortschreitens zur Souveränität, ihrer staatlichen Usurpation und deren Vollendung, der damit verknüpften Lockerung und Zerstörung des Gesammtverbandes?

Es wird weiter gesagt: Man hatte in des Kaisers Umgebung das Gefühl, daß es sich um Großes handle (was doch immerhin etwas, und mehr war als von einem beträchtlichen Theile der Reichsstände sich sagen läßt.) Allein er faßte die große deutsche Krisis nur nach ihren untergeordneten, am wenigsten nach ihren deutschen Momenten auf. Sein Eifer für die Reform war nicht darauf gewandt, mit Ernst und Kraft die Reichsgewalt herzustellen und zu handhaben (mit solchen Reichsständen!), sondern

Einfluß im Reich zu üben, der „mitteleuropäischen Macht“ allen Gewinn zu sichern, den sie aus Deutschland ziehen mochte. So schwoll allmälig die große Krisis heran, die die Geschicke Deutschlands für die Jahrhunderte hinab entscheiden sollte; mit dem Tode Sigismunds und der Wahl seines Nachfolgers gipfelte sie sich; und die Entscheidung fiel für Habsburg und gegen die Hohenzollern.

Das soll heißen: wäre sie für diese ausgefallen, so würde dem Reich geworden sein was es bedurfte. Nach allem Bisherigen ein gewagter Satz. Und wie kam es, daß die gewünschte Reform nicht erfolgte? Thaten die Territorialgewalten ihre Schuldigkeit? Erkannten sie, daß sie mit Aufopferung eigner Macht die des Oberhauptes stärken mußten und wenn sie dies nicht thäten, dadurch eine territoriale, dynastische, undeutsche Politik desselben ihm zur Nothwendigkeit machten und wenigstens insoweit rechtfertigten, daß sie nicht klagen durften? Ward ihrerseits, ward in der Nation weithin die Bedeutung jenes Entscheides nicht erkannt, erwogen? Warum fiel er für Habsburg, warum gegen die Hohenzollern, die alten Führer der Reichspartei? Konnte jetzt mit der Nation, den Territorien wie sie waren Großes, Außerordentliches gewagt, unternommen, durchgeführt werden? Zeigte sich der Markgraf jetzt als der Mann? Wird erwiesen, was von Sigismunds Auffassung und Eifer der Reform behauptet wird?

Wie zur Begrüßung des Kaisers bei seiner Rückkehr aus Italien erschien eine Schrift jenes Kus, die als das Programm des Concils gelten durfte und auch die Reichsreform in ihren Grundzügen darstellte, die Ursachen des schädlichen Zustandes, die Mittel der Abhülfe deutlich bezeichnend: geordnete Reichsversammlungen, Einrichtung und Handhabung ordentlicher Gerichte, Aufstellung eines Reichsheers. Sie enthielt einen detaillirten Entwurf.

Man kann nicht behaupten, daß es zwischen Kus und dem Markgrafen damals eine nähere Beziehung gab, aber er „wird" die Schrift „nicht ohne eine gewisse Genugthuung" gelesen haben, wenn er auch die Wirklichkeiten zu gut kannte, um sofortige Verwirklichung für möglich, ja auch nur wünschenswerth zu halten.

Etwa weil die Reichsgewalt hergestellt wäre, ohne in seinen Händen zu liegen? Warum sonst nicht einmal für wünschenswerth? Warum nicht für möglich, da das Reich noch zu siegen vermochte? Hatte es so viel Zeit mit gründlicher Abhülfe, da doch der Zustand so elend, der erwähnte angeblich letzte Moment gekommen war?

Der Kaiser hatte dem Markgrafen von Neuem Aufmerksamkeit erzeigt, noch in Italien ein Verlöbniß der ältesten Enkelin desselben mit dem Sohne und Erben Ludwig Gonzagas verabredet, den er zum Markgrafen von Mantua und Vicar des Reichs in Italien erhoben. Er durfte sich des Fürsten Unterstützung versprechen, der, wenn irgend einer, die Reformpartei in Deutschland vertrat, als er die Stände zum 30. November nach Basel berief.

Die Reformpartei muß indeß auch jetzt sehr wenig zahlreich oder sehr wenig eifrig gewesen sein. Von den Fürsten erschienen nur drei, von den Kurfürsten nur der Brandenburger. Auch eine Ladung bei Verlust der Regalien und Privilegien auf einen Tag im Januar blieb erfolglos. Die Reformfrage mußte verschoben werden. Sie war um so dringender, da die Fürsten sichtlich widerstrebten, das Concil in die weltlichen Sachen übergriff. Es zeigte sich gleichfalls unfügsam gegen den Kaiser. Erzürnt verließ er Basel. —

Sigismund hatte also abermals dem Markgrafen, der an ihm nicht eben als „treuer Eckard" gehandelt, Vortheile zugewendet, um seine Unterstützung der Reform zu

gewinnen; allein der markgräfliche Beistand erwies sich als unzulänglich, die Sache hatte davon keinen Nutzen.

Auch in Ulm, wohin er auf den Juli geladen, stellten sich nur Wenige ein, unter ihnen der Markgraf und sein Sohn Albrecht. Auf dem Reichstag zu Regensburg im September 1434 kam eine Fülle großer Fragen vor, wesentliche Entscheidungen gab es nicht. Ein Theil der Fürsten wurde unwillig und mißtrauisch, als der Kaiser heimliche Verhandlungen mit den Böhmen pflog. Die rheinischen Kurfürsten besorgten, er dürfte den Böhmen Alles zugestehen und sie dann mit einem böhmischen Heere überziehen wollen; Anderen wäre auch dies recht gewesen, wenn es nur ihren Nachbarn zum Schaden gereicht hätte. Der Markgraf war anwesend und in gutem Vernehmen mit Sigismund, der den zweiten Sohn Friedrichs zu seinem „Statthalter, Verweser und Beschirmer des heil. Concils“ ernannte. Die Städte waren günstig gestimmt. Schon deshalb mußte er die Reform wünschen oder doch zu wünschen scheinen. Kam es auch jetzt zu nichts, so wurde die Autorität von Kaiser und Reich noch verächtlicher, der Gesammtzustand unrettbar, die völlige Auflösung des verfassungsmäßigen Zusammenhangs der Glieder unter einander und mit dem Haupte war vorhanden. Seit der Kaiserkrönung war sichtlich in Sigismunds Politik eine neue Fermentation gekommen. Sein Kanzler Schlick war unerschöpflich in neuen Reizungen für den schweifenden Geist des Kaisers, dessen eigenthümliche Machtverhältnisse Anlaß zu immer neuen „Vorschwebungen“ in der kaiserlichen Politik gaben. Die Hussitenkriege hatten die Folgen für das Reich gezeigt, wenn man sich davon blenden oder hinreißen ließ, und jeden Augenblick konnte man Aehnliches befahren wenn es nicht gelang, die losen Glieder zusammenzuschließen und zu einer wenn auch noch so lockeren

Gemeinsamkeit dauernd zu zwingen. Die Einung der Kurfürsten war der gegebene Kern dafür, und bei diesen kamen mehrfache starke Gründe zusammen, zu gemeinsamer politischer Action sich wieder zusammenzufinden. —

Waren die Hussitenkriege in Wahrheit weiter nichts als Folgen von „Vorschwebungen" in der kaiserlichen Politik, und wenn sie noch andre und schwer wiegende Ursachen ohne Frage hatten, ist dann nicht der Ausfall um so weniger am Platze, der an die Verrechnungen und Niederlagen der „Reichspartei" von 1849 erinnert und noch etwas von der zurückgebliebenen Galle an der österreichischen Note vom 4. Februar ausläßt, die das Werk der erbkaiserlichen Professoren verwarf? Warum kam es denn trotz solcher Dringlichkeit der Sache in Regensburg zu nichts? Wo war die Reformpartei, wo waren nur Vorschläge oder Anträge derselben, worin zeigt sich eine Wirksamkeit des Markgrafen, der sie wenn irgend einer vertrat, oder der Kurfürsten, die so starke Gründe zur Action hatten, und ihrer Einung, die der gegebene Kern war? Hinderte der Kaiser oder kamen blos Vorschwebungen kaiserlicher Politik an den Tag? — Gerade das Gegentheil. Eben Sigismund zeigte Ernst, hatte brauchbare Ideen, bahnte gangbare Wege, wie wir aus dem ihm so ungünstigen eignen weiteren Bericht der „Geschichte der Preußischen Politik" ersehen, bei welchem man nicht umhin kann, vergleichend der Frankfurter Reichsversammlung von 1848 zu gedenken, indem er pikante Aufschlüsse über eine solche von 1434 giebt.

Sigismund richtete an sämtliche Reichsstände ein Schreiben, worin er sie einladete, auf den 6. December nach Frankfurt Bevollmächtigte zu senden und durch sie die sechzehn Artikel, welche beigefügt waren und die Grundlage einer Reichsreform enthielten, auf ihr, der Vollmacht-

geber, „Verbesserung und Wohlgefallen“ verhandeln zu lassen. So war eine neue Art in Reichssachen zu verhandeln angebahnt, der Debatte das Feld geöffnet und bei der Stimmung im Reich zu erwarten, daß zum ersten Male die populären Strömungen der öffentlichen Meinung in der Reformfrage einige Einwirkung gewinnen würden. Die ganz unvorgreiflichen Artikel bezeichneten nur die Fragen, über die der Kaiser Anträge zu vernehmen wünschte. Wer Mißtrauen gegen die reichsoberhauptliche Initiative gehabt, fand keinen Anlaß sich zu beschweren. Es war den Ständen zugeschoben, gleichsam das Angebot dessen zu machen, was sie dem Kaiser und Reich zu Nutz und Ehre gewähren wollten. Der Kaiser erbot sich, die auf Grund ihrer Verhandlungen erwachsenen Beschlüsse, auch wenn sie ein Mehreres als seine Artikel enthielten, entgegenzunehmen und „zu dem Besten endlich zu beschließen.“ Es war eine Formel, in der das Reich sich in seinen Gliedern parlamentarisch zusammenschließen und unter dem Vortritt der Kurfürsten seine Angelegenheiten bis auf die kaiserliche Sanction endgültig feststellen konnte. Die Frankfurter Versammlung trat unter großen Erwartungen in ganz Deutschland zusammen, berieth, proponirte einen Tag zur Schlußverhandlung über die vorberathenen Dinge auf den 3. Mai 1435 und — verschwindet spurlos. In den Ueberlieferungen folgt eine Lücke von mehr als einem Jahre. Wo sie wieder anheben, im Spätsommer 1436, ist die Lage der Dinge völlig verändert. Der Kaiser hat in Ungarn beträchtliches erreicht, endlich Böhmen gewonnen; das Concil hat große Beschlüsse in der Sache der Kirchenreformation gefaßt und befindet sich im Kriegszustande mit dem Papst. Der Kaiser und die Kurfürsten beschäftigen sich mit dem Concil und seinem Streite. Im October 1436 taucht die Sache der Reichsreform wieder auf. Die Kurfürsten be-

glückwünschen den Kaiser wegen der Herstellung seiner Erbkrone, theilen ihm mit, was sie nach Basel geschrieben, mahnen ihn wegen der Gebrechen in deutschen Landen und bitten ihn das Nöthige zu veranlassen, damit Friede und Ordnung werde, worauf er erwiedert, die Schäden im Reich seien ihm leid, er habe oft davon geredet, Wege angegeben und mit Ernst begehrt, daß man dazu helfen und rathen wolle, aber niemals Folge gefunden, sei indeß noch immer willig das Seine zu thun. Er ladet sie zugleich ein, auf einen ihnen genehmen Tag in Eger zu erscheinen und schickt Machtbriefe mit, die übrigen Stände gleichfalls zu laden.

Es wird hier, was vom Kaiser blos behauptet war, auf Grund der Thatsachen hinzugefügt, sichtlich sei von den meisten unter denen, die die Reform hätten bewerkstelligen sollen, nur der Schein gesucht, als ob sie sie ernstlich wollten; in Wahrheit hätten nur wenige von den Größeren Neigung gehabt, von dem Gewonnenen Wesentliches zu opfern. Allein eben so sichtlich that der Kaiser, den mitgetheilten Thatsachen zufolge, Alles was nur immer von ihm gefordert werden konnte. Im Sommer 1848 hatten es die Regierungen versäumt, in der Verfassungssache über einen der Nationalversammlung vorzulegenden brauchbaren Entwurf sich zu einigen. Jedoch im Februar und März 1849 brachten sie Acceptationen und Vorschläge, die jedenfalls brauchbarer waren als die Vorschwebungen der „Vertrauensmänner,“ zu welchen auch der Verfasser der „Geschichte der Preußischen Politik“ gehörte, und als das Projekt der kleinen Mehrheit des Parlaments. Diese lehnte die Propositionen der Regierungen ab, um ihr Projekt durchzusetzen, gar nichts zu Stande zu bringen und sich und Alles zu verderben. Im Jahre 1434 waren es nicht Vorschwebungen kaiserlicher Politik, sondern prac-

tische auf die Sache gehende Vorschläge des Oberhaupts, die die Reichsversammlung liegen ließ, welcher Sigismund die beste Gelegenheit bereitete und die ihre Gelegenheit versäumte. Trotzdem wird auch hier noch wenigstens ein leiser Versuch gemacht, ihm einen gleichmäßigen Schuldantheil zuzuschieben und einen rechtfertigenden Grund für das Verhalten der Reformpartei in der Annahme zu finden, daß sie etwa deshalb ihre nächste Sorge auf das Concil gewendet, weil sie in solcher Verbindung der beiden großen Fragen das Ziel um so gewisser zu erreichen gedacht hätte. Wir erinnern uns, Sigismund verfuhr in seinen Anfängen so, nach demselben Calcul, nach allgemeinerer Ansicht und Zustimmung, dringend dazu aufgefordert, unter viel mehr begünstigenden Umständen; es mißlang und wurde ihm als Fehler angerechnet. In Constanz war nicht blos Kirchentag, sondern zugleich ordentlicher Reichstag gewesen. Es galt jetzt, in einer Reichsversammlung die kaiserlichen Artikel, die Sache der Reichsreform vorzunehmen, die so ganz in die Hände der Reichsglieder gelegt worden, während die Kirchenversammlung in Basel keineswegs der Ort für die Behandlung eben dieser Sache war, und das Concil obenein in die Reichssachen anmaßlich und verwirrend übergriff. Die Lobrede der markgräflichen Politik weiß auch nicht den kleinsten Umstand anzugeben, woraus sich etwa auf ein Hinderniß, das der Kaiser in den Weg gelegt oder das aus der kaiserlichen Politik erwachsen wäre, oder auf sonst eine entstandene Schwierigkeit schließen ließe, keine Spur irgend welcher Bemühungen des Markgrafen um die Reform, eines in der Sache von ihm geübten Einflusses, einer Einwirkung oder nur des Vorhandenseins einer Reformpartei, die er in Bewegung gebracht, geführt hätte. Erwiesen ist, daß Sigismund die Sache nach ihren wesentlichen und deutschen Momenten aufgefaßt, und daß es in

der That die Stände waren, welche widerstrebten, sie, die vom Kaiser volle Freiheit, Antrieb, Anbahnung und Erleichterung, mit einem Wort Alles erhalten hatten, was in seinen Kräften lag, was dazu dienen mochte sie zur Vollbringung der Reichsreform zu vermögen und in Stand zu setzen, und daß sie die Gelegenheit verpaßten, binnen Jahr und Tag gar nichts zur Reform thaten. Es müßte irgend eine Wirkung hervorgebracht, eine Nachricht darüber sich erhalten haben, wenn sich die Reformpartei auch nur einigermaßen gerührt hätte, etwa in der Minderheit geblieben und mit Anzeige vor die Nation oder den Kaiser getreten wäre. Unabweislich ist der Schluß, daß bei allen so lauten Klagen über den Zustand des Reichs, allen Anschuldigungen gegen das Oberhaupt, allem Rufen nach Reform die Einsicht, wie nöthig eine Änderung für den Gesammtverband, wie nöthig und überwiegend werthvoll dieser und also namentlich eine starke Reichsgewalt und feste Ordnung sei, die Einsicht wie und wodurch geholfen werden könne und müsse, der patriotische Wille ihr gemäß zu handeln, oder Beides auch nur in mäßiger Kraft und Verbreitung, und daß auch eine irgend bedeutende Partei als Trägerin solcher Einsicht und Gesinnung und ein Mann, der eine solche Partei hätte entstehen machen, organisiren, zu Erfolgen leiten mögen, nicht vorhanden war; mit Einem Worte, daß vornämlich hierin, viel weniger in Schwierigkeiten der Sache und ganz und gar nicht in der Stellung oder Politik des Kaisers in diesem Moment die Ursache lag, daß es zur Reform nicht kam.

Im Sommer 1437, als die allgemeine Verwickelung einen mächtigen Schritt weiter gegangen war, ein neues Schisma drohte, kam ein Reichstag in Eger zu Stande, verlief aber für die Reichsreform so erfolglos wie ein weiterer zu Nürnberg im October. Daß hier nun etwa wieder dem

Kaiser die Schuld zugefallen wäre, dafür wird keine Thatsache, keine Nachricht herbeigebracht, es wird auch nicht eigentlich behauptet; allein die Thatsachen beweisen hier die Schuld der Stände gleichfalls nicht, die lückenhaften Überlieferungen geben Raum zu Combinationen, Hypothesen, Verdächtigungen und so wird herumgegriffen und ein Schatten gefunden, eine solche daranzuheften, die, daß es die kaiserliche Politik kennzeichne, zugleich die Stimmungen für die Reichsreform zu nähren und zu entzünden und nie ernstlich Hand anzulegen sie zu fördern, ja, wie man endlich glauben müsse, sie nicht gelingen zu lassen. „Wie viel ist in Ungarn, selbst in Böhmen seinem ernstlichen Bemühen gelungen; ist es vielleicht das Interesse dieser seiner Macht, daß das Reich durch vergebliches Ringen und Sehnen nach besseren Zuständen desto elender, desto mürber werde?"

Dies unmittelbar nach dem Bericht über jene kaiserlichen Einleitungen zur Reichsreform, deren Ernst nicht bestritten werden konnte, die „keinem Mißtrauen Raum ließen!" Es kennzeichnet die alte böse mißtrauische Art, wodurch von jeher in Deutschland so viele gute Gelegenheiten, so oft die Sachen verdorben sind. Es kennzeichnet am meisten die Art der borussomanen sogenannten Reichspartei, wo es nur angehen will den Gegensatz Preußen-Österreich herbeizuziehen, die daraus herstammenden Gefühle einzumischen, ihrem Ärger über die ihren Tendenzen freilich sehr hinderliche Stellung des Kaiserhauses und Staates in Deutschland Luft zu machen, was von ihm kommen oder gekommen sein mag mit Galle und Gift zu überschütten, Verdacht und Abneigung stets neu zu schärfen und zu nähren — um die „Wendung," sei es auch von noch so großer Weite her präpariren zu helfen, daß endlich doch noch Österreich aus

Deutschland hinausgeschafft und Preußen an die Spitze von Kleindeutschland gebracht werde.

Noch wird berichtet, wie die Kurfürsten in Eger, wo die Stände in Sachen der Reichsreform Anträge machten und nichts verabschiedet wurde, in der Kirchensache sich geeinigt, den Kaiser zu gemeinschaftlichen Schritten aufgefordert, und als ihr Bote ihn nicht mehr getroffen, beschlossen hätten, wegen der Dringlichkeit der Sache auch ohne die kaiserliche Zustimmung zu verfahren wie sie übereingekommen, da sie „in solche Würdigkeit und Wesen von Gott gesetzt, daß sie billig ihre Arbeit, Ernst und Fleiß dazu thun sollten, daß die heilige Kirche in Einigkeit bleibe, widrigenfalls sie in Gottes schweren Zorn fallen und viel Unglimpf gerecht erleiden würden.“ Es wird nicht bemerkt, daß sie daran doch auch und zuerst in Sachen des Reichs als dessen Säulen und Leuchter und zumal da hätten denken sollen, aber nicht gedacht hatten, als der Kaiser seine Artikel den Ständen überwiesen, und daß ihre Schritte im Concil erfolglos bleiben mußten weil das Reich unreformirt war und blieb. Nicht weniger kennzeichnet es, daß statt derartiger Fingerzeige, geeignet zur Erkenntniß der Selbstschuld zu führen, die Schuld fortgesetzt auf andere Stellen gewälzt wird, und große Worte gemacht werden, wie die: Hätte jetzt an der Spitze des Reichs ein Kaiser gestanden, der das Regiment nach den Interessen Deutschlands führte, so vermochte er das entscheidende Wort zu sprechen! Wenn er nun aber auch diesmal „keine Folge gefunden?“ Hätten nicht kurz zuvor die Reichsstände das entscheidende Wort sprechen, hätte nicht das Reich reformirt sein können, wenn sie nach der Aufforderung des Oberhaupts, den Interessen Deutschlands und ihren Pflichten gehandelt? Ist es nicht völlig ersichtlich und dazu eingestanden, daß sie nicht wollten und nur den Schein suchten als ob sie wollten?

Inmitten jener schwebenden Entwickelungen, am 9. December, starb Sigismund. Und wo war nun — während überall Fehde, Gewalt, Rechtlosigkeit herrschten, die Grenzgebiete schon sich ablösten und fremden Strömungen folgten, in den Städten schon daran gedacht wurde ähnlich wie die Schweizer sich abzulösen, der Trotz des Bürgerthums den Fürsten und Herren zu Häupten wuchs, Gährung der unteren Klassen reißend anschwoll — wo war nun der Fürst, fähig die deutsche Krone zu tragen, wo lagen die Schäden des Reichs, waren sie unheilbar?

Die letzte Frage wird mit Recht verneint. Es ist wahr, wird bemerkt, die Reichsgewalt war unermeßlich geschwächt. Aber um wie viel stärker war in jener Zeit die Macht der Krone Castilien über ihre Reichsfürsten und Städte? und standen etwa minder trotzig dem Könige von Frankreich seine Vasallen Burgund, Bretagne u. s. w. gegenüber? ja war nicht die Krone England trotz der glänzenden Zeit Heinrichs V. daran, in dem Kampf der Rosen ihren übermüthigen Prälaten und Baronen zu erliegen? Lag überall nicht in den Mitteln der Krone, sondern in der Idee des Königthums die rettende Kraft, so haftete an der Deutschlands die höchste Weihe, der umfassendste Beruf. Noch waren die Selbstherrlichkeiten und Sonderstrebungen weich genug, um mit der Macht eines nationalen Regimentes überwunden zu werden; noch wußte und fühlte Jeder, daß die Fürsten des Reichs nur dessen Adel, die kaiserfreien Städte des Kaisers Unterthanen seien, und das Recht des Reiches war noch lebendig genug auch in den Gewissen Derer, die es fort und fort kränkten: „Ihr Getreuen, Fürsten und Herren, die Ihr Lehen genießet vom Reich, Ihr habt Euch lange Zeit genug nicht geübt, noch dem heiligen Reich Dienst erzeiget; lasset uns funden werden zu dem Rechten.“

Schade daß dies kein Ausspruch des Markgrafen ist; es steht in der „weltlichen Reformation“ Sigismunds. Noch viel schlimmer daß nicht sowol die Schäden als die zu rathen und zu helfen Berufenen, die bisher „nur gesucht hatten um nicht zu finden,“ unheilbar waren. Am allerschlimmsten, daß selbst der Führer der Reichspartei so wenig Achtung vor der Idee des Königthums, so wenig Vertrauen zu deren rettenden Kraft oder so wenig Einsicht, daß diese in jener Idee liege, besaß, als er durch seine Gewaltsamkeiten und Intriguen gegen die Könige und die monarchische Verfassung seit seiner Theilnahme an der Zettelung gegen Wenzel bis zu seinem Einfädeln der Kurfürsteneinung und auch ferner noch zufolge der „Geschichte der Preußischen Politik“ bekundete.

Wie aber bei diesem Zustande weiter? Wir stimmen bei: Da halfen nicht mehr einzelne Satzungen, kleine Hülfen; mit Paragraphen konnte man das Reich nicht retten. Die rechte Reichsreform war ein Mann an rechter Stelle. Die „Geschichte der Preußischen Politik“ kennzeichnet ihn näher.

Ein Mann, der die Pflicht und das Recht seines Amtes erkannte. — Gut.

Ein Mann mit hellem Blick und fester Hand. — Auch gut. Nur würde vielleicht besser gesagt: mit eiserner Faust.

Ein Kaiser, der es nicht nebenbei war, seine Richtung nicht nach fremden Interessen nahm, — also kein habsburgischer? — Je nachdem. Wenn es einer war nur wie Sigismund und man ihm folgte in Deutschland, so mußte ihm die deutsche Krone unfraglich die wichtigste werden und bei der Kraftfülle des geordneten Deutschlands mußte dessen Interesse nothwendig zu seiner Geltung kommen. Doch es sei, wo möglich kein habsburgischer, kein noch andere Kro-

nen tragender Kaiser — in welchem Falle jedoch sein Blick um so heller, seine Hand um so fester sein mußte; — dagegen aber ein hohenzollernscher, das will sagen der Markgraf?

Der Historiograph Friedrichs, nach unverwüstlicher Liebhaberei des Kaisermachens einen preußischen Kaiser der Zukunft und einen der Vergangenheit zugleich im Sinn tragend, meint: ja! Doch aus seiner eignen Schilderung des Markgrafen folgt ein entschiedenes Nein. Er sagt: Wenn es einen solchen Fürsten im Reich giebt, wenn die neue Wahl ihn findet, so mag die Nation getrost in die Zukunft schauen. Wenn Einer, wird Markgraf Friedrich diese Dinge erwogen haben. In sich fand er den, dessen das Reich bedürfe. Er warb um die Wahl.

In der That wurden wir durch sein Verhalten mehrfach darauf hingewiesen, daß er schon von lange her in sich und nur in sich den fand, dessen das Reich bedürfe, und sich den Weg zu bahnen suchte. Es giebt den Schlüssel zu nicht Wenigem von dem was er that und nicht that, vielleicht zu Mehrem als seinem Ruhme taugt. Was folgt aber, wenn er in seiner Meinung von sich selber irrte? Darauf ob dies der Fall war oder nicht, kommt es an. Er hatte sich manchfach tüchtig erwiesen, doch eben in den Reichssachen nur geschäftig und so wenig tüchtig als glücklich. Was hatte er geleistet, was war ihm gelungen in seinen hohen begünstigenden Stellungen als einer der ersten Reichsfürsten, als Verweser, als Feldmarschall des Reiches, als Führer der Reichspartei, dessen Name die Richtung, das Princip bezeichnete, daß des Reiches Banner in seiner Hand Bürgschaft sei, daß, was geschehe, für das Reich geschehe? Er hatte durch sein eignes Verhalten gegen Sigismund den Plan vereitelt, durch diesen zur Nachfolge im römischen Königthume auf dem herkömmlichen legitimen

Wege zu gelangen. Zwar so principfest war er nicht, die Usurpation zu scheuen; aber den Versuch Usurpator zu werden, wagte er nicht, das Zeug zu einem solchen, die Kraft der consequenten und gewissenlosen Klugheit, die sich der Herrschaft so muthig als gleichgültig gegen die Mittel bemächtigt, besaß er nicht. Nie brachte er es weiter als zu dem, worin er stets rührig und allerdings ausgezeichnet war, nämlich zum Projectiren und Intriguiren. Doch was er ersann, einfädelte, einleitete, durchzuführen suchte, ging in nichts oder schlug zum Gegentheile aus und er büßte darüber Vertrauen und Einfluß wie beim Kaiser so bei den Mitfürsten und überall ein. Hatte er in den Marken eine Grundlage für sein Königthum gewinnen wollen, so war sie ihm doch jetzt verloren. Seine Burggrafschaft war die einzige äußere Stütze, die er, gewählt, der schwachen Reichsgewalt zubrachte gegenüber so mächtigen, selbstherrischen, unbotmäßigen Fürsten und Städten. Es entgeht dem Geschichtschreiber der Preußischen Politik, an wie vielen Stellen er, seiner Absicht entgegen, seinen Markgrafen als schwankend zwischen Tendenzen, die einander aufheben, schildert. Er giebt unwissentlich auch da einen Beleg zu dessen Inconsistenz, wo er bemerkt: Friedrich hatte die Gelegenheit und besaß Einsicht und Energie genug, die Bedeutung seines Hauses im Nordosten Deutschlands in demselben Geiste der Territorialität zu gründen, den im Südosten das Haus Habsburg bereits mit glänzendem Erfolge vertrat. Das will doch wol sagen: wenn er denselben Erfolg hatte und wenn das Kaiserthum an Zollern statt an Habsburg kam, so stand in Aussicht, daß die Sache dieselbe blieb und nur der Unterschied eintrat, daß Preußen nordöstlich weiter hinauswuchs und Deutschland zollernscher statt habsburgischer Hauspolitik folgen mußte. Allein dem Markgrafen fehlte bei demselben Streben die habsburgische

Consequenz. Denn — wie sein Historiograph daneben berichtet — aus seiner gesammten Auffassung des Reiches und seiner Stellung in diesem ergab sich ihm eine Politik, die den Hoffnungen, den Ansprüchen, ja den Bedürfnissen seiner neuen Territorien nicht entsprach, denen er als ein Fremdling kam und es ihnen blieb, die sich in dem Maß ihm entfremdeten als er dem Interesse für sie das des Reiches (und seiner fränkischen Lande) voranstellte, des Reiches, in welchem seine Politik nicht durchdrang, das nicht die Kraft gewann, den wie überall so auch in den Marken wuchernden Trieb der Sonderung und Eigenartigkeit zu bewältigen. Hatte sich die neue Ordnung, die er dem Lande gegeben, bei seiner häufigen Abwesenheit schon wieder gelockert, so gelang seinem Sohne Johann, dem er das Regiment übergeben, je länger je weniger; die Marken verfielen wieder in den ehevorigen heillosen Zustand; unter Johanns Mißregierung zerging auch die einst vom Vater gehegte Hoffnung, seinem Kurfürstenthum eine leitende Stellung im Nordosten Deutschlands zu schaffen. In den fränkischen Landen Friedrichs war und blieb das landesherrliche Regiment in ruhigem und sicherem Geleis. Statt im Sinne territorialer Politik mit ihren Kräften und Mitteln in den Marken nachzuhelfen, hielt er so streng die Trennung beider Territorien fest, daß er im Juni 1437 — entgegen der goldenen Bulle — eine Erbtheilung aufrichtete, wonach eine getrennte Vererbung der Marken und der fränkischen Lande eintreten sollte.

Wie standen also diese Sachen bei Sigismunds Tode? Friedrich hatte sich längst des Regimentes der Marken entäußert, seinen Einfluß in ihnen, die selber ihr Gewicht eingebüßt, verloren, eine Anordnung getroffen, deren Folge war, daß er, wenn er zum Oberhaupt gewählt wurde, auf eine erhebliche Hausmacht um so weniger sich stützen

konnte, um von Reichsgewaltswegen den Trieb der Sonderung und Eigenartigkeit zu bewältigen, wiederum eine bessere und feste Ordnung zu gründen. Die Königsmacht als solche enthielt die Mittel und Kräfte hierzu nicht, sondern es galt eben, ihr erst wieder Stärke zu verschaffen. In allen bisherigen Reformversuchen, auch den von Kaisers Seite geförderten, in allen seinen bisherigen Stellungen hatte sein Ansehen, Einfluß, Streben und Einwirken sich unzulänglich erwiesen, seiner „deutschen“ und Reichspolitik die Oberhand zu gewinnen. Er kannte die Wirklichkeiten so gut, daß er den Kus'schen Ideen gegenüber Skeptiker war, und wenn er es gewollt, wie hätte er im Sinne eines Heinrich VII. auftreten können unter denen, mit welchen er gesponnen und gebündelt? In den bedeutsamsten und begünstigendsten Situationen und Complicationen hatte er nichts Großes, nichts irgend Bedeutendes ausgerichtet, und mehrfach schweren Anstoß gegeben. Waren jemals Impulse von ihm ausgegangen, so waren den gar zu schwachen doch niemals Effecte gefolgt. In der Nation war keinerlei Gefühl, daß er sich erhebliche Verdienste um sie erworben. Er hatte es nicht vermocht, jemals sie mit sich fortzureißen, ja nur eine wesenhafte starke Partei um sich zu sammeln, der Mann des Volkes oder doch das Haupt einer solchen Partei zu werden. Die Thatsachen beweisen hinlänglich, daß er von seinem Historiographen weit richtiger geschildert wird wo er als der Mann des Transigirens, Coaliirens und — obenein allezeit unglücklichen — vermittelnden Politisirens erscheint, und daß weder die geträumte und behauptete Reichspartei, deren Führer er gewesen sein soll, vorhanden, noch daß sein Name in der Nation „eine Richtung, ein Princip bezeichnete“ und das Reichsbanner in seiner Hand ihr „Bürgschaft war, daß, was geschehe, für das Reich geschehe.“ Wie konnte er

doch nun, wenn es mit dem Allen sich so verhielt, den Mann in sich finden, dessen das Reich bedürfe? Hätte er an den Erfolg seiner Werbung um die Wahl glauben mögen — etwa weil die Selbstherrlichkeiten nicht eben viel von ihm zu besorgen hatten — wie konnte er sich das Vermögen zutrauen, das Regiment mit der Wirkung zu führen, daß dem Reiche wurde was ihm Noth war!

Wäre dies aber auch gefehlt, so kam es doch nun darauf an, daß er entweder ohne sonderliche Bemühung von seiner Seite gewählt wurde oder seine Wahl durchzusetzen wußte mit dem Beistande seiner Reichspartei. Ob in seinen Präcedentien der Beweis liegt oder nicht liegt, daß er der Mann nicht war: zum wenigsten eine Art von Gegenbeweis würde seine Wahl geliefert haben. Allein auch dieser Beweis blieb aus.

XVII.

Markgraf Friedrichs Königsnichtwahl. Albrecht I. Kleindeutschland 1438?

Sigismund dürfte dabei geblieben sein, Friedrich zu fördern, auch zur Nachfolge im deutschen Königthume, hätte sich Friedrich nicht wider ihn gekehrt, um seine unglückliche besondre Vermittelungs- und Chamäleons- vorgeblich Reichspolitik zu machen. Oder es wäre vielleicht eine unwiderstehliche Meinung für den Markgrafen entstanden, hätte dieser auf seinen Wegen augenfällige Erfolge zu erringen gewußt, sich erhebliche wahre Verdienste um Deutschland erworben, sei es in der Sache der Reichsreform oder in den Hussitennöthen, und wie immer in diesen, durch Versöhnen oder Schlagen. Was aber den Kaiser betrifft, so war es dessen Gedanke nun schon seit lange gewesen, Albrecht von Österreich, dem Gemahl seiner einzigen Tochter, Alles zuzuwenden was er besaß. Die ungrischen Stände hatten Albrechts Nachfolge genehmigt, doch nur unter der Bedingung, daß er die deutsche Krone nicht annehme, auch wenn sie ihm angeboten würde, was dem Reiche keine sonderliche Ehre war und einigermaßen beweisen dürfte, daß bei der Verbindung beider Kronen Deutschland doch nicht der allein leidende Theil und Sigismunds Politik

nicht allein ungrisch, sondern auch deutsch gewesen war. Böhmen nahm Albrecht kraft Erbrechts in Anspruch. Dieses wurde jedoch bestritten. Es waren dort neue Wirren im Anzuge.

Die „Geschichte der Preußischen Politik“ bemerkt: wenn Albrecht die Kronen von Ungarn und Böhmen seinen Landen vereinigte, so schloß sich um Wien her ein Ländergebiet, dem in der Christenheit keins an Umfang und günstiger Belegenheit gleich kam; er mußte aber erst noch Herr desselben werden.

Um so leichter wogen — zumal nach den bisher gemachten Erfahrungen — die Gründe für, um so schwerer die Bedenken gegen die Wahl des halbfremden Fürsten zum deutschen Könige. Dennoch wurde Albrecht gewählt, nachdem eine Reihe von Desiderien für das Reich aufgesetzt war, die ihm zur Ausführung vorgelegt werden sollten. So gern man sähe, daß dies Friedrichs Fürsorge zu verdanken sei, weist doch nicht das entfernteste Anzeichen darauf hin. Es geschah „wie es scheint“ auf Kursachsens Anregung. Albrechts Wahl erfolgte ohne sonderliche Anstände. Friedrich war zum Wahltage mit seinen Söhnen erschienen, und es war, wie eine Nachricht sagt, viel Rede, daß er oder einer der letztern gewählt werden solle. Keine Nachricht meldet, daß auch Fürsten, Freunde seiner Richtung und Person, für seine Wahl thätig gewesen wären, oder daß Unwille oder Schmerz bei seiner Übergehung sich bekundet hätte, die ohne allen Sang und Klang erfolgte. Man wußte, daß Albrecht den Ungarn hatte geloben müssen, die deutsche Krone nicht anzunehmen, wählte ihn also auf die Gefahr, seine Annahme durch Zugeständnisse bewirken zu müssen, wie sie ihm und den Ungarn genehm waren. Auch entschloß er sich erst nach mehrfachen Verhandlungen. Ehe die feierliche Botschaft der Kurfürsten sich zu ihm nach Wien

begab und seine Annahme einholte, gaben sie ihm nach, in den nächsten zwei Jahren nicht ins Reich, nicht zur Krönung zu kommen. Er war nach dem Geständniß der „Geschichte der Preußischen Politik“ eine so bedeutende Persönlichkeit, daß seine Wahl, von der sonstigen Lage abgesehen, nicht leicht auf einen Würdigeren hätte fallen können. Doch war er an die großen Verhältnisse, die in der Umgebung Sigismunds lebendigen Anschauungen gewöhnt. Die Traditionen des luxemburgischen Hauses verbanden sich in ihm mit habsburgischem Selbstgefühl. Er war der Mann, das Princip, das in seiner Wahl den Sieg davongetragen, würdig und energisch zu vertreten. Man konnte erwarten, daß er auch im Reich Frieden und Ordnung fördern werde. Aber davon, daß es mit der innern Ordnung zugleich eine neue einheitliche Kraft zu gewinnen, große politische Aufgaben zu erfüllen habe, war nicht mehr die Rede; entweder es folgte den ungarisch-österreichischen Interessen des Oberhaupts, oder mußte lernen, die Rolle des neutralen Zuschauens zu spielen. Mit Albrechts Wahl war Friedrichs Sache vollständig erlegen; auch war es nicht etwa die erste Niederlage, die sie erlitten, sondern nach so vielen mißlungenen Wendungen und Versuchen, deren jeder mehr daran gegeben und weniger erreicht hatte, nur der letzte völlige Fall der alten ghibellinischen Reichsgedanken. —

Wir behaupten auch hier, daß es nicht blos jenes Entweder — Oder, sondern noch ein Drittes gab. Wenn man in Deutschland mit Verstand und rechtschaffenem Willen dazu that, daß das Reich in eine gute Ordnung kam, so fiel die Schwerkraft in das Reich und den Deutschen die erste Rolle anheim. Albrechts Wahl und Friedrichs Nichtwahl ist vielmehr der letzte völlige Beweis nach so vielen mißlungenen Wendungen und Versuchen, daß die

„Geschichte der Preußischen Politik" ein ganz falsches verzerrtes Bild vom letzteren liefert, indem sie gleich vergeblich die Vertreterschaft des alten ghibellinischen Gedankens ihm andichtet und ihn weit über das wirkliche Maß seiner Größe erhebt. Wir sagen auch hier: wie man über die Wahl des Habsburgers denken, ob man sie ein Unglück oder einen Fehler heißen, egoistischem Betreiben der Selbstherrlichkeiten, der Gegner des ghibellinischen Gedankens oder der Nation, ihrem Unverstande oder ihrer Mattigkeit Schuld geben mag — die Deutschen durften sich gewiß nicht sonderlich beschweren, wenn ihr König die ungarisch-österreichischen Interessen zuerst bedachte, und ihre einzig vernünftige Politik konnte nur darin bestehen, ihrerseits auf Ausgleichung und Vereinigung der deutschen und nichtdeutschen Interessen des Königs — sorgfältig jedoch ungeschicktes, zweideutiges oder treuloses Vermitteln meidend, zu denken, wo beide zusammentrafen, den König redlich zu unterstützen, Alles anzuwenden, die Wahrnehmung der deutschen ihm wichtig zu machen und zu erleichtern, statt sein Verhalten unbesehen von allem Anfang mißtrauisch und übelwillig für undeutsch zu nehmen, sich in fruchtlosen Klagen über Vernachlässigung der Reichsinteressen durch den König zu erschöpfen und — dieselben noch mehr beschädigend — stets nur Vorwände daraus herzunehmen, in der alten Weise fortzufahren. Vervollständigt ist der Beweis, daß eine nennenswerthe Reichspartei nicht vorhanden war, daß Friedrich es nicht vermocht, eine solche zu bilden, daß er die erforderlichen starken Impulse zur Durchsetzung seiner Wahl zu geben außer Stande, daß er der Mann nicht war, nach welchem die reformdürftige Nation aus- und aufschaute, und auch nicht der Mann, gewählt, den ghibellinischen Gedanken durchzusetzen; daß er sich abermals viel zu viel zugetraut hatte, und daß hinter seinem unsterblichen

Ehrgeiz und unablässigen Wollen und Unternehmen seine Kraft und Bedeutung, sein Vollbringen weit zurückstand. Unausweichlich ist die Alternative: er war keiner größeren Aufgabe gewachsen oder es ist gar nicht an dem, daß er in dem oft bezeichneten Sinne lebte und die Krone erwerben wollte. Wenn es eine Reichspartei für ihn gab, so bestand sie doch nur aus einer nicht eben beträchtlichen Anzahl von Männern, die — wohldenkend, ehrgeizig, eitel oder von welchen löblichen und minder löblichen Motiven sonst getrieben — in die Idee, daß das Reich nach dem ghibellinischen Gedanken wiederherzustellen sei, sich eingelebt hatten, die rechte Form, die Mittel und Wege nicht zu finden wußten, die wirklichen Verhältnisse und den Fürsten und den Staat, den sie an die Spitze stellen wollten, ganz falsch beurtheilten, hartnäckig und voll von Illusionen trotz aller Fehlschlagungen, Zurückweisungen und angerichtetem Unheil und Confusionen mit ihren Phantasien und ihrem Manne oder Projecte durchzudringen nimmer abließen, und wenn die Erfolge noch so handgreiflich die Fehlsamkeit ihrer Meinungen demonstrirt hatten, dennoch dabei blieben, daß ihr schweifender Geist untrüglich, ihre Vorschwebungen gar practische Ideen seien.

Man entsinne sich, was von den Politikern der achtzehnhundertundvierziger Reichspartei zur Empfehlung ihres Verfassungsprojects, Kleindeutschland mit dem preußischen Könige an der Spitze, gesagt wurde. Ihr Epigone giebt das ganze Raisonnement „in der Nuß" für seine Idee, daß statt Albrechts der Markgraf hätte gewählt werden sollen. Wenn die Nation ihre ehemalige europäische Bedeutung wiedergewinnen, wenn sie in dem neuwerdenden Europa überhaupt eine Bedeutung behalten sollte, so mußte sie sich vor Allem zuerst in sich selbst zusammenfassen, ordnen, neu organisiren, erst ein deutsches Königthum wieder-

herstellen, bevor sie daran denken durfte, das gelten zu wollen, was ihr im römischen Kaiserthum vorgezeichnet war und in dem Maß von selbst zufiel, in welchem sie innerlich erstarkte; man mußte nicht blos Selbstverleugnung, Hingebung, Gemeinsinn haben, sondern durfte auch vor dem Wege und seinen Gefahren nicht erschrecken, mußte anzufangen wagen und die Bedenklichen, Widerstrebenden, Selbstsüchtigen entweder mit sich reißen oder zur Seite werfen; man mußte den Muth haben, dem Umfang, dem Gebiete nach kleiner zu werden, als man forträumend zu sein glaubte; man mußte vielleicht da und dort hinwegschneiden, was sich nicht einordnen und unterordnen wollte, sich eng und straff auf das noch lebendige, noch wahre deutsche Wesen concentriren, und durfte die Zuversicht hegen, daß es so erneut nur um so schneller die Kraft haben werde, das Fremdgewordene wieder heranzuziehen und das Abgestorbene neu zu beleben; die Reformbewegung zeigte, daß ein neuer Geist sich regte, daß tief hinab sich alle Kräfte spannten und nur der rechten Führung, der rechten Losung harrten u. s. f.

Wie aber? Jene Hingebung war ja eben nicht vorhanden, die Widerstrebenden waren die Mehreren und Stärkeren, die Reformbewegung hatte sich bisher unzulänglich erwiesen, die rechte Führung sich nirgend gezeigt — und standen nicht so große tiefwurzelnde Interessen dem Project entgegen?

Eben dies entgeht nicht; es wird nachdrücklich hervorgehoben.

Freilich — die Erneuung einer wahrhaften Reichsgewalt war nur in dem Maß möglich, als jeder Stand im Reich und in den Territorien bereit war, von der Selbstherrlichkeit, die er thatsächlich besaß, aufzuopfern und sich der Idee des Reichsstaats unterzuordnen. Dazu auf dem

Wege gegenseitigen Vertrags zu gelangen, war bei dem Mißtrauen, der Eifersucht, dem Neide zwischen ihnen nimmer zu erwarten. Es bedurfte eines überlegenen Geistes an der Spitze, um überall die Mittleren und Kleineren mit sich zu reißen; wenn sie aber willig wurden, so lag die Wahl in den Händen weniger mächtigster Fürsten, die gewiß nur nach ihrem Interesse wählten, das wiederum in Übereinstimmung mit unzähligen andern im Reich und außer dem Reich verknüpft war. Es war vorauszusehen, daß sich das Haus Österreich, das Haus Baiern nicht gutwillig fügen würden; es hieß den Bürgerkrieg organisiren, wenn man den Markgrafen wählte. Die territoriale Entwickelung war zu weit gediehen, als daß man sie beseitigen konnte; die Beispiele der Lande, die sich vom Reiche gesondert und in der Sonderung blühten, war verlockend. Die Landesherren konnten, selbst wenn sie wollten, gegen ihre Mannschaft, ihre Städte eine Änderung nicht durchsetzen, die deren Selbstherrlichkeit noch ganz anders gefährdete, als ein Landesherr, den sie mit ihren Diensten und Bewilligungen in der Hand hatten. Die Hussitennoth war doch überstanden, wie sollte man nun, sogar ohne augenblickliche Nöthigung, Ideen nachgeben, die immerhin in der Masse gähren mochten, aber am wenigsten darum berechtigt schienen. Gab man ihnen bei der Kur nach, so schwoll die Fluth der Neuerungen weiter und weiter, weckte bis in die untersten Klassen die Forderung, daß Alles nach dem „gemeinen Nutzen“ gehen solle, bedrohte jeden Besitzstand. —

Das werden denn auch die Großen, Mittleren, Kleinen bedacht und deshalb den Markgrafen nicht gewählt oder seine Wahl ununterstützt, seine Übergehung unbeklagt gelassen haben. Sie werden bedacht haben, daß mit dem Abschneiden und Kleinerwerden der Idee des deutschen Kö-

nigthums die noch daran haftende höchste Weihe des umfassendsten Berufs verloren gehen müsse. Sie werden namentlich bedacht haben, daß bei dem innern Zustande des Reiches, während rings umher mächtige staatliche Bildungen erwuchsen, das Experiment gar zu schlecht gelingen dürfte, auf dem Wege des organisirten Bürgerkrieges zu einer bessern Ordnung zu gelangen; daß der Markgraf der überlegene Geist nicht sei, Alles mit sich zu reißen, die Mittel nicht von fern besitze, die Widerstrebenden, Östreich, Baiern u. s. w. zu zwingen; daß die Meisten und die Kräftigsten eher sich absondern als sich unterwerfen würden und daran nicht würden gehindert werden können; daß also vorauszusehen sei, wenn man muthig anfange mit Vielen oder Wenigen kleiner zu werden und abzuschneiden, um das noch lebendige und wahre deutsche Wesen zu concentriren, um einen „Kern" für ein wahres „Reich" zu gewinnen, woran das Abgeschnittene und Fremdgewordene demnächst sich wieder ansetze: so werde man zuletzt gar keine behalten.

Doch nein. Niemand wird hieran gedacht haben, und zwar deshalb nicht, weil im Jahre 1438 noch Niemand auf die kleindeutschen Ideen der Reichspartei von 1848 gekommen war. Wie gern man möchte sagen können, Markgraf Friedrich oder seine Partei habe sie gehegt, so daß sie den brandenburg-preußischen und reichsparteilichen Traditionen angereiht werden dürften: die geschichtlichen Nachrichten geben so gar keinen Anhalt, daß nicht einmal zu sagen gewagt werden konnte: der Markgraf wird die Lage erwogen haben und gemeint gewesen sein, als treuer Eckard seines Vaterlandes dasselbe durch Verkleinern und Abschneiden und Errichtung eines wahrhaften Reiches in seiner nürnberger Burggrafschaft zu retten.

XVIII.

Albrecht I. und Markgraf Friedrich. Abermalige Reformversuche. Die deutsche Neutralitätspolitik in der Kirchensache. Die österreichische Politik des Königs und die Reichsstände.

Sei es, daß die hohenzollernsche Wahl nicht durchgesetzt wurde, die habsburgische erfolgte, weil man politisch verkehrt dachte und handelte oder weil man wegen der nun einmal vorhandenen Lage nicht anders durfte und konnte: es fragt sich, ob und wie verständig und gut man nun sich zu helfen suchte, zu helfen wußte, und ob und wie fern der Markgraf hierzu gethan, für welchen darin noch eine Probe liegt.

Wir vernehmen: Man würde doch irre gehen, wenn man ihn nun etwa von den Reichsgeschäften entfernt, in mürrischer Zurückgezogenheit suchen wollte. Er stand zu sehr inmitten der wirklichen Welt, als daß er die Thatsachen nicht als solche hätte nehmen sollen. Und war einmal das Reich der Richtung nicht mehr zu entreißen, die jetzt vollständig gesiegt, so war wenigstens Albrechts Persönlichkeit der Art, daß man sich mit seiner Politik klar auseinandersetzen konnte. Demnächst waren zwei von des Markgrafen Söhnen in Aufträgen des neuen Königs thätig. Die innere

Reformsache wurde auf zwei nürnberger Versammlungen noch im Jahre 1438 vorgenommen. Der Markgraf war anwesend. Die Städte hatten zuvor auf einem Städtetage ein strenges Festhalten an ihren Freiheiten gelobt. Schroffer als je standen sie und die Fürsten in der ersten Versammlung sich gegenüber. Die Berathungsgegenstände — Gerichtsbarkeit, Kreiseintheilung u. s. w. — gaben Grund oder Vorwand genug, vorerst zu keinem Resultat zu gelangen: man müsse, hieß es auch hier, die Dinge erst hinter sich bringen. In der zweiten Versammlung drohte der Kanzler so hartnäckigem Unverstande gegenüber, der König werde allenfalls einen Frieden gebieten. Dennoch wurde nichts fertig. Die Städte meinten, die Einleitungen der Fürsten geschähen nur, um sie aus ihren sichern Stellungen zu locken, und hingen Vorbehalte der hergebrachten Rechte an ihre Zugeständnisse; die Fürsten vermerkten es übel, daß die kaiserlichen Vorlagen gar sehr den Anträgen der Städte sich näherten. Viel Treffliches enthielten die Entwürfe, die auf Grund der ständischen Erklärungen Seitens der Reichsgewalt vorgelegt wurden, es kennzeichnet sie aber auch, daß außer Böhmen jetzt auch die österreichischen Länder außer der Kreiseintheilung blieben. Markgraf Friedrich — wie hätte er nicht helfen sollen innere Ordnung zu schaffen; aber wenn man ihm bei Gelegenheit der Königswahl entgegengehalten haben mochte, daß Albrecht nicht wählen so viel heiße als Österreich aus dem Reich hinausdrängen, so war jetzt das erste Resultat jener Wahl, daß Österreich dem eigentlichen Reichsverbande offiziell entzogen erklärt wurde. Kam von den innern Reformen unter Albrechts Regiment keine zum reichsgesetzlichen Abschluß, so blieb der Schaden davon gleichsam ein häuslicher; man konnte in besseren Zeiten das Versäumte nachzuholen hoffen. —

Es kam also abermals zur Reform nicht, weil die

Stände mißtrauisch, eifersüchtig, neidisch gegen einander waren, eine gute Ordnung im Reiche und also den ohne eine solche gefährdeten Gesammtverband des Reiches selbst nicht für so werthvoll hielten, darum auch nur Einiges von dem was sie „hergebracht“ aufzugeben. Der König hinderte nicht, sondern förderte, nur daß er seine Hauslande der beabsichtigten Kreiseintheilung entzog. Mochte dies tadelnswerth und unglücklich sein, mochte es schließen lassen, daß er undeutsche Hauspolitik machen werde und seine Oberhauptsstellung so zu gebrauchen denke, daß er Nutzen vom übrigen Deutschland ziehe ohne verhältnißmäßige Leistungen für seine Lande: nicht einmal das ist ersichtlich, daß es eben dieser Grund war, der die Stände bewog, den sonst trefflichen Entwürfen sich entgegenzulegen, sondern nur der Markgraf soll deshalb widerstrebt haben. Nicht freilich, daß er sich mürrisch zurückgezogen hätte: — er bezeigte sich wie 1429 in Wien, wo es gleichfalls um dringende dem Reiche höchst nöthige Anordnungen sich handelte, er für das Hintersichbringen war und durch seine „Festigkeit“ bewirkte, daß über die königlichen Vorschläge nichts beschlossen wurde; er nahm an den Verhandlungen Theil, um sie zu vereiteln, statt Ordnung schaffen zu helfen, oder auch nur von der Entziehung der österreichischen Länder Anlaß zu nehmen, den Versuch zu einer klaren Auseinandersetzung mit Albrechts Politik einzuleiten. Jener Grund war ein handgreiflicher nichtiger. Ist doch behauptet, daß richtige Politik erfordert hätte, in den wahren deutschen Ländern sich zu organisiren, kleiner zu werden, abzuschneiden. Jetzt handelte es sich um Organisiren, nicht um Abschneiden, nur um eine Ausnahmstellung der österreichischen Länder. Welche Vernunft war darin, wenn man Deutschland nicht in eine bessre Ordnung bringen wollte, weil den letztern eine Ausnahmstellung gegeben werden

wollte, was man zudem gar nicht verhindern konnte? Die Sachen wurden dadurch doch nicht besser, daß man lieber gar keine Ordnung haben wollte als eine minder erwünschte. Das Resultat dieser Politik war, daß man die als so nützlich und nöthig erkannten Einrichtungen, insbesondere die der Kreiseintheilung, nicht bekam, ohne die halbe Entfremdung der österreichischen Länder abzuwenden oder mehr Leistung von ihnen erwarten zu dürfen oder die königliche Politik zu ändern. Eher umgekehrt. Wie die Dinge nun einmal lagen, hätte man politischen Verstand und Reichsliebe und Treue dadurch erweisen und den Schaden, der darin lag, daß man den habsburgischen König hatte, heilen oder doch verringern können und sollen, daß man durch eine bessere Ordnung das Reich kräftigte, in Respect beim halbfremden Oberhaupt setzte, seinem Interesse Gewicht bei ihm gab. Albrecht war der Mann, so etwas zu würdigen, auch sein anderweites Interesse war damit verknüpft, man konnte sich mit ihm auseinandersetzen. Wie höchst unklug und unpatriotisch war es demnach, dies Ausführbare nicht zu thun, den ghibellinischen Gedanken gerade auch soweit er noch practisch war und Aussichten hatte preiszugeben, nachdem die Vorschwebung zerronnen, ihn sofort voll und ganz durch die hohenzollernsche Wahl zu verwirklichen. Ein solches Verhalten ließ eben die wenigste Hoffnung, daß das Versäumte in bessern Zeiten werde nachgeholt werden. Es perpetuirte die Unordnungen und wurde so dem Kommen bessrer Zeiten ein Hinderniß. Der Schaden der Fortdauer der Unordnungen blieb freilich ein häuslicher (?!) aber daran und nur daran, daß man ihn fortschaffte, konnte man, bessre Zeiten bereitend, eine begründete Hoffnung knüpfen, die österreichischen Lande einmal wieder in den eigentlichen Reichsverband hereinzuziehen. Der weitere thatsächliche Verlauf hat gegen die angebliche markgräfliche Politik entschie-

den und die Luftigkeit ihrer angeblichen Hoffnungen erwiesen. Dadurch, daß sie die Reformen, um welche es jetzt sich handelte, versäumen half, wurde sie mitschuldig, daß noch ein langer Zeitraum verging und Deutschland erst noch viel Leid und Schmach erlebte, ehe es einmal zu einer nicht freilich genügenden doch bessern Ordnung gelangte. Ohne ihr Verdienst kam es zur Besserung des Rechtswesens, zur Kreiseintheilung, (erst 1512 und 1522) dazu, daß auch ein österreichischer Kreis hinzugefügt wurde, und nach den Umständen, unter welchen es geschah, ist anzunehmen, daß es auch geschehen sein würde, wenn man 1438 Deutschland durch die Einkreisung besser organisirt hätte ohne die österreichischen Länder hereinzuziehen; doch nie wurde das Versäumte vollständig nachgeholt; Böhmen, Mähren, die Lausitz, Schlesien wurden gleich Preußen nicht mit eingekreist, der österreichische Kreis ward niemals, wie Moser sagte, so beschaffen wie es ein Kreis sein sollte, die klare Auseinandersetzung mit den österreichischen Kaisern erfolgte nie; wohl aber hat sich seit dem Eintreten der Wendung, daß dieselben österreichische Politik auf Deutschlands Kosten bald machten bald zu machen beschuldigt wurden, jenes oben schon berührte, sogleich sie begleitende Verhalten der Stände noch hundertfach bis zum Untergange des Reiches ebenso verderblich wiederholt: die gesammte kaiserliche Reichsführung mit stetem Mißtrauen zu bewachen, dem Oberhaupte beharrlich die Mittel zum kräftigen wahren Regieren zu weigern, auch unfraglich gut deutsche Absichten und Vorschläge desselben argwöhnisch abzulehnen, zu verschmähen was für Deutschland nützlich und nöthig war, weil nur österreichische Interessen dahinter stecken sollten oder weil zugleich — als wäre dies nicht eben ein Gewinn, sondern ein Unglück oder eine Gefahr für das Reich gewesen — österreichische Interessen damit

verknüpft waren, oder weil Deutschland zwar dadurch gewonnen hätte, Österreich aber noch mehr zu gewinnen schien. Die deutsche Geschichte verlief fortan in Eifersucht und Ungunst gegen Österreich, dessen man doch nicht entrathen konnte und wollte und mit welchem man zankte, statt sich zu vertragen, und gegen die „österreichische“ kaiserliche Politik, deren Entstehung man doch selbst mitverschuldet, zu deren Fortsetzung man stets veranlaßte oder gar nöthigte. Man machte dadurch nur übel ärger, wußte sich nie zu helfen und erging sich statt dessen in einseitigen Klagen und Vorwürfen, die nur die faule Frucht der Recriminationen, des Streitens, der Verbitterung trugen. Auch im Bericht über den weiteren Verlauf der Dinge in Albrechts Zeit finden wir die Erzählung unsers Historiker-Parteischriftstellers ganz beherrscht von Verbissenheit gegen Österreich und die österreichische Politik, von eben der Ansicht und Stimmung, aus welcher das gedachte politische Verhalten bis zur Reichsauflösung entsprang, das auch in den Zeiten des Bundes, je nach deren veränderter Gestalt, und recht augenfällig neuerdings sich wiederholt und seinen Unseegen erwiesen hat.

Er referirt und judicirt: Geschickt und energisch faßte die verjüngte Krone Frankreich die Kirchensache, indem sie in einer Nationalsynode die baseler Beschlüsse annehmen ließ und als Ordnung der gallikanischen Kirche publicirte. Im Reich hatte man bei Albrechts Wahl eine Stellung genommen, die, wenn energisch und folgerichtig gehandelt wurde, zu bedeutenden Resultaten führen konnte. Statt dessen verfiel man in die berüchtigte „Neutralität“, die, unermüdlich mittlere Wege suchend, dem päpstlichen Stuhle den größten Vorschub leistete und Deutschland Rom gegenüber in ein so viel ungünstigeres Verhältniß brachte. —

Beim Markgrafen war es Reichspolitik und Weisheit

gewesen, daß er nicht müde geworden mittlere Wege zu suchen: hier, wo es dem habsburgischen Könige gilt, ist es berüchtigt. Wird aber der letztere auch getroffen?

Behauptet wird, gerade so habe die deutsche Politik den Gang genommen, den man in des Königs Rath gewünscht und habe wünschen müssen; denn wenigstens die Folge habe gezeigt, daß die Neutralität für diejenige Richtung der deutschen Politik gewirkt, welche fortan als die österreichische zu bezeichnen sei. War dies aber weniger von den Ständen als vom Könige und dessen Räthen vorauszusehen, mußten die Stände nicht einen entgegengesetzten Gang der deutschen Politik wünschen, hätten sie nicht um so mehr sich hüten sollen in die Neutralität hineinzugerathen? Aber sie, eben sie, und zwar ganz allein, die Kurfürsten voran, machten die Neutralitätspolitik; wenn sie sie obenein schlecht machten, so war es um so schlimmer für sie und wird wohl auch eine der Folgen des Zustandes gewesen sein, den sie zu ordnen und zu bessern versäumten. Was geschah, mußte durch besondre Einungen geschehen, da das Reich desorganisirt war und blieb; der König hatte sichs ausbedungen, zwei Jahre fern bleiben zu dürfen; er war anderweit vollauf beschäftigt. Wir lesen wörtlich in der „Geschichte der preußischen Politik": er hatte ja auch keinen andern Theil an den Beschlüssen, als daß er, nachdem sie gefaßt waren, ihnen beitrat, und wie der spitzige Nachsatz lautet: versteht sich, in seiner Eigenschaft als deutscher Fürst und erwählter König, wenn auch damals der Vorbehalt einer anderen Politik „in der Eigenschaft als europäische Macht" noch nicht im Gebrauch war. (Wo spricht man am meisten von dieser seiner Großmachtseigenschaft? Welche Schule fordert unaufhörlich und von welchem deutschen Staate, daß er diese seine Eigenschaft betone und geltend mache?) Wie dem aber sei, nicht Albrecht und seine

Räthe waren es, sondern die deutschen Stände, in erster Linie die Kurfürsten, die für die österreichische Richtung der deutschen Politik wirkten.

Übel angebracht demnach und um so unbilliger ist es, mit Groll und Ingrimm auch noch gegen das heutige Österreich über deren Eintreten sich zu beklagen, zumal sogleich, wenn auch nur zur Einleitung einer weiteren Bitterkeit, das Eingeständniß erfolgt: es war in der Ordnung, daß der König die Dinge so nahm, wie sie sich ihm darboten; er hatte es kein Hehl gehabt, daß er, der Land und Leute genug zu beschirmen habe, das deutsche Königthum anders verstehe, als es das Selbstgefühl der Nation hätte wünschen müssen. Aber — ihn kümmerten nicht die Übergriffe Burgunds und Frankreichs, die Einbrüche französischer Kriegshaufen ins Elsaß, wogegen es mit seinen eigensten Interessen zusammentraf, wenn ihm die Wähler ans Herz gelegt, daß er Böhmen in die Einigkeit der h. Kirche zurückzuführen Sorge tragen möge, und er konnte sich auf diese Wünsche berufen, wenn er, „die Interessen Deutschlands in Böhmen vertretend", auch den Beistand Deutschlands in Anspruch nahm.

Wie standen aber hier die Sachen? Die eine der böhmischen Parteien hatte, wofür auch die sächsischen Herzoge gewirkt, um die Lausitz zu gewinnen, einen polnischen Prinzen zum Könige proklamirt; während Albrecht in Prag zur Krönung war, rückten polnische Schaaren in Schlesien, das sich gleichfalls parteite, und in Böhmen ein; er bedurfte der geforderten und gewährten Reichshülfe, die Türken drangen wieder vor, schon war die Vormauer Ungarns gefallen, der Sultan knüpfte mit Polen Verbindungen an, die Ungarn drohten ihrem Könige, daß sie einen Andern wählen würden, wenn er länger säume; so eilte er ein Heer gegen die Osmannen zu führen, meist Ungarn, we-

nige Schaaren Österreicher, aus dem Reiche niemand. Wer bei so bewandten Sachen spöttlich in Abrede nehmen will, daß der König die Interessen Deutschlands in Böhmen, in Schlesien und auch in Ungarn vertrat, mit dem ist nicht zu rechten, nur daß er auch noch so kühn sein muß zu sagen, es sei selbst für das nicht organisirte und dadurch um so mehr gefährdete Deutschland gleichgültig gewesen, daß die vereinigten Böhmen, Polen und Türken bis an die sächsische und märkische Grenze vorgedrungen wären, in den österreichischen Ländern sich festgesetzt hätten, und solche Kühnheit dürfte sich doch nur bei äußerst Wenigen finden. So gewiß der König ostwärts auch Deutschlands Interessen vertrat, so gewiß war er auch dort dermaßen in Anspruch genommen, daß er unmöglich ein Heer ins Elsaß schicken konnte, und eben so gewiß war es nur billig, daß das übrige Deutschland, das keine Hülfe gegen die Türken leistete, es über sich nahm, die westlichen Grenzen zu schützen, und zwar um so mehr, da hier nicht etwa ein großer französischer Krieg zu führen, sondern nur der Einbruch französischer Horden — jener Armagnaken — abzuwehren, andrerseits doch aber vorauszusehen war, daß diese ähnliche Noth wie die Hussiten den deutschen Landen bereiten dürften, wenn dem Übermuth nicht zeitig mit Nachdruck begegnet würde, auch leicht erkannt werden mochte, daß das, was westwärts vorging, auf den alten Gedanken der Valois, die Rheingrenze, bedrohlich hindeutete. Schlimm für den König, wenn das in Wahrheit ihn nicht kümmerte, nur daß es daraus noch nicht mit Recht gefolgert werden kann, daß er die Abwehr des Feindes im Westen den deutschen Ständen überließ. Schlimmer für die letzteren, die näherliegenden, wenn es sie gleichfalls nicht kümmerte, und nicht viel besser für sie, wenn sie es nicht vermochten, aus Mangel an Organisation, den Raubzügen über die Vogesen her

ein Ziel zu setzen. Von dem Nachfolger Albrechts läßt sich sagen, daß er sich gleichgültig dabei verhielt, unter den späteren Kaisern ist es vorgekommen, daß sie ostwärts den Beistand Deutschlands begehrten und westwärts das Reich im Stich ließen; aber damit ist es nicht gerechtfertigt, sondern es bleibt dabei eben so unentschuldbar, wenn die Stände den Kaisern im Osten die Hülfe nicht leisteten, die sie leisten konnten, weil sie die dort liegenden gesammtdeutschen Interessen, verblendet von dem Neide, dem Mißtrauen, der Eifersucht, verkannten, die das Reich immer tiefer herunterbrachten, Deutschland auch heute noch lähmen und verderben, und insbesondre die borussomane Politik und Historiographie beherrschen.

Wir haben hier einen vorspringenden Beleg. Es kann kaum eine barere und blindere Ungerechtigkeit geben als die, die einen Ausfall gegen österreichische Hauspolitik mit den Haaren herbeizieht, indem sie einem österreichischen Oberhaupte eben das zum Vorwurfe macht, was sie selbst als die Schuld der deutschen Stände darstellt. Und das ist es, wodurch die preußenthümliche Schule am meisten sündigt, herausfordert, unerträglich wird, daß sie in ihrem Eifer, den einen deutschen Großstaat zu preisen und anzupreisen, so vielfach und beflissen zu dem schlechten Mittel greift, den andern gehässig zu behandeln und zu verunglimpfen.

Ob diese politisirende Geschichtschreibung wohl immer weiß, was sie thut? Die „Neutralität“ der heutigen preußischen und der durch Preußen bestimmten heutigen deutschen Politik während der so eben vorübergegangenen Krise war unausgesetzt ein Gegenstand des Tadels, Verdrusses und Zorns ihrer Adepten. Ob der Verfasser der „Geschichte der Preußischen Politik“ sich bewußt geworden, daß sein Buch ganz angethan war, jene Neutralität befestigen zu helfen? Oder ließ ihn die Heftigkeit seiner antiösterreichi-

schen Empfindung dahin nicht kommen, es zu sehen? Oder erschien ihm der Nachtheil untergeordnet, gegenüber dem vergeblich wie unverständig erzielten Vortheil, auf Kosten Österreichs für Preußen zu gewinnen, die Meinung, die Zukunft, das am Gebiet verkleinerte, das beschnittene Deutschland zu gewinnen?

XIX.

König Friedrich III. Die Bedeutung seiner Wahl. Des Markgrafen Ausgang. Die von ihm ererbten Ansprüche Brandenburg-Preussens.

Der Geschichtschreiber und Dichter der preußischen Politik berichtet und färbt die weiteren Vorgänge bis zu des Markgrafen Tode folgendermaßen.

Bei Albrechts Wahl hatte man auf dessen hochbewährte Persönlichkeit, seine überragende Macht, auf des Reiches Pflicht mit ihm für Böhmen zu sorgen, in ihm den Ungläubigen einen mächtigen Schirmer der Christenheit entgegenzustellen, hinweisen können. Die nächste Wahl sollte zeigen, welcher Art die eigentlichen Motive von jener gewesen. Es kam das nackte Princip zum Vorschein. Man wählte einen Fürsten ohne hervorragende Macht, ohne jene große politische Stellung, von unbedeutender Persönlichkeit: Friedrich von Österreich, und sicher warben die drei geistlichen Kurfürsten gerade deshalb für ihn. Das Reich bedurfte so dringend eines in allewege tüchtigen und geeigneten Königs; zum wenigsten die Städte hätten für die Wahl eines solchen vorantreten, ihre ganze Macht dafür einsetzen sollen, daß Ordnung im Reiche werde; doch reich,

trotzig, nicht minder selbstherrlich als der hohe Reichsadel, waren sie entfernter als je, eine Reichsgewalt zu wünschen, die auch sie hätte in Anspruch nehmen können. Ihren hergebrachten Rechten und Freiheiten gegenüber war ihnen das Reich nichts, kaiserfrei sein, hieß ihnen auch vom Kaiser und Reich frei sein. Sie verbanden sich unter einander, einem Könige nicht zu huldigen und zu gehorsamen, der ihnen angesonnen hätte zu sein was sie waren, Unterthanen des Reichs. Der mainzer Erzbischof lud auch die Krone Böhmen zum Wahltage, die notorisch ohne Träger war. Die Zulassung ihres Botschafters ward zwar beanstandet, dann aber fügten sich die Kurfürsten seiner demüthigenden Drohung; ein Gebiet, auf dessen innere Verhältnisse das Reich verfassungsmäßig und thatsächlich keinen Einfluß hatte, übte in seiner ständischen Vertretung ein Recht, das nur dem persönlichen Dienst und Amt des Fürsten zustehen sollte.

Von dem Markgrafen war bei der Wahl überhaupt nicht die Rede. Ohne irgend welche Belege wird behauptet, immer noch sei er unermüdlich gewesen, in des Reiches Sachen zu rathen und zu helfen, und an die Behauptung die etwas Erhebliches ankündigende Frage geknüpft: Wird er nun in der neuen Wahl gegen die Intrigue der rheinischen Bischöfe durchdringen, wird er noch einmal für sich oder seine Söhne werben? Wir lesen jedoch nur, es sei anzunehmen, daß er es unterließ, sich und sein Haus wieder einer Zurücksetzung auszusetzen; er habe dafür, um die für den Österreicher angelegte Intrigue zu sprengen, das Mittel ergriffen, einen Andern, den in aller Weise achtbaren Ludwig von Hessen, in Vorschlag zu bringen. Allein er drang damit, dem weiteren Bericht zufolge, nicht durch, gewann für Ludwig nur die böhmische Stimme; die fünf übrigen entschieden für den Habsburger. Damit ward der

Nation ein König, der Reichsgewalt ein Träger gegeben, den nichts empfehlen konnte, als daß in seiner Hand Schwert und Scepter des Reiches möglichst wenig bedeuten werde; damit fiel nicht blos die Sache der Reichsreform, sondern das monarchische Princip, wodurch sie allein möglich, und das nationale Princip, das nur in der Reichsgewalt seine Vertretung haben kounte, ward der That nach aufgegeben; damit entschied des Reiches innerster Rath, daß das Reich fortan ohne Haupt sein könne, (wie nun die Kurfürsteneinung zur Wirksamkeit kam!) und von dem was officiell die deutsche Nation bildete, von den Fürsten, Herren, Städten des Reiches, von der Mannschaft und den Städten der Territorien begrüßte die unendliche Mehrheit diese Wahl mit Beifall, die die einfache Anerkennung der selbstherrlichen, unstaatsrechtlichen, usurpatorischen Gestaltungen war, an denen das Reich so lange gekrankt, einen Zustand sanctionirte, für den nur das sprach, daß er sich mit der Zähigkeit aller kleinen und besondern Interessen gegen die Ehre und das Wohl des Ganzen, gegen das Recht des Reiches und das Wesen des Reichsstaates durchgesetzt und behauptet, unter dem Elend und der Schmach der Hussitenzeit und trotz aller Reformversuche nur rascher entwickelt hatte.

Zu einem Zeugniß, daß es auch noch eine andere Stimmung gegeben, weiß die „Geschichte der Preußischen Politik“ nur die gelegentliche Notiz herbeizubringen, daß Kyritz in seiner Chronik bei Erwähnung einiger rühmlichen Kriegszüge des jüngeren Markgrafen Friedrich äußert, dessen Name sei gefeiert, so daß er allen Guten ringsumher sehr verehrungswürdig, Straßenräubern und Friedenstörern ein Schrecken gewesen, weshalb er auch des Kaiserthums würdig geachtet worden.

Stand es nun so schlecht mit der Stimmung der eminenten Mehrheit, so schlecht in einem anderen Sinne

mit der bessern Stimmung, dann würde unfraglich auch mit der Wahl des machtlosen Hessen in der Sache nichts geändert sein. Es kam durch des auch persönlich so unwerthen Österreichers Wahl noch einmal recht zum Vorscheine, wie schlecht basirt und berechnet die Absichten des Markgrafen auf die Königskrone, wie grundlos und eitel seine Voraussetzungen und Hoffnungen bei der vorigen Wahl gewesen waren, daß sonderlich an ihn gedacht werden würde, daß er, einflußarm und machtlos wie er gleichfalls war, er, dem schon seine bairischen Nachbarn unausgesetzt vollauf zu schaffen machten, den Reichsstaat werde wiederherstellen können, wenn man ihn wählte. Daß das meiste und allermeiste von der „Reichspartei" und seiner Führerschaft derselben Gesagte Erfindung oder Traum des phantasiereichen und phantasirenden Historikers und nichts als Worte und Wind gewesen, das bringt letzterer gleichfalls hier durch seine eigene Darstellung zum nacktesten Vorschein. War eine Reichspartei dagewesen, so hatte ihr anerkannter Führer nicht verstanden sie zusammenzuhalten, sondern sie war verkommen unter seiner Führung. Sollte ihm eine Darstellung nicht günstiger gewesen sein, die sich enthalten hätte, eine Reichspartei ihres Sinnes zu dichten, um ihn als deren Haupt glorificiren zu können? Es kamen weiter bei der neuesten Wahl nicht blos, sofern es in Wahrheit der Fall war, die Motive, welche bei der vorigen die wirkenden gewesen, sondern noch und nochmals die Grundursachen zum Vorschein, durch welche vornämlich die öffentlichen deutschen Zustände, obgleich als elend, ja unleidlich empfunden, bejammert, und der Änderung und Besserung dringend bedürftig erkannt, dennoch in diesem ganzen Zeitraum ungeändert und ungebessert geblieben waren. Sie lagen zum Ersten, Zweiten, Dritten in der Natur, Gewohnheit, Schuld der deutschen Menschen, nicht, oder doch nur zum Vierten,

in so manchem Äußerlichen, Zufälligen, das durch sie erst mitverursachend unheilvoll wirksam wurde; nicht in dem bösen österreichischen Wesen und Willen der Oberhäupter oder in der überlieferten Verfassung, in welcher Häusser nicht ohne Tendenz die Hauptschuld des Verfalls seit dem westphälischen Frieden finden will. Sie brachte mindestens so viel Erleichterung entgegen, als sie Schwierigkeiten in den Weg legte. Das Unternehmen, das Reich in eine bessre und feste Ordnung zu bringen, war auch dann entweder nicht ernsthaft angegriffen oder nicht zu Ende geführt, wenn Anlaß, Gelegenheit, Drang, freier Spielraum, Förderung aller Art vorhanden gewesen. Es ist, und zwar auch nicht ohne große Mitschuld der Nation geschehen, daß die Fremden, übermächtig einwirkend, verfassungsmäßige Zerrissenheit und Ungestalt brachten, geboten, systematisch das Reich darin erhielten; nicht aber in dieser Zeit. Die Kaiser hatten es an sich fehlen lassen, oder widerstrebt, aber auch das Gegentheil war der Fall gewesen und sie hatten dann, von Heinrich VII. nicht zu reden, wie Sigismund und nach ihm Albrecht, wenn sie die Hand boten, antrieben, förderten, keine Folge gefunden. Es ist herkömmlich, auf die Fürsten und deren territoriales Streben die Schuld zu schieben; allein darin gaben ihnen in diesen Zeiten die Städte, und wiederum gaben dem Reichsadel und den Reichsstädten die Mannschaften und landsässigen Städte im Analogen nichts nach, und alles das und Ähnliches entstammte dem eigentlichen Schaden, daß die Nation in der großen Mehrheit ihrer Glieder, Kleine wie Große, Unterthanen wie Herren, niemals hinlänglich erkannte, was der Gesammtverband im Reich vor allen Sonderexistenzen werth sei oder was zu seiner Festigkeit und Wirksamkeit gehöre; nie genugsam und oft nur im geringsten Maß erkannte, daß eine starke Reichsgewalt und

gute Ordnung mehr werth sei als alle die ihr abbrechenden hergebrachten Stellungen, Ansprüche, Rechte, Freiheiten und alle mit diesen verknüpften Vortheile, erstnöthig sei, deren Erhaltung bedingend, gemindert oder ermangelnd Alle und jedes Besitzthum aufs Höchste gefährdend; daß sie aber, wenn dies erkannt wurde, den patriotischen und energischen Willen, den Entschluß, das Geschick nicht besaß, eine neue zulängliche Ordnung aufzurichten oder der beschlossnen sich zu unterwerfen und sie aufrecht halten und zur Wirksamkeit bringen zu helfen. Daß es am Einen oder Andern oder an Beidem fehlte, stand in Wechselwirkung mit unbilligem Überfluß an Eigensinn, Trotz, Selbstsucht und Eifersucht, Neid, übelverstandnem Freiheitssinn und viel Ähnlichem, Theils an sich Verwerflichem, Theils mit der bessern Natur, den Stärken und Tugenden der Nation Zusammenhängendem. Dabei aber bleibt es, und die deutsche Geschichtschreibung — damit die Historie auch für das politische Verhalten in der Gegenwart der Nation einen getreuen Spiegel ihrer Vergangenheit, ihrer doch nicht unbeherrschbaren Fehler und ihrer nicht fortzusetzenden Verschuldung vorhalte — sollte es nachdrücklicher hervorheben, daß in jenen Zeiten — und in welchen nicht? — jener Doppelmangel die Grundursache des Verfalls und elenden Zustandes des Reiches, dieser aber ein Auswuchs der nicht wohl geleiteten und gezähmten deutschen Art, und viel mehr ein nicht Einzelnen aufzubürdender, vielmehr ein selbstverschuldeter, als ein durch Unfälle, Mißgeschicke oder unabwendbare Verhängnisse herbeigeführter war. Die Anwendung auf die Gegenwart ist leicht zu finden. Es gilt vergüten, anders und besser machen auch in dieser einer Reformperiode gefolgten verdrießlichen Zeit. Das nicht auf Erkennen und Selbsterkennen zielende ordinäre Klagen und Anklagen ist müßig und verwirrt und verdirbt noch mehr.

Ist im neunzehnten Jahrhundert die Reform aus wesentlich anderen Gründen gescheitert als im vierzehnten oder fünfzehnten oder die Wiederherstellung im dreizehnten? Auf das heutige Geschlecht drücken die ererbten Verfassungszustände, die Folgen der politischen Unterlassungs- und Begehungssünden aller früheren Geschlechter. Aber dasselbe kam auch schon den frühern zu Statten und rechtfertigt sie so wenig als das heutige, das auch auf den Schultern der früheren steht, besitzt und nutzen kann was sie Gutes gegründet oder errungen, und das späteste auch die reichste Erfahrung zum Klugwerden und Vermeiden des Verkehrten und des Bösen hat.

Nun aber des Markgrafen Friedrich Ausgang. Der erste Band der „Geschichte der Preußischen Politik" schließt mit dem Bericht darüber. Sie findet Friedrichs Namen nur noch einmal in einer großen Frage genannt, und da ohne sein Zuthun.

In Böhmen waren Parteien und auswärtige Bewerber um die Krone thätig. König Albrechts Witwe hatte vollauf um Ungarn zu sorgen. Zuerst war Streit, wer zu wählen habe, dann Meinungsstreit der Wähler, dann fielen von 47 Stimmen 37 auf den Markgrafen, der sich auf die Sache nicht einließ, dann wurde vier Tage verhandelt, wer dem Königreiche am meisten nöthig wäre, und endlich, als der Markgraf kein Geld bot oder sandte, worauf man wahrscheinlich wartete, Albrecht von Baiern gewählt und mit ihm verhandelt. Späterhin, 1468, als Böhmen den Hohenzollern von päpstlicher Seite angetragen wurde, äußerte Friedrichs älterer Sohn, der Vater würde so schöne Länder nicht ausgeschlagen haben und wenn er noch so alt gewesen wäre, der jüngere: er würde König geworden sein,

wenn er Geld genug hätte geben wollen. Um die Zeit seiner Wahl in Böhmen scheint Friedrich bereits das Regiment ganz an seine Söhne abgetreten zu haben. Was er gewollt und gehofft, war mit der letzten Königswahl für immer erlegen. Mochten die Söhne lernen in dem verwandelten Reich ihre Stellung zu nehmen; mochten sie ihre junge Kraft spannen, nachzuholen was er, für die Monarchie und Einheit des Reichs ringend, an dem Eigenen versäumt hatte. Am 21. September 1440 starb er. —

Jene 47 Stimmen werden von der Zeit der Hussitenkriege her die spätreifen Früchte seiner vermittelnden Politik gegenüber den Böhmen gewesen sein, die ihn lieb gewannen als er mit ihnen verhandelt und sie über die Grenze begleitete. Er konnte jetzt freilich keinen Gebrauch davon machen, so gern er es, nach der Aussage und Meinung der Söhne von ihm zu schließen, gethan haben würde, wenn es irgend thunlich und gerathen gewesen wäre. Die Söhne wußten ersichtlich nichts von seinen ghibellinischen Ideen, seiner Reichspolitik, seinem uneigennützigen Ringen für die Monarchie und Einheit des Reichs, das ihm sein Staat gewesen, und von all den schönen dahin gehörenden Sachen, worüber die „Geschichte der Preußischen Politik“ so genau und viel berichtet, die in ihren Tagen noch nicht geschrieben war und den Thatsachen unmittelbar gegenüber nicht hätte geschrieben werden können. Diese, nachdem sie erkennen lassen, daß auch noch das Ende zeigte, wie Friedrich VI. nicht weniger bei seinen territorialen Strebungen als bei seinen Plänen für das Reich des Erfolgs verfehlte, faßt das Ergebniß ihrer Behauptungen in einem Schlußurtheile zusammen, das ihre Tendenz zum allernacktesten Vorschein bringt und an handgreiflicher Willkür des Historikers und logischer Ungeheuerlichkeit Alles was sie darin geleistet noch überbietet.

Er war, sagt sie von dem Markgrafen, der letzte Repräsentant jener Richtung, welche einst die Ottonen begonnen, die Hohenstaufen zu behaupten, Heinrich VII. zu erneuen versucht, edelste Geister deutscher und wälscher Zunge zu feiern und zurückzusehnen nicht aufgehört haben. Diese hehre Reihe schließend, ist er, fährt sie fort, der Anfang einer neuen — er ist der Gründer des preußischen Staates geworden.

Der Markgraf Friedrich, wie sie ihn geschildert, der letzte Repräsentant jener von den Ottonen begonnenen Richtung! Nicht wenig wurde zugemuthet durch die Behauptung, die Behauptung vor allem Beweise — gar zu viel wird doch aber zugemuthet durch Repetition der Behauptung nach gegebenem Gegenbeweise.

Und wie? Der preußische Staat, der im Fortsetzen und Vollenden der territorialen Zerreißung empor gekommen und geworden was er ist, dessen Streben, Zunehmen, Machtentfaltung und Selbstbewußtsein sich „gipfelte“ im Gegensatze gegen das Kaiserhaus und die Reichsgewalt, in Geringschätzung und im Wegwerfen der überlieferten Formen, und dessen Aufgang parallel geht mit dem Niedergange des Reiches und Kaiserthums — er der fernere Repräsentant jener von den Ottonen begonnenen Richtung! Gerade das kann doch am allerwenigsten von ihm gesagt werden, was auch — wir wissen es sehr wohl; es zu würdigen, ist jedoch hier nicht der Ort — gesagt wird und sich sagen lassen mag zu seinem und seines Anstrebens Lobe oder zur Rechtfertigung seiner oppositionellen Stellung im Reich und seiner Entwickelung in der Opposition, welche Seitens der preußenfreundlichen und preußenthümelnden Geschichtschreibung nicht blos nicht geleugnet, sondern hervorgehoben wird, um ein Hauptmotiv des Rühmens daraus herzunehmen.

Wie gelangt die „Geschichte der Preußischen Politik“ zu ihrem Meisterschluß?

Der Markgraf war — so „gliedert“ er sich — der letzte Repräsentant jener von den Ottonen begonnenen Richtung, denn der Versuch, der in Sigismunds Anfängen gemacht wurde, das Reich deutscher Nation als einen Staat zu begreifen, zu ordnen, monarchisch zusammenzuhalten, war der letzte; die Wahlen Albrechts und Friedrichs III. hatten die territoriale Zerreißung für immer entschieden; allein die Aufgabe blieb, wenn auch die alte Form ihrer Lösung unmöglich gemacht war, und nun „galt es“, nun war die angezeigte Form ihrer Lösung die, in territorialer Erstarkung und Vertiefung zu der Kraft heranzureifen, mit der sie späterhin wieder aufgenommen werden konnte, was der zweite Gründer des preußischen Staates, der große Kurfürst, that.

Man sieht, eine willkürliche Voraussetzung über die andere.

War der constanzer Reformversuch einzig des Markgrafen Sache? Wenn er Sigismund darauf hingeleitet, war dieser nicht der Erstthätige dabei, zum wenigsten doch ein Gleichbetheiligter? Gab nicht der Markgraf die von ihm vertretene Sache auf, als die Reform in den Anfängen des Königs gescheitert war? Trachtete er nicht späterhin, das Reich in eine antimonarchisch-oligarchische Ordnung zu bringen? Wurde nicht wiederum später der constanzer Versuch vom Könige und selbst noch vom Nachfolger erneuert, waren sie es nicht, die darauf zurückkamen, das Reich zu ordnen und, wenn auch bei größerem Gewicht des ständischen Elements, monarchisch zusammenzuhalten, und war es nicht der Markgraf, der Theils nicht förderte, Theils sich entgegenlegte? Wie kann er nun der letzte Repräsentant des Gedankens der Wiederaufrichtung

des Reichs genannt werden? Wie kann dies geschehen und weiter wie kann der Reformversuch, an welchem er Theil nahm, der letzte genannt werden, da jener Gedanke nach seinem Tode fortlebte und Vertreter fand, da die „große nationale Reform, zu deren Zweck er (vergeblich) in des Reiches innersten Rath und das hohe Fürstenamt der Markgrafschaft berufen worden", nach ihm wiederholt und schon bald nach seinen Tagen mit besserem Erfolg und Glück, zur Hand genommen wurde? Wurden nicht die in seiner Lebzeit gescheiterten Reformversuche schon unter Friedrich III. seit Maximilians Wahl zum römischen Könige erneuert? Lebte und wirkte nicht schon bald nach ihm und seiner Zeit ein Berthold von Mainz, ein Friedrich der Weise, ein Maximilian, die der Lösung der gebliebenen Aufgabe ihre angestrengte und anhaltende Thätigkeit widmeten, und denen das Wesentliche und Nöthigste für die Monarchie und Einheit des Reichs, für welche der Markgraf gerungen, das Wesentliche und Nöthigste von dem, was der Markgraf vergeblich gewollt und gehofft, eine sehr nennenswerthe Wiederherstellung und Aufrichtung, eine Neuordnung und tüchtige Grundlegung gelang? Traten nicht in Maximilians Zeiten eben jene lang-ersehnten Institutionen, und die in den Zeiten Sigismunds und des Markgrafen zu Stand und Wesen nicht hatten gebracht werden können — Landfriede, Kriegsverfassung, Reichsgericht und wie sie weiter heißen — ins Leben? Und haben sie sich nicht auch in langen Zeiträumen als tüchtig zum Zweck der Lösung der gebliebenen Aufgabe, lebens- und entwickelungsfähig, wirksam und wohlthätig erwiesen, so daß das Reich mit ihnen sehr wohl hätte bestehen und gedeihen mögen, — wäre nur nicht das eingetreten, was die „Geschichte der Preußischen Politik" als nunmehrige Aufgabe der Nachfolger Friedrichs bezeichnet!

Der reformistische Versuch, bei welchem der Markgraf sich betheiligte oder auf welchen er hinleitete, besteht aus einer Reihe einzelner und wiederholter Unternehmungen; er begann 1417, scheiterte im ersten Anlauf, wurde mehrfach erneuert und erhielt seinen Abschluß 1495 und in den folgenden Jahren. Die Willkür ist demnach die größeste, womit die „Geschichte der Preußischen Politik" seinen ersten mißlungenen Ansatz den letzten Versuch der Reform, und einen Fürsten den letzten Vertreter einer Richtung nennt, welchem darin nicht gerieth, was Andern nach ihm besser glückte. Sie würde unzweifelhaft des Rühmens kein Ende gefunden haben, hätte sie vom Markgrafen das berichten können, was Maximilian durchsetzte. Wäre dieser statt des Markgrafen in Constanz thätig, der Markgraf 1495 in Worms nur gegenwärtig gewesen, wie triumphirend würde es in ihr von dem, was sie ignorirt, lauten: Friedrich vollendete, was Maximilian mit zu schwacher Kraft und ohne Erfolg nur begann! Sie würde sich vergeblich darauf berufen, daß die maximilianische Reform der von den Ottonen begonnenen Richtung, dem Princip, der Idee des Reichs und Reichsstaates im alten Sinne nur in so geringem Maße entsprochen, oder darauf, daß doch die maximilianischen Institutionen zu voller Wirksamkeit und Entwickelung nicht gelangt und bald wieder mehr oder minder in Verfall gerathen seien. Sie selber setzte umständlich auseinander, daß 1417 der Markgraf auf eine Wiederherstellung des Reiches ganz im alten Sinne nach ideegerechtem, principstrengem Verfahren habe verzichten müssen und vernünftigerweise die Reform nur so gewollt und unternommen, wie sie in den gegebenen Verhältnissen möglich gewesen. Die Maximilianische Reform entsprach der Idee nicht eben weniger als die von Constanz, weit mehr als die der Kurfürsteneinung, und doch gewiß noch viel mehr als die Opposition gegen die zu

Maximilians Zeit gegründete Reichseinheit und Ordnung in jener fortgesetzten territorialen Zerreißung, „territoriale Erstarkung und Vertiefung“ und die neue Form der Lösung der alten Aufgabe genannt. Es wäre noch ein Anderes, wenn die Gründe der zu geringen Wirksamkeit, der gestörten Entwickelung und des Wiederverfalls der Maximilianischen Institutionen in ihnen selbst gelegen hätten. Allein sie lagen in jener Opposition und deren Wirkungen, gegen welche sie doch eine sehr beträchtliche zähe dreihundertjährige Kraft erwiesen, während dem Markgrafen das, was ihm gelang, schon unter den Händen wieder zerging.

Willkürlich ist, wenn sie auch mehr Schein haben sollte, gleichfalls die Behauptung, daß die territoriale Zerreißung um die Mitte des 15. Jahrhunderts für immer entschieden sei, und noch viel willkürlicher wird behauptet, dieselbe sei eben durch die Wahlen Albrechts und Friedrichs irreparabel geworden. Man sollte doch meinen, daß sie noch immer rückgängig gemacht — oder doch wenigstens gemindert, zum Stillstande genöthigt werden konnte, wenn sie in den folgenden Zeiten einmal recht deutlich als Grundschaden oder größestes Hinderniß der Lösung der gebliebenen Aufgabe erkannt wurde, wenn man die richtige neue Form der Lösung im Kräftigen der Reichsgewalt und im Einschränken der territorialen Erstarkung und Vertiefung fand, wenn die Reichspartei wirklich wurde oder einmal Kraft gewann, einen Führer von großer Tüchtigkeit und vorragender Bedeutung erhielt, wenn man die Aufgabe mit dem rechten Willen und Geschick, gemäß dem Zurücksehnen der edelsten Geister zur Hand nahm. Es gab dazu mehrere Wege, und womit es auch versucht ist. Hat es doch sogar noch der Reichspartei von 1848 erreichbar gedäucht. Soll von einer Fürimmerentscheidung des gedachten Inhalts gesprochen werden, so ist sie unzweifelhaft in früheren oder

spätern viel entscheidendern Momenten zu suchen, in den Zeiträumen des Zwischenreichs, des westphälischen Friedens — oder selbst der Kurfürsteneinung von 1424, der zehn Jahre späteren Frankfurter Reichsversammlung, wo die Stände, voran die Kurfürsten, wohl noch deutlicher als bei den beiden letzten Wahlen zeigten, daß sie eine oligarchische, und wenn eine monarchische Ordnung, doch schlechterdings nur einen matten König und mit Einem Worte ihre Selbstherrlichkeit wollten. Wir hörten, bei Sigismunds Tode stand es in Deutschland um die Monarchie und deren Aussichten nicht schlimmer als in Spanien, Frankreich, England, die Selbstherrlichkeiten und Sonderstrebungen waren noch weich genug, die Ansprüche des Reichs noch anerkannt, sein Recht noch lebendig in den Gewissen. Und mit dem Allen soll es nun so ganz anders geworden sein durch die Wahl Albrechts, welche der des Vorgängers sehr ähnlich und nicht eben unzweckmäßiger, und Friedrichs, die allerdings eine sehr unglückliche, aber doch nur die Äußerung und keine schlimmere Äußerung der Sinnesart der Fürsten war, als so viele ihr vorhergegangene gleichartige Kundgebungen; es soll mit dem Allen so ganz anders geworden sein in den paar Jahren nach Sigismunds bis zu des Markgrafen Tode — klärlich nur zum Zweck der Rechtfertigung der von da zu datirenden brandenburg-preußischen Sonderstrebungen.

Doch es sei, daß die territoriale Zerreißung, so weit sie gediehen — und mehr als dies wird man doch nicht zugeben können — entschieden war. Zur Lösung der Aufgabe gehörte dann unfraglich, daß man ihrem Fortschreiten ein Ziel zu setzen und den Reichsstaat herzustellen suchte, indem man die Territorialgewalten anerkannte und zur Mitwirkung heranzog. Das war auch Sinn und Ziel der monarchisch-ständischen Institutionen Maximilians. Der Lö-

sung der Aufgabe entgegen, diametral entgegen war das Fortschreiten und die Vollendung der territorialen Zerreißung dadurch, daß die Einzelgebiete, oder daß einzelne größere und wichtigere Gebiete noch mehr territorial erstarkten und sich vertieften, das will sagen, verfassungsmäßig oder thatsächlich besondere souveräne Staaten mit der Kraft wurden, der Reichsgewalt sich gänzlich entziehen zu können. Nun wäre es freilich denkbar, daß ein einzelner Staat im destructiv-territorialen Streben die Kraft gewann, es unternahm und durchsetzte, den Reichsstaat dadurch wiederherzustellen, daß er an die Spitze trat und die übrigen absorbirte. Allein man kann ein Mittel zur Lösung der Aufgabe doch ohne die ärgste Widersinnigkeit nicht in einem Streben finden wollen, das an sich selbst dieser Lösung entgegenlag und im Effecte dieselbe vereitelt hat. Denn der Reichsstaat ist doch nun einmal untergegangen, die Aufgabe ungelöst geblieben. Soll einmal die territoriale Erstarkung in dem Absehen, die Kraft zu gewinnen, mit der die Aufgabe wieder aufgenommen werden konnte, auch als ein Weg zum Ziele gelten, so wird man doch sagen müssen, daß er der weiteste und ungeradeste, unsicherste und mißlichste war.

Doch wie? Als in einem gegebenen Moment die dringend nöthige Reform gescheitert war, „galt es", nicht die vorhandene Kraft zu gebrauchen sie zu vollbringen, sondern, dem Reiche immer mehr abbrechend und die Reform mehr und mehr erschwerend, eine Kraft zu sammeln, um dereinst einmal auf das Nächstnöthige zurückzukommen! Die Aufgabe blieb, aber die neue Form ihrer Lösung war nun die, daß einzelne deutsche Länder, fortschreitend auf dem unglücklichen Wege der territorialen Zerreißung, auf welchem man länger als zwei Jahrhunderte gewandelt war, zuerst in der Gegenwart und nächsten Zeit danach

trachten mußten größer und stärker zu werden, um die Kraft zu gewinnen, sodann und in der Zukunft die Aufgabe wieder aufzunehmen? Es hätte doch wohl für Alle, zum wenigsten für alle Diejenigen gelten müssen, die bereits eben solche Territorien waren wie die brandenburgischen Marken. Es hätte also damals einem Wettlaufe um Territorialerstarkung gegolten, und das wäre die Reichs- und Kaisertreue, das Ringen um die Monarchie und Einheit des Reichs, die allerdings neue Art und Weise die Aufgabe zu lösen gewesen, worauf es nun ankam? Österreich war so viel weiter gediehen in der territorialen Erstarkung — war es nicht bei ihm um so mehr indicirt und gerechtfertigt, wenn es dem Streben nach Verstärkung der Hausmacht ganz sich hingab, um die Kraft zum Erwerbe des Erbkaiserthums zu gewinnen, oder blieb die Aufgabe aus unbekannten Gründen insbesondre für die brandenburgischen Markgrafen und zwar derart, daß sie die Lösung derselben fortan so zu versuchen hatten, daß sie einstweilen im territorialen Streben und Zerreißen sich vertieften, und dereinst einmal nach gewonnener hinlänglicher Kraft das Problem wieder aufzunehmen hatten? In Wahrheit heißt das, was die „Geschichte der Preußischen Politik" sagt, nichts Anderes, als: die gebliebene Aufgabe blieb eigentlich oder für jene Zeit doch nicht; sondern sie war zu sistiren, bis der preußische Staat hinlänglich erstarkt war, und die Brandenburger hatten von jetzt an, entgegen der Idee des Reichsstaates und den Traditionen ihres Hauses, entgegen der Aufrechthaltung und Kräftigung der Einheit und der Verfassung des Reichs, nur an das Emporbringen ihres besonderen Staates zu denken, bis nach zwei Jahrhunderten der große Kurfürst kam und wieder aufnahm was so lange liegen geblieben war.

Man war von jeher sehr scharfsinnig gewesen im Auf-

finden von Rechtfertigungsgründen und schmückenden Titeln für das territoriale und alles unbotmäßige reichzerstörende Streben. Diesen Scharfsinn übt der sonst so lebhaft dawider eifernde Geschichtschreiber der preußischen Politik, indem er, die hellsten Thatsachen ignorirend, die Entdeckung auf den Markt bringt, damals, als angeblich der letzte große Reformversuch gescheitert und als Albrecht und Friedrich III. gewählt worden, sei der Zeitpunkt für die Reichsfürsten eingetreten, fortan dem Streben nach möglichster Erstarkung ihrer Gebiete sich hinzugeben und das Reich und die alte Aufgabe dahinfahren zu lassen.

Das der von den Ottonen begonnenen Richtung entgegengesetzte, auch im 15. Jahrhundert fortgehende und in den folgenden Zeiträumen noch zunehmende und sich vollendende selbstherrliche Streben der Reichsstände vereitelte alle Bemühungen, jener Richtung gemäß das Reich wieder zu ordnen oder in der bessern Ordnung, in welche es danach gebracht wurde, zusammenzuhalten. Es war begleitet von weiterem Verfall und führte schließlich zur Auflösung und zum Untergange des Reichs. Daß eben in ihm der brandenburg-preußische Staat, die äußerste und am meisten diese Wendung bedingende Consequenz desselben, emporkam, wird vom Geschichtschreiber seiner Politik selbst angedeutet. Der preußische Staat, dessen zweiter Gründer der große Kurfürst geworden, habe — als könnte dies die Aufgabe lösen heißen! — nicht aufgehört, trotz Kaiser und Papst, unter der stets regen Mißgunst aller außerdeutschen und undeutschen Politik, tief und tiefer in Deutschland hineinzuwachsen und das wieder erwachende, wieder schöpferische Leben der Nation um sich her und in sich zu sammeln. Wir wollen nicht hier erörtern, wie viel Wahres oder wie viel Grundloses und Eitles in dieser Behauptung liegt; mit welchem Rechte, welchen Tendenzen, Mitteln, Bundsgenossen und

Protectoren jenes Hineinwachsen zum Theil bewirkt ist; wie viel undeutsche Politik Preußen gemacht und wie oft Preußen die Gunst außerdeutscher — französischer, russischer Politik namentlich — gehabt und benutzt hat; in welchem Maße dies der Fall gewesen eben auch in den Zeiten seines stärksten Emporwachsens, seiner größesten Kraftäußerung, seines höchsten Glanzes, unter seinem großen Kurfürsten und seinem großen Könige. Jener ließ bei aller Deutschheit und bei all den Verdiensten um Deutschland, welche ihm zugeschrieben werden, den Kaiser und das Reich gegen die Türken und Franzosen doch auch im Stich, bündelte mit den letztern und andern Reichsfeinden trotz Einem, nahm Ludwigs XIV. Reunionen in Schutz und dgl. Der preußische und in seinem Urtheil höchst preußenfreundliche Geschichtschreiber Stenzel giebt die unerbaulichsten thatsächlichen Beläge, indem er sich auf jede Weise bemüht, den Kurfürsten zu verherrlichen. Von Friedrich II. wird die „Geschichte der Preußischen Politik" selbst eben so wenig zu berichten umhin können und zu rechtfertigen nicht im Stande sein, daß er ein Menschenalter hindurch den unseligen Gegensatz Preußens gegen Österreich, gegen den Kaiser, auch gegen das Reich scharf erhielt, noch mehr schärfte und bös geschärft als eine verhängnißvolle Tradition hinterließ, daß er französirender Richtung in hohem Maß verfallen war und Vorschub that, und den russischen Einfluß (S. Häussers deutsche Geschichte) nach schlechthin undeutscher Politik recht eigentlich hereinführte. Wir wollen dies hier nicht erörtern, auch nicht versuchen, die preußenthümelnd-prätensiöse Behauptung, als hätte der preußische Staat das wieder oder gar alles wiedererwachende schöpferische deutsche Leben der Nation um sich her und in sich zu sammeln nie aufgehört, also auch nie abgestoßen, nie ersticken helfen in und außer seinem Gebiet, auf ihr richtiges Maß zurückzuführen.

Wir untersuchen hier nicht, ob und welche fables convenues, die preußische und die deutsche Geschichte fälschend, über Preußen, den großen Kurfürsten, den großen König in den Geschichtsbüchern stehen. Wir berühren hier blos das Thatsächliche und Unleugbare, daß der preußische Staat in dem gedachten territorialen reichzerreißenden Streben emporkam und jemehr er darin Kraft gewann, jemehr die oppositionelle Stellung nahm, und daß gerade sein zweiter Gründer und sein größester Heros und Vollender in jenem Streben und in der Opposition gegen Kaiser und Reich, entgegen der alten Aufgabe excellirten, und zwar einer Opposition, die nicht etwa blos wider Äußerlichkeiten, wider das Kranke und Faule gekehrt war, sondern auch das Berechtigte, das Gesunde, das Wesen der Sache traf. Wir berühren dies blos, um noch folgende Bemerkung anzuknüpfen.

Je sichtlicher der Zwang ist, welcher der Geschichte durch die Annahme angethan wird, es habe 1440, nach den letzten Oberhauptswahlen gegolten, in territorialer Erstarkung die Kraft zur Wiederaufnahme der alten Aufgabe zu suchen, und je sichtlicher sie darauf hinausläuft, daß es für die Territorialfürsten — vorzugsweis die brandenburgischen — damals angezeigt gewesen sei, des Reichs nun gar nicht mehr zu achten, die „territoriale Zerreißung" nun erst recht fortzusetzen, ihr Gebiet ihren Staat sein zu lassen, in ihren Territorien zu vollenden, was der Geschichtschreiber der preußischen Politik sonst „usurpatorische Gestaltungen" heißt: desto sichtlicher weist die Behauptung auch auf die Absicht hin, dem preußischen Staate die geschichtliche Prädestination zu weiterem Angliedern von Theilen und schließlichem Aneignen des Ganzen zu vindiciren und die Meinung für diese Idee und Tendenz zu gewinnen. Deshalb mußte schon sein erster Gründer, und

nach Hausgesinnung und Überlieferung, thätig für die Aufgabe gewesen sein. Allein von ihm bis zum großen Kurfürsten, während zweier Jahrhunderte, ließ Brandenburg die Aufgabe nun einmal liegen, während sich Andre ihrer annahmen. Das Gegentheil konnte nun einmal nicht behauptet werden — so gern man sähe, daß eben Brandenburg bei den weiteren Reformversuchen vorangestanden. Also mußte die Aufgabe zwar bleiben, aber, da die Mission ihrer Lösung dem preußischen Staate angedichtet ist und geeignet bleiben soll, so muß Brandenburgs zweihundertjähriges Zurückstehen dabei und sein Sonderstreben eben nothwendig und das Mittel zu dem Zwecke gewesen sein, die Aufgabe nach gewonnener Kraft wieder aufzunehmen.

Wie aber die dialectische Kunst der Tendenzschreiberei in ihren eignen vermeintlich so fein gesponnenen Fäden sich verwickelt! Nicht blos, daß das territoriale Streben, das Preußen allerdings besser gelang als Andern, jedoch nichts Apart-Preußisches war, den Erfolg nicht hatte, die alte Aufgabe zu lösen; nicht blos daß seine Consequenz umgekehrt deren Vereitelung im gänzlichen Verfall und Untergange des Reiches war und daß eben im preußischen Staate vom großen Kurfürsten an das größeste Hinderniß der Wiederaufnahme und Lösung der alten Aufgabe begründet war: es hat bei ihm auch nicht einmal die Absicht derselben, jedenfalls nicht in dem Sinne gewaltet, in welchem der Geschichtschreiber der preußischen Politik sie behaupten will. Am wenigsten ist eine solche Absicht bei ihm erkennbar, sofern die Lösung der Aufgabe von seiner Seite Verzichtleistungen, Opfer der Art erfordert hätte, wie sie in der „Geschichte der Preußischen Politik“ zehn- für einmal als die Bedingungen des Gelingens der reformistischen Versuche bezeichnet werden, über welche sie berichtet. Nur in dem Falle, daß er gewann, nur so, daß ihm das Ganze zufiel, wollte er

den Reichsstaat und die Reichseinheit, wenn er überhaupt daran dachte; wo nicht, so war er entgegen bis zur Feindschaft und Auflehnung. Nicht daß reichs- und kaisertreue Gesinnung den brandenburg-preußischen Fürsten gefehlt hätte. Allein sie wird vornämlich bei denjenigen unter ihnen gefunden, von denen die Politiker und Historiker der Richtung Professor Droysens sagen, sie hätten die preußische Mission versäumt oder sich doch zu schwach oder lässig darin gezeigt; und am wenigsten war es der Gedanke des großen Kurfürsten — oder des großen Königs — die von den Ottonen begonnene Richtung allenfalls auch mit Verzicht auf die gewonnene territoriale Stellung oder noch weiteres territoriales Kräftigen und Vertiefen Brandenburg-Preußens fortzusetzen. Und auch jetzt, wenn es sich noch so thunlich, wenn sich die günstigste Gelegenheit, die sicherste Aussicht zeigte, die Aufgabe in jener Richtung aufs Beste zu lösen, Falls der preußische Staat in Deutschland „aufgehen“ wollte, doch so, daß er nicht in den Besitz der neuen starken Reichsgewalt träte, sondern derselben sich unterzuordnen hätte: sollte er wohl die Initiative zur Lösung der Aufgabe ergreifen oder, wenn dies von andrer Seite geschähe, solche Lösung nur zulassen und nicht mit aller Kraft sich ihr widersetzen, und sollten nicht im Antreiben hierzu eben die Fuchsprediger des Evangeliums von dem Berufe Preußens die Ersten und Hitzigsten sein? Es wird genügen, daß man diese Frage einfach hier vorlegt.

Um so schlimmer also für Preußen, wenn es sein Beruf, in einem eminenten Sinne eben sein Beruf geworden, der alten Aufgabe sich anzunehmen; um so schlimmer für die Geschichte seiner Politik und deren Tendenz, daß sie eben hierauf, vermeintlich zu seinen Gunsten und seiner Verherrlichung den meisten Nachdruck legt.

An hundert Stellen, wo sie gerade die Absicht nicht

hat, dem preußischen Staate besondere Ansprüche zu eignen, stellt sie ganz richtig das deutsche Fürstenthum als ein Amt dar, das zwar Gewalt und Rechte gab, zugleich aber Pflichten auferlegte, und die eigenmächtige Erweiterung der Gewalt und der Rechte bei Versäumung der Pflichten als verdammliche gemeinschädliche Anmaßung und Versündigung am Reiche. Wo es ihr gilt, dem preußischen Staate besondere Ansprüche zu eignen, dreht sie es geradezu herum. Nach ihren eignen Voraussetzungen übernahm jeder in ein hohes Fürstenamt und gar in des Reiches innersten Rath berufene Fürst sehr große Verpflichtungen und unter diesen namentlich auch die, nach Vermögen zu den Reformen mitzuhelfen, deren das Reich etwa bedurfte, die „alte Aufgabe“ immer von Neuem wiederaufzunehmen, bis sie gelöst worden, die übertragene Stellung, Macht, Berechtigung anzuwenden zur Aufrechthaltung und Entwickelung der besseren Ordnungen, in welche das Reich zu bringen gelungen war. Nach ihren eignen Voraussetzungen war es doppelt rechtswidrig und pflichtvergessen, wenn eben die Kurfürsten daran versäumten, die alte Verfassung mehr und mehr untergruben oder die erlangten besseren Einrichtungen unwirksam machten und in Verfall brachten, und wenn sie es thaten durch Fortsetzung des territorialen Strebens, so waren die in diesem errichteten Staaten usurpatorische Gestaltungen. Nach ihren eignen Voraussetzungen erwuchs dem, der die Pflicht des Fürstenamts versäumte, daraus, daß ihm auf seinem Wege etwas gelang, nicht etwa ein mehres oder verstärktes Recht, sondern er machte sich des Rechtes und Amtes unwerth, verwirkte es im Grunde, und dies war am meisten bei dem der Fall, der im pflichtwidrigen Handeln am meisten leistete. Nach ihrer eignen Voraussetzung erhielt, wer — wie sie es betonend vom Markgrafen sagt — in der Periode einer großen Reform und zum Zweck

dieser Reform in hohe Fürstenämter, in des Reiches innersten Rath berufen worden, nicht etwa mehr Rechte und Ansprüche als andre darein Berufene, am wenigsten das Recht der Reichsreform durch usurpatorisches Gestalten entgegenzuwirken, am allerwenigsten überhaupt ein Recht oder einen Anspruch, wenn er den Zweck seiner Berufung nicht erfüllte. Sondern für jeden so wie er Berufenen wurde die Verpflichtung eine stärkere. Allein davon schweigt die „Geschichte der Preußischen Politik“ gänzlich; sie folgert: die Berufung des Markgrafen in einer solchen Periode und zum Zweck der Reichsreform hat auf ihn und sein Haus Gebiete, Rechte und Ansprüche gebracht, und die fort und fort auf die Gründe der Uebertragung zurückweisen, und in denen das Haus „gleichsam“ seinen Rechtstitel hat.

Welche Rechte und Ansprüche könnten das sein? Logisch nur etwa das Recht im Eifer für die Lösung der Aufgabe und im Opferbringen voranzustehen, und damit die Thätigkeit in dieser Richtung eine um so freiere und wirksamere für die Sache sei, also zur Förderung des Zweckes, etwa der Anspruch auf ein gewisses Zurücktreten Anderer im edlen Wetteifer für dasselbe Ziel, damit Preußen den freiesten Spielraum dafür habe; weiter etwa der Anspruch auf Anerkennung und Achtung wegen eines so wichtigen und würdigen Berufs — vorausgesetzt daß er erfüllt wird, — und wegen der Verdienste, welche in dem Bestreben, ihn zu erfüllen, wirklich erworben werden; allenfalls und zum Höchsten der Anspruch auf die Bereitwilligkeit der Andern, die Führung, die erste Stelle und sofern es um Herstellung der einheitlichen Form sich handelt, die Krone dem Staate und dessen Oberhaupt zu überlassen, der am meisten fähig, willig, aufopfernd und thätig zur Wiederaufrichtung hilft. Selbstverständlich ist indeß dieser

Anspruch kein vollkommener, sondern bedingt durch den freien Willen der Andern. Zwang liegt der glücklichen Lösung der Aufgabe entgegen; durch Zwang würde sie gefährdet, wenn nicht vereitelt werden; Zwang würde das Recht der freien Selbstbestimmung der Andern aufheben, welche natürlich und nothwendig einen Anspruch beschränkt, der stets dem Zwecke untergeordnet bleiben muß. Umgekehrt müssen alle Rechte und Ansprüche eines vorzugsweis zur Lösung der Aufgabe Berufenen dem Zwecke derselben und dem Recht und Anspruch der Gesammtheit darauf in der Weise weichen, daß er, der im opferwilligen Eifer für die Sache voranzustehen auch, und zwar zuerst, verpflichtet ist, wenn die Lösung oder die bessere Lösung der Aufgabe es erfordert, in die zweite oder dritte Linie sich zu begeben, in die neue Form des Reichsstaates sich zu fügen und dessen Ordnungen und Organen zu gehorsamen.

Allein so ist es nicht gemeint. Die Reichspartei, welche die Postuma „Geschichte der Preußischen Politik“ erzeugte, hat ihre absonderliche Logik. Preußen werden lediglich Rechte und Ansprüche — die bekannten — ohne Verpflichtungen, Leistungen oder Verdienste geeignet; zum wenigsten sind diese keineswegs nothwendige Bedingungen, sondern die angeblichen Rechte und Ansprüche sind unbedingt, so daß sie allenfalls auch mit Gewalt zur Geltung gebracht werden mögen oder sollen. Als die Mittel der Ueberredung nicht verfangen wollten, war die achtundvierziger Reichspartei sehr rasch mit Appellationen an den preußischen Säbel bei der Hand, bot Alles auf, Preußen zum Gewaltgebrauch zu vermögen, sang dem widerstrebenden Theile durch alle Tonarten das Lied: Und folgst du nicht willig, so brauch ich Gewalt! Wenn wir nicht irren, war der Vater der Postuma einer der beflissensten und beredtesten im Variiren desselben in den Organen der Partei, Deutsche

Zeitung, lithographirte Centralcorrespondenz u. s. f. Die Tendenz, die Theorie, die Phraseologie ist noch ganz dieselbe. „Militärischer Trotz“ ist der Kern und das Wahrzeichen der erläuternden „Traditionen Friedrichs des Großen,“ auf welche die Lehre vom specifischen deutschen Berufe Preußens am häufigsten gründet und provocirt.

Nach der Logik gewöhnlicher Menschenkinder so wie nach den eignen Voraussetzungen der „Geschichte der Preußischen Politik“ kann das von den Folgen der markgräflichen Berufung Gesagte, Wortspielerei und Begriffmengerei bei Seite, nur gelten von den Verpflichtungen, welche der Markgraf auf sich und sein Haus brachte, dessen Rechtstitel sie gleichsam wankend macht in ihrer Beflissenheit für ihren Lieblingsstaat und Lieblingsgedanken. Ward das markgräfliche Haus von Friedrich VI. den Umständen nach doppelt und dreifach verpflichtet, in eifrigster, uneigennützigster, ungefälschtester Reichstreue der Aufgabe sich zu widmen, den Reichsstaat — und selbstverständlich auch, je nach Erforderniß des Zweckes unter Entäußerung oder Beschränkung der Selbstherrlichkeit — wieder aufzurichten, um der Absicht der Markenübertragung gerecht zu werden, so ist um so mehr ausgeschlossen, was gefolgert werden will, daß der Markgraf auf seine Nachfolger gebracht habe: das Recht, welches gemeint ist, einen souveränen Staat im Reiche auf Kosten des Reichsstaates und zu dessen Auflösung zu gestalten, oder den Anspruch, der gemeint ist, in Eigenmacht, mit Gewalt oder wie sonst und auch auf die Gefahr einer völligen Zerreißung des nothdürftig wieder geeinten Deutschlands, dem preußischen Staate immer mehre Theile von diesem „anzugliedern“ — mit einem Worte den ewigen Anspruch auf Vergrößerung Preußens mit Vielen oder Wenigen.

So ist es „Gipfelung“ eines unglücklichen Gebäudes

auf unglücklichem Fundament, so sind es mit Nichten aus den Thatsachen und deren unbefangenen Betrachtung sich ergebende richtige Bemerkungen, mit Nichten geschichtliche Wahrheiten, sondern unwahre, in der Luft schwebende, tendenziöse, vergeblich durch mißbrauchte historische Kunst mit einem gewissen Wahrheitsschein und Schimmer umgebene Sätze und Phrasen, womit die erste Abtheilung der „Geschichte der Preußischen Politik“ schließt. Das Buch ist ein nützliches und dankenswerthes, sofern es geeignet, die Erkenntniß der vornehmsten und wahren Ursachen des Reichsverfalls und Elendes in den Zeiträumen, von welchen es handelt, zu fördern. Leidig zeigt es aber auch am eignen Beispiele, daß dieselben Ursachen noch immer vorhanden sind und ihre alte Wirkung üben.

Ein Kritiker in den „Grenzboten“ (Jahrgang 1855, Nr. 50) bemerkte sehr richtig: unsrer Historiographie stehe die Gefahr nahe, überall in den Ereignissen einen tiefen innern Zusammenhang auffinden, das Verhältniß zwischen Ursache und Wirkung in Begebenheiten entdecken zu wollen, die in keiner Beziehung zu einander stehen; die Gestalt des Reiches in jenen Zeiten erschwere es, die leitenden Fäden zu erkennen, innere Zusammenhänge und planmäßiges Handeln zu erschauen; sie gewähre der Phantasie einen großen Spielraum, sich ein künstliches Bild der Geschichte zu construiren, ein künstliches historisches System durch Hervorhebung und kluge Gruppirung willkürlich herausgerissener Thatsachen zu stützen; aber die wahre Geschichte verlange exacten Nachweis der Behauptungen, wolle nicht die möglichen sondern die wirklichen Motive wissen, verlange namentlich da authentische Gewißheit, wo sie über das Lebensprincip, die Bedeutung und Aufgabe eines Staates ein endgültiges Urtheil aussprechen wolle.

Allein der Nachsatz lautete: Und gerade in dieser

schwierigsten Beziehung macht das Werk einen wahrhaft imponirenden Eindruck. Mit einer bewunderungswürdigen Sicherheit und Genauigkeit stellt der Verfasser schon in den Anfängen des preußischen Staates die Aufgabe desselben, die fruchtbaren Ideen, die ihn ins Leben riefen und wachsen ließen, actenmäßig ans Licht u. s. w. u. s. w. In demselben Tone folgte sodann unbedingte Zustimmung zu den vornehmsten Behauptungen und Ausführungen der „Geschichte der Preußischen Politik."

Ist deren Darstellung in Wahrheit so kunstvoll, daß sie dem größeren Publikum in solchem Maße imponirt, oder nahm der Kritiker-Meinungs- und Parteigenoß den Mund so voll, um seinerseits demselben zu imponiren? In Sachsen ist von 1848 her Sehnsucht, viel oder wenig Sehnsucht angegliedert zu werden, lebendig geblieben. Die Propaganda für die Ideen vom Angliederungsberuf Preußens hat in den leipziger Grenzboten ein Organ. Ihr Eifer und ihre Dreistigkeit ist aus ihrer Kritik der „Geschichte der Preußischen Politik" zu ersehen, die schon im Eingange das Buch der Aufmersamkeit der „gesammten Nation" empfiehlt und den Wunsch ausspricht, daß die Gedanken des Verfassers „wo möglich sofort ein innerstes Eigenthum der deutschen Nation" werden möchten. Der Wunsch wird am Schlusse wörtlich und mit dem Zusatze wiederholt, daß deutsche Nation das Buch doch „denkend genießen, in sich verarbeiten und seine Lehren in ihre politischen Maximen aufnehmen möchte!"

Das wäre der für Preußen werbenden Schule freilich erwünscht. Wie aber, wenn deutsche Nation aus dem euphemistisch hinzugefügten Denken Ernst macht?

In seiner Nummer vom 26. April brachte das „Preußische Wochenblatt" eine Kritik. Es wird darin gegen die Doctrin der historischen Politiker polemisirt. Sie sei trotz ihres gesunden Kerns fast nie in ersprießlicher Weise geltend

gemacht, sondern meist nur zur Beschönigung selbstsüchtiger Gelüste und in carrikirter Form mit großer Ostentation zur Schau getragen worden. Man dürfe sich darüber nicht wundern, denn es sei sehr schwer, die Lehren der Geschichte im practischen Leben mit Nutzen anzuwenden, es sei nicht Jedermanns Sache, die Historie mit Nutzen in die politische Debatte zu ziehen. Droysen verstehe sich darauf, und sein Werk verspreche die Aufgabe für Preußen zu lösen, das Werden, Wachsen und Vergehen der Staaten verständlich zu machen, und so den in der Geschichte enthaltenen Schatz practischer Staatsklugheit dem Volke zugänglich zu machen. Es folgt weiteres Lob und Zustimmung. Die Nothwendigkeit des preußischen Staats, und seiner Gründung, um das deutsche Wesen gegen den slavischen Osten zu schirmen, seine Mission für Deutschland, wenn der Osten nicht ganz verloren gehen sollte, sei nie so anschaulich gezeigt. Es ist vorgreifend und rühmend von der deutschen Aufgabe Preußens bis in die Neuzeit die Rede, wo es sie — freilich ungelöst gelassen; es sei nicht hohle Doctrin, wenn man auf sie hinweise, nicht lächerliche Selbstüberschätzung, wenn man sich dessen bewußt zeige, was Preußen für Deutschland sei und sein solle; wenn irgendwo, so liege uns in ihr ein echtes Product unsrer Geschichte vor, und wo Preußen im Bewußtsein derselben gehandelt, strahle sein Ruhm am hellsten.

Dies Letztere ist unsre Meinung auch. Das Lob des Verfassers der „Geschichte der Preußischen Politik?" — Möge es nur denkend genossen werden! Man ersieht daraus, wie es sogleich einklingt, wie willkommen auch der Mann der Politik Frankfurt-Gagern den Altpreußen ist, indem er ihren Lieblingsanschauungen und Gelüsten das Wort redet. Darüber, daß der preußische Staat, seine Gründung, seine Mission nothwendig gewesen, um Deutsch-

land gegen den slavischen Nordosten zu schützen und in diesem das deutsche Wesen zu wahren, wollen wir nicht streiten und nur das Eine bemerken, daß man, indem man es behauptet, streng genommen den Beweis zu führen hat, daß es unmöglich gewesen den Zweck auf andere Weise zu erreichen, jedenfalls aber einen Satz wie den hinzufügen muß: weil nun einmal die Ganzheit des Reichs ihre Schuldigkeit nicht that, sondern Einzelnen überließ was ihr selbst zu thun gebührt hätte. Wir gehen sodann aber einen Schritt weiter, und sagen — damit die volle und also erst die Wahrheit gesagt werde, — was die Altpreußen einräumen müssen, wenn sie nicht doppeltes Maß anlegen wollen, in welchem Falle ihnen freilich ihre Nothwendigkeit und deren neue politisch-historische Unterstützung nicht hilft was sie helfen soll: nach derselben Voraussetzung und zum selbigen nur noch umfassendern Zwecke im mittleren und im Südosten ist auch der österreichische Staat, dessen Gründung und Mission für Deutschland eine Nothwendigkeit und ein nicht minder echtes Product der deutschen Geschichte, so wie es nur in der Ordnung ist, wenn man sich auch bewußt zeigt, was Österreich und andere Staaten außer Preußen für Deutschland sind und sein sollen, und wie es ganz und gar nicht in der Ordnung, sondern bare lächerliche Selbstüberschätzung ist, wenn man allein von der betreffenden Bedeutung des einen deutschen Großstaats weiß.

XX.

Der richtige und der falsche Begriff von der „gebliebenen Aufgabe“ und dem Berufe Preussens zu ihrer Lösung.

Nehmen wir den Mann der „Reichspartei“ und neuesten Defensor der Mission Preußens beim Worte; machen wir Ernst aus seinem rhetorischen Spiel, sehen wir der Sache auf den Grund.

Also die Aufgabe blieb; und zwar nicht blos nach 1440, sondern auch nach 1806, nach 1815, nach 1848. Selbstverständlich die alte, die ursprüngliche Aufgabe einer thunlichst engen wohleingerichteten staatlichen Einigung der vielgliedrigen deutschen Nation, mit anderen Worten der Befestigung, bezüglich der Wiederherstellung, guten Gebrauchs und weiterer Ausbildung des Gesammtverbandes zu seinen Zwecken.

Im 15. Jahrhundert hatte man noch die Reichsverfassung, doch im Zustande des Verfalls, der Mißachtung und Unwirksamkeit. Die richtige Form der Lösung der Aufgabe war zu der Zeit also die, daß man die nicht an sich selbst unbrauchbare sondern schlecht gebrauchte überlieferte Verfassung so weit nöthig besserte, vor allen Dingen aber zum gebührenden Ansehen, zur Geltung und

Wirksamkeit brachte. Nach dem Untergange des Reichs galt es der Wiederaufrichtung. Sie erfolgte; jedoch nur im Staatenbunde; und noch immer haben wir nur die Bundesverfassung und zwar in unzulänglicher, in zum Theil verkehrter Übung. Die Form der Lösung der Aufgabe war seit 1815 und ist auch jetzt noch die, die Bundesverfassung, wenn es für unumgänglich und ausführbar erkannt werden sollte, durch eine andre zu ersetzen, anderen Falls sie thunlichst zu bessern, vor allen Dingen aber nicht zu vergessen sie vor und nach der Reform in richtiger Richtung zu beleben und anzuwenden.

Darüber wird kaum gestritten werden können. Was für Preußen daraus folgt, wenn es vorzugsweis berufen ist zur Lösung der Aufgabe, liegt auf der Hand.

Unbestreitbar däucht uns auch das zu sein, daß es zunächst ganz unlogisch und willkürlich erscheint, den Nachfolgern Friedrichs VI. in den brandenburgischen Marken die Aufgabe verdoppelten territorialen Strebens zuzuweisen und dem jetzigen preußischen Staate den Beruf zu eignen, den noch erübrigenden lockeren Bund der deutschen Staaten und Stämme aufzulösen, um aus seinen vereinzelten Stücken mehrere deutsche Staaten und namentlich einen noch vergrößerten preußischen zu bilden. Der Geschichtschreiber der preußischen Politik wird sagen, daß es so nicht gemeint sei. Allein seine Behauptungen laufen darauf hinaus, da Preußen auf dem Wege, welchen er ihm vorzeichnet, nicht weiter kommen kann und doch vorschreiten soll.

Denn daß es heißt, es gelte deutscher Einheit unter Preußens Führung und zwar zur Lösung der alten Aufgabe der Wiederherstellung des Reichsstaats — das ist eben der Wind dabei. Es ist nicht gut denkbar, daß Jemand im Projectiren auch jetzt noch ernstlich so weit ginge, die Errichtung einer solchen Einheit mit Einschluß der österreich-

deutschen Länder in Aussicht zu nehmen. Preußen an die Spitze bringen wollen, heißt also auf die letzteren verzichten, sie ausschließen, Deutschland ohne sie neugestalten wollen. Und nur zum Höchsten könnte man damit zu „Kleindeutschland" gelangen. Der wahrscheinliche Ausgang würde im glücklichen Falle blos darin bestehen, daß Preußen noch einen Theil von Deutschland sich „angliederte", etwa bis an die Mainlinie in Deutschland „hineinwüchse," daß hier etwa eine Theilung Deutschlands zwischen Österreich und Preußen erfolgte, oder daß zwischen dem vergrößerten Preußen und Österreich ein kleinerer Staat sich bildete oder mehre kleinere Staaten ein eignes gesondertes Dasein fortführten. Wer das Ziel der s. g. „deutschen Politik Preußens," den Gedanken der preußischen Hegemonie verfolgt, befindet sich auf dem Wege derer, die wie z. B. die Schweizer sich abtrennten, nur daß sein Streben noch weiter zielt und im Gelingen einschneidender und zerstörender wirken müßte; er operirt auf die Auflösung des das ganze Deutschland im Bunde noch einigenden Gesammtverbandes, indem er diesem ein Sonderleben in einer engeren deutschen Gemeinschaft, ein vergrößertes Preußen, eine Zertheilung in zwei oder mehre deutsche Staaten vorzieht. Wir können darin nur unabsehbares Unheil und Unseegen erblicken, und dadurch, daß er davor wenigstens bewahrt, die deutschen Stämme und Staaten, Mitteleuropa gegenüber dem Westen und Osten, zusammenhält: allein schon dadurch hat der Bund in unsern Augen einen Werth, den wir gerade so hoch anschlagen als er von Manchen übersehen und unterschätzt wird. Aber auch angenommen, daß jenes Zertheilen das Bessre wäre: es kann in keiner Weise eine Lösung der alten Aufgabe genannt werden, es ist Verzicht auf deren Lösung, und wenn gesagt wird, Preußen soll nur, um sie dereinst zu vollbringen, zunächst den Bund sprengen und

durch Stücke desselben größer und stärker werden, so heißt das blos abermals die Vögel auf den Bäumen zeigen, wie es durch die luftige Ausrede geschah, der preußische Staat hätte nach 1440 nur erst territorial erstarken sollen, um später die Aufgabe „wiederaufzunehmen", was dann im 17. Jahrhundert der große Kurfürst gethan haben soll, ohne daß es freilich, wenn ers gethan, den verheißenen Effect gehabt hat.

Daß hier nun aber nicht etwa gesagt werde, es handle sich um Ideen und Tendenzen, die, nachdem der Versuch ihrer Ausführung unlängst so kläglich gescheitert, ihre Ohnmacht derart erwiesen, daß nicht einmal eine Erneuerung dieses Versuchs und noch viel weniger das Gelingen desselben zu besorgen stehe, daß man also die Liebhaber füglich reden lassen möge, ohne sonderlich Notiz davon zu nehmen. Bei dem Vorhandensein gewisser, unten noch zu berührender Umstände ist ein thätliches Zurückkommen auf das Experiment keineswegs undenkbar, und nicht zwar sein Gelingen, wohl aber die Verwirrung zu fürchten, welche unvermeidlich abermals dadurch angerichtet werden würde. Zudem sind die nachtheiligen Consequenzen der in Rede stehenden Irrungen so wenig blos in der Zukunft zu suchen als sie lediglich auf dem doctrinellen Gebiet liegen. Mit Einem Worte, es handelt sich keineswegs um harmlose Gedankenspiele oder Hirngespinnste in deutschen Gelehrtenköpfen, Büchern oder Zeitschriften, sondern um falsche Begriffe und Lehren, die eine sehr nahe Beziehung auf die Politik der Gegenwart haben, um praktisch tief verderbliche Ideen und Tendenzen, und die auch in politischen an den Geschäften theilhabenden Männern lebendig sind. Über dem Gerede vom Pseudoberufe Preußens wird dessen wahrer Beruf gar zu leicht vergessen, und in dem Maß als es Eingang findet und der falsche Begriff das

Handeln bestimmt, versäumt Preußen seines wahren Berufes zu warten, dem Ganzen und ihm selber zum schweren Schaden, und schon dies letztere allein ist bei einem so wichtigen Gliede kein geringer Nachtheil auch für die andern. Wir bedürfen recht sehr einer richtigen Bethätigung und Anwendung der bestehenden Verfassung in innerer und auswärtiger Politik, wichtig und dringlich ist die Bundesreform, die Lösung der deutschen Frage. Bei dem Allen steht die Vorstellung vom Berufe Preußens, welche die „Geschichte der Preußischen Politik" zu propagiren geschrieben wird, die derselben entsprechende Handlungsweise und demnächst die preußisch-österreichische Rivalität nur zu hinderlich entgegen, die genau mit jener Vorstellung verknüpft, die unversiegliche Nahrungsquelle derselben, so wie der schärfste Sporn des Eifers für ihre Verbreitung und die Kehrseite jener Handlungsweise ist.

So wie jeder deutsche Staat, ja jeder einzelne Deutsche, Beruf für das Ganze hat, kommt zu allen Zeiten und insbesondere in bewegten und besserungsbedürftigen nicht wenig darauf an, daß Alle richtige Begriffe von diesem ihrem Berufe haben, sich des richtig gedachten lebendig bewußt sind, auch richtig würdigen, wozu die Andern vorzugsweise tüchtig und also berufen sind, um danach ihre Anforderungen an sie und ihr eignes schuldiges Mitwirken zu bemessen. Denn es soll Alles in einander greifen, man soll einander entgegenkommen und fördern. Es ist von vorragender Wichtigkeit, daß namentlich über Preußens Beruf inner und außer Preußen groß und würdig, vor allen Dingen richtig gedacht und gelehrt wird. Falsch darüber denken, bringt unabsehbare Gefahr. An die falsche Lehre darüber heftet sich ein wahrer Fluch. Wir nehmen die Prädicate groß, würdig, richtig für *unsere* Vorstellungen vom Berufe Preußens in Anspruch, die wir von dem

lebendigen Wunsche beseelt sind, daß Preußen demselben lebe und daß ihm auf das Beste gelinge, was es darin thut.

Preußen muß seine wahre Bestimmung, Berechtigung und Pflicht begreifen und derselben eingedenk sein, auch muß sie außer Preußen wohl verstanden werden, wenn die deutsche Frage gelöst, gut und glücklich gelöst werden soll. Preußen ist freilich nicht allein im Stande sie zu lösen, aber es besitzt so viele Mittel und Kräfte, um allein verhindern zu können, daß sie gelöst wird. Es kann sehr viel thun zu einer richtigen Lösung derselben, es vermag den deutschen Sachen unsäglich zu schaden, wenn es seines wirklichen Berufs vergißt oder nach falschen Begriffen von dem, wozu es berufen, handelt. Thut es und hat es das Eine oder das Andre gethan seit seinen Anfängen — das jetzige Preußen?

XXI.

Neupreussen gegenüber der Aufgabe und dem Beruf zu ihrer Lösung.

Die „Geschichte der Preußischen Politik“ wird unzweifelhaft demnächst umständlich deduciren, einmal wie Preußen — nachdem die Mission in seiner ersten Gründung ihm geworden — seit dem großen Kurfürsten die alte Aufgabe wieder aufgenommen und sodann, wie es also — und zwar im oft gedachten eminenten Sinne, par excellence — um so unzweifelhafter geschichtlich zu deren künftigen Lösung berufen sei. Nehmen wir nun an, daß es hiermit gemeint sei wie die Worte lauten und daß kein Wind, kein Rückhaltsgedanke dabei sei; nehmen wir ferner an, daß die „Geschichte der Preußischen Politik“ mit der Deduction des Ersteren das größeste Glück hätte, wie mißlich würde es dennoch mit ihrer Schlußfolgerung stehen entgegen der nun einmal nicht abzuleugnenden Thatsache, daß Preußen die Lösung der Aufgabe bei Reichszeiten nicht gelungen, daß trotz seinen „deutschen Bestrebungen“ das Reich untergegangen und auch nach den großen Kämpfen um die Befreiung und Wiederherstellung nicht wieder aufgerichtet ist, ja daß Preußen durch jene seine Bestrebungen die Zerstörung des Subjectes der Aufgabe wesentlich mit verursacht hat.

Die practische Frage ist jedoch nicht die, ob das Preußen das war bis zum Untergange des Reichs, sondern die, ob das Preußen, das seit 1815 war und ist, den Beruf erwiesen hat, die alte Aufgabe in den neuen dermaligen Verhältnissen wieder aufzunehmen und zu lösen? Der Geschichtschreiber der preußischen Politik fordert heraus, Preußen an diesem Maaß zu messen, indem er ihm den Beruf so hoch stellt, ihm solchen Anspruch eignet, auf dieser Frage Bejahung zielt. Was aber dürfte von ihm und Denen, die mit ihm auf dasselbe Ziel steuern, zur Entkräftung eingewendet werden wollen und können, wenn für die Verneinung etwa folgendermaßen plaidirt werden wollte?

Preußen, das von seinem ersten zum Zwecke der Reichsreform in hohe Reichswürden und den Besitz der brandenburgischen Marken gesetzten ersten Gründer den Beruf der Wiederaufnahme und Lösung der alten Aufgabe der Wiedererbringung geerbt, nach vierthalbhundert Jahren die Aufgabe nicht gelöst und schließlich an erster Stelle den Untergang des Reichs herbeigeführt hatte — Preußen machte sich, nicht zwar allein, doch wesentlich und vorragend verdient um die Befreiung, die Bedingung des Wiederaufrichtens nach dem Untergange. Durch sein Verdienst um dieselbe vergütete es nach Kräften seinen vorragenden Schuldantheil am letztern. Für Herstellung einer dem Reiche, wie dieses in seinen bessern Zeiten gewesen, dem Staatsbegriff, einer genügenden Lösung der alten Aufgabe näher kommenden Gestaltung bemühete es sich, waren jedoch Andre nicht weniger eifrig und thätig als Preußen, das, territorial so sehr erstarkt, ein weit größeres Hinderniß einer strafferen Einheit, oder aber einer andern als blos staatenbundlichen Verfassung bildete als die Kleinen, und ein wenigstens eben so großes als die

Mittlern, oder als die Rheinbundssouveränitäten, auch wenn man bei ihm bessern Willen voraussetzt als bei diesen, welche waren, was sie waren, und so hinderlich sich geltend machen konnten, in Folge dessen, was Preußen seit den siebzehnhundertneunziger Jahren bis 1806 gethan. In jedem Falle reichte jedoch sein Wollen und seine gewonnene Kraft nicht so weit, daß die Aufgabe erwünschter gelöst wäre.

Preußen hatte von Leistungen für das Ganze mehr Ruhm und größere Vortheile auch für sich selbst zu erwarten, als Kleinere, vertrauend und hoffend ward zu ihm aufgeschaut, es besaß als einer der deutschen Großstaaten und in mancher Beziehung vor dem andern befähigt, in höherem Maß als alle andre die Mittel zur Lösung der alten Aufgabe. Allein gerade schon sein Reichthum an Kraft und Mitteln leitet auf den Gedanken hin, daß der deutsche Bund sich doch nicht fort und fort in solcher Lockerheit und Mißliebigkeit, mit Einem Worte seiner dermaligen Gestalt zeigen könnte, daß wir uns nicht wohl in diesem mängelreichen Zustande befinden würden, hätte es stets seine Aufgabe richtig gedacht, der richtig gedachten nie vergessen. Und in der That bekundet sein Verhalten, daß es bald seines deutschen Berufs zu wenig gedachte, bald desselben gedenkend ihn mißverstand. Hat es ein lebhaftes Bewußtsein, in großem Sinne einen Beruf für die deutsche Gesammtheit zu haben, so hat es doch auch Vorliebe, Vergessenheit desselben einschließende Vorliebe für den Gedanken, europäische Macht und Selbstmacht sein zu wollen, und Eingenommenheit von dem falschen Verständniß seiner Bestimmung bekundet, wonach seine deutsche und historische Mission darin bestehen soll, nicht das Ganze zu fördern, sondern von ihm für sich zu gewinnen, nicht der Gesammtheit aufzuhelfen, sondern sich über dieselbe emporzubringen.

Nur selten erfaßte es die Idee, führend voranzutreten in ihrer Reinheit, nur selten wählte es die richtigen Mittel zu ihrer Verwirklichung, oder sie schlug ihm in den Acten ihrer Verwirklichung unter den Händen in ihr Widerspiel, das stets an Österreich gerügte Bestreben um, Deutschland nur zu seinen Selbstzwecken, seine Stellung darin nur zu benutzen, seinen Einfluß, und zwar in Rivalität mit dem anderen Großstaate, zu erweitern und seine Vergrößerung anzubahnen.

Schon seit den Anfängen des Bundes stand es mit in der vordersten Linie, der Politik zu huldigen, welche demselben die nationalen Sachen entzog, die Bundesaction lähmte oder schädlich wie verkehrt, fast nur auf Repression oder Polizeizwecke richtete, und nur desto schlimmer, wenn es darin dem metternichschen Österreich nachgethan. Während eines langen Zeitraums wurde der Zollverein ruhmredig als eine Gründung bezeichnet, womit es die alte Aufgabe wieder aufgenommen und von welcher Deutschland seine Wiedergeburt zu erwarten habe. Es giebt allerdings noch andere Wege zur Lösung der Aufgabe außer dem der Verfassungsänderungen, und zu ihnen gehört der der Einigung in den materiellen, den merkantilen Dingen. Über den preußischen Zollverein wurde vom Anfange doch auch gesagt, er deute Alles in Allem mehr oder doch nicht weniger auf Separattendenzen als auf Tendenz für das Ganze. Auch knüpften seine Fürsprecher selbst nicht selten die Erwartungen der Errichtung eines Bundesstaates im Bunde unter Preußen daran. Die nicht zu viel erwarten mochten, haben Recht behalten. Die auf ihn gestellten Hoffnungen für die Gesammtheit oder die Lösung der deutschen Frage haben sich nicht erfüllt. Als es kam, daß der preußische Zollverein ein gesammtdeutscher, daß er in eine allgemeine Einigung umgewandelt werden sollte, widerstrebte Preußen. Als unlängst Österreich einen abermaligen

Schritt voran zu dem Ziele that, nach Maßgabe des mit Preußen abgeschlossenen Vertrags eine vollständige Zolleinigung mit Deutschland herbeizuführen, ward sofort in der preußischen, namentlich der officiösen preußischen Presse in einer Weise dargestellt und commentirt, als beabsichtige Österreich nichts Anderes, als die Zolleinigung zum Schemel politischer Machtgelüste zu machen; und ganz besonders suchten jene Organe, wie die „Zeit“ und die Düsseldorfer Zeitung, dawider einzunehmen, als gegen ein Eindrängen Österreichs, eine drohende Gefahr, indem sie als einen Popanz die Behauptung vorschoben, daß der Zollverein, wenn jenes Eindringen nicht verhindert werde, der obersten Leitung Österreichs verfallen müsse, das zollvereinte Deutschland in die österreichische Gesammtmonarchie aufgehen und so ein mitteleuropäisches Kaiserthum werde angebahnt werden.

An die Lösung der Aufgabe für die deutsche Gesammtheit ward in Preußen beim eignen Thun nicht leicht gedacht, wie es bei dem, was Andre thun, nicht geschieht.

Da sind die significanten preußischen Denkschriften, die von 1822 und die bernstorffische, ohne alle große Gedanken für Deutschland und mit ihren Rathschlägen, die Verfassung und den Bund lahm und locker zu erhalten und systematisch dem Verfall entgegenzuführen, um das Möglichste für Preußen aus den Trümmern zu gewinnen. Die Praxis ähnelte der heimlichen Theorie, und mit jenen Memoires zeigt das quehlsche Rundschreiben vom 9. März 1851 wieder nahe Verwandtschaft.

Erst ein volles Menschenalter nach der Gründung des Bundes kamen die preiswürdigen reformistischen Bestrebungen Friedrich Wilhelms IV., waren jedoch Ausnahme, Abweichung von der bisherigen deutschen Politik Preußens, wurden sehr wenig gewürdigt und haben einen Erfolg nicht gehabt. Der Zustand, der die revolutionäre Bewegung

von 1848 erzeugte, enthält den Beweis, daß die alte Aufgabe liegen geblieben, daß sie vergessen oder daß zu wenig zu ihrer Lösung, zu viel ihr entgegen geschehen war; er war Preußens positive Mitschuld; er wäre sicher nicht eingetreten, hätte nur letzteres allein seit 1815 dem wohlverstandenen deutschen Berufe gemäß gelebt. Die Bewegung, als sie nun einmal eingetreten war, hätte zu dem Ziele der Lösung der alten Aufgabe, der Einigung und besseren Verfassung Deutschlands, auch der Oberhauptschaft Preußens hinleiten können; sie enthielt Aufforderung, Anstoß, Gelegenheit, brach die Bahn zu einer großen Reform, einer radikalen Umwandelung; allein Preußen ward von ihr in einem nicht gesunden, einem unfesten, selbst einem unfesteren Zustande, als ihn kleinere Staaten, wie Hannover, wie Baiern zeigten, überrascht und ließ sich von ihr übermeistern, statt die Fähigkeit zum Führer zu erweisen; auch kam zum Vorschein, daß es die wesentlich mitbedingende Meinung im genügenden Maße sich nicht gewonnen. Nur im Anfange tauchten flüchtig Gedanken der Wiederaufnahme der alten Aufgabe in ihm auf; dann versagte es sich, obschon vielfältig aufgemahnt, der „Mission", die Bewegung in einem größern Sinne, zu einem Ziele für das Ganze zu lenken; dann griff es die Sache nur zögernd und ohne Entschlossenheit an, trachtete darauf, einem noch viel stärkeren Drängen nachgebend, Sondervortheile für sich daraus zu ziehen, gerieth in die schiefe Bahn der Unionspolitik und suchte — jedoch ohne die Neigung und den Ernst, die Sache „durchzufechten", wie ihm angesonnen wurde — das „Ganze" aufzulösen, um Theile davon sich „anzugliedern"; es brachte schließlich durch seine ungewaltsame und unkräftige Aggression Deutschland an den Rand des Bürgerkriegs und völligen Verfalls, um gar nichts zu erreichen, Einbuße an Vertrauen und Gunst zu

erleiden, Viele gegen sich einzunehmen und den bittersten Tadel von seinen eifrigsten Freunden sich zuzuziehen.

Noch war sodann eine bessernde Revision der Bundesverfassung zu erreichen und die dringendsten Motive lagen vor, den Zeitpunkt dazu zu benutzen: — Preußen ging auf die von Österreich ergriffene Initiative nicht ein, zog entgegen die Kleinen an sich, wie neuerdings die Mittlern, und aus den Verhandlungen über die Reform wurde nichts als jenes „schätzbare“ fruchtlos liegen gebliebene Material. Es galt darnach abermals zum wenigsten einer richtigen Anwendung der Verfassung — sie ist seit 1851 keine wesentlich andre gewesen, wie vor 1848, mit der gleichen Folge einer vorwiegend unvortheilhaften Wirksamkeit der Verfassung und allgemeiner Verstimmung dawider — und auch dazu hat eben Preußen reichlich das Seine gethan.

Nur ein paar Jahre später kam eine neue große Constellation, höchst günstig zunächst einer angemessenen Bethätigung des Bundes in der auswärtigen Politik. Es galt, daß Deutschland einmal seine Interessen gegen einen ihm schon zu übermächtig gewordenen Nachbarstaat, daß es sein Ansehen und seine Ehre vor Europa und sich selber wahre, seine bedenklichen Zweifeln unterstehende Wesenheit und Bedeutung als einer wirklichen Gesammtheit und einer europäischen Macht erweise. Es ward gedrungen von innen und von außen. Nie war es ihm so leicht gewesen, so große Zwecke mit so geringen Mitteln zu erreichen. Es lag in seiner Hand, durch sehr mäßige Anstrengungen, nur durch eine offene einmüthige Politik in kurzer Frist sich und der Welt den Frieden zurückzubringen. Mit Einem Schlage wäre dadurch auch der innere Zustand wesentlich gebessert worden, und auch speciell die Reform der deutschen Verfassung ward anläßlich zur Sprache gebracht. Abermals war eine kostbare

Gelegenheit vorhanden, die alte Aufgabe wieder aufzunehmen und der Lösung näher zu führen, eine kostbare Gelegenheit insbesondere für Preußen Beruf für das Ganze, eventuell seinen Beruf zur Leitung vor dem andern Großstaat zu erweisen. Wie wenig hat es sich geneigt oder befähigt zu jenem Wiederaufnehmen, diesem Leiten gezeigt, in wie tiefe Schatten gegenüber dem andern Großstaate sich gestellt!

Auch er hat zur Lösung der Aufgabe nach seinem deutschen Berufe seit 1815 viel nicht und viel zuwider gethan, worüber allerdings nicht wenig zu sagen wäre, wenn davon gesprochen werden sollte. Allein er hat im jetzigen Zeitraume des Bundes weder nach Vergrößerung in Deutschland, noch danach getrachtet, letzteres in einen Reichsstaat unter seiner Hoheit umzugestalten, hat mit dahin zielenden Projecten weder Lähmung noch Verwirrung angerichtet, und wenn ihm solche Projecte beigemessen oder Besorgnisse wegen derartiger Absichten von preußischen oder preußenthümelnden Sprechern geäußert werden, so glauben doch diese selber am wenigsten, was sie sagen. Es giebt Einzelne, welche, Jenen entgegen, auf Errichtung eines deutschen Kaiserstaates mit Österreich an der Spitze hinausdenken. Der Keim des Unheils der Gegenüberstellung einer österreichischen Partei ist darin zu erblicken, und es ist denkbar, daß die großdeutsche Gesinnung in eine österreichische sich verwandelte, wenn zum zweiten Male die Preußisch-Kaiserlichen zu einer ähnlichen Consilidation und Stärke ihrer Partei und ihres Projects gelangten, wie im Jahre der Bewegung. Wir würden dem Gedanken jener Isolirten mit nicht minder starker Einrede begegnen, wenn er sich nicht eben nur im Stadium der Vereinzelung und, weil von keiner politique expectante des wiener Cabinets getragen, der practischen Bedeutungslosigkeit befände. Doch

ist von dem Allen hier nicht die Zeit und der Ort zu sprechen. Keine Partei, Schule oder politisirende Geschichtschreibung behauptet, Einspruch und genauere Beleuchtung provocirend, einen ersten und specifischen, den bestehenden Ordnungen und deren regelmäßigen Entwickelung entgegenliegenden Beruf Österreichs, wie er von Preußen behauptet wird. Indeß hat Österreich in der letzten Constellation seine Eigenschaft als Großmacht bewährt und seiner Stellung als deutscher Bundesstaat und Großstaat Genüge geleistet. Es gab sich die ersinnlichste, anhaltendste Mühe, Deutschland zu einer gemeinsamen nationalen Politik zu bestimmen. Sie ist vornämlich durch das Widerstreben Preußens vereitelt, an welches sie vorzugsweis sich wendete. Noch so vielstimmig und dringend seines Berufs nach richtiger und falscher Deutung erinnert und aufgemahnt voranzutreten, sich gewillt und befähigt zum Führen zu erweisen, die Würde und die Interessen des gesammten Vaterlandes, seine Gelegenheit und Machtstellung wahrzunehmen, und selber eingedenk seiner Eigenschaft als Großmacht und deutsche Macht, da es doch eifersüchtig auf diese Eigenschaft und die Freiheit seines Entschlusses und Handelns war, hat es dennoch auch in diesem prüfenden Momente aus seinem engen Particularism und seiner thatenscheuen Passivität nicht herausfinden können. Statt bereit und gerüstet zu sein, ward es durch die orientalische Krisis wie durch die Bewegung von 1848 überrascht; statt als ein Musterstaat dazustehen, offenbarte es mehr und mehr eine Last innerer Fäulniß und Zerrissenheit, eigenen Schwach- und Irregewordenseins an sich selbst; statt Impulse zu geben, gerieth es nur mehr und mehr in eine doppelt leidige Wiederholung seiner unglücklichen Friedens- und Separatpolitik von 1795 bis 1806, hier eine Stütze an Rußland, dort an den kleineren deutschen Staaten suchend, entgegen der

sich bildenden europäischen Coalition wider die Präponderanz der östlichen Macht, entgegen insbesondere dem andern Großstaate im Bunde, entgegen seinen eigenen wie den deutschen Interessen, entgegen der Meinung Europa's wie Deutschlands, entgegen der Lösung der alten Aufgabe und seinem Beruf zu deren Lösung, entgegen auch seinen dem falschen Verständniß seines deutschen Berufes, der Rivalität wider Österreich, der Vorliebe für den Gedanken, Selbst- und Großmacht zu sein, entstammenden Tendenzen. Es hat — und das Alles landläufigem Urtheil zufolge — Deutschland den Frieden schirmen wollen und nur den Kriegszustand verlängert und Gesammtdeutschland, insbesondere Norddeutschland und sich selbst höchlich und ähnlich gefährdet, wie es gegenüber Ludwig XIV. und dem republikanisch-napoleonischen Frankreich durch seine und anderer deutschen Staaten Separatpolitik geschah. Es hat den Widersachern Rußlands im Streite Recht gegeben und Rußland gestützt. Es hat zumeist verschuldet, daß nur ungenügende Resultate erreicht sind. Es hat herbeigeführt, daß zu beträchtlicher Verminderung des Gewinns, welcher ohne sein Verdienst Gesammtdeutschland durch den Frieden in den Schooß gefallen, der russische Einfluß als ein nur zu gewaltiger in deutschen Landen zu dieser Zeit im Ausgange wie im Verlauf doch erst recht offenbar geworden. Es hat nicht bloß seinen Beruf für das Ganze versäumt, sondern, während zumal im Anfange der Verwickelung vielfach und abermals hemmend und beirrend auf preußische Sondervortheile durch apart-preußische Politik spekulirt wurde, auch im Sinne und zur Lösung seiner vorgeblichen Angliederungsaufgabe nichts ausgerichtet. Es hat verursacht, hat zumeist verschuldet nach seinem soviel größern Gewicht als das der Mittlern, indem es selber als Großmacht „gleichsam" abgedankt, daß der Bund, daß Gesammtdeutschland,

statt als deutsche und europäische Macht activ zu werden, als solche vielmehr sich ausgestrichen hat, und daß die Verfassung nun in allen Beziehungen für untauglich gehalten wird und in der Meinung so tief als je gesunken ist, ob auch die Grundursache des schlimmen Zustandes nicht sowohl in ihr als in dem Gebrauche, der von ihr gemacht wird und im Verhalten gegen sie liegt: ein Zustand, welcher die unermeßliche Gefahr einer abermaligen revolutionären Bewegung, eines wiederholten unsicheren Versuchs gewaltsamer Lösung der deutschen Frage in sich schließt, so daß Preußen, indem es einer glücklichen Lösung der letztern in der Vergangenheit entgegenstand, zugleich die Aussichten dafür verdunkelt hat.

Von Bethätigung, Belebung, Reform des Bundes war die Rede wie im Anfange, so im Verlauf der orientalischen Verwickelung und nachdem der Friede hergestellt war. Aus Preußen ist nichts Förderndes, wohl aber Störendes und Hinderndes kund geworden. Abermals gab dort Geneigtheit, nur die Geneigtheit sich kund, die Gelegenheit zur Durchführung der Vergrößerungs- oder Hegemonieprojecte zu benutzen, deren Verfolg der Gegensatz zu allem Bestreben ist, die Aufgabe im richtigen Sinne zu lösen und letztere ernstlich wieder aufzunehmen, und überall zurückhalten muß, weil sie nicht gelöst werden kann, so lange man preußischer Seits nicht blos die Hand nicht bietet, sondern wie es durch die Organe der preußischen öffentlichen Meinung geschehen, auf jene Projekte ausgeht und deutlich zeigt, daß beim Reformiren entweder die Suprematie Preußens oder gar nichts herauskommen soll, deutlich zeigt, daß man das eigne Gewinnen oder Größerwerden im Sinn hat, Deutschland aber gering oder nur als Mittel zum Selbstzweck achtet, indem man von Preußens Beruf es wiederaufzurichten viel große Worte macht, so

daß alles Gerede davon lediglich als Vorspiegelung oder Selbsttäuschung erscheint. Da sich Deutschland beim Kriege nicht betheiligte, hätte um so eher das Geschäft der innern Reform zur Hand genommen werden mögen, und bei gutem Willen und Vertrauen doch gewiß gar Manches zur Besserung geschehen können. Da Preußen an erster Stelle Deutschland von der Bethätigung nach Außen zurückhielt, hätte es wohl um so eher dazu thun sollen. Es kam zu nichts, schon weil jene Bedingungen fehlten. Zu sichtlich, um nicht Alles schon im Anfange der Gelegenheit zu verderben, ließ neben gutem Willen, die gesammtdeutsche Verfassung zu bessern, geräuschig vordrängend in Preußen und anderwärts in den „kleindeutschen“ Kreisen sofort als Revenant das prickelnde Gelüst sich blicken, sie aufzulösen und aus dem Gesammtverbande ein Kleindeutschland oder Großpreußen herauszuschneiden. Die bairische Regierung stellte in Frankfurt Anträge auf gewisse gemeinnützige Anstalten und die große Mehrzahl der übrigen Bundesregierungen kam entgegen. Es galt einem Versuche zu einer Besserung innerhalb der Verfassung wie sie ist zu gelangen, einer Ergänzung der Bundeseinrichtungen, einer Anregung zu lebendigerer Thätigkeit der Bundesversammlung, als wofür — wie es in der Instruction für den bairischen Bundesgesandten vom 15. November v. J. heißt — „die Bundesverfassung manchfachen Raum gewährt, indem es mancherlei Angelegenheiten von allgemein deutschem Interesse giebt, deren Behandlung und Regelung durch den Bund eine dankbare, auch durch die Zeitverhältnisse nicht gehinderte Aufgabe bilden würde.“ Preußische Stimmen in nichtpreußischen Blättern und preußische Blätter wie die berliner „Zeit“ erhoben Widerspruch und Bedenken über Bedenken, deuteten auf Hindernisse, welche Preußen in den Weg legen dürfte, mit sichtlicher Schadenfreude auf muth-

maßliches Mißlingen, und deckten gleichzeitig — das genannte Organ an der Spitze — mit Schonungslosigkeit die Mängel und Blößen der Bundesverfassung auf, als in welcher auch das, was von Rechtswegen geschehen sollte — namentlich in der holsteinischen Sache — nimmer geschehen könne oder geschehen werde: die rechte Art und Signatur der systematisch-destructiven Opposition, der „Wühlerei" par excellence. Die Frage der Bundesreform, der Neugestaltung Gesammtdeutschlands in den Wegen des Gesetzes und der Ordnung und nach der Tendenz der Entwickelung und Fortbildung wurde in der Zeit der Verwickelung in deutschen Kammern zur Sprache gebracht und lebhaft verhandelt, doch nicht in der preußischen. Auch von einer Bundesregierung vernahm man, daß sie die Frage der Bundesreform bei den andern in Anregung gebracht habe; man vernahm es jedoch nicht von der preußischen, sondern der bairischen. Nur sehr wenig Sicheres ist darüber bekannt geworden, man weiß nicht ob und wie sich das preußische Cabinet geäußert, jedenfalls aber hat man nichts davon gehört, daß es entgegenkommend sich ausgesprochen hätte, während vom österreichischen doch wenigstens kund geworden, daß es an Baiern erklärt, es werde der Frage der Bundesreform als einer offnen sich nicht entziehen, wenn andre Bundesregierungen über das Maß und den einzuhaltenden Gang in Berathung mit ihm treten wollten.

Österreich muß freilich zurückhalten, so lange noch immer neue Zeichen dahin deuten, daß man in Preußen keine Reform außer der mit dem Ausgange will, daß eben Preußen „an die Spitze komme." Und wesentlich daher, daß alle neueren Anregungen zur Lösung der deutschen Frage trotz der Ueberzeugung, wie sehr dieselbe Bedürfniß und trotz so allgemeiner Wünsche, keine allgemeinere lebendige Bewegung oder Hoffnung hervorgebracht, daß

keine starke Meinung durch sie für die Reform entstanden ist. Denn wie sich Preußen von der Reform zurückhält, wofern diese nicht ihm die Suprematie verspricht, so halten sich alle die davon zurück, die auf Errichtung der letztern nicht eingehen mögen, die nicht gelüstet, daß nur ein neuer Streit um ein gagernsches Programm oder preußische Union entstehe, die es sehen oder herausfühlen, daß Preußen nichts Anderes zulassen wird und will, während es stark genug ist zu verhindern, daß durch Reformiren die alte Aufgabe gelöst, dem „Ganzen" wiederaufgeholfen werde; die sich keinen Täuschungen hingeben oder die nicht etwa ein besondrer Anlaß oder ein ungewöhnlich lebhaftes Gefühl bestimmt, auf eine Frage zurückzukommen, welche so lange hoffnungslos erscheint, als das politische Evangelium von der absonderlichen Mission, wozu Preußen berufen sein soll, noch Hoffnung hat.

Mit der Hälfte der historischen Kunst der „Geschichte der Preußischen Politik" ist, wenn ihre politisirende Geschichtsbehandlung gelten soll, das ihrem Zielpunkte Entgegengesetzte zu erweisen: Brandenburg-Preußen hat seit der Übertragung der brandenburgischen Marken durch Kaiser Sigismund an den Burggrafen Friedrich VI. von Nürnberg zum Zwecke der Reichsreform bis auf die Zulassung des preußischen Königthums durch Kaiser Leopold I. und von da bis zum Reichsuntergange am meisten die „territoriale Zerreißung," das will sagen den Gang zur Nichtlösung, zur Störung und Vereitlung der alten Aufgabe der Wiederaufrichtung „entschieden;" wollte man ganz so verfahren wie der Geschichtschreiber der preußischen Politik, so würde man weiter sagen können, zu sagen haben: Altpreußen hat dahin entschieden, indem es vornämlich seiner Erhebung auf Kosten des Ganzen lebte, dem Beruf für das Ganze nicht gerecht wurde, den ihm

gewordenen Gelegenheiten, Aufforderungen, Verpflichtungen aus Mißverständniß oder Egoism entgegen handelte; Neu-preußen hat Altpreußens Handlungsweise wenigstens in so-weit fortgesetzt, als es weder einen auf die Lösung der alten Aufgabe gerichteten festen Willen noch eminente Befähigung dazu zeigte, vielmehr weit überwiegend sein Zunehmen und Gewinnen im Sinn hatte, die deutsche Wiederaufrichtung aber hemmte, ja geradezu vereitelte durch sein auf eigne Vergrößerung gerichtetes Streben, und es ist und wird und muß seinerseits ihr größestes Hinderniß sein, so lange dieses Streben bei ihm waltet, ja nur noch voraus-gesetzt wird — so lange bis es durch Erweisungen den Verdacht ausgetilgt, der lähmend auf eine Arbeit und die Lust zu einer Arbeit drückt, zu deren nothwendigen Voraussetzungen und Hülfen Vertrauen gehört.

XXII.

Preussische und „kleindeutsche" Urtheile (der Frankfurt-Gothaer, der Altpreussen).

Inhalt und Ausdruck des Urtheils über Preußen werden andre und minder ungünstig und herb sein, wenn ein andrer, bescheidnerer und richtigerer Standpunkt genommen wird. Soll aber der aufgedrungene stolzere gelten, dann muß — soweit es seine Richtigkeit hat mit dem durch ihn an die Hand gegebenen Urtheile: Neupreußen hat in seiner Lebenszeit nur wenig Neigung, Befähigung, Beruf zur Lösung der alten, doch gebliebenen Aufgabe wahrnehmen lassen, nur wenig dafür geleistet und viel entgegen gethan — dann muß es, sagen wir, so weit auch widersinnige und dreiste Absurdität und Prätension heißen, für Preußen den vielgedachten „Beruf" als ererbtes Recht, als Vorrecht, ja als Monopol in Anspruch zu nehmen.

Wir fragten: was dürfte vom Geschichtschreiber der preußischen Politik und von den mit ihm auf dasselbe Ziel Steuernden zur Entkräftung eingewendet werden wollen oder können, wenn Jemand so wie im Vorstehenden wider sie und ihre Behauptungen disputirte? Es gründet auf ihre eigne Voraussetzungen und so manche unleugbare Thatsachen. Es spricht aus was Viele meinen und sagen,

und eine verbreitete Meinung dieser Art über Preußen ist an sich selbst, auch wenn sie irrig wäre, ein Hinderniß des Anspruchs, ein Zeugniß wider den Beruf, der ihm geeignet werden will. Und was noch mehr ist, die diesen Anspruch und Beruf ihm eignen, sind derselben Meinung, wo nicht in den Schlußfolgerungen, doch in den Prämissen; ja gerade sie haben sich über das Verhalten Preußens gegenüber dem Berufe, welchen sie ihm beimessen, von Allen am schärfsten ausgesprochen und thun es noch, sie und preußische, hier vollgültige Stimmen selbst.

Es wäre wohl nicht ohne Interesse, dürfte jedoch an dieser Stelle zu weit führen und ist nicht eben nöthig da es zu den notorischen Thatsachen gehört, darzulegen, wie Jene, welche ganz ehrlich Alles von Preußen erwarteten und alle Erwartungen der Patrioten auf Preußen zu richten suchten, nach jedem Anlauf der Erwartungen und des Rühmens stets bitter und am bittersten über Preußen, dessen Zurückbleiben hinter seinem Beruf und Vermögen und über von ihm erfahrene Täuschungen geklagt haben. Es geschah am meisten im Ausgange der Bewegung von 1848, in deren Anfange in Preußen mehr „deutsche" Gesinnung als jemals sich zeigte, doch aber nicht durch- und bald und stark genug zurückschlug; es geschah am meisten als Jene mehr als je die ganze Rechnung auf Preußen gestellt hatten, durch ihr derselben entstammendes kleindeutsches Verfassungsprojekt nicht weniger als Alles verdarben und mehr als jemals durch ihr Hoffen und Harren auf Preußen, das klüger und redlicher war — das vom Könige repräsentirte — als sie, zu Narren gemacht wurden. Was können sie einreden gegen Urtheile, dergleichen sie so oft selbst ausgesprochen, gegen Äußerungen, welche sie durch ihre eignen so weit überboten haben?

Ganz ähnlich verhält es sich mit den Stimmen aus

Preußen selbst, die von dessen Beruf und Aufgabe eben so laut und vielfältig singen und sagen. Wir beschränken uns indeß darauf, dies nur durch einige Beispiele zu erläutern, welche wir auswählen wie um von den preußischen Weisen selber Antwort zu erhalten auf die Frage: Hat das jetzige, ganz speciell das Preußen der Gegenwart, hat es etwas und was hat es in der neuesten auf die Probe stellenden und eine so günstige Gelegenheit bietenden Constellation zur Wiederaufnahme und Förderung der alten Aufgabe gethan; wie hat es den ihm beigemessenen Beruf erwiesen; ist aus seiner Gestalt und Haltung abzunehmen, daß Deutschland von ihm, eben von ihm, die Lösung der deutschen Frage im Sinne einer großen Wiederaufrichtung zu erwarten und also demgemäß sein politisches Hoffen, Streben, Handeln einzurichten hat?

Als die west-östliche Verwickelung eintrat, wurde in preußischen Blättern am ersten, lautesten und beflissensten zur Sprache gebracht, wie unzulänglich die deutsche Verfassung und in ihr Deutschland in den nunmehrigen Verhältnissen dastehe. Preußische Stimmen aller Parteien forderten, eiferten dafür, daß der Zeitpunkt und die Lage benutzt werden sollten zur „Lösung der deutschen Frage.“ Allein es geschah nur in dem Sinne, daß dieselbe nach den preußisch-hegemonischen Ideen zu unternehmen sei, und Seitens der Mehreren nur im Anfange der Verwickelung, als Aussichten für Preußens Suprematie sich zu öffnen schienen. Sie verstummten in dem Maß, als diese Aussichten schwanden. Als die Rede von Baierns Initiative zur Einleitung einer Bundesreform war, wobei es im Ernst dem „Ganzen“ galt und an Preußens Suprematie und Österreichs Ausschließung nicht wohl gedacht werden konnte, hatten sie Bedenken und ließen sich vernehmen, es sei jetzt, während der noch unbeendeten Verwickelung, nicht

die rechte Zeit für diese Dinge. Nachdem der Friede abgeschlossen und der Zustand neu befestigt war, worin die deutsche Verfassung reformirt, aber kein Großpreußen herausgearbeitet werden kann, wurde vielfach geäußert, nunmehr könne und sollte doch die deutsche Frage am Bunde wieder aufgenommen werden; doch nicht preußische Stimmen waren es, die daran erinnerten. Von ihnen nahmen vielmehr manche nur Anlaß, sich zu bemühen dawider zu stimmen oder davon abzulenken, indem sie den Verdacht zu erregen suchten, als werde österreichischer Seits die Frage der Bundesreform zur Erreichung österreichischer Suprematietendenzen auf die Bahn gebracht. Sämmtliche preußische Organe ließen den Anlaß liegen, dahin zu rathen und zu bringen, daß Preußen dem Berufe gerecht werde, welchen ihm zu eignen sie nicht ermüdet, bis die dermalige Zeitgestalt mit ihren den preußischen Suprematietendenzen ungünstigen Conjuncturen eingetreten war. Diese brachten freilich nicht jene aus dem Sinn. Als nichtpreußische und nichtpreußenthümelnde Stimmen in der Presse fortfuhren oder von Neuem anfingen, das Bundesreform-Thema zu behandeln, erwachte der Wiederhall aus dem preußischen und kleindeutschen Lager, doch nur so, daß die Stimmen von daher — berlin-demokratische, kölnisch-liberale, auch officiöse da und dort — trotz alledem im Chor mit denen der zu Hülfe gerufenen „eigentlich deutschen“ Partei, nämlich des in Frankfurt retablirten Hauses Gotha, das alte Lied sangen von der Nothwendigkeit einer bessern Verfassung für Deutschland statt der schlechthin unbrauchbaren Bundesverfassung mit dem Refrain, daß — wie ein schlesisches Blatt mit dürren, ein frankfurtisches mit eben so deutlichen Worten sagte — für Deutschland keine Hoffnung sei, als nur durch eine „Union der deutschen Staaten mit Preußens Principat im weiteren Bunde mit Österreich.“

Das ist deutlich, das sind selbstredende Thatsachen.

Eben in dem Gerede der preußischen Organe vom deutschen Berufe, der Aufgabe Preußens für Deutschland ward es durch den Contrast am allerdeutlichsten, wie stark in Preußen und welches Inhalts die geschichtlich-überlieferte, specifisch-preußische, wie stark auch noch in Neupreußen die altpreußische Denk- und Sinnesart. Ihr zufolge soll Preußen zuvor etwas für sich, Selbstmacht, wenn auch — thatsächlich — schwache oder schwächste und in demselben Maß von Fremden abhängige Selbstmacht, europäische Großmacht und wenn auch die letzte unter den europäischen Mächten, weit eher dies als deutscher Bundesstaat sein, ja sich lieber undeutsch gehaben als auf seine Großmachtsstellung oder deren Schein verzichten. Bei jener Denkart schlägt das preußische Empfinden vor dem deutschen derart vor, daß mit Deutschland und der deutschen Sache entweder nur Preußen und die preußische Sache gemeint oder daß Deutschland doch zurückgestellt, ja aufgegeben wird, Falls Preußen nicht gewinnt; derart, daß man — die Geringschätzung des Reichs und den Trotz gegen die Reichsgewalt und Ordnungen aus der Blüthezeit der Monarchie Friedrichs des Großen fortsetzend — der Bundesmitgliedschaft fast sich schämt, und sogar das Richtige, Deutschland und Preußen selbst Nöthige, zur Erfüllung des Bundesgesetzes und der Bundespflicht Gehörige zu thun sich scheut und sträubt, wofern es sich dabei um Unterordnung unter die Centralgewalt — die von Österreich präsidirte und auch von Kleineren mitgebildete — Centralgewalt des Bundes handelt, oder wofern nicht zum wenigsten das Aussehen vermieden werden kann, daß Preußen nicht blos nach dem eignen, sondern nach einem deutschen Gesammtwillen handle.

Diese, der Erfüllung des vorgeblichen Berufes Preu-

ßens „für das Ganze“ geradezu entgegenliegende Denk- und Gefühlsweise sprach sich auch während der letzten Verwickelung in den Organen sämmtlicher preußischer Parteien mehr oder minder nackt und hundertfältig aus. Einen sehr charakteristischen Ausdruck gab ihr das der Altpreußen in einem Artikel seiner Zweitefebruar-Nummer über die zu der Zeit erwarteten österreichischen Propositionen am Bunde, nach welchen dieser veranlaßt werden sollte, die Friedensgrundlagen durch bindende Erklärung sich anzueignen — noch in der elften Stunde die Interessen, die Machtstellung, die Ehre Gesammtdeutschlands zu wahren. Österreich gönnte ihm seine natürliche Stellung, wollte die verscherzte ihm noch verschaffen helfen. Aber das sollte nicht sein. Das Organ der Altpreußen erhob sich sofort mit Beeiferung dawider. Preußen sollte mit seinem Interdict entgegentreten, geradezu dem Bunde seinen Beruf zum selbständigen Auftreten bestreiten, oder mittelbar letzteres vereiteln durch Verhindern eines sachgemäßen Mehrheitsbeschlusses. Dafür brachte das Wochenblatt zehn und noch zehn Gründe vor. Es hatte im Anfange zwar große und antirussische Politik gefordert, aber das Mittel zum Zweck verworfen. Sie war nach Lage der Dinge nicht möglich gewesen, ohne daß Preußen in Gemeinschaft mit Österreich und dem Bunde gehandelt hätte. Gerade das hatte es nicht gewollt und sich deshalb auch heftig dem Aprilbündniß entgegengelegt. Seitdem und während der ganzen Dauer des orientalischen Conflicts hatte es eben so heftig die Adelspartei und die Regierungspolitik bekämpft, nicht aufgehört die Haltung Preußens als dem Feinde dienend, klein, selbstschädlich, einer Großmacht unwürdig, die ganze Großmachtsstellung des Staates preisgebend, in Wahrheit unselbständig zu tadeln. Nun aber sollte Preußen dennoch den österreichischen Propositionen sich widersetzen, ja nicht seine

Separatpolitik aufgeben, trotzdem daß deren Fortsetzung nicht die mindeste Aussicht hatte, ja nicht zu den beabsichtigten Bundesbeschlüssen mitwirken, und warum nicht? Wenn Deutschland, sagten die Altpreußen in ihrem Organe, sich Österreich anschlösse, so würde es ihm, das eine so freie und dominirende Stellung mit so wenig Opfern (!) erkauft hat, noch mehr Rückhalt und Gewicht bei den Congreßverhandlungen geben, so daß dieses als Vertreter und Wortführer Deutschlands auftretende Österreich hoffen könnte, den Frieden wirklich dadurch zu erreichen, oder wenn er auch gegenwärtig nicht zu Stande käme, doch jene seine Stellung zu behaupten und in jeder Eventualität *seine* Interessen und *seinen* Vortheil zur *entscheidenden* Geltung zu bringen, und vor allen Dingen gebietet der preußische Standpunkt bestimmt, daß in den großen auswärtigen Fragen, welche in erster Linie Preußen als europäische Großmacht berühren, die Entscheidung und bestimmende Initiative nicht einer Gesammtkörperschaft überlassen werden darf, in welcher Preußen als einzelnes Glied neben einer Mehrzahl gleichberechtigter andrer fungirt, und die ihm bis auf eine Ausnahme nicht ebenbürtig sind, über seinen, des großen mächtigen Staates Willen mitentscheiden könnten und sich doch seinem Einfluß zu entziehen vermögen, so daß für das große Ganze, welches von dem Antagonismus zweier ihrer Natur nach grundverschiedener Großmächte getragen und bewegt wird, einem in jeder Beziehung unsichern hin- und herschwankenden Elemente eine Entscheidung zufallen muß, welche Preußen in seinen wesentlichsten Eigenschaften als Großmacht trifft, ihm die Initiative für seine Politik rauben und selbst wider seinen Willen über seine Kräfte und Stellung verfügen kann (?). Eins muß doch immer das Wichtigste und Nothwendigste erscheinen: daß nämlich Preußen als Großmacht eine Stellung wähle,

die ihm die volle Selbständigkeit und Gleichberechtigung neben den übrigen Großmächten bei der Entscheidung von großen europäischen Fragen und als Äquivalent von übernommenen und zu übernehmenden Verpflichtungen sichert, daß es in erster Linie seinen eignen Weg sich vorzeichne, den es als Großmacht gehen will, und daß dieser Weg für alle anderen Beziehungen und Verhältnisse der leitende und maßgebende sei.

Der Neid gegen Österreich in seiner nacktesten, der preußisch-österreichische Antagonism in seiner häßlichsten Gestalt und worin diese Altpreußen ihn haben wollen! Der Egoism, der Österreich Schuld gegeben wird, auf preußischer Seite und zwar auf die Spitze getrieben und mit eklem Egoism, mit empörender Arroganz auftretend, auf das Tiefste Deutschland kränkend und verletzend!

Sie sagten nicht, weil sie es nicht wußten, worin Österreich sein Interesse entgegen dem preußischen oder deutschen verfolgt, und wenn es der Fall gewesen wäre, that es dann nicht um so mehr Noth, daß Deutschland mit auftrat und zum Stimmgeben gelangte, lag es dann nicht um so mehr in Preußens Beruf, ihm dazu zu verhelfen? Es wäre ein Unglück gewesen, wenn der deutsche Bund mittelbar dazu geholfen hätte, daß es Österreich gelang, den Frieden wirklich zu erreichen? Wenn Österreich in Wahrheit eine Stellung gewonnen, in welcher es sein Interesse zur entscheidenden Geltung gebracht und ferner zu bringen vermochte, war dadurch nicht nach dem altpreußischen Standpunkte seine Politik als die richtige erwiesen? Brach sie dem deutschen Interesse ab, wo lag die Schuld als in Deutschlands Inactivität, und wie konnte dessen Vortheil zur Geltung gebracht werden als durch Activwerden? Indeß hat das Wochenblatt in andern Artikeln eingestanden, daß die Interessen, welche Österreich im Frie-

densvertrage geltend zu machen gewußt, zugleich deutsche, identisch mit diesen seien. Es hat auch gemeinsamer deutscher Politik, hat auch dem Zusammengehen mit Österreich das Wort geredet, ließ aber dabei Eifersucht gegen Österreich auf Preußens Großmachtsstellung so sehr walten und nahm in solchem Maß „freie Hand“ für Preußen in Anspruch, daß nichts Gesammtdeutsches resultiren konnte. Nach der Consequenz der Anschauungen und Maximen dieser Altpreußen gehört zur freien Selbstbestimmung Preußens im Grunde, daß es nicht im Bunde ist, ja nicht einmal eine Allianz hat. Es soll entschlußfreier, noch großmächtiger sein als Österreich. Wollte sich dieses doch einem Bundesbeschluß unterwerfen. Es hatte die Initiative dazu ergriffen. Aber warum hatte Preußen dies nicht gethan? Ist es der Würde des einen Großstaats im Bunde zu nahe, zuzustimmen wenn so etwas vom andern geschehen? Wie können dann gemeinsame Beschlüsse zu Stande kommen? Bei diesem Hochmuth, dieser Selbstsucht, dieser principiellen Zurücksetzung Deutschlands ist dieses nur der Schemel für die individuelle Größe des preußischen Staats, nur Mittel, nicht Zweck; niemals darf Deutschland zur Mitentscheidung über die Fragen, die die Welt bewegen und seine eigensten sind, gelangen, und hätten die Großstaaten es einmal — wie es durch die Vorlage des Aprilbündnisses am Bunde geschah — dazu herangezogen, so dürfte dem ja keine weitere Folge gegeben, der Schritt müßte zurückgethan werden, und mit einem Worte, der Bund ist nichts, soll nichts sein, nichts werden, er kann es nicht wenn Preußen diese Stellung nimmt; Deutschland ist Preußen nichts und es soll nichts aus ihm werden — sofern es sich nicht unterwirft oder angliedern läßt. Man vergleiche damit die schönen, die tönenden Reden vom Berufe Preußens für das Ganze und zur Lösung der alten Aufgabe!

Man höre das, wer in der orientalischen Krisis auf Preußens Seite getreten und ihm und seiner Politik hindurchgeholfen hat und die alte Aufgabe gelöst, die Bundesreform wieder eingeleitet wissen möchte*).

In der zweitfolgenden Nummer erklärte das Wochenblatt am Schlusse eines Artikels, welcher ähnliche Exspectorationen enthielt, zu seinem Bedauern zugestehen zu müssen, daß in der gegenwärtigen Verwickelung nun doch Österreich die entscheidende Stimme für Deutschland zu erlangen gewußt und damit am Bundestage die Stellung gewonnen habe, wonach dieser, und wenn auch zaudernd und mit Reserve, derjenigen deutschen Großmacht folgen müsse, die in den großen europäischen Fragen die Initiative für Deutschland zu nehmen verstehe. Das also das zugestandne Ergebniß der so heftig geforderten Politik: nach unklüglichstem Offenbaren höchst übeln Willens, nach allem Zaudern und trotz allem den Sachen schädlichen Sträuben Preußen und Preußen-Deutschland — im „Schlepptau“ Österreichs!

Hätte dem Reiche oder in dessen Zeiten Deutschland

---

*) Im März wurde in ein „preußenfreundliches“ Blatt aus Berlin geschrieben, die öffentliche Meinung scheine sich zu beruhigen, da Preußen seinen Sitz in den Friedensconferenzen eingenommen; viele begeisterte preußische Vaterlandsfreunde hätten erst seit der an Preußen ergangenen Einladung wieder frei aufgeathmet, da die Stellung Preußens als Großmacht nunmehr als gewahrt sich darstelle; die Sprache der Commission der zweiten Kammer in Betreff der Stellung Preußens der europäischen Frage gegenüber — eine Sprache, wie man sie bis jetzt nur in den Ländern zweiten Ranges, in den kleinern deutschen Staaten zu hören gewohnt gewesen, indem nur von den Interessen und Rechten Preußens als Bundesstaat die Rede gewesen — habe sichtlich die öffentliche Meinung sehr heruntergedrückt. „Entschieden hat letztere stets die Stellung Preußens als einer europäischen Großmacht mit bestimmendem Einfluß und Gewicht im europäischen Staatensystem und als leitender deutscher Macht allgemein und in ungetheilter Überzeugung als die alleinige und unwandelbare Grundlage des geschichtlichen Berufs des jugendlichen preußischen Staats betrachtet“ u. s. f.

geholfen werden können ohne die achtende und hingebende, das Reich und Reichsinteresse voranstellende, im Reich zuerst den eignen Staat erblickende Reichstreue, welche die „Geschichte der Preußischen Politik“ so beflissen den Burggrafen von Nürnberg anrühmt? Wäre nicht solche Bundestreue jetzt das was vorhin solche Reichstreue war und könnte dem Bunde oder dem jetzigen Deutschland geholfen werden ohne sie?

Als der Friedensvertrag vom 30. März veröffentlicht war, sagte und klagte das „Preußische Wochenblatt:“ Die orientalische Frage ist wesentlich nach den Wünschen und Interessen Österreichs entschieden — womit abermals auch unabsichtlich oder in mißgünstiger Absicht die Richtigkeit der österreichischen Politik anerkannt wurde; und weiter: Aus dem Eingange des Vertrags ergiebt sich eine Thatsache, die wir nur mit Bedauern in einem solchen europäischen Dokument verzeichnet sehen können. Die Stellung Preußens ist danach nicht eine den andern Mächten coordinirte. Nachdem die Kriegführenden und Österreich ihre Repräsentanten zum Congreß gesendet, ist Preußen erst eingeladen, nachdem das Einverständniß zwischen jenen schon hergestellt worden, die entscheidenden und wichtigen Fragen festgestellt und geregelt waren. Die Stellung, welche Preußen beim Congreß eingenommen, scheint daher leider im Wesentlichen dieselbe geblieben zu sein, wie sie Preußen in Folge seiner Haltung während des größten Theils der Verwickelung zugefallen war. Anstatt eines positiven Einflusses und einer selbständig mitentscheidenden Stimme bei Regelung und Ordnung der großen europäischen Fragen, um welche es sich beim Frieden handelte, hat sich Preußen im Wesentlichen begnügen müssen, die Resultate, welche die andern Mächte vereinbart, zu acceptiren und mit seiner Sanction nachträglich zu versehen — ein Verhältniß,

welches als ein richtiges, der Bedeutung und Machtstellung Preußens entsprechendes anzuerkennen wir uns nicht überwinden können.

Gleich darauf ließ das Organ der Altpreußen eine und noch eine Kritik der preußischen Friedens- und Neutralitätspolitik folgen, worin ausgeführt wurde: diese, selbstsüchtig und eng, unkräftig und unsicher, habe Preußen nur gefährdet und ihm und Deutschland den Frieden nicht bewahrt, sondern letzteren überhaupt verzögert und zu seiner Herbeiführung nichts gewirkt, während die Thatsachen, welche dahin gewirkt, ein schweres Zeugniß wider jene Politik enthielten, die nur den indirecten Einfluß auf die Herstellung des Friedens geübt, Rußland klar zu machen, daß sie für Preußen selbst auf die Dauer unhaltbar sei und daß es seinerseits auf sie nicht mehr bauen könne; durch die Thatsache der Nichteinladung Preußens zum Congreß habe dessen Stellung und Einfluß in Europa einen schweren Abbruch erlitten; nie zuvor sei es so tief gestanden, so gering geachtet; durch seine Haltung in den Sachen habe es seiner Aufgabe als Großmacht wesentlich entsagt, und nur zum Mitunterzeichnen sei es und nur deshalb eingeladen, weil die Mächte sein Gewicht, sein von früher her erworbenes Recht und das europäische Interesse bedacht hätten, und weil ein napoleonisch-französisches Interesse für seine Berufung gesprochen habe; endlich sei auch das Ergebniß im preußischen und allgemeinen Interesse kein richtiges und befriedigendes und zwar in Folge der preußischen Neutralitätspolitik, zu deren bösen Consequenzen auch die gehörten, daß die innere Spaltung Deutschlands besiegelt sei, daß Deutschland und Preußen über jene Politik sich bitter zu beklagen hätten.

Der Bemühungen Österreichs um die Zuziehung Preußens, insbesondere im deutschen Interesse, zu gedenken,

konnte der altpreußische Stolz und Groll nicht über sich gewinnen. Er scheint es auch zu sein, der verhinderte, daß die Billigung und das Lob der Politik Österreichs ausgesprochen wurde, das doch unfehlbar aus solcher Verurtheilung der preußischen folgt. Doch kann der Grund auch in einem logischen Defect liegen, der gleichfalls bei diesen Politikern oft wahrzunehmen ist, deren politisches Denken vom antiösterreichischen Affect ausgeht, beherrscht und getrübt wird. In derselben Nummer ihres Organs, in welcher sie die preußische Neutralitätspolitik — die Politik der „freien Hand" — so scharf kritisirten und so entschieden verurtheilten, kamen sie auf die Garantieverträge Preußens mit Österreich, um alle Beredtsamkeit aufzubieten, gerade so wie die Neutralitätspolitik vertheidigt wurde zu deduciren, Klugheit und Pflicht gegen das engere und das Gesammtvaterland geböten Preußen, sich auf einen solchen nicht wieder einzulassen, sondern „sich vor Allem und nach jeder Seite hin die Hände frei zu halten" *).

---

*) Das Kaiserthum und Reich und schließlich die Hohenstaufenmacht und alle mit ihr verbundene Herrlichkeit gingen zu Scheitern, weil so viele Deutsche nicht einsahen, daß sie in Italien den Kaisern, auch wenn diese des Guten dort zu viel thaten, den Staufen, auch wenn diese vom deutschen Interesse daran gaben, helfen mußten. Auch deshalb stand es im wiederaufgerichteten Reiche oft so schlecht, auch deshalb mißlang so viele Mühe besserer Herstellung, weil es so Viele gab, die wenigstens niemals eher erkannten, daß sie um ihrer selbst Willen den habsburgischen Oberhäuptern wie im Süden — wo sie aber auch einen Heinrich VII. im Stich ließen — und so auch weit im Osten helfen müßten, als bis das Reich dort von Päpsten oder Franzosen verkürzt, hier Deutschland vorerst bis zur Donau von den Türken überschwemmt und ausgeraubt wurde. Sichtlich würde auch heute die Erkenntniß, daß der gesammte Bund um seiner selbst Willen ostwärts wie in Italien zu Österreich stehen und männiglich zeigen müsse, daß er Mitbürge sei wider jeden Angriff, jede Gefahr, nicht eher, als bis die Russen dort, die Franzosen hier im Herzen Deutschlands gestanden hätten oder ständen, Jenen gekommen sein oder kommen, die es ernstlich bestreiten oder parteisüchtig bespötteln konnten, daß Österreich auch für Deutschland ostwärts eintrete, die bei der auftauchenden

In der Nummer vom 31. Mai gelangte das Wochenblatt nach einer ausführlichen Erörterung der Tagesfrage („Frankreich und die Tripleallianz“) zu nachstehendem Ergebniß: Die Aufgabe der beiden deutschen Mächte war es, innerhalb der Gemeinschaft der vier Großmächte eng an einander geschlossen, im Interesse des Rechts und des Bestehenden, aber gleichzeitig im Sinne der Mäßigung ihrerseits das entscheidende Gewicht in die Wagschaale zu werfen. Wäre dieses geschehen, so würde Deutschland in diesem Augenblick eine andere und würdigere Stellung in Europa einnehmen, so würden die europäischen Verhältnisse heute, nach abgeschlossenem Frieden, nicht denjenigen Grad innerer Zerklüftung an sich tragen, welcher sie gegenwärtig charakterisirt. Daß aber eine solche innere Zerklüftung, namentlich in dem Verhältniß der beiden deutschen Mächte eingetreten ist, daß sie in Folge der — wider die

---

grund- und bodenlosen Sage, Österreich begehre von Preußen oder von Deutschland eine Garantie seiner Besitzungen in Italien, ein Geschrei erhoben wie über eine Monstrosität oder ein Attentat, das nur dem unzulässigsten Egoism entstamme. Jene Bestreitung, jener Spott, jenes Geschrei ist am häufigsten in preußischen Blättern, oppositionellen wie officiösen, in „liberalen“, gerade auch in solchen gefunden, die doch eifrigst die Regierungspolitik bekämpften und bitter tadelten, die zugleich von dem „Berufe“ Preußens, von dessen Mission, Deutschland im größesten Sinne durch eine weitsichtige, umfassende Politik wieder aufzurichten, am häufigsten sprachen. Ähnlich der des Preußischen Wochenblattes und nur noch monströser oder nackter war die Logik anderer preußischer Organe wider jene Garantieverträge, z. B. der Kölnischen Zeitung: Österreich muß pflichtmäßig Preußen schützen, wenn es am Rhein, Preußen hat also keinen Anlaß, Österreich Schutz zu gewähren, wenn es in Italien angegriffen wird; sollte Frankreich einen Angriff am Rhein unternehmen, so müßte Österreich nicht blos sein Bundescontingent stellen, sondern mit seiner ganzen Macht eintreten, sollten aber Piemont und Frankreich gegen Österreich in Italien Krieg beginnen, so würde Deutschland Österreich, um nicht „politischem Wahnsinn“ zu verfallen, im Stich zu lassen haben, weil es kein Interesse an dessen Fremdherrschaft und unsicheren Besitze in Italien hat. Es war die Logik dieser preußischen Politiker wäh-

ferneren Übergriffe Rußlands eintretenden und das russisch-französische Bündniß abwendenden, also Deutschland schützenden und doch Österreich wie eine Feindseligkeit gegen Preußen, das sie mit nöthig gemacht, ausgelegten — Allianz vom 15. April den Charakter der Dauer anzunehmen droht, daß endlich der Schwerpunkt der politischen Action heute in Paris ruht, während er bei folgerichtiger Innehaltung des von uns bezeichneten Weges in Deutschland — in Berlin und Wien liegen würde, — das sind die Folgen jener Politik, der unbedingten Neutralität, welche wir in allen ihren Phasen mit der vollen Wärme der Überzeugung bekämpft haben.

Das thaten sie, vergaßen jedoch oder erkannten bei dem Selbstzeugniß nicht, was es bedeutete, daß sie vom Anbegin eine aparte preußische Politik, welche Preußen

---

rend der ganzen Verwickelung, mit allen Kräften für die Passivität Preußens und des Bundes zu eifern, und daneben zu behaupten und Österreich einen Vorwurf daraus zu machen, daß es nicht handle; oder die preußische Passivität zu tadeln, und Österreich sein Eingreifen in den Donaufürstenthümern, seine Geld- und Menschenopfer, seine Verträge vom 2. December und 15. April, mit einem Worte sein Hinaustreten aus der Passivität zu verübeln; Österreich die Mitwirkung in den deutschen und europäischen Sachen zu verweigern unter Berufung auf das Recht des eignen freien Entschlusses, ihm aufzunöthigen, daß es selbst frei handelte und erhöhten Accent auf seine Stellung als europäische Macht legte, und dann zu rufen: es handle, ohne das verbündete Deutschland zu fragen, nach seinen Gesichtspunkten einer europäischen Macht und da sehe man — daß es eine deutsche im Grunde nicht sei, nicht länger sein sollte. Wenn diese preußischen Politiker den Mund unsäglich voll genommen haben von der großen und großartigen Politik, Aufgabe, Mission in und für Deutschland, welche Preußens und von ihm zu erwarten sei, so darf es doch aber nichts kosten, nichts dabei zu riskiren sein. Sobald dies eintritt, kommt heraus, was dahinter ist, aller Aufschwung verläuft in den engherzigsten preußischen Partikularismus. Einige Wiener Publicisten zeigen seit einiger Zeit, daß sie im Großsprechen und Aufschneiden etwas gelernt haben und Ähnliches zu leisten vermögen.

bei der Gelegenheit die Hegemonie in Deutschland bringen und den Schwerpunkt nach Berlin — nicht nach Berlin und Wien — legen sollte, empfahlen und dem engen Aneinanderschließen Preußens und Österreichs hundert Steine der Eifersucht und Feindseligkeit entgegenwarfen, daß Österreich die Politik wollte, die sie hintennach befürworten oder zu befürworten scheinen und daß sie nicht aufhörten, widerstrebend und verdächtigend gegen Österreich und dessen Absichten und Schritte zu plaidiren und damit der von ihnen bekämpften Politik Preußens zu dienen. Innehaltung des Weges, welchen sie rekommandirten, hätte letzteres aus der Neutralität gebracht, aber zum Bunde mit den Westmächten, wenn er ohne Österreich zu haben war, und zum Kriege gegen Österreich geführt. Sie stießen am lautesten mit in das Horn, als geblasen wurde, daß Österreich bei seiner Politik nur eigne Interessen verfolge und daß Preußen-Deutschland sich hüten müsse ihm Beistand zu leihen, während sie von jener Politik nun — gleichfalls am 31. Mai — entgegen andern neidenden preußischen Organen sagten, Österreich habe durch sie so wesentlich beigetragen, Rußland von den Donaumündungen abzudrängen, sein Übergewicht in Serbien und den Fürstenthümern zu brechen und, ohne auch nur das Schwert zu ziehen, zu Gunsten des eigenen Einflusses im Orient das petersburger Cabinet um die Früchte jahrelanger Anstrengungen und Kämpfe gebracht — worin doch wohl auch Deutschlands Nutzen, wenn es nur Österreich sich anschließen will, ja auch wenn es dies nicht will, liegt und auch leicht genug zu erkennen ist bei der klaren Sachlage und dem klaren Geschichtsergebniß, nach welchem Deutschland stets schlecht gefahren ist mit der antiösterreichischen und höchst undeutschen, obschon durch schimmernde Traditionen das Urtheil

bestehenden und irreleitenden Politik des 18. Jahrhunderts, Österreich im Orient schwach erhalten zu helfen*).

Wir ersehen, die Wesenheit Preußens als Großmacht hat eigenen preußischen Urtheilen zufolge sich neuerdings wenig bewährt und gute Früchte nicht getragen, steht ihnen zufolge als zerstörte Illusion da, ist in ihm selber mindestens als solche zweifelhaft geworden. Und sind es nicht in der That zufällige und vorübergegangene Zustände, auf deren Grund es als solche auftrat und anerkannt wurde? Sind die natürlichen, die materiellen Bedingungen der Großmachtseigenschaft bei ihm vorhanden? Hat es in Wahrheit besondere Großmachtsinteressen? Wenn es die Stellung als Großmacht behaupten will, entsprechen die Vortheile den Kosten, welche es dafür zahlen, den Opfern, welche es dafür bringen, den Anstrengungen, welche es darum sich auferlegen muß? Sollte es nicht in eine natürlichere, gesichertere, allen seinen wahren Interessen förderlichere Lage kommen, sollte es nicht an Aussicht und echter Ehre gewinnen, wenn es „den Muth hätte, kleiner zu werden“, den Muth der Selbstbeschränkung auf das mit seinen Mitteln übereinstimmende Maß, wir meinen, wenn es sich darauf zurückzöge, der erste Mittelstaat, nur deutscher Bundesstaat, dies aber voll und ganz und selbstverständlich so zu sein, daß es als solcher sich mit aller seiner Kraft und Macht zur Geltung brächte? Sollte dies nicht erforderlich, mindestens förderند sein, damit es seinen deutschen Beruf, den Beruf, den man ihm doch eignet, erfülle? Sollte sich daraus nicht ergeben müssen, daß dann entweder auch Österreich wetteifernd sich Deutschland ähnlich widmete zum Frommen des Ganzen und zu Aller höchstem Gewinn, oder Falls

---

*) Vergl. H. Abeken, der Eintritt der Türkei in die europäische Politik des achtzehnten Jahrhunderts mit Vorwort von Stüve.

Österreich gleichen Schritt nicht halten wollte oder könnte, wie so oft gesagt ist, um für Preußen und dessen Führung zu stimmen und wider Österreich zu verstimmen, daß Preußen in jedem guten Sinne Deutschland gewönne? Hörten wir den Geschichtschreiber der preußischen Politik, da wo er über die goldene Bulle spricht, nicht von den Großfürsten sagen: es war ihr eignes Interesse, mit Kaiser und Reich zu halten, denn nur in dieser Verbindung hatten sie das Mitregiment über ein mächtiges Gebiet und eine dauernde europäische Bedeutung? Sollte das nicht auch noch auf das heutige Preußen Anwendung leiden?

Wir wollen indeß diese Frage beiseit lassen und ein richtiges Verständniß suchen nach der Voraussetzung, daß Preußen Großmacht ist und sein und bleiben will. Es befindet sich dann in einer Doppelstellung mit zweifachen Gesichtspunkten und Interessen, Ansprüchen und Verpflichtungen, als deutscher Bundesstaat und als europäische Macht. Es hat wie Österreich eine doppelte Aufgabe. Es muß also den Erfordernissen der einen und der andern gerecht zu werden suchen. Sich den Bundespflichten, eben diesen, entziehen oder dieselben auch nur zurückstellen zu wollen, würde logisch und rechtlich am wenigsten statthaft sein. Bemüht sich Preußen mit Unbefangenheit und Aufrichtigkeit, die Rücksichten, welche es in seiner einen und andern Eigenschaft zu nehmen hat, zu vereinigen, so wird sich finden, daß es — noch leichter als Österreich — seine Stellung und seinen Nutzen als Großmacht am besten wahrt, wenn es seine Stellung als deutscher Bundesstaat und also die mit den seinigen so sichtlich verknüpften deutschen Interessen aufs Beste in Acht nimmt, und umgekehrt. Müßte nicht die Großmacht Preußen mit ihrem Willen und ihren Anforderungen um so mehr zur Geltung kommen, je fester sie in Deutschland und je besser es um

Deutschland stände? Würde der Einfluß Preußens im letzteren nicht um so größer sein, je besser es seine Großmachtsstellung wahrnähme? Ebenso kann Preußen diese nicht ohne Nachtheil für die deutsche Gesammtheit compromittiren, den deutschen Bund nicht beschädigen und herunterbringen, ohne seinen Interessen als europäische Macht abzubrechen. Auf der andern Seite theilt ganz Deutschland den Gewinn und den Schaden, die Ehre und den Schimpf, je nachdem Preußen seiner Stellung als Großmacht gerecht wird oder nicht. So wie daher Preußen, selbst im eignen wohlverstandenen Großmachtsinteresse, in der Sorge für dieses das deutsche berücksichtigen, bezüglich ihm etwas nachgeben muß, hat Deutschland gleichfalls Preußen hülfreiche Hand zur Förderung desselben auf seiner Großmachtsbahn zu leisten, bezüglich ein oder das andre Opfer dafür zu bringen, Preußens Doppelstellung Rechnung zu tragen und mitzuhelfen zu einem richtigen Verstehen und möglichst guten Ausgleichen der etwa divergirenden Interessen. Ein beiderseitiges Verhalten nach diesen Gesichtspunkten wird unzweifelhaft zum Ziele führen, sollten auch beiderseits Unbequemlichkeiten oder einzelne untergeordnete unvermeidliche Nachtheile ertragen werden müssen. In jedem Falle ist es Voraussetzung der Lage und Verfassung wie sie ist und unumgängliche Bedingung darin fortzukommen und gut zu fahren. Es gehört ganz wesentlich zu dem, worin sich der Patriotism und der politische Verstand, guter practischer Verstand deutscher Nation recht eigentlich versuchen sollte und zu bewähren haben würde und wovon die deutschen Verhältnisse und Institutionen nun einmal viel erfordern.

Dagegen wird Alles Unnatur und eine Unzuträglichkeit über die andre entspringt, indem nach der specifischen oder altpreußischen Denk- und Empfindungsweise Preußen derart Großmacht sein soll, daß seine Eigenschaft als deut-

scher Bundesstaat die ganz untergeordnete, Deutschland nur ein Moment in seiner Politik sei. Es verdient sich dann gar zu leicht den Tadel, womit die „Geschichte der Preußischen Politik“ Albrecht und Sigismund überhäuft. Es genügt der ihm angesonnenen Großmachtsstellung nicht, wird seiner Stellung als Bundesstaat auch nicht gerecht, verfehlt nun erst recht des ihm beigemessenen deutschen Berufs. Es verdient sich den Vortritt nicht, erwirbt sich Achtung und Vertrauen nicht, gewinnt uns in den kleineren Staaten nicht, versäumt also die wahre einzige Rechtfertigung der ihm beigemessenen Ansprüche, die einzige förderliche Bethätigung seines angerühmten Berufs. Mit dem Allen wird es noch viel schlimmer, indem Verachtung der Andern, die ihres Bundes sich schämende und ihre rechtmäßigen Ansprüche verneinende selbstsüchtige Vornehmheit hinzugethan wird. Seine Großmachtseigenschaft ist Kern und Krone des Empfindens, seine Großmachtsunzulänglichkeit wird doch erkannt, wenigstens durchgefühlt, und daraus folgt: man fühlt sich unbehaglich, unsicher oder zu klein, nicht groß genug geworden für die Ansprüche, zu groß um Bescheidung finden zu können; man ist um so eifersüchtiger auf die preußische Großmachtsstellung und deren Geltendmachen und Anerkanntwerden und um so egoistischer in ihrer Behauptung; endlich entsteht Vergrößerungstrieb oder er bleibt um so lebendiger oder wird um so begehrlicher. Und wenn Preußen als Großmacht nicht selbstgenugsam ist, und es doch im altpreußischen Sinne sein will, so muß es freilich im Umfange größer zu werden trachten, und zwar in Deutschland, da es nach der Sachlage und seiner Haltung noch viel weniger daran denken kann, anderwärts Aneignungsobjecte zu finden. Hat es doch selbst verschmäht, das Gebiet seines Einflusses nach Osten, Norden, der Eider hin aus-

zudehnen, oder aber dorthin sein reelles Gewicht geltend zu machen. Da aber dem Begehren die Mittel fehlen, so wird dies Begehren nur zu der Selbstpein des Durstes und Schöpfens ohne Befriedigung. Der Eindruck im übrigen Deutschland ist naturgemäß der, daß es nur abstößt und aufbringt, und zumal dem Glauben an die Verkündung breit sich in den Weg legt, daß Preußen berufen sei und sich berufen halte, in großem Sinne den deutschen Sachen zu helfen. Das ist es, was schließlich beim altpreußischen Egoism herauskommt.

XXIII.

Preussische und „kleindeutsche" Urtheile (der Demokraten, der Inspirirten, der Neupreussen, der Constitutionell-Liberalen).

Das Verhalten Preußens in der letzten Gelegenheit könnte nicht wohl entschiedener verurtheilt werden, als dies Seitens der Altpreußen geschehen ist. Das Urtheil Andrer, der Liberalen, der Demokraten lautet nicht anders und nicht minder streng. Am 30. März ging z. E. die berliner „Nationalzeitung" davon aus, daß es 1812 in Deutschland zur tiefsten Schwäche seit zwanzig Jahren in Folge der schlechten Verfassung Deutschlands gekommen sei. Sie konnte dann freilich nicht leugnen, daß eben in diesen zwanzig Jahren die preußische mit Jena und Tilsit endende Separatpolitik gelegen, vermochte nicht so etwas zu behaupten, wie daß die Reichsverfassung Preußen zu dieser, oder die Bundesverfassung Preußen und die kleineren Staaten zu ihrer Politik in der orientalischen Frage genöthigt hätte. Dann führte sie aus, Deutschland habe in letzterer — wie es vor den französischen Invasionen geschehen — durch Passivität (und Uneinigkeit u. s. w.) gezeigt, was es sich bieten lasse, habe sich nicht wieder, wie Frankreich gethan, in das Ansehen einer Großmacht gesetzt. Und nie hat sie

in Abrede genommen, daß Preußen voran diese Passivität gewollt und durchgesetzt, und die hundert Stimmen aus dem berliner Centralpreßbüreau haben es in großthuerischer Absicht an die Glocke gehängt, daß in der orientalischen Frage Preußen der führende Staat in Deutschland gewesen sei — nämlich die Mehrheit der Bundesstaaten zum Nichthandeln hinter sich gehabt und bestimmt habe.

Am 10. April sagte die „Nationalzeitung“ in vorsichtig-künstlichen Redewendungen: die Passivität Deutschlands hat nun die Folgen gezeigt, daß die deutschen Interessen und insbesondere die preußischen im Norden, im Nordosten, im Innern vernachlässigt sind; Rußland hat nicht einmal zum Lohn für unsre Neutralität unserm Handel die Grenzen geöffnet, die dänische Erbfolgefrage ist nicht günstiger gewendet; die stolze Rechnung des Kaisers Nikolaus, wonach er beim Beginn der orientalischen Verwickelung mit kühner Überhebung Deutschland als gar nicht existirend betrachtete, hat nicht getrogen, wie auch die andre Kriegspartei letzterem gegenüber sich betragen, wie wenn es als eine Macht, die Berücksichtigung verdient, gar nicht in Ansatz zu bringen wäre; getrogen hat die Erwartung des deutschen Volkes, daß die große Gelegenheit eine Besserung der Bundesverfassung herbeiführen werde, deren Unzulänglichkeit im Kriege doppelt klar hervortreten mußte. (Für das Mal wurde davon geschwiegen, daß man auf eine kleindeutsche Verfassung mit Preußen an der Spitze und mit Hinausschiebung Österreichs ziele und von Anfang gezielt, niemals wurde eingesehen, daß bei solchem Calcul egoistischer Ausbeutung die „Erwartungen des deutschen Volkes“ nicht wohl in Erfüllung gehen konnten.) Ferner: die Verfassung zeigte sich bequem für erneutes Zerren der Großstaaten um den meisten Einfluß in den kleinen, für alles Bemühen um die Neutralität, für den Partikularism der

kleinen, die in jenem Zerren Gewicht erhielten und den Einfluß der großen zu neutralisiren vermochten; die übrigen Großmächte bedeuten das was sie sind durch sich selber, für Preußen haftet der Großmachtrang an seinem deutschen Berufe, und es steht nicht sowohl unter den Großmächten als nur an der Spitze der Mittelmächte und unterscheidet sich nicht mehr wesentlich von den Staaten zweiten Ranges, wenn es jenem Berufe untreu, seiner Verpflichtungen gegen Deutschland uneingedenk wird, Deutschland im Stich läßt und sich kurzsichtig auf sein Territorium zurückzieht wie im baselschen Frieden (und neuerdings in der orientalischen Frage, was zwischen die Zeilen gestellt ist), wenn es vergißt, daß es noch im Werden ist und der Erneuerer der deutschen Verfassung erst noch zu werden hat; es hat nun an seinem berechtigten Einfluß in Deutschland eingebüßt und mit Deutschland den Schaden davon, das in dieser Verfassungszerrüttung und der rechten Beeinflussung und Stütze seiner Großstaaten entbehrend, fürchten muß, daß abermals das Ausland sich eindrängt, da doch der Moment für Preußen da war und von ihm im Abfall von seiner Geschichte verpaßt worden ist, nach dem schwedischen und dem französischen den russischen Einfluß in Deutschland an sich zu nehmen; es hat statt dessen sich diesem hingegeben, wie es denn freilich von Deutschland sich abwendend, selber keine Macht hat dem russischen Übergewicht zu steuern und seine Unabhängigkeit zu behaupten, für welche es nur in seinem unverabsäumten deutschen Berufe die Bürgschaft finden kann.

In einer Mai-Expectoration über „Preußen während des Krieges" datirte dasselbe Organ den völligen Rücklauf der preußischen Geschichte von 1790, fand den letztern neuerdings fortgesetzt, indem Preußen positive Aufgaben nicht zur Hand genommen, die ausführende Hand dem

Berufe habe fehlen lassen in eitlem Selbstgefühl und Ruhseligkeit, die nur Worte oder gar hinterdrein die Unthätigkeit sich zur Tugend mache, und bemerkte bei dem Anlaß: Wir bedeuten nicht das was wir repräsentiren, sondern nur was wir leisten und sind; eine kurze Weile deckt uns der frühere Glanz, wenn wir anfangen unthätig zu werden, mit seinem Schimmer und man erweist unsrer Vergangenheit Artigkeiten, indem wir z. B. eingeladen werden Protokolle zu unterzeichnen, die von Andern geschrieben worden; doch ist unser Ansehen für die Dauer der Zeit lediglich auf den immergrünen Nachwuchs unsrer — derzeit fehlenden — Thaten gegründet u. s. f. Übereinstimmend mit allen die Ansprüche und Mission Preußens betonenden Stimmen nennt die Nationalzeitung als unerläßliche Bedingungen, damit dasselbe etwas Rechtes sei und ausrichte, ein dem von 1813 gleichkommendes — jedoch seit dem begonnenen „Rücklaufe" vereinzelt dastehendes — Bezeigen, und eine Politik nach den Traditionen Friedrichs d. Gr., welche jedoch verlassen und auch in dem letztvergangenen Zeitraume nicht wieder aufgenommen worden.

Sie sagen dabei freilich nicht, wer in Preußen diese Politik machen solle und könne und zeigen, daß sie selbst nur wissen wie der große Mann sich räusperte, indem sie z. B. nicht wissen, was Gegensatz und Rancune gegen Österreich angerichtet haben, was sie jetzt bedeuten und was jetzt damit auszurichten ist für Preußen, für Deutschland, während sie eben diese Großfriedrichstradition festhalten und mit ihr Alles vollbringen wollen. Nicht gesehen wird der vollkommene Widerspruch, der darin liegt, als unerläßliche Bedingungen, damit Preußen etwas Rechtes sei und ausrichte, ein Verhalten wie 1813 und nach jenen Traditionen zu bezeichnen. War doch der Kern dieser Traditionen die Entzweiung der deutschen Staaten und Stämme,

insbesondre der Haß und Hader Preußen-Österreichs, von Neuem angegangen und geschärft seit den schlesischen Kriegen und seitdem genährt bis zum Reichsuntergange; wogegen 1813 soviel bedeutete als Ausscheidung dieses zersetzenden Giftes, Zerstörung des bösen Zaubers, worin die Deutschen die Jahrhunderte daher und im letzten erst noch recht, ihre Kraft selber brechend, wider einander gewüthet und dem Feinde den Sieg über sie ermöglicht, brüderliche Einigung wider den auswärtigen Feind auf Tod und Leben im Wetteifer wechselseitiger Anerkennung. Nicht gesehen wird von diesen weisen Politikern, daß sie von jenen Überlieferungen beherrscht und von den Gedanken von 1813 weit entfernt, die Entzweiung nährten und so die Bedingung zerstörten, unter welcher das jetzige Preußen entstand und allein etwas Rechtes sein und ausrichten kann, während sie so große und die größesten Dinge von ihm forderten und verkündeten. Das Fehlen des Bezeigens von 1813 weist auf Nichtvorhandensein der Bedingungen und selbst des Willens, die Aufgabe für das Ganze zu lösen, der Rückfall in die alte Eifersucht und Mißgunst und das Schüren des Hasses gegen Österreich auf das Walten lediglich egoistischer Tendenzen für Preußen.

In diesem Schüren zeigen sich unter den preußischen Organen keine so unermüdlich und raffinirt als die inspirirten oder dafür geltenden, officiösen Anstrichs und Rufs sich bedienenden und rühmenden, und während sie voll sind von kleinlichem Ehrgeiz für Preußen, ist ihnen der Sinn für eine Bethätigung Preußens zu einer großen Wiederaufrichtung Deutschlands vollkommen fremd.

Einräumend, daß die Politik Preußens eine auf gedachten Thatennachwuchs zielende hätte sein sollen, verkündeten die Stimmen aus dem „Preßbureau“ mit Pomp, es habe eine Einladung nach Paris erhalten. Als es schief

darum zu stehen schien und die Verspätung Bedenken und Glossen hervorrief, nahmen sie einen vornehmen Ton an und sagten: es habe nur von ihm abgehangen längst zugezogen zu werden, nur sei es nicht geneigt gewesen, den kleinsten Schritt zu thun — der Consequenz wegen. Oder sie brachten heraus und deducirten mit spaßhafter Beeiferung: es sei freilich erst zugezogen, nachdem die Hauptpunkte unter den übrigen Theilnehmern bereits erledigt worden, aber — es mache Bemerkungen bei der Redaction; oder: seine Theilnahme erstrecke sich doch „etwas" weiter, als auf die bloße Mitunterzeichnung. Indeß war und blieb es doch gewiß und schlimm genug, daß Gesammtdeutschland auf dem Congreß durch sich selber gar nicht, und bei Feststellung der Hauptpunkte nur durch Österreich vertreten war. Jene Stimmen konnten nicht leugnen, daß die Nichtvertretung des Bundes, die Vertretung Deutschlands allein durch Österreich, die Fernhaltung und zu späte Zuziehung Preußens die Folge der Politik des letzteren sei, und beflissen sich zu alle dem mit Wohlgefallen fälschlich herumzutragen, welch ein Rolle kläglicher Inferiorität Österreich, also Deutschland sammt Preußen, in Paris spiele, wie sein Bevollmächtigter gehudelt werde u. dgl. und fortzufahren Österreich zu beschuldigen, daß es selbstsüchtig nur seine besondern Interessen und die den deutschen nicht wenig entgegen wären verfolge, woneben sie keine Antwort auf Fragen hatten, wie die: War dann nicht eine andre deutsche Politik um so mehr geboten? Wenn der Bund sich schließlich doch die vier Punkte, noch dazu in schärferer Fassung als gefordert worden, angeeignet, wenn Preußen dieselben unterstützt hat, was liegt darin, als das Geständniß, daß sie alle deutsche Interessen enthalten, daß man früher darüber irrte oder nur nichts thun, nicht einstehen wollte für das, was man als das Rechte erkannte? Als Österreich

sich zum Abschluß des Bündnisses vom 15. April bewogen gesehen, hoben sie sofort mit Emphase und Behagen hervor, daß das Bündniß vom 20. April und der Zusatz vom 26. November 1854 nur auf die Dauer des Krieges Gültigkeit gehabt, daß nun Österreich auf den Schutz des Bundes und Preußens nicht mehr zählen könne — als ob es sich bei den letztgenannten Bünden nicht vielmehr um Verpflichtungen zu gemeinschaftlicher Abwehr gehandelt hätte. Charakteristische Äußerungen und Mißverständnisse dieser Art, sichtliche Strebungen nach dem Ziele hin, daß Preußen — und wenn im kleinsten Deutschland — „an die Spitze komme" (S. das Quehlsche Rundschreiben mit dem dahin lautenden Tagesbefehl) und andere Beweise vom Defect des Sinns für eine große gesammtdeutsche Wiederaufrichtung zur Lösung der alten Aufgabe bei den Inspirirten haben die west-östliche Verwickelung vom Anfange bis zum Ende unausgesetzt begleitet.

Auch das Organ der Neupreußen ließ so tief von allen Gefühlen preußischen Stolzes, preußischer Würde sich herunter, die Folge der von ihm geförderten Politik, die Zulassung Preußens zur Mitunterzeichnung des von Andern vereinbarten „Siegesacts" des neu-napoleonischen Frankreichs, triumphirend als einen ungehofften ruhmeswerthen Erfolg zu preisen. Und die Partei hätte doch nicht eben nöthig gehabt, jene Politik selbst zu stigmatisiren, da es der thatsächliche Ausgang übernommen, an das Licht zu stellen, daß alle ihre politischen Berechnungen in allen Phasen der Verwickelung falsch gewesen, wie es ihr das Organ der Altpreußen im Einzelnen gut nachgewiesen, wobei jedoch zu bemerken ist, daß sich dasselbe leicht nachweisen läßt von der altpreußischen und von allen preußischen Parteien, wenn auch ihre Rathschläge theilweis klügere und bessere gewesen — ein schlimmes Zeichen für

ihre Behauptung und für die in Preußen vorhandene Befähigung, der führende Staat zu sein, von welchem die deutsche Wiederaufrichtung zu erwarten.

Als der Friede gesichert erschien und die Ergebnisse zu übersehen waren, gestand die große Zeitung der „kleinen“ Partei, die so beträchtlichen Einfluß auf die Haltung Preußens geübt, für Rußland bestens gearbeitet und es besonders auf Frankreich abgesehen gehabt: nur dieses streiche die Resultate der Feldzüge von 1854 und 1855 als reinen Gewinn ein, und was der ähnlichen, die verurtheilende Kritik jener Haltung bekräftigenden Bekenntnisse mehr waren.

Wenn ein deutscher Staat berufen sein soll, die alte Aufgabe wieder aufnehmend und lösend dem Ganzen zu helfen, so muß er ohne Frage gesund und kräftig, gleichsam ein Musterstaat dastehen, und ein solcher wurde Neupreußen unablässig gerühmt, bis wenigstens sehr Viele glaubten und Niemand einen Zweifel äußern durfte, und bis er 1848 auf die Probe gestellt wurde und dieselbe nicht bestand. Neuerdings ist nicht blos in der Kammer (S. 18), sondern auch in der Presse und noch viel mehr in den vier Wänden davon gesagt und wieder gesagt, daß etwas, daß nicht wenig faul sei im Staate Dänemark. Und nicht etwa daß eben nur die Opposition so spräche, sondern die Partei, auf welche letztere wie auf einen bösen, tiefe Krankheit anzeigenden Aussatz hinweist, sagt es gleichfalls. So führte zu Ende des März die Neue Preußische in großen Leitartikeln aus, wie faul es in Preußen sei, wie das seine Früchte tragen müsse, wie Alle schuldig wären, Buße Noth thue und vor Allem Aufgeben der S e l b s t t ä u s c h u n g e n. Nach geschlossenem Frieden warnte sie vor Sicherheit und bemerkte: Auch vom Staate gilt, nur wer da h a t, dem w i r d g e g e b e n, n u r w e r a r b e i t e t m i t d e m a n v e r t r a u t e n P f u n d e, s o l l ü b e r g r ö ß e r e G ü-

ter gesetzt werden; wer Macht hat und sein Pfund vergräbt, dem wird genommen werden auch was er hat und nichts bleibt übrig als die „äußerste Finsterniß.“

Wie diese notabelsten Organe sich aussprechen, judiciren auch die andern, Kölnische u. s. w., die der hohen Ideen und Ansprüche von dem Berufe Preußens nicht weniger voll sind.

Wenn sie nun aber, wenn alle diese preußischen Politiker selbst nur die Vergrößerung und Erhebung Preußens im Auge haben, und zwar so, daß sie die Lösung der Aufgabe nur wollen, wofern sie durch jene oder mit derselben erfolgt, so daß sie ihrer Separattendenz das „Ganze“ zu opfern kein Bedenken tragen, und in diesem, nur diesem Sinne verstehen, so oft und viel sie von Preußens deutschem Berufe sprechen; wenn sie von jener als specifisch-preußisch bezeichneten Denkweise und Gefühlsrichtung erfüllt sind; wenn sie über das jetzige Preußen und dessen Wesen, Haltung und Bewährung in der neuesten Gelegenheit und Probe so sagen, klagen und bekennen: was folgt daraus? und kann man es dem entgegen der „Geschichte der Preußischen Politik“ glauben, daß par excellence eben Preußen berufen, gewillt und befähigt sei, die alte Aufgabe wieder aufzunehmen und zu lösen, geschichtlich prädestinirt sei, „über größere Güter gesetzt zu werden?!“

Beckeraths famoses, bei der „Reichspartei“ frankfurter Angedenkens so beliebtes Schlagwort: „Das Warten auf Österreich ist der Tod der deutschen Einheit!“ enthielt die Wahrheit, daß freilich die letztere, wie sie von jener Partei gedacht und erstrebt wurde, unmöglich war, wenn auf Österreich gewartet wurde. Es ist umzukehren und hat volle Wahrheit wider die schon einmal so eclatant durch ihr Warten auf Preußen Genarrten, wenn es so umgekehrt

wird: das durch ihre Schule rekommandirte Warten auf Preußen ist der Tod der deutschen Hoffnungen auf die Lösung der alten Aufgabe; abermals wird darüber das Mögliche versäumt, das zu derselben geschehen könnte, es entzieht ihr eine beträchtliche Summe von Kräften und Anstrengungen, die es auf ein falsches Ziel lenkt; ganz verfehlt und grundverderblich ist die Beflissenheit des Nährens und Fortpflanzens der Irrungen vom vorgeblichen Berufe Preußens, welche übel angebrachte Mühe zumal der preußenthümelnden Schule die „Geschichte der Preußischen Politik" fortsetzt und deren Methode, Unermüdlichkeit und Hartnäckigkeit durch dies ihr letztes umfängliches Erzeugniß neu exemplificirt und illustrirt wird.

XXIV.

Zur Kennzeichnung der falschen Lehre vom deutschen Berufe Preussens.

Schon der Umstand, daß dies Product der für Preußen werbenden Propaganda eben aus dem besonderen Kreise, welchem sein Urheber angehört, ausgehen und zu einem solchen Zeitpunkte auf den Markt gebracht werden konnte, enthält einen starken Beweis, wie eingewurzelt und zäh die falschen Begriffe vom Berufe Preußens und die damit verknüpften Pläne vom preußischen Kaiserthume oder Kleindeutschland unter Preußens Führung, zu deren Fortpflanzung es bestimmt ist, wie stark, wie blind die Einbildungen von der Wirksamkeit des Bemühens für sie sein müssen.

Sie hatten 1848 eine ansehnliche Partei activer Förderer und diese einen festen Mittelpunkt und zahlreiche starke Hebel ihrer Thätigkeit. Im Frühjahre 1849 machte die Preußischekaiser-Partei ihr Fiasco, dem kaum je ein Parteifiasco gleich gekommen sein mag. Unter den unumwundensten Eingeständnissen nicht blos ihrer Niederlage, sondern auch der Irrthümlichkeit ihrer Voraussetzungen und Erwartungen sprach sie sich hundertfach und namentlich in ihren eigensten Organen — der lithographirten Centralcorrespondenz, der Deutschen, der (damals reichsministeriellen) Oberpostamtszeitung — über das so weit zurückgebliebene

Verhalten und insbesondre die absolute Unfähigkeit des dermaligen Preußens zu führen als über eine nur zu hell erwiesene Thatsache mit einer Schärfe aus, daß man jetzt Anstand nehmen würde ihre Äußerungen wiederzugeben. Sie wiederholte ihr Urtheil beim Ausgange des Anlaufs, zu welchem sie sich nochmals aufgerafft hatte. Es folgte ihre völlige Auflösung und dieser ihr allerkläglichster Nachruhm. Gaben oder sollten nach dem einige ihrer zerstreuten Glieder ein Zeichen ihres Wiederauflebens und erneuten Wirkens gegeben haben, so war der Character und Fluch des Lächerlichen damit verknüpft. Und eben aus diesem Kreise erwiesener und gerichteter politischer Bankbrüchigkeiten und Unfähigkeiten stammt und drängt sich eine erneute Motivirung und Anpreisung des Parteiprogramms hervor!

Preußens Gelegenheithaben und Verpassen hatte sich wiederholt, setzte sich fort im Jahre 1855. Immer höher schnellte die Schaale der Meinung über und für Preußen empor. Tief und immer tiefer sank weithin der Glaube an sein Wollen und Können und mit seinem Ansehen sein Vermögen. Noch ein besonderer Umstand erregte ihm directe und scharfe Antipathien. In keinem andern Staate thaten in der verhaßten Richtung für Rußland die Russenfreunde so eifernd und cynisch sich hervor als in Preußen, den Czaren Vater heißend und Landestrauer für ihn fordernd, für Rußlands Interessen und Ehre schwärmend, nach St. Petersburg preußischen Beistand verheißend und nicht aufhörend dort zum hartnäckigen Beharren in der von Preußen selbst für ungerecht erklärten Sache und in Berlin zu gleich hartnäckigem Beharren in der die ungerechte Sache begünstigenden Politik zu mahnen, die kleinern Staaten bald streichelnd bald mißhandelnd, gegen Österreich unerhört leidenschaftlich und perfid aufstachelnd, Groll, Gift und Schmutz schleudernd und welche ähnliche Excesse sonst begehend. Preußen hatte vom Anbegin der

neuen mit der orientalischen Krisis eingetretenen Lage dadurch sich ausgezeichnet, daß es allein von allen deutschen Staaten russische Partisane, die „jeder Zoll ein Russe“ sich rühmten, eine russische Partei producirte und bestimmenden Einfluß gewinnen ließ, eine eigentliche compacte russische Partei wie es in den Zeiten Ludwigs XIV. und Napoleons I. eine französische gegeben hatte; eine Partei die — zum Absolutism, zur Polizeiherrlichkeit des Adels, zur Monopolisirung der Offizierstellen durch ihn und zu viel Ähnlichem zurücksteuernd — in den innern Sachen den Traditionen Friedrichs d. Gr. (denen die ihr behagen,) gar zu buchstäblich folgte, während sie denselben in den äußern sehr direct entgegenhandelte und auch sonst deren altpreußische Liebhaber verletzte; eine Partei, die beschuldigt, eben von den den Ideen des politischen Liberalism und des hohen preußischen Berufs Huldigenden beschuldigt wird, systematisch auf Zertreten und Zerstreuen des noch vorhandnen „wieder schöpferischen Lebens der Nation“ auszugehen, und die den sammelnden Kern für alle ihr Gleichgesinnten auch in den andern deutschen Staaten bildete. Man klagte, wie gewaltig die kleine doch mächtige auf die Regierung drücke, man sah, daß auch das Land mehr und mehr ihrem Einfluß verfiel. Sie stieg am Höchsten, und es ward mit Erstaunen und Grauen geschaut, im Jahre 1855, wo Preußen seinen Partisanen Rußlands auch die Mehrheit und das Präsidium seiner landvertretenden Kammer gab. In derselben Zeit ward die Sage und Klage immer lauter und allgemeiner, wie sehr Preußen vor jeder entschlossnen Parteinahme, vor jeder Initiative, vor allem Wagen? — nein, selbst vor dem Thun, welches die größeste Sicherheit gewährt hätte, zurückscheue, daß es an nichts weniger als an ein großes Ziel für Deutschland oder an eine große Aufgabe für sich denke und nur in dem Sinne führe, daß

es die Mehrzahl der kleineren Staaten für seine Politik der Passivität — und nicht weiter! — gewinne. Daneben breitete die Meinung und Rede sich aus, daß Österreich ganz anders wie eine Großmacht und zum Führen in Deutschland tüchtig sich erweise, besser als je den Einklang der Interessen Deutschlands und der seinigen erkenne, sich mehr als jemals „deutsch“ zeige und den Willen und die Kraft bekunde, in und mit Deutschland zu stehen, und hier, trotzdem daß es die Kleinen zu seiner Politik der Action nicht herüberzuziehen vermöge, soweit über Preußen gewinne. Und zu eben dieser Zeit war es, wo in schwergelehrter Zurüstung und voller Zuversichtlichkeit jener neue Anlauf der Propaganda für das Axiom vom deutschen Berufe Preußens erfolgte, das gleich den ihm parallelen von der Mission des heiligen Rußlands und der kundbaren Bestimmung (manifest destiny) der nordamerikanischen Freistaaten die Prätension des berechtigten Übergreifens in sich trägt; eben zu dieser Zeit eine umständlich motivirte Ausführung, daß Preußen zur großen Wiederaufrichtung, zum Vorantreten berufen sei, daß zu seinem Wesen und Bestande die Eroberung gehöre; eben zu dieser Zeit die wiederholte Kriegserklärung gegen Österreich in der Erneuerung des Projects Kleindeutschland, das in der Form des gagernschen Programms für das deutsche Parlament zum Steine des Anstoßes, für Preußen zum Irrlicht geworden, dessen Vestigien von so sehr übler Vorbedeutung sind! — Wir hörten, daß und wie und auf welchen Anlaß die preußische und preußenthümelnde Tagspresse nach hergestelltem Frieden den Ball auch aufgenommen.

Die politische Irrlehre, ihre Propagation und Befolgung stellt sich um so deutlicher als gefehlt und als um so schädlicher dar, je genauer man sichs ansieht, wie sehr dadurch die gesammte Arbeit an der Lösung der Aufgabe

gehemmt, gestört oder fruchtlos gemacht wird, wie sehr Preußen seine eignen Bemühungen in seinem richtig verstandenen Berufe dadurch sich kreuzt und verdirbt.

Mißtrauen gegen Preußen lähmt an vielen Stellen, lähmt Preußen selbst, auch da wo letzteres nach seinem richtig verstandnen Berufe gemeinsinnig handeln möchte. Es ist neuerdings in dem Maß wieder größer und hartnäckiger geworden, als man Preußen befangen sah in dem Pseudobegriff von seinem deutschen Berufe, indem es in der deutschen Krisis 1849 ganz offen Arrondirungspolitik trieb, und in der neuesten europäischen Verwickelung abermals zu Rußland neigte wie in der Zeit seines gewaltsamen Hinausgreifens um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, abermals die Beschuldigung der „Lauerpolitik“ nicht zu vermeiden wußte, indem es eine ähnliche Stellung zu nehmen begann wie damals, als es Separatpolitik zur Sicherung Deutschlands oder doch des Nordens vor Krieg und Vergewaltigung machte, und diese dann doch nicht abzuwenden vermochte, vielmehr die ärgsten das „Ganze“ treffenden Schläge und Niederlagen herbeizog und für sich zu gewinnen trachtete durch „Hineinwachsen“ und „Angliedern,“ um nichts zu ernten als was ihm 1806 und 1809 einbrachten.

Ein vornehmster Grund des gedachten Mißtrauens, seiner Übertreibung, seiner Andauer auch wenn besondre Anlässe mangeln, liegt darin, daß die falsche Vorstellung von der Mission Preußens in diesem, wenn nicht eine herrschende doch sehr gängige ist, und daß — damit es ja nie vergessen werde — unaufhörlich mit Ostentation davon gesprochen wird. Diese Vorstellung ist — wie die ähnlichen von den Missionen Nordamerikas und Rußlands — die Signatur eines erobernden oder eroberungssüchtigen Staates. Ihre Fortpflanzung nährt Gelüste der Eigenmächtigkeit und

Gewaltübung, nährt Verdacht und Argwohn der Bundesglieder, eben das wodurch, auch nach dem Zeugniß der „Geschichte der Preußischen Politik,“ der Verfall des Reichsstaats und seine Niewiederherstellung so wesentlich verschuldet worden. Man fühlt sich einem Nachbar gegenüber, der sich bestimmt glaubt, berechtigt und benöthigt hält oder laut und unablässig für berufen, also wohl sogar verpflichtet erklärt wird, sein Gebiet zu erweitern, sich höher emporzuheben, bedroht, beunruhigt, unsicher, es wäre denn, daß man in Gefühlen und Wünschen wie die der Russenthümler in Berlin oder der Preußenthümler in den Kleinstaaten stände. Der Verdacht haftet natürlicher Weise um so tiefer, wenn die Vorstellung eines solchen Berufs traditionell ist, wenn die Geschichte des Staates, welchem er beigemessen wird, eine übergreifende Tendenz des letztern zeigt und zu deren Rechtfertigung geflissentlich benutzt wird, wie es jetzt wieder der Geschichtschreiber der preußischen Politik thut, indem er die Historie des preußischen Staates als eine Geschichte fortgesetzten Angliederungsstrebens und steter Angliederungen, und so behandelt, daß er eben daraus, daß Preußen so viel mit Recht oder Unrecht, wie man in Nordamerika sagen würde, annectirt hat, herleitet, daß es berechtigt, ja berufen sei, dasselbe fort und fort zu thun.

Weitere Nahrung erhält das Mißtrauen auch noch dadurch, daß man preußischer und preußenthümelnder Seits den eigentlichen Gedanken und alle Acte der in ihm sich bewegenden Politik zu verstecken und mit falschen Farben zu coloriren sucht, und daß diese Politik, so oft sie eintrat, zu Wegen und Mitteln, wie sie z. E. bei den fränkischen Reunionen, bei dem Versuche, Hannover durch Napoleon I. zu gewinnen, angewendet wurden, um so mehr greifen mußte, weil Preußen das ausreichende Maß offner Gewalt so viel weniger zu Gebote steht, als erobernden Staaten

wie Frankreich oder Rußland, die doch selbst bei ihrer ungleich größeren Macht im Reuniren, Annectiren oder Angliedern der Falschheit und Heuchelei sich nicht enthalten haben. Dies ist es, wodurch nothwendig so viel Schielendes, Hinterhältiges und mit Einem Worte so viel Unwahrheit, demnach so viel Argwohnnährendes in die preußische und preußenthümelnde Publicistik und die Äußerungen jener preußischen Politik hineinkommt. Daher dann, daß man Preußen so oft auch in seinem wahrhaft berufmäßigen Verhalten, und bei den Kundgebungen und Versicherungen desselben nicht traut, und zu trauen um so weniger geneigt ist, weil man bemerken will, daß es, in seinem Gange zwei Richtungen verfolgend, in häufigen Schwankungen zwischen denselben sich fortbewege*).

Der falsche Begriff von dem Berufe Preußens, das politische Evangelium dieses Berufs und die demselben folgende Haltung hat etwas ähnlich Verletzendes, Stachelndes, Erbitterndes wie die Carricatur des echten Adels, das Junkerthum mit seiner das noblesse oblige vergessenden Denkart, seinen Ansprüchen ohne Anerkennung der Pflicht der Leistungen, seinen Prätensionen vor dem Verdienst, seinem hochmüthigen Gebahren und dreisten Ansichraffen wie

*) Die oben gedachte Publicistik liebt es zu leugnen und sich zu beschweren als über Verleumdungen, wenn gesagt wird, Preußen gehe mit Gedanken seiner Herrschaft und der Ausschließung Österreichs um. Sie operirt sichtlich hierauf hin, versteckt es aber hinter Phrasen vom Berufe Preußens für das Ganze. Dann aber platzt sie doch auch wohl mit der wahren Meinung dreist heraus, oder verräth sie ungeschickt, wie wenn im vergangenen Mai (am 28.) die officiöse Elberfelder Zeitung Österreich wörtlich vorwarf, „neidisch auf die Hegemonie Preußens in Deutschland zu sein“ — als wäre die Oberherrschaft, wozu Preußen alias doch nur berufen sein soll, bereits vorhanden, als wäre es denkbar, daß das preußische Gouvernement selbst auch nur zugäbe und zugeben könnte, daß Preußen dieselbe erstrebe, während dies Gouvernement stets föderative Gesinnungen äußert! — Ein Beispiel aus hunderten.

von Rechtswegen und auf Kosten Andrer oder zum Verderben des Ganzen, seinem Herleiten von Ansprüchen auf Ehre, Vorrang, materielle Vortheile aller Art aus dem was den Vorfahren obgelegen und von ihnen doch oft versäumt wurde, was sie gewollt und gethan und was doch oft das Gegentheil vom Berechtigten und Verdienstlichen gewesen. In dem Allen wird Preußen ihm gleichgestellt durch die Sophisten, die den Beruf zum Übergreifen ihm vindiciren, indem sie aus einer Reihe gleichartiger Handlungen, unrechtmäßige und unlöbliche eingeschlossen, eine Theorie construiren, die dazu bestimmt ist, selbstsüchtigen Gelüsten zur Rechtfertigung, Folie und Angriffsposition zu dienen.

Es wurde angedeutet, daß das nach ihr eingerichtete Handeln neue Revolution präparire. Doch ist sie selbst nach ihrem ganzen Inhalt und Charakter revolutionär. Preußen soll ihr zufolge die geschichtliche und gesetzliche Entwickelung durchbrechen, denn es kann den Angliederungsberuf, welchen sie ihm eignet, anders nicht erfüllen, es wird von ihren Fürsprechern mit Vorliebe gerade wegen der, wenn auch nur selten mit dem rechten Namen bezeichneten Acte gerühmt, durch welche es gewaltsam in jene Entwickelung eingriff, es ist von ihnen stets am heftigsten gescholten, wenn es den Rathschlägen und Mahnungen, Gewalt zu üben bei vermeint guten Gelegenheiten, nicht folgte. Die Theorie der preußenthümelnden Rhetoren wird zwiefach gehässig und monströs, wenn sie zum Sicheinschmeicheln und Schmuggeln davon ausgeht, zu rühmen, wie der preußische Staat in Reichstreue gegründet und durch seinen Ursprung des Reiches Dienst, Frommen und Herstellung gewidmet sei; wenn sie über sein Großwerden in der Opposition und sein reichswidriges Angliedern sodann hinwegschlüpft, sein gesammtes Angliedern ins Schöne malt und endlich, zur

Fortsetzung desselben, dessen Object nicht außer Deutschland, sondern im deutschen Bundesgebiete liegt, anreizend, Preußen auf Eroberung in diesem anweist, anweist auf Zerreißung der Verträge, auf Bundbrüchigkeit, auf Beraubung Anderer, deren Besitzstand auf demselben Rechte wie sein eigener beruht, auf Einbruch in die Rechte Aller, weil in das Recht und die Verfassung der Gesammtheit: — und was ist das Andres als Revolte? Zum Mindesten wird Angliedern durch Vergewaltigung oder Erlistung nicht ausgenommen und eben so wenig gefragt, ob auch die Andern und Gleichberechtigten Preußen für berufen halten, an die Spitze zu treten und ihre Zustimmung dazu oder zu seinem Angliedern geben. Indem ohne alle Rücksicht darauf, daß das Entgegengesetzte der Fall ist, behauptet wird, daß es dazu berufen sei, gründet und zielt das Theorem auf Rechts- und Gesetzesverachtung, auf Revolutionsbilligen und Machen. Es belobt an Preußen, nimmt für Preußen als dessen Beruf denselben „wüsten, ja faustrechtlichen“ Gang der Entwickelung in Anspruch, der so klar als irgend wo eben in der „Geschichte der Preußischen Politik“ als eine der vornehmsten Ursachen des Reichsverfalls und des Scheiterns aller Versuche der Wiederaufrichtung erscheint. Seine Propaganda reizt auf jede Weise zur Erneuerung der — sehr glimpflich eine „oppositionelle im Reich“ benannten — Stellung Preußens um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, zur Erneuerung der „Politik Friedrichs des Großen.“ Mit welchem Unbedacht aber, mit welcher namenlosen Dreistigkeit.

Man wird dies Urtheil nicht zu hart finden, wenn man ins Auge fassen will, was wir andeuten wollen. Wie weit liegen die Zeiten des Faustrechts, der Eroberungspolitik hinter uns, wie bestimmt und direct die Bundeszwecke und Bundesgesetze aller Gewaltübung der Bundes-

glieder entgegen. Welch ein ganz anderer ist der gegenwärtige Zustand als der vor mehren hundert oder vor hundert Jahren, wo Preußen so weit voranstand und Stagnation und Corruption im übrigen Deutschland manchen Rechtfertigungsgrund für Ausschreitung enthielt, und wo so wesentliche Bedingungen glückenden Übergreifens in Preußen vorhanden waren, welche gegenwärtig fehlen. Wie seltsam nimmt doch die Beflissenheit im Repetiren der gefährlichen, grundverderblichen, revolutionären Lehre sich aus, indem sie zu Gunsten eines Staates geübt wird, welchen Auflehnung unlängst tief erschüttert hat, der im Antagonismus, in noch lange nicht überwundener Furcht der Revolution lebt, in welchem sichtlich genug neue Erschütterungen vorbereitet werden, der mit sich selber vollauf zu schaffen und — ist der populäre Ausdruck gestattet — genug und übergenug vor der eignen Thür zu kehren hat. Wie ganz verkehrt und verwunderlich, daß man den Beruf und das Gelüst der Eroberung einem Staate zuzueignen und immer tiefer einzuprägen trachtet, welchem nach den vorhandenen Machtverhältnissen die Mittel fehlen, ein solcher zu sein, der eben jetzt eine solche Friedensleidenschaft zeigte und an welchen ein ungleich größerer und mächtigerer grenzt, in dessen Bevölkerung derselbe die Nachbarn bedrohende Gedanke einer historischen Nothwendigkeit und Mission des Übergreifens und Herrschens lebendig ist, während das zumeist und zunächst bedrohete schwächere Preußen zur Erfüllung des ihm beigemessenen Berufs auf das Eigenthum derselben deutschen Bundesgenossen angewiesen wird, deren Vertrauen, Zuneigung, Beistand ihm unumgänglich nöthig ist für den Fall, daß das heilige Rußland die Erfüllung seiner Mission an ihm versuchte.

Das Hervorzerren des preußischen Eroberungsberufs erinnert an die Fabel vom Sperber. Es ist um so schäd-

licher, je größer das Mißverhältniß zwischen dem Ziel und den Mitteln ist.

Wenn die Yankees viel von der offenbaren Bestimmung ihrer Vereinigten Staaten, den Erdkreis zu beherrschen, sprechen, so hat das seinen überwiegenden Grund in einem übersprudelnden Kraftgefühle. Es hat sehr wesentlich seinen Grund in dem Bewußtsein einer vorhandenen überlegenen Macht, wenn die russische Nation von der Idee einer Mission zur Weltherrschaft, speciell zur Beherrschung Europa's und zuvor Deutschlands erfüllt ist. So hatten auch die ähnlichen Vorstellungen der Franzosen in der Zeit Napoleons I. von der großen Nation und dem Anrechte Frankreichs an die Rheingrenze eine starke materielle Unterlage. Dagegen bei Preußen entsprechen die Mittel und Kräfte dem vermeinten Berufe zur Hegemonie oder zum Angliedern von noch immer mehren Theilen Deutschlands, der Vorstellung von einem Anspruche Preußens auf Hannover, ganz Norddeutschland, die Mainlinie, mit Einem Worte jenen Prätensionen nicht von fern, welche der Geschichtschreiber der preußischen Politik in einen gewissen, freilich hinlänglich durchsichtigen Nebel hüllt, und die erst kurz vor ihm in der unnennbaren Nacktheit der Schrammschen Broschüre proclamirt und deducirt waren, welche ähnlich aus der „übergreifenden Staatskraft", die Preußen geschichtlich erwiesen habe, das Recht und den Beruf desselben zum ferneren Übergreifen, insbesondere zum Aneignen von Hannover herleitete und deren Ideen preußische Blätter, wie die Kölnische Zeitung und die officiöse Berliner Zeit, so emsig und so posaunend weiter herumtrugen.

In der That, man sollte besser bedenken, was man damit anrichtet, daß man nicht aufhört, das preußische Volk zu spornen, indem man ihm vorschwindelt, daß sein Staat größer oder mächtiger sei, als er ist, und berufen sei, Alles in Allem zu werden. Der Glaube an eine über-

greifende Bestimmung des Staats erzeugt das Verlangen nach ihrer Erfüllung. Ist das Regiment von ihm beseelt, so verfällt es der Kriegs- und Eroberungslust, waltet er im Volke, so wird dieses auch die recht- und friedliebenste Regierung in die letztere hineinzuziehen trachten. Je reichlicher genährt mit dem Wahne einer Herrsch- oder Angliederungsmission, desto mehr wird es nach deren Verwirklichung drängen. Sind die Mittel unzulänglich, so wird man zwar nicht leicht zu thätlichen Aggressionen kommen, sehr schwer aber unkluger Demonstrationen, tastender Schritte oder Fühler sich enthalten; unfehlbar wird man noch weniger gescheidt ohnmächtige Velleitäten zeigen. Schreitet man dagegen zur Aggression vor, so endet sie nach aller Wahrscheinlichkeit mit Niederlagen und Demüthigungen. Der Staat spielt die Rolle des unbequemen Laurers und Schleichers, des Intriganten und Wühlers oder des Raufbolds und Bramarbas, wie Piemont in Italien. Man bleibt in ihm stets hinter dem zurück, wozu man sich berechtigt und verpflichtet hält, lebt also in den Gefühlen unbefriedigten Ehrgeizes, verletzten Stolzes, ja einer Art von Schuldbewußtsein, als leiste man nicht, was man vermöge und solle, ist verstimmt und gereizt, fühlt sich in einem halben, unfertigen, widerwärtigen Zustande, fühlt sich in diesem, was man mit Großthun und Großsprechen zu verhüllen trachtet, ohnmächtig und ist doch zugleich ungeduldig aus demselben herauszukommen, wodurch man zu unsichern und falschen Schritten verleitet wird. Unablässig und bitter beschweren sich die übereifrigen Freunde Preußens über dessen ewiges Schwanken und Zaudern, sie, die sich hundertfältig bemühen, sein Urtheil über sein Sollen und Können und sein Gewissen in Verwirrung zu bringen. Sie thun das Möglichste, den Stachel eines unruhigen und schlechten weil unberechtigten Ehrgeizes in das preußische

Volk einzusenken, es mit dem Durst so schwer zu befriedigender als schnöder Gelüste zu erfüllen, und wundern sich dann und klagen, daß der preußische Staat den Hamletcharakter zeigt, den sie, weil die Regierung bei vermeintlich günstigen Angliederungsgelegenheiten nicht zufuhr, wie sie es ihr ansannen, in ihm, wie jedoch uns däucht, nicht sonderlich treffend, gefunden haben wollten.

Sie hatten das Niesichentschließenkönnen im Sinne. Gewissermaßen mag ein Vergleichspunkt darin liegen. Wie traurig hinkt aber das ganze Gleichniß dennoch. Deutschland befindet sich nicht in den Händen eines unleidlichen Usurpators. Ist etwas faul in ihm, so liegt der Grund darin, daß nicht Jeder seine Schuldigkeit thut, und zur Besserung bedarf es lediglich gewissenhafter und gescheidter Pflichterfüllung im Wege der bestehenden Ordnungen und Gesetze. Deutschland fordert von Preußen nichts absonderlich Heroisches und Preußen hat kein Verbrechen, kein Unrecht zu bestrafen oder zu sühnen, das Deutschland an ihm begangen hätte. Der Prinz von Dänemark kann den Entschluß zur Erfüllung einer That nicht finden, wozu er das Vermögen besitzt, die ihm heilige Pflicht ist und als solche auch erscheint, nur daß ihm momentan das nichtige Bedenken kommt, ob die Geistererscheinung nicht ein Trug der Hölle sei. Die That, welche man bei dem Vergleich im Sinne hat, geht über Preußens Vermögen und würde ein schlecht motivirtes, unbefugtes Übergreifen, die Usurpation einer Herrschaft sein, welche ihm keineswegs, wie dem Prinzen die Krone Dänemark, gebührt. Die dazu aufmahnen, mögen „verstörte“ Geister sein, aber nicht dem Geiste des alten Hamlet, sondern weit eher den weired sisters oder der Lady, welche Macbeth anstiften, das Königthum an sich zu reißen, dürfte man sie vergleichen. Die That, welcher Preußen sich versagt, wird von ihnen diesem als

Pflicht nur vorgespiegelt, und Preußen versagt sich ihr aus richtigem Bedenken, Theils wegen ihrer Unmoral, Theils wegen seines Unvermögens. Nur insofern zeigt es den Hamletscharakter, als ihm die „Aufgabe“ Hamlets zugewiesen wird, nur die sehen es dessen Rolle spielen, die ihm aufzudrängen suchen zu thun, was sie gelüstet und wozu sie selbst am wenigsten das Zeug haben. Mit Einem Worte, es ist, ob auch noch so unschlüssig oder thatlos, dennoch kein Hamlet; und es soll und will und kann auch nicht Macbeth sein, so daß alle Mühe, es mit dem Glauben an seinen angeblichen Beruf zu erfüllen und zur Bethätigung desselben zu reizen, nur dahin ausschlagen kann, daß es den Character eines herrschsüchtigen Macbeth ohne Macbeths Blut und mit Hamlets Milch entwickelt.

Erscheint der Wahn eines Berufs zum Übergreifen in einem Staate wie Rußland natürlich, hat er dort selbst etwas Imposantes, so wird er bei Preußen zur Karrikatur. Dort ist er ein Kitt der zum Reiche vereinigten Völkerschaften, hier ein Same der Veruneinigung und Zerrüttung inner Preußen (wo außer vielen Andern die katholischen zwei Fünftel Kleindeutschland ablehnen,) und im ganzen deutschen Bunde. In Rußland kann er zu großen nationalen Erfolgen führen, er ist dort wenigstens nicht gar zu gefährlich, hier ist er aussichtslos und birgt eine große Staatsgefahr, verbunden mit höchster Gefährde von ganz Deutschland in sich. Die Champions und Zeloten des Pseudoberufs Preußens hatten dieses 1848 und 1849 in die Politik des preußischen Kaiserthums, die Politik Erfurt gezerrt. Sie ließen nicht ab, stießen und trieben es 1850 noch weiter von der unbewaffneten zur mobilisirenden Aggression. Wie hatten sie die deutschen Regierungen und Bevölkerungen verhetzt, in welche Verwirrung die deutschen Verhältnisse gebracht! Sie setzten noch einmal alle ihre

Kraft daran mit Kabaliren und offnem Aufreizen bis zur Anstiftung der Landwehr zur Rebellion, zur tiefsten Herabwürdigung der widerstrebenden Krone, zur Parteiung des ganzen Landes. Gefühl des Unrechts, begründete Sorge wegen des Ausgangs, richtige Erkenntniß der Unzulänglichkeit der Kräfte und Mittel überwog, so daß das Schlimmste abgewendet wurde, das sie Preußen und Deutschland zugedacht; doch kam der Tag von Olmütz; sie hatten sich damit ihren eignen auch jetzt noch fortnagenden höchsten Verdruß bereitet und weiter nichts ausgerichtet. Im Beginn der orientalischen Krisis erhoben sie ein solches Gerede von der Großmachtseigenschaft und Stellung Preußens, daß Einem übel dabei wurde, aufmahnend zur Wahrung derselben und zur Wahrnehmung der Gelegenheit für den deutschen Beruf Preußens nach ihrem Verständniß desselben. Wie ist ihnen auch das gerathen! Preußen ist durch sein Angliedern so groß geworden, daß schon deshalb keine dem Reichsstaat gar zu nahe kommende Gestaltung mehr möglich ist; dieses Angliederns muß nunmehr ein Ende sein, denn wir sind damit so weit gekommen, daß seine noch weitere Fortsetzung die Zerreißung Deutschlands sein würde. Darin liegt zum einen Theile die Gefährde des letztern durch die Propagation der Theorie vom Angliederungs- und bezüglich Raubstaatsberufe Preußens, während sie zum andern daraus resultirt, daß glückliche Impregnation der Lehre Preußen dahin leiten muß, auch die mangelhafte Verfassung unwirksam zu machen und seines wahren deutschen Berufes zu verfehlen.

XXV.

Die Hülfen der Propaganda für Grosspreussen.

Erscheint nach dem Allen die Doctrin, bezüglich die politische einer fixen Idee ähnelnde Marotte vom Eroberungsberufe Preußens so widersinnig und so häßlich, so drängt sich die Frage auf, wie es zu erklären ist, nicht blos, daß sie fort und fort mit solcher Beeiferung erneuert wird, sondern auch mit der Erwartung zu gewinnen wiederkehren kann? Die Erklärungsgründe zeigen auch das noch einmal recht deutlich, daß sie nichts weniger als eine harmlose ist.

Die Jünger der Schule, welche das Project „Kleindeutschland unter Preußen" verfolgt, werden weithin als Gefühls- und Phantasiepolitiker, ihr Ziel und Zielen wird als Träumerei geringgeachtet. Allein so ganz bodenlos ist ihre politische Rechnung, so ganz unkräftig ihre Wirksamkeit nicht, und dieses schon deshalb nicht, weil sie gerade als Politiker der gedachten Art bei sehr Vielen um so leichter Einfluß gewinnen. Gehört es doch so sehr zu den deutschen Neigungen — und Schwächen — das politische Denken durch die Empfindung beherrschen zu lassen. Darüber werden die Interessen nicht oder nicht deutlich gesehen, wenn gesehen, nicht gehörig gewürdigt. Sympathieen oder Antipathieen entscheiden mehr als der reelle Nutzen, Anregungen

derselben wirken stärker als Gründe. Daher z. B. in Deutschland Schwärmerei und Agitation für fremde Nationalitäten oder Freiheitsrufe in Momenten wo diese wie jene Deutschland sehr beträchtlich und nahe bedrohten und gefährdeten, während enthusiastische Regungen ähnlicher Art anderwärts, wie in England, wenn sie vorkommen, gegen das Beste und die Sicherheit des eignen Staates nicht blind machen, in der Rücksicht darauf ihre Schranke finden, wohl gar vom gemeinsten Eigennutzen ausgehen und Alles in Allem doch unschädlich verlaufen. Wie oft kam es in der letztvergangenen Krise vor, daß der Einklang der österreichischen und gesammtdeutschen Interessen und die Folge, daß Gesammtdeutschland mit Österreich gehen müsse, klar erwiesen und von allen zwölf Hörern oder Lesern auch eingesehen wurde, und daß dennoch eilf ihre Ansicht oder ihr politisches Verhalten antiösterreichisch einrichteten, weil hinterdrein Jemand zur Widerlegung alte antiösterreichische oder altpreußische Gefühle aufgeweckt hatte.

Wir wollen hiermit nicht sagen, daß wir die Doctrin und Tendenz der Politiker, die in Frankfurt und Erfurt fallirten, für stark genug hielten um sich durchzusetzen und Preußen an das ihm zugedachte Ziel zu bringen; allein es darf nicht übersehen werden, daß sie doch die Kraft erwiesen hat, großen Wirrsal anzurichten, die deutschen Sachen gerade in einem Momente zu verderben, wo ihnen hätte geholfen werden sollen und können, und insbesondre so viel zur Verleitung Preußens in die schiefe Bahn zu thun, auf welcher es weder Deutschland noch sich selber nützte und von den schlimmen Freunden nur Anklagen, Unwillen und Hohn erntete. Diese auf unberechenbare zukünftige Dinge, Glücksfälle, Größtgewinne, Segnungen mit Großfriedrichs, mit Bedrängniß oder Zertrümmerung Österreichs und dgl. spekulirenden Politiker gleichen freilich in

sofern den schwindelnden Kaufleuten, außer deren Richtung und Vermögen ein gutes oder großes und reelles Geschäft liegt. Aber den Platz können sie verderben, und ihrer Lehre kommt doch Mancherlei neben der gedachten Neigung und Schwäche und in Verbindung damit empfänglich und unterstützend entgegen.

Sie kann Verwandtes anregen und in Thätigkeit bringen, sie hängt sich an selbstsüchtige und falsche, richtige und edle Tendenzen, an Irrungen und Wahrheiten, an Illusionen und Realitäten an. Ihre gut geschulte, zum Theil auch reichlich genährte Propaganda ist rührig und weiß, um sich Anklang zu verschaffen, um zu täuschen, das Verschiedenste sehr gewandt zu benutzen.

Da sind in Preußen die Erinnerungen einer einstmals gespielten glänzendern Rolle und die noch größere Erwartungen erregte; da sind zumal die freilich zum Theil obsoleten, leidigen, mehr als bedenklichen Traditionen Friedrichs des Großen — das Paraderoß der Altpreußen; da ist die Stellung des preußischen Staates als einer europäischen und doch der unzulänglichsten Großmacht, worauf dann weiter ein sehr starkes und reizbares Selbstgefühl mit Neigung zu Hochmuth, Trotz und mancherlei leeren Einbildungen gründet. Die traditionellen und habituellen altpreußischen Anschauungen und Gefühle sind leicht anklingende Saiten, worauf denn auch die Doctrin vom übergreifenden Berufe Preußens mit Vorliebe und ohne viel Mühe wirksam „harft.“ Sie schmeichelt vorhandenen Prätensionen und Begehrlichkeiten, sie kommt einer Art von Stärkungs- und Trostbedürfniß entgegen, man hat ein bereitwilliges Ohr für sie, die doch wenigstens so willkommen verkündet, daß man Rechte, Ansprüche, Beruf habe, das zu sein was man so sehnlich zu sein wünscht. Nicht so leicht wird das Anstößige darin wahrgenommen, da man gewöhnt ist,

wo es um Vergrößerung und Verrherrlichung Preußens sich handelt, an kräftiger und glücklicher Gewaltübung Freude zu empfinden, über die Verwerflichkeit der Mittel hinwegzusehen, wenn sie nur dem Staate halfen, dem Staatszwecke dienten. Regt sich etwa das Gewissen wider das durch unrechtmäßige Gewalt oder treulose List zu befriedigende Vergrößerungsverlangen, so ist die Lehre, daß Preußen dazu berechtigt und berufen sei, ihre kunstvolle Verwechselung der Begriffe Beruf für das Ganze und Angliederungsberuf, ihre so geschickt Deutschland und dessen Interesse, die alte Aufgabe und deren Lösung vorwendende Rhetorik, auch gegen die Gewissensregung gut.

Rußlands Übermacht und Herrschtendenz, sein slavischer Absolutism und griechisch-kirchlicher Cäsareopapism bedroht die mitteleuropäischen Nationen auf dem religiösen wie auf dem politischen Gebiete, den Protestantism und den Katholicism gleich sehr. Darin lag abermals ihm gegenüber eine Einstimmung der Interessen des katholischen Österreichs und auch des protestantischen Preußens und Deutschlands, damit war abermals angezeigt, daß in der westöstlichen Verwickelung Preußen-Deutschland in Österreichs antirussische Politik hätte eintreten sollen. Um aber nicht Wenige blind darüber zu machen und für ein entgegengesetztes Meinen und Verhalten zu stimmen, bedurfte es inner Preußen und im übrigen Deutschland nur einer Weckung des altprotestantischen Gefühls wider das katholische Österreich und für das protestantische Preußen. Und dies trotz dem so Sichtlichen, daß es sich mit dem „protestantischen Preußen“ ganz ähnlich wie mit den Traditionen Friedrichs II. verhält, indem es damit nicht mehr recht geht, da Preußen zu zwei Fünfteln seiner Bevölkerung katholisch und demnach so viel weniger protestantisch und so viel mehr paritätisch geworden, und indem Österreich im

Begriff ist — wir setzen voraus, daß es den Geboten der Gerechtigkeit und Klugheit vollständig genügen werde — die Grundsätze der Kirchenfreiheit und der Gleichberechtigung der Konfessionen durchzuführen, wodurch die Bedeutung eines protestantischen Schutzstaats in Deutschland als eines solchen, wenn nicht obsolet doch wesentlich verringert wird. Aus dem angeführten Beispiel ist jedoch ersichtlich, daß die preußenthümelnde Schule noch immer hoffen kann Eindruck damit zu machen, wenn sie, was ihrerseits gleichfalls nicht versäumt wird, die altprotestantische Saite anschlägt, wie sie z. B. der erstnöthigen gesammtdeutschen Einigung in den Weg trat, auch weil das katholische Österreich darin sein, wohl gar führen werde, letzteres dadurch in die westmächtliche Allianz und die Befestigung darin drängen half und statt des enger zu schließenden deutschen einen denselben lockernden preußisch-englischen Bund um der protestantischen Interessen Willen anrühmte und forderte; oder wie jüngst das Börsenblatt des Hauses Gotha in Frankfurt in seinen Artikeln über Bundesreform die Einladung an Preußens König zur Annahme der Kaiserkrone erneuerte (!), damit Deutschland ein protestantisches Oberhaupt erhalte. (!!)

Nicht Wenige befinden sich in dem Irrthume, daß der Grund gewisser allerdings vorhandener Übel oder der Nichtbefriedigung großer wirklicher Bedürfnisse in der bestehenden Verfassung liege, oder daß durch Reformen derselben erreicht werden könne, was dadurch nimmer erreicht werden kann. Oder sie fordern von der Bundesverfassung, was eine solche nicht zu leisten vermag, nicht leisten soll. Oder sie verzweifeln an derselben. Das Alles wird geschickt benutzt, denn die bestehende Verfassung muß zunächst moralisch zu Grunde gerichtet, die Gedanken und Pläne müssen auf ein radikales Umkehren gerichtet werden, wenn die preußische Suprematie

eintreten soll, die ein solches voraussetzt, für welche die bestehende Verfassung keinen Raum darbietet. Es wird benutzt unter Pflege und Nährung der Irrungen, welche die Gelehrten als solche billig erkennen sollten und ohne Zweifel zum Theil auch sehr gut erkennen.

Ähnlich verhält es sich hinsichtlich des Zustandes und der Stimmung, worin man hier und da in den kleineren Staaten sich befindet. Innre Unordnungen, Mißregierung und was in ihnen sonst begründeten Unmuth erregen mag, auch grundlose Unzufriedenheit arbeitet leicht Preußen in die Hände und wird von der Propaganda für dessen Übergreifen ausgebeutet. Es leitet in ihnen hier auf den Wunsch radikaler Änderungen, dort — je näher sie dem Einfluß- oder „Machtgebiete" Preußens liegen — auf das Verlangen diesem angegliedert zu werden hin, oder macht doch mit dem Gedanken daran vertrauter, zufriedner.

Auch sonst hilft die Art der Deutschen mit. Es fällt ihnen nicht zu schwer, den Gesammtverband aufzugeben und in den Gedanken einzugehen einem Sonderstaate anzugehören, der ihnen verspricht. Weiter ist das Hoffen auf eine Hülfe, die gebracht werden soll, so bequem, und die Hülfe durch Preußen wird unermüdlich angekündigt. Zahlreiche specielle Interessen und Wünsche sind mit der Hoffnung auf Preußen verknüpft; Preußen ist dankbar, klug, zieht nutzbare geistige Kräfte, die sich ihm zuwenden oder nutzbar erscheinen, zumal aus der Gelehrten- und Schreiberwelt gern an; es hat sich manches wahre Verdienst um Deutschland erworben, es besitzt in der That große Mittel zur Wiederaufrichtung.

Dagegen Österreich hat sich in einem langen Zeitraume weit entfremdet und die Kluft ist auch beim besten Willen so leicht nicht auszufüllen. Es vermeidet die häufige Beschwerde nicht, daß es, in anderer Weise, doch gleich-

falls eine verletzend vornehme Miene und Haltung gegen das in den kleineren Staaten zertheilte Deutschland annehme und dasselbe — sei es aus Unkenntniß, Unterschätzung oder mangelhafter Würdigung der dortigen Werthe, Zustände, Stimmungen — bisweilen ganz verkehrt behandle, bald das Richtige bald das Genügende verabsäume die Neigungen zu gewinnen. Davon aber auch ganz abgesehen, wie viel läßt sich sagen um für Preußen, wie viel um wider Österreich zu stimmen, zumal wenn man Vorurtheilen fröhnt und Lüge und Entstellung nicht scheut. Und von allen der Werbung für Preußen und der Doctrin von seinem übergreifenden Berufe entgegenkommenden nutzbaren Momenten ist das vornehmste der preußisch-österreichische Antagonism, den wir genau verknüpft mit jener Lehre, deren unversiegliche Nahrungsquelle und den schärfsten Sporn ihrer Verbreitung hießen. Er wird am häufigsten und zugleich am schädlichsten von ihren Adepten benutzt, indem sie dadurch den schlimmsten der deutschen Schäden verschlimmern, das schwerste Hinderniß aller Besserung befestigen und vergrößern.

XXVI.

Die Bundesreform.

Als die weſtöſtliche Verwickelung kam, befand ſich Deutſchland in einem Zuſtande, der es nicht ſonderlich befähigte der ihm durch ſie werdenden Aufgabe zu genügen, ja es ſchwer gefährdet erſcheinen ließ in der Lage, worin es gerieth, der bedenklichern, worin es ſo leicht hätte gerathen können. Während der Verwickelung iſt es ſeinen Antheil an der europäiſchen Action, als Geſammtheit, abgeſehen von dem und trotz dem was Einzelne dabei ſtatt ſeiner und zu ſeinem Nutzen gethan, ſchuldig geblieben, hat ſein innrer Zuſtand ſolchen Conſtellationen gegenüber ſich nicht bewährt. Die Ergebniſſe der Verwickelung hätten ihm günſtiger ſein ſollen und ſein können, wenn es ſich in einem beſſern befunden. Selbſt die mit dem Frieden eingetretene wieder geſicherte Situation iſt geeignet, mancherlei Sorgen zu erregen. Dringende Bedürfniſſe im Innern ſind fort und fort unbefriedigt. Die deutſchen Sachen befinden ſich in manchen Punkten in keiner guten Ordnung. Die Bundesverfaſſung zeigt die alten Mängel. War der jüngſt vergangene Zeitraum der Unruhe nicht angethan, an Beſſerung zu denken, ſo ſollte dies nunmehr geſchehen, nachdem einer der Ruhe begonnen.

Daher denn von Neuem der gedachte vielstimmige Ruf aus den verschiedensten Regionen nach Bundesreform, und welchem die Berechtigung nicht abzusprechen ist.

Die nächste Zukunft, hieß es in der berliner Nationalzeitung (Nr. 149, „Deutschland nach dem Kriege") wird eine Zeit der Vorbereitung, der Sammlung sein. Sollen, während auswärts die Elemente neuen politischen Schaffens sich suchen — und zusammenfließen werden und nach solcher Passivität — bei uns daheim die Hände auf dem Schooße ruhen, soll auch in der neuen Weltlage nichts geschehen zur Verbesserung der deutschen Verfassung?

In einem Organe ganz entgegengesetzter Richtung, der Frankfurter Postzeitung wurde „zum dreißigsten März" gesagt: In diesem Jahre vollendet sich das Jahrhundert seit dem Beginne des siebenjährigen Krieges, eines Krieges voll großer Thaten, militärischer Erhebung, Entwickelung einzelner Staaten zu Ruhm und Herrlichkeit, aber auch voll der größten Schmach für den deutschen Namen, worin er nur durch den dreißigjährigen übertroffen wird. Mahnt dieser Rückblick uns an die Nothwendigkeit der Einheit, an die Gefahren der Spaltung, so wünschen wir, daß die Augen der Deutschen recht lange dabei verweilen. Sie werden sich dann erinnern müssen, daß auch die letzten Jahre den Charakter nicht verleugnet haben, den Deutschland seit drei Jahrhunderten, nicht zu seiner Ehre, der Welt zur Schau trägt; daß der Friede, dessen wir uns nun erfreuen werden, nicht durch die Macht seiner Eintracht, sondern trotz seiner Uneinigkeit, trotz der Mißgunst, trotz des Mißtrauens gegen den Nächsten, wie ein unverdientes freies Geschenk in seinen Schooß gefallen ist; daß der größte Antheil daran Österreich gebührt, welches wenig Dank bei den Seinen zu ernten gewohnt ist, und gar keine (?) Ermunterung in seiner Aufopferung gefunden hat; sie wer-

den erkennen, daß um auch nur die Lage sich fortzuerhalten, in der wir gegenwärtig uns befinden, und die mit Verzicht auf das Hochgefühl einer geehrten und mächtigen Nationalität erkauft ist, wir inmitten der neuen Verbindungen, die sich in Europa schlingen, des Zusammenhaltens mehr als je bedürfen, und daß mit dem Frieden auch die Zeit für die unermüdlichen Minirer — hic et ubique — wieder anhebt, denen das fürstliche Regiment allermeist keinen Glanz und keine Großthaten gegenüber zu stellen hat. Als die Bewegungen des Jahres 1848 begannen, waren alle Stimmen darin einig, daß sie durch That und durch Unterlassen vielfach verschuldet, daß die Forderungen, welche laut wurden, nicht durchweg unberechtigt seien, sondern zum Theile auf gutem Grunde beruhten: als die Strömung aufhörte und die Wasser in das alte Bett zurückkehrten, waren zwar andere Urtheile zu vernehmen aber die Gewissenhaften und Einsichtsvollen blieben ihrer Ansicht treu und ließen sich nicht durch die Umstände ändern, weil sie nicht blos in den Umständen gewurzelt hatten. Nun, es tritt jetzt wieder der Geist von Altdeutschland an die Fürsten und Völker heran. Benutzt die Zeit des Friedens und der Ruhe, um den Prüfungen gewachsen zu sein, die nicht ausbleiben. Jeder Versuch wird hoch angeschlagen werden, in der Niederlage selbst ist Ruhm zu erwerben. Nur wer sich selbst aufgiebt, ist gewiß verloren.

Gedenkt man dabei aber der alten deutschen Geschichten und neuen Erfahrungen, so kann man nicht wol glauben, gar zu vielem Vertrauen und Hoffen sich hingegeben zu dürfen. Wir sollen sie jedoch vor Augen haben bei diesen Dingen, nicht damit wir verzagen und ablassen, sondern um uns über letztere gehörig zu besinnen und sie richtig anzugreifen.

In den vergangenen Zeiten und insbesondere in den

früheren Reformperioden war man stets nur darüber einig, die Verfassung und das Regiment zu schelten und nicht so zu wollen, wie sie eben waren. Man war nicht geneigt, oder nicht tüchtig, den gemeinsamen Ordnungen und Gesetzen Folge zu leisten, sie zu unterstützen, beleben zu helfen, mit dem rechten Geiste zu erfüllen. Während man das Bestehende nicht wollte, vereinigte man sich über ein Neues auch nicht leicht, und wenn eine neue Ordnung aufgerichtet war, so ließ man sie wieder dahinfallen oder lehnte sich abermals gegen sie auf, entweder, weil dabei aus Ungeschick oder Selbstsucht fehlgegriffen worden, mit Grund, oder, weil sie dem Unverstande, dem Egoismus nicht gefiel, ohne Grund. Darüber ist das Reich zu Scheitern — und im Zeitraume des Bundes ist es nicht eben anders gegangen. Obschon an die Herstellung in diesem sogleich Unzufriedenheit mit der neuen Verfassung sich anknüpfte, ist doch ein ernstlicher, anhaltender Versuch, wie weit und gut man in ihr durch treuen und geschickten Gebrauch fortkommen könne, nicht gemacht; es hat vielmehr an der rechten Anwendung gefehlt. Man hat nach Reform gerufen, mit Reformversuchen sich viel Mühe gegeben, aber auch dabei war die wahre Staatskunst, war Einstimmung und Beharrlichkeit, der rechte Ernst und Nachdruck zu vermissen, und Projecte einer ganz andern Verfassung sind dazwischen gekommen, wobei eben dasselbe mangelte. Bund und Bundesorgan und Verfassung werden nichts geachtet, wie vorhin Reich und Reichsgewalt und Ordnung nichts geachtet wurden. Wegen ihrer Beschaffenheit. Aber jene waren so beschaffen und blieben und mußten es bleiben wegen der Beschaffenheit, Denk- und Gesinnungs- und Handlungsweise der Nation. In dieser sind Wandlungen zum Bessern vorgegangen, doch nicht so, daß sie von ihrer Art gelassen hätte, worin denn auch wol der vornehmste Grund liegen

wird, daß es, ob noch so sehr beklagt, mit der Gesammtverfassung geblieben wie es ist und war, in welcher, so reich an Gebrechen sie sein mag, die vornehmste Schuld irrig und verkehrt gesucht wird, was von jedem Punkt aus zu ersehen ist.

Wir wollen den Satz, auf welchen wir hier nochmals zurückgekommen sind, an dem Beispiele jenes Schadens erläutern, auf welchen die Betrachtung hingeleitet hat — des Schadens der preußisch-österreichischen Rivalität, müssen jedoch noch ein paar Bemerkungen zur Frage der Bundesreform vorausschicken.

Die letztere gehört zu dem, was geschehen muß, wenn der Zustand gebessert werden soll, kann hierzu aber für sich allein nicht helfen. Vor der Reform der Verfassung ist deren gute Anwendung wichtig. Unter Bundesreform ist Reform der Verfassung des Bundes und unter ihr deren Entwickelung, Fortbildung, Ergänzung zu verstehen, und zwar — um dies noch zu erläutern und sowol vor Mißverständniß als dem Vorwurfe zu sichern, man sage oder wisse nicht, was man wolle — mit dem Ziele auf das, was, ob auch Vielen oder selbst den Meisten unbefriedigend erscheinend, von allen Betheiligten, den Regierungen und Bevölkerungen, den verschiedenen Staaten und Völkerschaften, übereinstimmend als nothwendig und ausführbar erkannt und wozu schätzbares Material gesammelt und nur liegen geblieben ist. Es folgt, daß in der Reform diejenigen Forderungen und Projecte zu beseitigen sind, die zwar den Einen gefielen und ganz genügten, den Andern aber eben so sehr mißfielen, von Jenen so eifernd verfolgt als von diesen abgelehnt wurden, mehr oder minder nur Parteisache waren und auf vorübergegangenen Stimmungen beruhten, mit Einem Worte sich als ephemer oder strittig erwiesen. Sie sind wenigstens bis dahin zu

beseitigen, daß über Weiteres practische Gedanken sich herausgearbeitet haben, Einigung eintritt oder sich doch möglich zeigt. Das natürlichste und einfachste würde sein, daß man wieder anfinge mit dem, womit man im letzten Stocken aufhörte, also jenes Material wieder aufnähme. Man verdirbt nur die Zeit und die Stimmung und schafft nichts zur Bundesreform, wenn man überhaupt keinen bestimmten Gedanken über deren Ziel hat oder auf etwas hinauswill, das entweder an sich unausführbar ist oder zu dessen Ausführung die Neigung und der Wille in der Stärke fehlen, in welcher sie zu jener erforderlich sind. Auszuschließen sind namentlich die Projecte von 1848, worüber eben nur so großer Zank und Wirrsal entstanden und alle damalige Mühe unfruchtbar geworden ist.

Doch gerade darauf oder auf ähnliche Projecte und gerade nicht auf Reform der Bundesverfassung, sondern auf Errichtung einer ganz andern, also auf eine Revolution der bestehenden Verfassung oder ihres Substrates selbst wollen nicht Wenige hinaus, mit oder ohne Wissen daß ihre Forderungen dahin auslaufen. Denn dies zum wenigsten ist der Fall, wenn nicht die Bundesverfassung entwickelt und ergänzt, sondern wenn wie 1848 eine Verfassung errichtet werden soll, die für eine Föderation nicht paßt und also entweder eine Todtgeburt werden oder, Falls sie frei oder gezwungen angenommen würde, die Wirkung üben müßte, die besondere Existenz der vereinigten einzelnen Staaten aufzuheben und ihren Staatenbund in einen Einheitsstaat oder sage man oder nenne man es Bundesstaat umzuwandeln.

Eben auch die Nationalzeitung will darauf mit allen kleindeutschen und großpreußischen Jüngern der Doctrin vom Berufe Preußens hinaus. Sie fordert sogar wörtlich eine andere, neue Verfassung mit der Hegemonie Preußens

und dem Ausschluß Österreichs. Der Ausdruck „Verbesserung der deutschen Verfassung“ war ihr nur entschlüpft, oder war Redensart oder ungenauer Ausdruck ihres Gedankens, womit sie freilich den Tadel sich selber zuzieht, welchen sie bei der Eröffnung der Friedensconferenzen über „Europa“ aussprach, daß es — in der Türkei — in völliger Verblendung und Willkür einen Staat künstlich machen wolle, und womit sie die Weisheit, welche sie an die zur Friedensberathung Versammelten adressirte, bei sich selbst zu Schanden machte. Sie sagte: Wenn ein Mensch sich in seinen Bestrebungen übersteigt und Unmögliches will, so begeht er nicht allein eine Thorheit, die vielleicht unschädlich ist, sondern er verabsäumt zugleich zu seinem Schaden das Vernünftige und Nothwendige. Einem Staate eine Seele einhauchen wollen, ist in jedem Falle eine solche Verirrung, da der Genius der Geschichte sich dieses Geschäft für sich selber vorbehalten hat. Pfuscht man diesem Genius ins Handwerk, so wird man nicht nur nichts erreichen, sondern viel verschlimmern, und dies hauptsächlich dadurch, daß man unterdessen diejenige Art von Thätigkeit vernachlässigt, welche dem Menschen beschieden ist und die er ausüben kann und soll. Es ist verhängnißvoll, wenn Europa will, was es nicht kann, und nicht will, was es kann. Die Türkei mit neuem Lebensgeist aus abendländischen Quellen füllen, geht über den Beruf und die Aufgabe menschlicher Fähigkeit; die Russen aber abhalten und ihnen im eigenen Lande zu thun geben, das allein wäre ausführbar und vernünftig! —

Das ist Selbstverurtheilung, die völligste Verurtheilung der falschen Lehre vom Berufe Preußens aus der Schule, wo diese Lehre gelehrt wird. Es ist dieselbe Verblendung und Willkür, die dem Osmannenreiche eine Seele — ein Bewußtsein oder einen geistigen und Bildungszu-

stand, wie sie in den christlich-europäischen Staaten vorhanden und in ihm nicht vorhanden sind — und die der deutschen Föderation eine Seele einhauchen will — eine nicht sonder-, sondern einheitstaatliche Bestimmtheit der Denkart und Lebensgewohnheit, zu welcher nur Wenige durch Reflexion aus der entgegengesetzten hinausstreben, welche die der ganzen großen Masse in sämmtlichen deutschen Staaten ist. Es war dieselbe Verblendung und Willkür, dieselbe Pfuscherei und Thorheit, 1848 nicht zu wollen, was man gekonnt hätte — die deutsche Verfassung reformiren — und nur zu wollen, was man nicht konnte. (Es darf vielleicht bescheiden daran erinnert werden, daß dies auch schon auf einer der ersten Seiten unsers „Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerkes" stand.) Es ist noch immer dasselbe und dasselbe — nur für Deutschland — Verhängnißvolle, wenn man heute aus dem deutschen Bunde einen Staat machen — oder herausschneiden — will, was man nicht kann, und dagegen nicht will, was geschehen könnte, daß der Bund reformirt wird, und so vereitelt, was ausführbar und vernünftig wäre. Zumal wie jetzt die Dinge stehen, kann man das Erste doch gewiß noch viel weniger, als man es 1848 und 1849 konnte; es ist also heute noch viel mehr verderbende, verhängnißvolle Thorheit darauf hinauszuwollen, um nur den auf das Zweite gerichteten Willen noch zu beirren und zu mindern, der jetzt nicht stärker, eher schwächer ist, als er es 1847 oder 1850 und 1851 war.

Auf dem richtigern Wege befindet sich das andere der genannten Organe, indem es seinen angeführten Äußerungen hinzufügt: könne Deutschland eine andere Form als die eines Bundes souveräner Staaten nicht ertragen, so möge man das Gefühl der Nation mit dieser Form auszusöhnen, innerhalb derselben zu ihrem Besten zu wir-

ken, sie ihr werth zu machen suchen. — Wovon Jene das gerade Gegentheil thun!

Noch ist Folgendes hinzuzufügen. Es ist fruchtlos und unzuträglich, sich mit Dingen, politischen Fragen, zumal spannenden und aufregenden, zu schaffen zu machen, womit man nicht oder doch nicht eher vorwärts kommen kann, als bis erkannte oder unerkannte Hindernisse aus dem Wege geräumt sind, welche unüberwindlich dem Gelingen, ja schon dem Beginnen des Werkes, um dessen Ausrichtung es sich handelt, entgegenstehen. Dies ist nun aber bei der Bundesreform der Fall, und darüber muß man, wenn von ihr die Rede ist, vor Allem sich klar werden und zunächst auf das Hinwegräumen ihrer Hindernisse, die Bedingung, daß sie selbst nur in Angriff genommen werde, denken. Sollte es unmöglich sein oder für unmöglich gehalten werden, ihr dadurch den Weg zu bahnen, so würde man vernünftigerweise auf sie zu verzichten und sich darauf zu beschränken haben, zuzusehen, wie weit und gut auszukommen sei mit um so sorgfältigerem und besserem Gebrauch der Verfassung, wie sie ist. Zu jenen ihren Hindernissen gehört der Antagonism der deutschen Großstaaten.

XXVII.

Die Bundesreform und der preussisch-österreichische Antagonism.

Nicht die Gebrechen der Verfassung sind die vornehmste Ursache des Leidenszustandes, worin der deutsche politische Körper sich befindet, wie von jedem Punkt aus zu ersehen: — diesen Satz wollten wir dadurch erläutern, daß wir an dem Beispiele des Schadens der preußisch-österreichischen Rivalität zeigten, wie viel tiefer der Sitz der Krankheit liegt, wie er namentlich in dieser Rivalität zu suchen und wie viel hinderlicher sie, sie schon allein, allem guten Fortkommen und aller Besserung ist, als die Verfassung mit all' ihren Mängeln.

Es wird keines umständlichen Beweises bedürfen, wenn wir hier, nur erinnernd, die nachstehenden Momente hervorheben.

Was in den früheren Zeiten des Reichs die Gegensätze und der Hader der Sachsen und Franken, der Ghibellinen und Welfen waren, das war in des Reiches letzten Zeiten und war und ist im Zeitraume des Bundes die preußisch-österreichische Rivalität.

Zum mindesten sehr wesentlich auf sie ist zurückzuführen, daß die Bundesverfassung und Bundesgewalt nach

1815 zur richtigen und vollen Wirksamkeit nicht gelangten, häufig verkehrt gehandhabt, oder zu selbstsüchtigen Zwecken benutzt wurden; daß eine zweckgemäße Entwickelung nicht erfolgte, daß dann jene ungesunde stürmische Bewegung kam, die ein so starkes verurtheilendes Zeugniß abgab, gegen welche man sich lange nicht zu helfen wußte, die man doch nicht bezwingen konnte ohne Schimpf und manchen unheilbaren Schaden davon gehabt zu haben, die dem monarchischen, dem erhaltenden Principe so tiefe Wunden beibrachte, worin die besten Kräfte verbraucht und die besten Gelegenheiten verpaßt wurden. Wir befinden uns in keiner bessern Verfassung, und statt dessen in den Wegen, auf welchen wir bei der Revolte anlangten, die Bewegung wurde nicht zu dem benutzt, wozu sie gut war, weil die preußisch-österreichische Eifersucht in den obersten Regionen wie im Volke und Parlamente alle Bemühungen um eine Einigung, der Nationalversammlung, der Regierungen, vereitelte.

Nachdem der Antagonismus der großstaatlichen Cabinette die Centralstelle zu der Ohnmacht gebracht, welche dieselbe zeigte, war er das Hinderniß der so nöthigen Einigung der Regierungen vom März an gegenüber der Bewegung, der Nationalversammlung. Diese verfiel in ihre schädlichen Omnipotenzeinbildungen und Strebungen, weil die genügende Initiative auf der anderen Seite fehlte. Sie war so maßlos im Hasse gegen die Bundesverfassung und Gewalt, daß sie nahezu den gemeinsamen Rechtsboden zerschlug und den Gesammtverband zerriß, sogar dessen völkerrechtliche Bedeutung vergaß; daß sie den Rath verwarf, reformirend die neue Verfassung auf die vorhandene zu gründen, einen so unglücklichen Alles verderbenden theoretischen Neubau unternahm, auf ihren zu weit greifenden, ihren hier Preußens Ehrgeiz und Vergrößerungstendenz,

dort Österreichs Widerstreben und alle alten Rivalitäten aufstachelnden Entwurf gerieth: das Alles, weil der bisherige Zustand als ein so unleidlicher empfunden wurde, was die Folge wiederum davon war, daß ihn der Gegensatz der Großstaaten zu einer solchen Höhe der Unleidlichkeit gebracht hatte.

Die Nationalversammlung einigte sich um so weniger, veruneinigte sich um so mehr und die Regierungen durften auch berechtigten und heilsamen Intentionen der Bewegung, des Parlaments sich widersetzen und den Trieben ihrer Eigensüchteleien und Eifersüchteleien sich hingeben, weil Volk und Parlament, bei diesen und insbesondere bei der großen preußisch-österreichischen Rivalität von jeher betheiligt, ihre starken Antheile daran zum Reformunternehmen mitbrachten. Daß man über der Arbeit, Deutschland in eine bessere Verfassung zu bringen, im Enthusiasmus für die Einheit Deutschlands darauf gerieth, abschneiden, kleiner werden, Österreich fortschaffen, Preußen an die Spitze stellen zu wollen, daß zu der Zeit so für Preußen und wider Österreich geeifert oder auch im Wiederhall Preußen gescholten wurde, daß es hieß: Österreich — Preußen! wie vor Alters: Franken — Sachsen! oder: Welf — Waiblingen! was war das Alles eben Anderes, als das ehevorige Walten des lokalen oder partikularen und Stammesgeistes vor dem deutschen reichspatriotischen, als im Volke die alte Eigensucht, Eifersucht, Sonderlust, das alte Nichtverstehen oder Nichtwürdigen der Gesammtheitsinteressen, die alte Eingenommenheit und Leidenschaft für den eigenen oder den und jenen Stamm, Staat, Fürsten und dessen Erhebung über die andern, wodurch der richtige Wuchs und die gehörige Befestigung des älteren Reichs und Kaiserthums verhindert, dessen Verfall und Untergang herbeigeführt und nun abermals alle Mühe einer genügenden

Wiederherstellung gekreuzt wurde? Der Antagonism der Großstaaten war sodann das Hinderniß der Reform nach der Bewegung und dem parlamentarischen Reformversuch, die damit endeten, daß man einander in Waffen gegenüberstand und in verdorbenster Stimmung zur Herstellung und Revision zusammentrat. Es ist gleichfalls seine Consequenz, daß die Bundesverfassung und Regierung wie vor der Revolution und in letzterer, so auch nach ihrer Wiederherstellung ihre Zwecke nicht erfüllten, namentlich in der letzten europäischen Krise nicht. Die Politik des Bundes in letzterer war vornämlich die Folge der Politik Preußens und diese verdanken wir wesentlich dessen Eifersucht und Antipathien gegen Österreich. Die Macht- und Aussichtslosigkeit des neu erwachten Rufs und Strebens nach einer Bundesreform hat denselben vornehmsten Grund.

Eben daher auch, daß bei so viel Unordnungs- und Umwälzungsabneigung und Scheu die reformistischen Ideen und Tendenzen so vielfach in revolutionäre umschlagen, überstiegene unpractische Forderungen und Pläne radikaler Neuerung und Umgestaltung aufkommen, Anhang finden, mit Anstrengung verfolgt werden, wiederkehren, trotz Erfahrungen wie die, welche 1849 und 1850 mit ihnen gemacht worden, und in Zeitumständen wie die heutigen. Denn man sagt: der Grundschaden der dermaligen unleidlichen Ordnung der Dinge liegt in der Zertheilung Deutschlands in besondere Staaten, in deren Existenz, vornämlich im Vorhandensein zweier Großstaaten im Bunde, im „Dualism“, dem „zerrüttenden“ Dualism, bei welchem die Verfassung unzulänglich und unbesserlich ist und gebessert doch unzulänglich bleiben würde. Die kleineren Staaten sind wenigstens der geringere Grund des Schadens, sind mit Unrecht bisweilen der Hauptgegenstand des Anstoßes und der Klagen gewesen. Wäre nur ein Großstaat im Bunde

und also der führende und dominirende, oder wären die Großen einträchtig, so könnte weder das Dasein der Kleinen — so lange es noch währte — noch ihr Verhalten gar zu erhebliche Schwierigkeiten machen und würde auch ihr ganzes Gehaben ein anderes sein, das erst durch die Zwietracht der beiden führenden Staaten eine schädliche Richtung nimmt und eine unzuträgliche Bedeutung gewinnt.

So kam man auf die mehrerlei über der Idee und Tendenz der Reform hinausliegenden Projecte, so kommt man immerfort auf das, den einen Großstaat an die Spitze zu stellen und den andern auszuschließen, zurück. Das Project Kleindeutschland und dessen unablässige Wiederkehr entstammt vornämlich der Ansicht, daß der Dualism der Grundschade und unheilbar sei, diese aber hat mit allen ihren Irrungen ihren hauptsächlichsten Grund in der an die Coexistenz der beiden Großstaaten im Bunde sich anhängenden zerrüttenden preußisch-österreichischen Rivalität.

Mit ihren Irrungen! Denn freilich unterschätzt man dabei weit den Werth des Gesammtverbandes und die Wichtigkeit und Nothwendigkeit auch des anderen Großstaates für Deutschland, während man die Vortheile des Abschneidens, Kleinerwerdens und Concentrirens, die Kraft und Befähigung Preußens zu hoch veranschlagt. Sehen wir jedoch ganz hinweg von den Schädlichkeiten und Gefahren des kleindeutschen Gedankens und der wiederholten Versuche seiner Verwirklichung — er ist handgreiflich u n a u s f ü h r b a r. Zu letzterer würde, entgegen allen ihren in und außer Deutschland liegenden Schwierigkeiten, nicht blos ein zweiter Friedrich, sondern ein allgemeiner und vollkräftiger Nationalwille erforderlich sein, wie er so wenig jetzt vorhanden ist, als er es, ob auch geträumt, 1848 war. Es geht augenscheinlich gar nicht an, Preußen in die gewünschte hegemonische Stellung zu bringen, schon weil letzteres

territorial nicht hinlänglich erstarkt ist, entgegen Österreich, das nicht will, und Deutschland, das gleichfalls nicht will; denn auch in den kleineren Staaten ist ihm und dem Gedanken seiner Erhebung eine hinlänglich starke Meinung bei weitem nicht gewonnen. Es ist ganz und gar keine Aussicht vorhanden, durch Hinausweisen des österreichischen Rivalen dem Dualism kurzer Hand ein Ende machen zu können. Die Stärke der Stellung Österreichs in Deutschland beruht nicht blos auf Österreichs Willen und Macht, die letztere zu behaupten, sondern auch darauf, daß wenigstens zur guten Hälfte Deutschland — Fürsten und Völker — dem Ausscheiden Österreichs entgegen ist. Die Rivalität der Cabinette hat nicht blos in den Höhen ihren Sitz, sondern geht durch alle Tiefen: sie hat ihre festeste und stets neue Nahrung ihr zuführende Wurzel in der der Bevölkerungen. Wie oft war sie in diesen stärker und leidenschaftlicher als in jenen.

Wir haben es in unsern Tagen gesehen, als man (1848) für ein einheitliches Deutschland schwärmte, aber noch viel hitziger wider einander war, die Veruneinigung betrieb, mit äußerster Anstrengung Preußen zur Trennung antrieb, systematisch dessen Einigung mit Österreich hintertrieb, höchst charakteristisch die Bemühungen der Cabinette um ihre Einigung als vornehmsten Gegenstand der Sorge, ja als Attentate signalisirte. Es hat sich 1850, als man mit äußerster Heftigkeit den preußisch-österreichischen Krieg von den Regierungen forderte, die sich dawider sträubten und um ihren Frieden sich müheten, es hat sich in diesem letzten Zeitraume gezeigt, wo sich keine Empfindung so heftig und hartnäckig ausgesprochen hat, als die rivalisirende und namentlich die borussomane antiösterreichische, während doch das, was man wollte, nur in Einigung mit Österreich möglich war; es hat sich noch zu allerletzt im wichtigsten Moment für das deutsche Vater-

land gezeigt, wo endlich die Regierungen beider Großstaaten ihre Vereinigung und die von Gesammtdeutschland suchten, Preußen sich Österreich wieder näherte, ein beträchtlicher Theil der Meinungsorgane aber, insbesondere der preußischen und der preußisch influirten, also ein sehr beträchtlicher Theil der Presse widerstrebte und von Verunglimpfungen und Verdächtigungen Österreichs, von feinen und groben Hetzereien strotzte. Wie leicht würde sich nachweisen lassen, daß der preußisch-österreichische Antagonism seit seinem Entstehen immerfort aus dem Volke heraus unterhalten, genährt, geschärft wurde, in den obersten Regionen sich erweisend in ihm stets die bereiteste Unterstützung fand. Von allen Saiten, welche Friedrich II. anschlug, klang keine andere so stark und anhaltend wieder.

Einen absonderlichen Beweis liefert die Idee Kleindeutschland. Sie eignet dem Volke nicht am wenigsten. In der Gelehrtenwelt gerieth man darauf, immitten der Nationalversammlung gab man ihr Gestalt, machte man sie zum Parteiprogramm, das sofort großen Anhang im Volke fand, während es von der preußischen Regierung nur mit starkem Widerstreben aufgenommen wurde. Parteimänner halten am zähesten an ihr fest und bringen sie immer von Neuem auf die Bahn.

Ist es nun aber nicht blos undiensam, geht es, was mehr ist, nicht an, durch Hinausschaffung des einen Großstaates dem zerrüttenden Dualism ein Ende zu machen, so dürfen auch die politisch Denkenden in der Nation vernünftiger Weise, um Hülfe zu schaffen, keinen auf diesen Gedanken gründenden Plan verfolgen — nicht wollen, was sie nicht können. Sollten sie es nun aber nicht mit dem versuchen was geschehen kann, nicht darauf sinnen, ihre Pläne basiren, ihre Thätigkeit richten, das fortzuschaffen wodurch der Großstaatendualism zerrüttend *wird*, die aus-

artende Rivalität der Großstaaten? In Wahrheit, wenn unsere politisch Denkenden, Kundigen und Wohlmeinenden die Bewältigung jener Rivalität sich recht eigentlich zum Ziele setzten, es wäre eine große und würdige, nützliche und vielversprechende politische Arbeit, Gegenstand einer nationalen Aufgabe, an die man leidig gar zu wenig gedacht hat, das beste Programm einer nationalen Partei, einmal etwas Practisches, das volksseitig zum Zweck der Lösung der „alten" Aufgabe der Wiederherstellung vorgenommen und, wenn auch nicht von Heute auf Morgen, vollbracht werden könnte, das auf den Grund ginge. Und es muß geschehen, wenn man in den Verhältnissen wie sie sind und in der gegenwärtigen Verfassung leidlich fortkommen will, und man würde sich auch in ihr behelfen können wenn es geschähe. Es muß geschehen, wenn man sich nicht fort und fort im unzuträglichsten, peinlichsten und schädlichsten Zustande befinden will, so lange man im Bunde lebt und also darauf angewiesen ist, sich zu vertragen. Das sollte man sammt einer der Traditionen Friedrichs II., die von den Nachtretern außer Acht gelassen werden, besser bedenken. Der große König, dessen Gedankenkreise die Lösung der alten Aufgabe im Sinne der Reichspartei vollkommen fremd war und der die Erfahrung gemacht, daß es auch nicht anging, mit Eroberung Preußen so weit zu bringen, als er wohl gedacht — der große König anerkannte — und auch die noch größere Autorität der deutschen Geschichte lehrt — daß das deutsche Volk nur die Föderation erträgt, in Deutschland also nur die Föderativverfassung paßt — immerhin mit so viel Centralisation und Stärke der delegirten obersten Gewalt, als diese ihrem Wesen nach zuläßt, und sie läßt ein größeres Maß derselben zu, als sie in ihrer gegenwärtigen Form zeigt. Sie hat neben eigenthümlichen Mängeln eigenthümliche, weniger als diese in die Augen fal-

lende und erkannte Vorzüge. Sie heischt aber freilich, damit die letzteren hervortreten, damit sie wirke was sie soll, föderative wie die Republik republikanische, die Einherrschaft monarchische Gesinnung — das was zu sehr gefehlt hat und noch zu sehr fehlt. Das Fortwandeln in dem alten, nicht zwei-, sondern vielhundertjährigen bösen und gerichteten Wege der Eifersucht und des Haders hat den vielbeklagten schlimmen Zustand gebracht und alle anderweiten Heilmittel und Methoden unwirksam gemacht und erwiesen. Die große Zwietracht in der Nation, vor Allem unter den vornehmsten Gliedern des Bundes, ist der Grundschade heute wie vorhin, ihre Beendigung das alleinige Heilungs- und Rettungsmittel (S. 87). Auf die letztere muß mit allem Ernst und Nachdruck hingearbeitet werden, um der Bundesreform Willen, die man doch fordert und die vor ihr schwerlich eintreten wird, und wenig oder nichts helfen würde, wenn sie vor ihr oder ohne sie einträte. Sie würde an sich selbst schon einen bessern Zustand herbeiführen, wäre schon eine große Reform, würde den Weg zur ersehnten Bundesreform als ihrer nothwendigen Consequenz bahnen, bedingt das Gelingen jedes anderweiten Reformversuchs, verbürgt allein den Erfolg jeglicher Reform — und liegt in unserer Hand; wir können jeden Tag damit beginnen.

Man hat die Mängel der bestehenden Verfassung, der gegenwärtigen Ordnung der Dinge, die Schädlichkeit des Dualism, die Mißgriffe der Regierungen und insbesondre die Versündigungen der rivalisirenden Großstaaten sattsam ans Licht gezogen, kritisirt, beklagt; man hat nach Reform gerufen und mit Rathschlägen, Entwürfen und mancherlei Anstrengung um sie sich bemüht. Es ist Alles vergeblich gewesen, und warum? Was zu sehen und zu thun viel wichtiger und nöthiger war, das wurde entwe-

der nicht gesehen oder doch nicht gehörig beachtet und gewürdigt, so daß im Handeln der Einsicht Folge gegeben wäre. Wenn der ursächliche Zusammenhang zwischen der Rivalität der Großstaaten und dem ganzen unglücklichen Gange seit 1815 erkannt wurde, so suchte man doch den Grundschaden zu oberflächlich im Dualism statt in der Verbindung jener Rivalität mit ihm, sah diese Verbindung als eine untrennbare an oder nahm sie gedankenlos für eine solche. Die Mitgliedschaft zweier solcher Staaten wie Österreich und Preußen im Bunde ist jedoch nicht an sich, sondern erst durch die sich daran knüpfende Eifersucht und Feindseligkeit derselben so nachtheilig; ihre Rivalität kann auch die Richtung zu einem wohlthätigen Wetteifer nehmen; der schädliche Antagonism der Großstaaten ist keine nothwendige Folge des Dualismus. Das leuchtete nicht hell genug ein, und eben auch darum ward es nie lebendiger beherrschender Gedanke, daß Beseitigung der preußisch-österreichischen Eifersüchtelei ein Erstnöthiges und Rettendes wie Mögliches sei; nicht entfernt wurde sie jemals politische Aufgabe und Arbeit in der Nation; unsäglich viel geschah in dieser von alle dem was jener Aufgabe und Arbeit nur immer entgegenliegen mochte. Das gehört zu den unerkannten oder doch zu wenig erkannten und schon darum schlimmsten politischen Fehlern und Sünden.

Man muß einräumen, daß ausgeartete Rivalität derzeit sehr eng, ja scheinbar unauflöslich mit der Coexistenz der Großstaaten im Bunde verknüpft ist, daß ihrer unvermeidlichen Rivalität die Ausartung sehr nahe liegt. Doch ist Rivalität nicht an sich selbst bös, und ist es nicht allem nicht an sich selbst Bösen oder Schädlichen, ist es nicht dem Nützlichsten und Besten eigen, daß es zum Verderblichen sich kehren kann? Sollen Diejenigen Recht erhalten,

die der Monarchie oder der bürgerlichen Freiheit entgegen sind, weil denselben der Mißbrauch so nahe liege? Wenn dem Dualism untrennbar „zerrüttende“ Rivalität der Großen verbunden ist, wenn Deutschland bei ihm nicht genesen und ihn auch nicht loswerden kann, wo bleibt der Ruhm Preußens und der Thaten seiner Heroen, der Ruhm der Gründung und des stetigen Erstarkens und Wachsens des preußischen Staates, wodurch er hereingeführt worden? Soll Preußen oder Österreich aus dem Bunde ausscheiden, das heißt soll aus dem Bunde eine Gegenstellung der Deutschen, sollen aus den vereinigten feindliche deutsche Staaten mit oder ohne zwieträchtige Union werden, soll Deutschland Österreich oder Preußen, das will sagen sich selbst aufgeben, weil daran, daß zwei Großstaaten in ihm stehen, eine Rivalität derselben sich knüpft, welche in einen verderblichen Gegensatz leicht ausarten kann und mehr oder weniger ausgeartet ist? Die böse Großstaatenrivalität ist unfraglich nach ihrer Natur und nach dem Zeugniß der Geschichte der Abnahme und Zunahme unterworfen. Sie ist beflissen und künstlich gesteigert, sie ist absichtlich genährt und geschärft; Bemühungen entgegengesetzter Art haben den Erfolg gehabt, daß sie gemindert wurde, zeitweilig verschwand, der Eintracht wich, in Wetteifer, eine heilsame Rivalität sich verwandelte, so daß der Dualism unschädlich wurde, zum Guten sich kehrte. Kann man zweifeln, daß die arge Gegensätzlichkeit der Großstaaten überwunden, mindestens sehr beträchtlich verringert sein würde, wenn es nach 1815 wahrhafte öffentliche Meinung geworden wäre: sie müssen und sollen einträchtig sein! Die Antipathien und deren Äußerungen, die Anstachelungen und Hetzereien haben zur Zweiung der Cabinette gewirkt: wie könnte man zweifeln, daß es ihr entgegengewirkt haben würde, wenn im Volke alle Mittel aufgeboten wären sie davon zurück-

zubringen? Würde sich nicht ein dem bisherigen entgegengesetzter, der Gang zu richtiger Bethätigung, zur Entwickelung, zur Reform der Verfassung ergeben müssen, wenn hinfort so viel geschähe entgegen dem Neide und der Eifersucht, als bisher geschah zu ihrer Unterhaltung und Steigerung?

Die Aufgabe des Bewältigens des preußisch-österreichischen Antagonism wird dadurch, daß er auch ein volksmäßiger ist, freilich eine beträchtlich größere und schwerere, doch nicht unlösbar, und indem wir sagen, daß die politisch Denkenden und Theilnehmenden sie sich stellen sollten, glauben wir auch keineswegs zu viel, keineswegs Aussichtloses zu fordern, so gut wir wissen, daß es sich dabei um eine sehr beträchtliche Umstimmung im Volksgeiste, große Geduld und Beharrlichkeit, Selbsterkenntniß und Selbstverleugnung, ein nicht geringes Zunehmen des politischen Verstandes und patriotischen Willens handelt. Denn freilich hängt auch heute die im Volksgemüth haftende Eifersüchtelei und Neiderei genau mit den alten und perennirenden Schwächen, dieselben Fehler producirend, zusammen. Statt sich angelegen sein zu lassen, zuerst ihrer als einer schweren Krankheit und Gefahr ledig oder doch Herr zu werden bei sich selber, dann in den obersten Regionen sie zu überwinden, giebt man sich den ihr entstammenden Stimmungen und Antrieben hin, hegt sie bei sich selber, läßt die ganze politische Anschauung von ihr durchdringen, läßt ihr in Kundgebungen aller Art die Zügel schießen, befestigt und stärkt sie, weil man nicht klar erkennt und lebendig fühlt, wie grundschädlich jene Stimmungen und Antriebe in der vorhandenen Verfassung und für deren gehörige Wirksamkeit, für die Bundesreform und eine nationale Bundespolitik oder wie werthvoll und nothwendig trotz ihrer Mängel jene Verfassung, schon als der Gesammtverband, für gesundes Dasein in ihm, für Bestand und Weiterkommen ist.

Weil diese Einsicht so sehr fehlt, hat man so wenig Interesse für den Bund und dessen Institutionen, und deshalb wiederum beachtet man so wenig was sie und das Leben und Schaffen in ihnen verdirbt und hilft zu diesem Verderben mit, nach einer Reform rufend und herumgreifend, die man zugleich nothwendiger und schwieriger macht. Oder man trägt sich mit Plänen einer radikalen Neugestaltung, deren Verwirklichung zum allermindesten problematisch ist und in unabsehbarer Ferne liegt, und vereitelt inzwischen sowol die Wirksamkeit als die Besserung der politischen Ordnungen und Verhältnisse, worin man sich befindet. Es ist ein unseliges Wechselwirken, daß in unserm Volke, trotz allem Reden von deutscher Einheit oder auch allem Sinn und selbst Enthusiasmus dafür, engerer Verband die meiste Liebe hat und der Gesammtverband — wegen seiner Beschaffenheit! — geringer gilt und stets vernachlässigt wird, so daß man eben auch im fraglichen Falle sich um so weniger anstrengt die trennenden Empfindungen zu bemeistern, und daß die Übermacht der letztern der Einsicht vom Werthe des gemeinsamen Bandes den Eingang erschwert und die Liebe des letztern und allen patriotischen Sinn und Willen für ihn fern oder schwach erhält.

Allein so wenig wir die Stärke des vielgedachten Antagonism verkennen, eben weil er in der Volksart und Unart wurzelt, bleiben wir dennoch bei unsrer Behauptung stehen. Jene ist nicht unbeherrschbar; sie kann zum Gesammtnutzen gelenkt werden; darin und nur darin, daß es geschieht, ist Hoffnung; es würde doch gar zu spöttlich und schimpflich sein, wenn wir nur durch Unglücksfälle und Schläge dahin gebracht werden könnten. Eine der geforderten ähnliche Umwandlung der Empfindungen, Stimmungen, Anschauungen und Gesinnungen begleitete die Reformversuche der früheren Jahrhunderte nicht — und sie schei-

terten oder blieben ohne Frucht. In den Jahren der Fremdherrschaft nach dem Untergange des Reichs ward zur Befreiung und Wiederherstellung Ähnliches, Läuterung und Erhebung des nationalen Geistes, die Erkenntniß der Verwerflichkeit der partikularen Selbstsüchteleien und Eifersüchteleien eingeschlossen, als nothwendig erkannt, von Vielen eifrigst betrieben und in beträchtlichem Maß erwirkt: — und die Befreiung und Wiederherstellung gelang. Sie gelang nicht besser, weil in den Höhen und Tiefen noch zu viel vom alten Sauerteige zurückgeblieben war. Wir sind im Zeitraume des Bundes nicht vorwärts gekommen, wir haben es unternommen zu reformiren und sind damit gescheitert, weil wir über dem Vornehmen, Deutschland zur Einheit zu bringen, die Gegensätze schärften und mehr als vielleicht je den Rivalitäten verfielen, denn nie zuvor ist Separatpolitik zu Gunsten eines deutschen Einzelstaates in solcher Umfänglichkeit und Leidenschaft, am wenigsten so heuchelnd oder sinn- und begriffverwirrt, als gölte es eben der Einigung und Einheit Deutschlands, betrieben. Auch noch in der letzten großen Feuerprobe der Nation und ihrer politischen und patriotischen Einsicht und Energie, während die preußisch-österreichische Rivalität sichtlich als der Stein des Anstoßes und ihre Überwindung als Bedingung für jedes richtige und nationale Verhalten dastand, ist viel zu ihrer Ermäßigung und Entfernung, und neutralisirend mindestens eben so viel zu ihrer Unterhaltung und Verstärkung geschehen: Beides hat seine vor Augen liegenden guten und faulen Früchte getragen. Daß die Einsicht was aus ihr folgt, wenn ihr Raum gegeben wird, Sorge wegen ihrer Consequenzen und Kampf wider sie nicht fehlte, daß auch nationale von ihr freie Gesinnung lebendig war und energisch vertreten wurde: es hat doch so viel gewirkt, daß die lockere Einheit im Bunde auch in den gegebenen An-

läſſen nicht zerriſſen iſt, daß wir 1850 den deutſchen Krieg nicht bekamen, daß ſich die deutſchen Staaten neuerdings nicht für den Weſten und Oſten und wider einander parteit haben.

Wir bleiben deshalb dabei, daß Hinwirken auf die Beendigung des zerrüttenden preußiſch-öſterreichiſchen Antagonism Loſung werden, in die geſammte politiſche Aufgabe und Thätigkeit als ein vornehmſter Theil derſelben aufgenommen werden ſollte. Will man, nichts darauf vertrauend und die Arbeit für zu groß haltend, davon nicht hören, dann wird man aber auch alles Hoffen auf Deutſchland und für Deutſchland dahinfahren laſſen müſſen — dann höre man insbeſondre auf, von Bundesreform zu ſprechen. Es wird ein Geiſt lebendig wie 1813, wie er ſich bekundete auch in den erfreulichern Zeichen und Erſcheinungen von 1848, oder nicht; und mit ihm verbindet ſich mehr Klarheit, Sicherheit, Einmüthigkeit über das mögliche und richtige Ziel und über die angemeſſenen Mittel und Wege, mehr Achtung und wohlverſtandene Liebe des Bundes, oder nicht: — das iſt das Entweder — Oder nicht! der Bundesreform.

Schluss.

Vom Mai, wo das Manuscript der Druckerei übergeben wurde, bis zum Ende des Juli, wo der Druck vollendet ist, hat sich Manches ereignet, Großes und Kleines, das berücksichtigt sein würde, wenn die „Studien“ erst jetzt geschrieben oder vollendet wären. Es liegt Anlaß darin, einige Bemerkungen zum Schlusse nachzutragen.

Ich habe scharf betonend und unschmeichlerisch auf die Selbstschuld der Nation hingewiesen, die zu einem beträchtlichen Theile in einem schmerzenden Leidenszustande sich fühlt, muß also den Vorwurf gewarten, zu beugen, zu entmuthigen, zu verkennen, zu erniedrigen, zu beleidigen, zu schmähen. Ich scheue ihn nicht. Jene Erinnerung ist geeignet zum Ziele zu helfen, wenn sie nicht einer Schwachheit begegnet, bei welcher Alles verloren, doch Alles Eins wäre; sie ist stärkend und aufrichtend, wenn Kraft und Kern vorhanden, beweist Anerkennung und Achtung, indem sie deren Vorhandensein voraussetzt, und geht davon aus, denn sie würde sonst gar nicht laut werden.

Nicht freilich, daß ich Angesichts der Vergangenheits- und Gegenwartsbilder der Nation ein sonderliches Vertrauen hegte, daß all solch Fingerzeigen — von dem meinigen gar nicht zu reden — alles Mahnen, dem vielfältigen eigenen Verfehlen, insbesondere den verderbenden

Rivalitäten ein Ende zu machen, rasch und durchgreifend wirken werde. Es vermindert aber doch wohl, wenn es weiter nichts schafft, den Haufen Verkehrtheit um so viel, als er von der andern Seite größer gemacht wird. In mancher Periode unsrer Geschichte war das Unglück der Zeiten und der Verhältnisse, die Verkommenheit und Unempfänglichkeit des Nationalgeistes, die Zwietracht und der Hader und mit Einem Worte aller Unverstand und ungute Wille noch größer. Dem, der einerseits dies einräumt und andererseits, was mehr und an sich selber viel ist, unsrer Nation, entgegen ihrer Art und dem Einfluß der Pfleger und Schmeichler ihrer gewohnten Empfindungsweise und Gedankengänge, ansinnt, ihren Bund und dessen Verfassung trotz deren Schwäche und traurigen Gestalt werth zu halten, darauf zu fußen und zu bauen, einträchtig zu werden, insbesondere sich zu einigen zur Bewältigung der feindseligen Rivalitäten — dem wird man nicht nachsagen dürfen, daß er — ob auch Gunst und Beifall der Menge oder der Tagesmeinung nicht suchend — unbillig und hart sei gegen die eigene Nation oder ganz an ihr verzage.

Den Königen, den Regimenten, wenn sie dem selbstsüchtigen, hadernden Rivalisiren sich hingeben, fällt die unmittelbare, die größeste Verantwortlichkeit zur Last. Doch liegt ihnen, als den in erster Linie Handelnden, auch deren Gefühl und Wucht am nächsten. Sie bemeistern Eifersucht und Neid zum wenigsten eher, als die Parteien und Parteimenschen. Im Volke ist beschränktes, selbstsüchtiges, zu Haß und Hader prickelndes Stammesgefühl weniger, Verstand und Neigung zum Vertragen mehr als in früheren Zeiträumen. Aber die verhärteten Partisane, die politischen Projectmacher und übelbeflissenen Rhetoren und Sophisten schüren fort und fort den Haß, den Argwohn, den Neid, den Ehrgeiz. Bei den deutschen Verhält-

nissen war und ist — seit mehr als hundert Jahren im Reich, seit seiner ganzen Lebzeit im Bunde — das Allerschädlichste die preußisch-österreichische Rivalität, was ihr entstammt, was sie nährt, und dazu gehört in erster Linie die Theorie vom Berufe Preußens, welche die „Geschichte der Preußischen Politik“ zu propagiren bestimmt ist, die Tendenz zur Hegemonie, Oberherrschaft oder Vergrößerung Preußens, welche das gelehrte Buch verfolgt, das offene oder versteckte Aufstacheln des Grolles und mißgünstig-gehässiger Nebenbuhlerei, wovon es nicht frei ist und frei sein kann bei jener seiner Tendenz. So lange diese lebendig ist, kann Deutschland zu keinem bessern Stande und Wesen, und sie selbst kann nur dadurch zu ihrem Ziele gelangen, die Theorie kann nur dadurch verwirklicht werden, daß das Unkraut der Eifersucht und des Grolls gegen den andern Großstaat in die Blüthe tritt. Sie bedarf jenes abscheulichen Aufstachelns als eines nothwendigen Mittels zu ihrem Zweck. Was dem deutschen Körper Gift und Tod ist, ist ihr Lebenselement. Die „Geschichte der Preußischen Politik“ wird in Mißbrauch der Geschichtschreibungskunst und in Fälschung deutscher Geschichte geschrieben zur Befestigung und Verbreitung der grundverderblichen Begriffe und Doctrin, zur Anreizung Preußens, in den Gang wiedereinzulenken, den es seit 1740 genommen, und zwar gerade insofern er ein unheilvoller war, zur Unterstützung eines erneuten Versuchs, auf das gescheiterte Partei- und Haderproject zurückzukommen, das 1848 nur bei den Einen Billigung fand und den Mißbilligenden aufgedrungen werden sollte, nur veruneinigte und alle Reformbestrebungen und Hoffnungen vereitelte. Dadurch hat sie mich zum Widerspruch gereizt, darum habe ich mich so eingehend mit ihr beschäftigt.

Einer Äußerung auf der Seite 373 sei hier aus-

drücklicher Protest gegen die Mißdeutung hinzugefügt, als wäre Professor Droysen wegen seiner dem Erscheinen der „Geschichte der Preußischen Politik“ auf dem Fuße gefolgten Beförderung nach dem preußischen Königsberg gemeint. Was auf jener Pagina steht, war längst geschrieben, als dieselbe kund wurde. Es liegt mir vollkommen fern, derartige Gedanken zu hegen oder, wenn ich sie hegen sollte, sie verlauten zu lassen in Insinuationen solcher Art. Das zu Ungunsten der Tendenz und Darstellung Professor Droysen's Geschriebene habe ich bei dem Gedanken, daß es ihn persönlich unangenehm berühren möchte, nicht ohne Widerstreben geschrieben nach dem amicus Plato, magis amica veritas. Jeder unbefangene Leser dieser Lucubrationen, wenn er auch ganz anderer Meinung ist und die meinige noch so weit gefehlt hält, wird anerkennen, daß das in ihnen Geäußerte nicht aus momentanen, flüchtigen oder frivolen Stimmungen irgend welcher Art, sondern völlig aus dem Ernste einer gefesteten Anschauung und Überzeugung, aus dem Zusammenhange eines auf einer solchen gründenden Gedankenkreises, aus einer auf die Sache und viel weiter als auf kleine Personenangelegenheiten zielenden Tendenz stammt. Ich erweitre jenen Protest noch dahin, daß Niemand sagen soll, Professor Droysen habe so für Preußen geschrieben, um in dessen Staatsdienst aufgenommen zu werden; ich achte ihn für erforderlich, um der Logik und Schwachheit gewisser preußischer Schreiber Willen, z. B. derer in der „Zeit.“ Indem sie nach ihrem Belieben annahmen, ich sei der Verfasser der ihnen sehr unbequemen Schrift: „Die deutsche Politik Preußens und das berliner Centralpreßbureau“, hielten sie sich an die Person des vermeinten Autors, und folgerten und sagten — beiläufig die Wahrheit der in der genannten Schrift von ihnen enthaltenen Charakteristik bezeugend — zur Entkräftung der

von jenem beigebrachten Facta, Documente und Argumente: ich habe scharf gegen sie, also gegen Preußen, und weil gegen Preußen für Österreich, und weil für Österreich deshalb geschrieben, um in dessen Dienst befördert zu werden. An so etwas ist nie gedacht, und wenn sie dies mir nicht glauben wollen, so haben sich doch jedenfalls ihre Behauptungen nicht bewahrheitet. Dafür ist Professor Droysen in preußische Dienste übernommen und also das Widerwärtige zu besorgen, daß die gedachten Schriftsteller auf ihre Weise Schlüsse ziehen und nun den Schmutz nach ihm werfen, womit sie mich nicht getroffen. Möge mein Protest das bewirken, was er soll: sie selbst von einer Unwürdigkeit zurückhalten, die gute Gesellschaft vor dem Schauspiel einer solchen und Professor Droysen, der vielleicht empfindlicher gegen dergleichen ist als ich es bin, davor schützen ihr Gegenstand zu werden!

Ich höre, daß nun eine gute Anzahl von preußischen Stimmen über die „Geschichte der Preußischen Politik“, und zwar in demselben Sinne sich haben vernehmen lassen wie die „Grenzboten“ und das „Preußische Wochenblatt.“ Mir ist nur noch eine einzige Anzeige des Droysen'schen Buchs, die in der Nummer 28 der „Berliner Montags-Post“, zu Gesicht gekommen. Auch ihr Verfasser glaubt auf das Wort und sieht von der Tendenz der Droysen'schen Darstellung — weil sie auch ihn erfüllt und beherrscht — so wenig oder vielmehr so gar nichts, daß er diese Darstellung durch die Versicherung empfiehlt, das eben sei eins ihrer hervorragendsten Merkmale und die unermeßliche, wissenschaftliche sowol als practisch-politische Bedeutung, daß ähnliche oft ausgesprochene Sentenzen und Anschauungen wie die ihrigen in ihr nicht in der Form tendenziöser Behauptungen und schönrednerischer Phrasen erschienen, sondern als das gewichtvolle Er-

gebniß der detaillirtesten historischen Untersuchung mit der überzeugenden Gewalt thatsächlicher Erscheinungen gleichsam von selbst dem Leser entgegenträten u. s. f. Der Erste, Häusser, hatte Rücksichten zu nehmen, hatte einst mit Droysen für das preußische Kaiserthum geschwärmt, gefochten, die Deutsche Zeitung unter Droysen's Mitwirkung gerade in der Zeit redigirt, wo sie fanatisch für die Ideen agitirte, in welchen Droysen vollständig stecken geblieben ist. Er sah ganz gut, wollte aber, wie es scheint, wenn der Gebrauch der populären Redeweise hier gestattet ist, der Katze die Schelle nicht anhängen. Nun wird von den Andern ungenirt geläutet, um der „practisch-politischen" Wirksamkeit der oft ausgesprochenen und so willkommen wiederholten Sentenzen und neu gestützten und geschmückten Anschauungen nachzuhelfen *).

Die Haltung Preußens während der letztvergangenen Monate in auswärtiger und deutscher Politik ist die vorherige geblieben, hat abermals nicht berechtigt, die eminente Fähigkeit oder den entschiedenen Willen bei ihm vorauszusetzen, die alte Aufgabe wieder aufzunehmen und in einem großen Sinne zu lösen.

In der Donaufürstenthümer-Frage — und wenn die Zeitungsnachrichten über eine im April nach Turin abgegangene Note des berliner Cabinets gegründet sind, auch

*) Die „Fabel" berührend, daß dem Burggrafen Friedrich VI. die Marken in Folge eines „Geldgeschäfts" überwiesen worden, spricht der kritik-unmächtige Kritiker in der „Berliner Montagspost" in dem Sinne sich aus, Droysen zeige nach dem Vorgange Riedels sowol aus den Urkunden als dem geschichtlichen Zusammenhange, daß kaum jemals ein Regentenwechsel in so reiner, edler und uneigennütziger Absicht vollzogen worden, als diese Übergabe. Droysen hat wieder zunicht gemacht, was Riedel ganz gut gelungen war gegen die „Fabel." Welch unsägliche Befangenheit in der Tendenz der Droysen'schen Darstellung, hiervon und von Ähnlichem nichts zu sehen, und wie sehr beweist auch sie die Verbreitung und Zähigkeit der Ideen und der Richtung der letzteren.

in der italienischen — hat es seine Stellung entgegen Österreich genommen, und wenigstens die preußischen und insbesondere die officiösen preußischen Stimmen in der Presse haben nach allen Kräften dahin operirt, daß es, nach geschlossenem Frieden und bei der Aufgabe dessen Ergebnisse zu sichern, Österreich Schwierigkeiten an der Donau wie in Italien bereite. Nicht eilig genug konnten sich ihnen die österreichischen Truppen aus den Donaufürstenthümern entfernen, sie zeigten die peinlichste Sorge, daß Einfluß des deutschen Großstaats sich dort befestige, sie befürworteten eifrigst die von den russisch gesinnten Bojaren gewünschte, von den nichtdeutschen Mächten betriebene, zunächst Rußland nützliche Vereinigung jener Fürstenthümer — das Alles um so auffälliger, da sie vorhin die letztern stets als dem Interesse Preußens fernliegend bezeichnet und da doch Preußen sammt allen Bundesstaaten wiederholt anerkannt hat, daß bleibende und große deutsche Interessen in den Donauländern von Österreich vertreten wurden, vorhanden und zunächst durch Österreich wahrzunehmen sind. Aus Äußerungen nichtdeutscher Blätter ist leidig zu ersehen, welchen Eindruck dies Bezeigen auch im Auslande machte, und wie die Auswärtigen dadurch in der uns sehr gefährlichen Gewohnheit erhalten werden, den Bund der deutschen Staaten als eine große Zwieträchtigkeit statt als eine Einheit zu betrachten. Die Indépendance Belge z. E. interessirte sich lebhaft für die Bestrebungen des Fürsten Ghika. Im Juni (Nr. 162) deducirte sie, daß er Hoffnung habe durchzudringen, und ihre Rechnung stand besonders darauf, daß Preußen und Rußland die Ausdehnung des österreichischen Einflusses in den Donaufürstenthümern mit sehr schelen Augen ansähen.

In der noch so viel nähern und brennendern Frage der nordalbingischen Herzogthümer und deren neuen

Bedrängniß sah man die für preußisch-officiös geltenden Arbeiter in den preußischen und nichtpreußischen Tagesblättern sich beeifern abzuwenden, daß dieselbe an den Bund gelangen, zu einer gemeinsam-deutschen gemacht werden möchte. Sie bezeigten Interesse für die Sache und Hoffnung, so lange allein von Preußens Action die Rede war; seitdem sich herausstellte, daß Österreich Theil nahm und damit die Bedingung der Wirksamkeit des Einschreitens von deutscher Seite eingetreten war, unterstellten sie sofort einen Widerstreit der Ansichten und Absichten und arbeiteten unermüdlich dahin, das gute Einvernehmen zu stören und den Eindruck des gemeinsamen Auftretens der deutschen Großstaaten zu schwächen und aufzuheben.

Auch bei diesem Anlaß — indem es darum sich handelte, ein Einsehen zu haben, wo ein deutsches Bundesland der Majestät des dänischen Reichsraths überliefert ist, und indem so zahlreiche und starke Motive dahin dringen, die holsteinisch-deutsche Sache nicht abermals durch innern, alles Hinausgreifen lähmenden Zwiespalt zu verderben, — auch bei diesem Anlaß operirten sie eben auf letzteren hin, zeigten sie nichts als Eifersüchtelei und dergleichen, und insbesondere eine wahre Angst vor der Bundesreform wie davor, daß Österreich gegen Dänemark mit Ernst vorgehe. Sie schrieben und ließen es die Runde machen: Österreich möchte Preußen in eine Collision mit Dänemark verwickelt sehen, indem es Preußen zu veranlassen suche, sich an den Bund zu wenden, damit die Bundesverfassung sich ungenügend zeige, wo dann Österreich mit seinen Reformplänen hervorkommen werde! Der Antrag Baierns — das von allen deutschen Staaten neuerdings allein ernstliche Schritte zu möglicher Bundesreform gethan — der Antrag Baierns auf Ausarbeitung eines allgemeinen Handelsrechts habe, so verkündeten sie mit Behagen, zu nichts Anderem

geführt, als zu der Eröffnung, daß seit Jahren an einem Handelscodex in Preußen gearbeitet werde und daß man warten möge, bis die Arbeit fertig sei. Das war ihr Interesse für alles Bestreben, Deutschland in eine bessere Ordnung zu bringen.

Es hat seinen Fortgang gehabt, daß aus Preußen, eben aus Preußen heraus, der Antagonism der deutschen Großstaaten genährt, geschärft wurde, was so viel ist, als die stets sich daranhängende Zwietracht der deutschen Staaten und Stämme überhaupt, das der Lösung der Aufgabe Meisthinderliche unterhalten und befördern. Unermüdlich wurde dahin insbesondere mit der Tactik operirt, die gesammte deutsche Presse mehr und mehr durch die mannichfachsten Mittel und unter den verschiedensten Vorwänden zu disponiren, die Unverträglichkeit Österreichs mit den deutschen Ansprüchen an den Bund zu verkündigen, dasselbe und immer dasselbe täglich zu wiederholen und die Stimmen Derer, die die Gesammtheit und den Gesammtverband nicht aufgeben wollen, als verkaufte, ultramontane, österreichische, österreichisch-undeutsche zu verdächtigen: — ein Entzweien, das durchaus angethan ist, alles Bestreben, alle Hoffnung, daß Deutschland in eine bessere Ordnung gebracht werde und einer erwünschten Zukunft entgegengehe, zu vereiteln.

Sichtlich bereitet — und es ist auch durch preußische Stimmen signalisirt — eine neue Machtvertheilung unter den Staaten sich vor, so daß die gewöhnlichste Klugheit dahin zu sehen gebietet, daß Deutschland nicht überrascht, nicht zerfahren und zerrissen gefunden, zur Beute, zur Befriedigung politischer Gelüste, zum Ausgleichungsobject werde. „Ist das nun die rechte Vorbereitung auf die schweren Zeiten, die sich ankündigen, auf die Gefahren, welche uns drohen, und zu deren Beschwörung nicht wie vor

funfzig Jahren die Engländer auf ihren Schiffen, die Russen vom Nordpole herbeieilen, die wir vielmehr allein zu bestehen haben werden — ist das die rechte Rüstung, daß Tag für Tag der Same der Zwietracht zwischen den Bevölkerungen und Regierungen ausgestreut und gepflegt wird? Österreich, Preußen und das übrige Deutschland sind vereint jeder Gefahr gewachsen, aber nur wenn sie vereint sind im Geiste und der Wahrheit. Glaubt man dagegen, daß das Band der Föderation Wunder wirken werde, wenn Haß und Verachtung an die Stelle der Anhänglichkeit und Verbrüderung getreten und die Landsleute gewöhnt worden sind, in einander die unduldsamsten Tadler, die unerbittlichsten Gegner zu erkennen?"

So und ähnlich die Stimmen, welche preußischer Seits als ultramontan und österreichisch verschrieen, von den preußischen übertäubt werden, die freilich denselben Ton bisweilen auch anschlagen, aber stets darauf zurückkommen, den Antagonism gegen Österreich in Verfolg der constanten Tendenz zu nähren, so daß trotz ihrer jeweiligen schönen Worte die Sache bleibt und bleiben muß, wie sie ist.

Auch die Debatte über die Bundesreform hat ihren Fortgang gehabt; aber dasselbe Betreiben von derselben Seite hat sie unausgesetzt begleitet, und nichts hat sich in ihr bestimmter herausgestellt, als das Ergebniß, daß an eine Reform des Bundes noch lange nicht zu denken ist; denn „die Verfassung — wie man zur Begründung dieser Ansicht mit unzweifelhaftem Rechte gesagt hat — ist die Form, welche die Einheit der Grundsätze und deren Anwendung sichert; das Reformverlangen wird getragen durch das Bedürfniß größerer Einigung und Zusammenwirkung; wenn ein solches Bedürfniß in der That vorhanden sein wird, dann wird die Befriedigung näher

rücken, so lange aber der seligste Genuß für die Deutschen darin besteht sich gegenseitig zu verkleinern, sich Einer über den Andern zu erheben und zu tadeln und zu verachten — so lange ist der vorausgesetzte Drang nach Einigung nicht vorhanden und darum auch die Form nicht zu erreichen und versagt und muß auch die vorhandene Form den Dienst versagen."

Wir möchten es so fassen: der Drang nach größerer Einigung ist nicht in der erforderlichen Verbreitung und Stärke vorhanden, bei Vielen waltet statt seiner der Drang nach einer besondern Einigung, in welcher Preußen über die Andern erhoben werden und von welcher namentlich Österreich ausgeschlossen sein soll, und so lange er waltet und so verbreitet und stark ist um die größere Einigung des Ganzen hindern zu können, so lange weiter der gute Wille und der Verstand fehlt, der nicht blos das mögliche Gute nicht von der Hand weist weil das Allerbeste nicht sofort erreicht werden kann, sondern die Hand bietet in den vielen und reichen Gelegenheiten dem Bedürfniß und dem Nationalgefühle genug zu thun: — so lange ist an die größre Einigung nicht zu denken, nicht daran zu denken, daß der Bund in eine beßre Form und Ordnung gebracht wird, nicht einmal daran, daß solche Besserungen wie die von Baiern beantragten zu Stande kommen.

So lange aber dauert auch zunächst der gegenwärtige Zustand fort, so lange bleibt Deutschland in der Gefährde von Außen her, so lange erhält der revolutionäre Gedanke stete Nahrung, die Staaten zu zerschlagen und eine republikanische Einheit zu errichten.

Wie traurig dies Gegenwärtige, wie trübselig der Blick von ihm auf das Zukünftige! Der desperate revolutionäre Weg ist nimmer geeignet zum Ziele zu führen, und welche Effecte, welche Perspective zeigt das gleich desperate

Projekt, der separatistisch-großpreußisch- und preußenthümelnd-kleindeutsch Gesinnten und Strebenden, durch „Abschneiden und Kleinerwerden“ zu einer größeren Einigung der Hälfte oder zweier Drittel zu gelangen? Die auf seine Verwirklichung gerichteten Operationen legen sich aller thunlichen Besserung breit in den Weg, lassen keine Heilung des bösen Schadens der feindlichen Gegenstellung der Großstaaten im Bunde zu, unterhalten, verschlimmern ihn noch. Ihre Urheber lassen nicht ab und da sie nicht ablassen — was würde bevorstehen, wenn einmal wieder eine Constellation, die es möglich machte Hand anzulegen an die Verwirklichung, oder aber eine derartige einträte, daß der Drang nach Einigung einmal wieder allgemeiner und stärker erwachte, allgemeiner die Augen aufgingen über die Natur und Effecte des Projekts, allgemeiner die Geduld über das Wühlen für seine Verwirklichung ausginge? Dann würde sein Gegensatz hervorgerufen werden und in Kraft treten: das Projekt Deutschland unter Österreich mit Ausschluß oder Auflösung und Unterwerfung Preußens. Er liegt sehr deutlich gerade gegenüber und durch nicht wenig Begünstigendes könnte er großen Nachdruck erhalten. Der Gedanke der Wiederherstellung des Kaiserthums und Reichs hat viel Anziehendes. Ist sie möglich, so ist sie es allein, mindestens eher, indem die Dynastie an die Spitze tritt, die so lange die Krone getragen. Die Deutschen blieben doch meisthin gern bei dem einmal erwählten Hause. Das Geschichtliche übt eine starke Macht und selbst jetzt noch ist Österreich der erbliche Vorrang und Vortritt unter den sonst gleichen Bundesgliedern erhalten. Neuösterreich hat manche Bedenken und Abneigungen nicht wider sich, die Altösterreich entgegenlagen. Erschien doch der Ausschluß des ersten und stärkeren deutschen Großstaats nicht zu excessiv. Konnte doch 1848 daran gedacht werden, ein

deutsches Reich ohne Österreich, jedoch mit Heranziehung der deutsch-österreichischen Lande zu errichten. Haben doch die Kleindeutschen 1848 auf den Zerfall und die Ohnmacht Österreichs spekulirt, war es doch ihr erster Gedanke, von welchem sie nur absprangen, daß Preußen in Deutschland aufgehen, daß es in seine provinziellen Theile aufgelöst werden solle! Lag es doch 1849 nur daran, daß die österreichische Regierung ein Weniges wollte, und wir hatten abermals zu einem Kaiser einen Gegenkaiser und Streit und Krieg um die Gegenkaiser und deren Ansprüche. Noch einmal, wie nahe liegt es, alle jene Ideen nur umzukehren für Österreich und entgegen Preußen, wie nahe liegen starke Argumente für die so gewendeten — was richten die unermüdlichen Propagandisten der falschen Begriffe vom Berufe Preußens an, zum wenigsten welche Wirrsale und Gefahren werden heraufbeschworen durch das rastlos-hartnäckige Hinstreben nach der preußischen Hegemonie in Deutschland! Denn weit entfernt, daß in jener Umkehr der Gegenstellung der deutschen Großstaaten etwas Lockendes und Versprechendes erblickt werden dürfte. Auch der Gedanke Klein- oder Großdeutschland unter Österreich würde jedenfalls nicht ohne die schwersten Kämpfe und Zerrüttungen und sehr wahrscheinlich überhaupt nicht durchgesetzt werden können, und so das Eintreten der gedachten Constellationen nur einen neuen großen Bürgerkrieg wie den des 17. Jahrhunderts mit demselben Ausgange hervorrufen.

Das ist die Perspective, welche die Nährung und Schärfung der an den Dualism der Großstaaten sich anhängenden schädlichen Rivalität, der Verfolg des Gedankens und Rückgedankens der Propheten und Freunde der angeblichen Mission Preußens eröffnet. Möchten die Augen darüber aufgehen, die nicht sehen was vor ihnen liegt!

Schon das wäre ein Großes zur Hoffnung und Hülfe. Eine solche und nicht unbeträchtliche würde damit kommen, daß von Seiten der kleineren Staaten — wozu während der letzten Krise eine besondere große Gelegenheit vorhanden war — ganz unverkennbar und unzweideutig nach Preußen hin gezeigt würde was sich eignete, jenem Gedanken auch seinen Liebhabern sichtlich alle und jede Aussicht abzuschneiden. Das Beste wäre, wenn in und außer Preußen die Gesinnung der Befreiungsjahre wiederaufwachte, allgemein lebendig würde und bliebe und mit einem größeren Maß von politischem Verstande und Geschick sich verbände. Gut und allenfalls ausreichend würde es aber auch schon sein, wenn nur die Einsicht durchdränge, durch deren Mangel erfahrungsmäßig so unsägliches Leid und Verderben über Deutschland gekommen ist. Neulich wurde im Abhandeln einer kirchlichen Frage gesagt: „Wir haben in Deutschland das Unglück der Glaubensspaltung theurer als irgend eine Nation bezahlt; und nachdem ein dreißigjähriger Krieg das Vaterland gebeugt, verheert, zerrissen und der Friede den Schaden verewigt statt geheilt hat, ist man endlich nothgedrungen zu der Überzeugung gelangt, daß man sich vertragen muß statt sich zu bekämpfen; eine Hälfte steht der andern gegenüber seit drei Jahrhunderten; sie können sich nicht todtschlagen, sie müssen sich dulden und achten und in einander schicken lernen.“ Möchte erkannt werden, daß das auch von der politischen Spaltung, dem preußisch-österreichischen Antagonismus gilt, der vor gerade hundert Jahren auf seine Höhe und schärfste Schneide gebracht wurde, seitdem so viel Unseegen und Verderben gebracht hat, zur Zeit so viel vereitelt und verdirbt der Aufgabe entgegen und die Gefahr in sich birgt, früher oder später zu bringen was er in der Perspective zeigt, wenn nicht erkannt wird, daß man die andre Hälfte nicht hin-

auswerfen, nicht überwinden kann, also statt dahin zu denken und deshalb einander zu bekämpfen sich vertragen und lernen muß sich in einander zu schicken.

Das ist die Grundbedingung einer bessern politischen Gestaltung Deutschlands, das ABC gesunder deutscher Politik. So trostlos die deutschen Zustände im Bunde sich ansehen, zum Verzweifeln liegt in ihnen kein Grund. Wenn nur das deutsche Volk nicht an ihm verzweifeln macht! Widrige Verhältnisse und Schickungen üben eine Macht, welche mehr oder minder die Wirkung des Wollens und Thuns beschränkt. Dies vorausgesetzt ist es aber vollkommen wahr, daß einer jeden Nation zu Theil wird was und soviel sie verständig und einmüthig, ernstlich und nachdrücklich will. Es kommt auch bei uns nur auf die rechte Einsicht und den rechten Willen an, nur darauf, daß wir den Hader der Großstaaten, Kleindeutschland oder Großpreußen, die Mißachtung des Bundes bestimmt und nachdrücklich ablehnen, die Eintracht der Großen wie Kleinen, das Ganze, eine beßre Einigung im Gesammtverbande, klar und fest für gut achten und wollen.

Hannover, 25. Juli 1856.

K. Jürgens, Dr. Th.

auszuwerfen, nicht überwinden kann, also statt dessen zu denken und deshalb einander zu bekämpfen sich vertragen und lernen muß sich in einander zu schicken.

Das ist die Grundbedingung einer bessern politischen Gestaltung Deutschlands, das A B C gesunder deutscher Politik. So trostlos die deutschen Zustände im Ganzen sich ansehen, zum Verzweifeln liegt in ihnen kein Grund. Wenn nur das deutsche Volk nicht an ihm verzweifeln macht! Widrige Verhältnisse und Schickungen üben eine Macht, welche mehr oder minder die Wirkung des Wollens und Thuns beschränkt. Dies vorausgesetzt ist es aber vollkommen wahr, daß einer jeden Nation zu Theil wird was und soviel sie verständig und einmüthig, ernstlich und nachdrücklich will. Es kommt auch bei uns nur auf die rechte Einsicht und den rechten Willen an; nur darauf, daß wir den Hader der Großstaaten, Kleindeutschland oder Großpreußen, die Mißachtung des Bundes bestimmt und nachdrücklich ablehnen, die Eintracht der Großen wie Kleinen, das Ganze, eine bessre Einigung im Gesammtverbande, klar und fest, für gut achten und wollen.

Hannover, 25. Juli 1856.

K. Jürgens, Dr. Th.

Jürgens, C.

Studien zur deutschen Geschichte und Politik Die Ursachen des Verfalls u. Untergangs des deutschen Reiches. Die Gründung des preuß. Staats. Droysens Geschichte des preuß. Politik. Preussens Beruf. Der preussisch-ö sterreichische Antagonism. Die Bundesreform

Bremen 1856